A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

Febr. 1972

THEORIE DER ÜBERAKKUMULATION-ENTWERTUNG
VOM ELEND DER INDUSTRIESOZIOLOGIE
DKP-THESEN: ANTWORT AUF KRITIK

Krieg Indien-Pakistan — Sozialdemokratie Italiens
Metallerstreik — Antigewerkschaftlicher Kampf
Frauensituation — Imperialismus des P. Jalée

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

Wolfgang Abs

SOZIALISTISCHE POLITIK

4. Jahrgang Nr. 16 Febr. 1972

Seite

AUFSÄTZE UND ANALYSEN

Paul Boccara	Übersicht über die Theorie der Überakkumulation – Entwertung des Kapitals und die Perspektiven der fortschrittlichen Demokratie (Teil I)	1
Karl Unger	Der Krieg zwischen Indien und Pakistan	17

KURZANALYSEN UND BERICHTE

Hannes Furth	Lohnkampf der Metallarbeiter	31
Dorlies Pollmann, Anne Kahn	Ansätze zur Analyse und Veränderung der Situation der Frauen in der BRD	37
Winfried Roth	Zwei Wege der italienischen Sozialdemokratie	51
Sebastian Herkommer	Vom Elend der Industriesoziologie	71

DISKUSSION UND BESPRECHUNG

Willi Gerns, Robert Steigerwald	Antwort auf Kritik am Entwurf der Thesen der DKP	89
Jupp Schmitz	Antigewerkschaftlicher Kampf in den Gewerkschaften	103
Günter Krause	Das neueste Stadium von Pierre Jalees Imperialismus	119
Burkhard Hoffmann	"... Dem mit der Marxschen Theorie vertrauten Leser wird auffallen ..."	131

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin West 620 10
Anzeigenpreisliste 2/70
1. - 10. Tausend Februar 1972

Cover: Gil Funccius, Westberlin
Satz: Hannes Schwenger, Westberlin
Druck: Verlag und Druck Informdienst GmbH, Westberlin

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise bei Prospekte des Instituts für Marxistische Studien und Forschung (IMSF), des Antiimperialistischen Informationsbulletins (AIB) sowie eine Bestellkarte und ein Hinweisblatt der SOPO.

Aufsätze, Analysen

Paul Boccara

Übersicht über die Theorie der Überakkumulation – Entwertung des Kapitals und die Perspektiven der fortschrittlichen Demokratie (I) *)

Der grundlegende theoretische Mittelpunkt der Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus (A) ist die marxistische Theorie der "Überakkumulation" und der "Entwertung (der stofflichen Elemente) des Kapitals", die aus der Theorie von Mehrwert und Kapital entwickelt wurde. (1)

Die *ökonomische Analyse der Kommunisten* unterscheidet sich völlig von den Theorien und Analysen anderer Strömungen und Gruppen, die sich ebenfalls als demokratische Kräfte oder als Teile der Arbeiterbewegung bezeichnen, und die so wie wir, für den Sozialismus in unserem Land sind. Vor allem unterscheidet sie sich durch die unerbittliche wissenschaftliche Bemühung bei der Weiterentwicklung der marxistischen Theorie auf dem Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse, und durch ihre Anwendung auf die ökonomischen, sozialen und politischen Kämpfe und Probleme im heutigen Kapitalismus. Im Mittelpunkt der zeitgenössischen wissenschaftlichen Weiterentwicklung steht die Theorie der Überakkumulation und Entwertung des Kapitals.

Dieser Artikel soll einen zusammenfassenden Überblick über die praktische Relevanz dieser revolutionären Theorie liefern, oder, genauer gesagt, über einige offene Perspektiven ihrer Weiterentwicklung und ihrer Anwendung in den Kämpfen für die fortschrittliche Demokratie und für den Sozialismus in unserem Land. (B)

---

* Übersetzung aus ECONOMIE ET POLITIQUE Nr. 202, Mai 71, S. 91 - 108 von Sabine Auffermann. (Buchstaben = Übersetzungsanmerkungen)

A Im Text wird "le capitalisme monopoliste d'état" abgekürzt: "C.M.E.". Statt "S.M.K." oder ähnlichen Abkürzungen wird in der Übersetzung der vollständige Begriff staatsmonopolistischer Kapitalismus verwendet.

1 In diesem Zusammenhang verweisen wir auf das Buch des Autorenkollektivs TRAITE MARXISTE D'ECONOMIE POLITIQUE, LE CAPITALISME MONOPOLISTE D'ETAT, 1971, Editions Sociales, Paris, das von Mitgliedern der Sektion Ökonomie beim ZK der KPF (dieses Buch wird im Frühjahr auf deutsch bei Dietz erscheinen, d.Ü.) und von Mitarbeitern der Zeitschrift ECONOMIE ET POLITIQUE verfaßt wurde.

B Paul Boccara, Mitglied der Sektion Ökonomie beim ZK der KPF, bezieht sich hier auf Frankreich. "Fortschrittliche Demokratie": der französische Text benutzt den Ausdruck: "democratie avancé". In der deutschsprachigen Literatur wird die für die BRD anzustrebende Entwicklung oft als "antimonopolistische Demokratie" bezeichnet. Der Begriff "fortschrittliche Demokratie" wurde in letzter Zeit von Mitgliedern des Präsidiums der DKP öfter gebraucht. Er bedeutet nichts anderes, ist jedoch der umfassendere Begriff. Deshalb wird er, in Anlehnung an den französischen Ausdruck, benutzt, obwohl er nocht etwas ungebräuchlich ist.

Zuerst soll *die Theorie selbst und ihr Platz im Gesamtkomplex der marxistischen Theorie* dargestellt werden. Dabei handelt es sich nur darum, einige Aspekte der Frage auszuführen und zu präzisieren. Dies könnte dazu beitragen, die Doppeldeutigkeiten zu verringern, die das Verstehen einer relativ neuen oder doch zumindest ungewohnten theoretischen Erkenntnis erschweren. Es soll vor allem dazu beitragen, den Zusammenhang dieser Theorie mit den Problemen der wissenschaftlich-technischen Revolution (d.h. Weiterentwicklung der Produktivkräfte) innerhalb des Kapitalismus aufzuzeigen, im Hinblick auf die Präzisierung der objektiven Grundlagen der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner revolutionären Überwindung.

Die zweite Problemstellung bezieht sich auf die *Anwendung der Theorie auf die Perspektiven des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Einführung der fortschrittlichen Demokratie in Frankreich,* der ökonomisch und politisch antimonopolistischen Demokratie. Es scheint tatsächlich möglich, zu den bereits vorgelegten Studien über die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie zum demokratischen Programm seiner Überwindung einige Ergänzungen zu machen, obwohl die konkreten Perspektiven der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus sicherlich immer wieder zahlreiche neue Fragen aufwerfen werden.

Die dritte Problemstellung betrifft *gewisse Perspektiven der Entwicklung und des Funktionierens der Wirtschaft in der fortschrittlichen Demokratie,* der Etappe des revolutionären Übergangs zum Sozialismus. Dieses ist das relativ neueste Problem. Deshalb kann es sich im dritten Teil des Artikels nur einleitend darum handeln, die Aufmerksamkeit auf verschiedene Möglichkeiten, die Frage theoretisch zu stellen, zu lenken. (2)

Einige Ausführungen über den aktuellen Stand der Theorie der Überakkumulation — Entwertung des Kapitals als Entfaltung (Weiterentwicklung) der marxistischen Theorie und über ihre Anwendung auf den staatsmonopolistischen Kapitalismus

1. Die Theorie der Überakkumulation-Entwertung, Weiterentwicklung der marxistischen Analyse des tendenziellen Falls der Profitrate.

Die revolutionäre Theorie ist entscheidend für die revolutionäre Bewegung. So ist heute eine korrekte Kenntnis der marxistischen Theorie der Überakkumulation-Entwertung und ihre mögliche Weiterentwicklung von beträchtlicher politischer Relevanz. Dieses wird noch deutlicher in den beiden folgenden Teilen, die die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, den Übergang zur fortschrittlichen Demokratie und die ökonomische Regelung in der fortschrittlichen Demokratie behandeln.

Die revolutionäre Theorie ist der unerbittliche Gegner der bürgerlichen Ideologie, die uns in unserer Gesellschaft umgibt. Deshalb stoßen ihre Vermittlung und ihre konkrete Anwendung auf viele Hindernisse und müssen kämpferisch durchgesetzt werden.

Mehr und mehr verbreitet sich unter Marxisten die Kenntnis von Prinzipien, Gesetzmäßigkeiten und Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie in letzter Zeit auch

2 Der erste Teil dieses Artikels ist hier veröffentlicht. Teil zwei und drei werden nacheinander in den beiden folgenden Ausgaben dieser Zeitschrift veröffentlicht. Sie können unabhängig von diesem mehr abstrakten, theoretischen Teil gelesen werden, der jedoch die theoretische Fundierung für die beiden anderen liefert. (Die SOPO schließt sich diesem Verfahren an)

von der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, besonders also das Wissen über das, was Marx die "Überakkumulation des Kapitals" oder auch den "Kapitalüberschuß" nennt. Dieser Überschuß bezieht sich auf die Beschränkung des produzierbaren und realisierbaren Profits durch die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, (3) also auf die verminderte Verzinsung des akkumulierten Kapitals. In der konkreten Realität zeigt sich der Fall der Profitrate nicht in dem Maße, wie es auf Grund der Wertverhältnisse zu erwarten wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Die Akkumulation und die Verwertung des Kapitals auf immer höherer Stufenleiter setzt sich fort auf der Grundlage einer mehr und mehr *"aufgeblasenen"* Profitrate auf Grund von Preisen, die den Profit inflationär über den produzierten Mehrwert hinaus anheben.

Die Bemühungen zur Erlangung eines Extraprofites, die auf Grund der Produktivitätssteigerung in den einzelnen Unternehmen möglich wird, führt zu einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung der industriellen Kapitale, und gleichzeitig auch zu einer mehr und mehr spekulativen Nachfrage, zu spekulativem Kredit, zur Bemühung um inflationistischen Über-Profit in allen Bereichen. Das geht solange, bis der Widerspruch zwischen der Profitinflation und Preisentwicklung (auf der einen Seite) und der Beschränkung des Konsums der Massen (auf der anderen Seite), auf diese oder jene Weise zutage tritt. Die Überproduktion von Waren bringt dann an den Tag, daß ein Überschuß an akkumuliertem Kapital, eine künstliche Kreditpyramide, eine nach immer neuen Auswegen suchende Finanzpolitik vorhanden sind.

So stellt sich die notwendige Lösung, die "Entwertung" des Kapitals dar in den vielfältigen Formen von Nicht-Verwertung von Kapital, von negativer Verwertung und vielem anderem mehr. So setzt sich der Fall der Profitrate durch und erlaubt gleichzeitig wieder ihre Anhebung. Durch die Entwertung des Kapitals werden alle Veränderungen bewirkt, die die Profitrate und das Wiederingangkommen der Akkumulation betreffen, ob es sich nun um die 10-jährigen zyklischen Überproduktionskrisen, oder ob es sich um die langen rückläufigen Phasen mit der Tendenz zu leichten Krisen und längeren aufeinanderfolgenden Depressionen handelt. Diese langen Phasen führen — durch heftige Klassenkämpfe — zur strukturellen Entwertung des Kapitals und zu strukturellen Transformationen des Kapitalismus bis hin zur In-Fragestellung seiner Existenz.

Die Analyse der Überakkumulation zeigt, daß die Schranke der Entwicklung der Produktion das Kapital selbst, nicht etwa die Unzulänglichkeit der Produktion oder der Mehrwertrealisierung ist. Hier sieht man beim Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus besonders die "Entwertung" von Staatskapital und in staatlicher Finanzierung betriebener kapitalistische Produktion, was dazu führt, daß die, einen Teil des Profits beanspruchende, Kapitalmenge herabgesetzt wird, und so die monopolistische Profitrate weiter steigen kann. Natürlich ist dies sozusagen nur der Rahmen, in dem alle Veränderungen, die das vorgeschossene Kapital, den produzierten Mehrwert, die Realisierungsbedingungen usw. betreffen, gesehen werden müssen. Übrigens bewirken diese strukturellen Entwertungen, die zum staatsmonopolistischen Kapitalismus führen, dadurch, daß sie die private monopolistische Akkumulation und ihren Aufschwung begünstigen, eine erneute dauerhafte Überakkumulation, wodurch der staatsmonopolistische Kapitalismus selbst und mit ihm die Existenz des Kapitalismus selbst in Frage gestellt wird. Wir haben auf der Konferenz von Choisy-le-Roi 1966 (C) zwischen "einfachem" Monopolkapitalismus

3 Verhältnis von konstantem Kapital zu variablem Kapital (Kapital vor der Verwertung), entsprechend der Definition der technischen Zusammensetzung des Kapitals: Produktionsmittel im Verhältnis zu produktiven Arbeitern.

C Siehe dazu P. Boccara: "Zum Staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: SOPO 11, S. 7 ff.

und staatsmonopolistischem Kapitalismus unterschieden. Der Begriff des "privaten" Monopolkapitalismus, der seitdem gebraucht wurde, um die erste Phase des Imperialismus zu beschreiben, erscheint uns völlig falsch zu sein. Die privaten Monopole sind weit entfernt davon zu verschwinden. Sie weiten ihren Einfluß auf die gesamte Ökonomie des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus. Man kann aber auch nicht von einer Verschmelzung von Monopolen und Staat sprechen, was nämlich bedeuten würde, daß wir es mit einem öffentlichen- oder Staatskapitalismus zu tun hätten.

Die Erklärung des staatsmonopolistischen Kapitalismus durch die Theorie der Überakkumulation-Entwertung ist sehr komplex. (4) Man könnte versucht sein, in die Augen springende einfachere Lösungen zu akzeptieren, die ähnliche Erklärungen anbieten und aus denselben Tatsachen abgeleitet sind (wie zum Beispiel die Finanzierung des öffentlichen Sektors im Interesse der privaten Monopole). Wenn man die Theorie aus den Augen verliert, kann man *nur* vom tendenziellen Fall der Profitrate reden und dabei auf der Erscheinungsebene verbleiben. Denn wenn man vorgibt, vom tendenziellen Fall der Profitrate auszugehen und diese gleichzeitig ohne Bezug zur Theorie der Überakkumulation sieht, so verkürzt man die marxistische Analyse dieses Gesetzes zu einem Dogma, das unabhängig von der gesellschaftlichen Realität und ihrer wissenschaftlichen Reflexion steht.

Übrigens, wäre es nur der tendenzielle Fall der Profitrate (wie in der mechanischen und apologetischen Kapital-Grenznutzen-Theorie von Keynes) und nicht seine dialektische Ergänzung, der Kapitalüberschuß und die sich daraus ergebende Entwertung, wäre es unmöglich die objektive Notwendigkeit von Überproduktionskrisen, von konjunkturellen Fluktuationen und von Strukturkrisen zu verstehen. Es gäbe dann absichtliche strukturelle Anpassungen des Kapitals, die den Kapitalisten erlauben würden, effektiv auf unbestimmte Zeit diesen mechanischen Fall der Profitrate aufzuhalten. Im Gegensatz dazu kann man mit der marxistischen Theorie der Überakkumulation die kapitalistische Anarchie, die Verschwendung und die Mißstände der blinden kapitalistischen Regulation, verstehen.

Man sieht auch, daß alle strukturellen Veränderungen im Rahmen der kapitalistischen Struktur zu erneuten strukturellen Blockierungen führen. Darüber hinaus werden sich alle Anpassungsversuche, die die Bourgeoisie unter den strukturellen Bedingungen unserer historischen Epoche unternimmt, als unwirksam erweisen.

Nur die Strukturkrisen und die Klassenkämpfe können eine *wirkliche* Umwandlung dieser Strukturen in bestimmten Bereichen erreichen, indem sie zum Beispiel gewisse Teilbereiche des Monopolkapitals angreifen wie zur Zeit des Übergangs zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Mißstände und Klassenkämpfe verlangen heute einen Umsturz, der den Weg zum Sozialismus frei macht. Weil der staatsmonopolistische Kapitalismus seine Krise nicht überwinden *kann,* muß der Herrschaft der Monopole ein Ende gemacht werden.

Wird die dogmatische Auffassung vom tendenziellen Fall der Profitrate kritisiert, könnte ein "Erneuerungsversuch" eine dualistische, ekklektizistische Trennung von tendenziellem Fall der Profitrate auf der einen Seite, Überakkumulation auf der anderen Seite vornehmen. Deshalb soll noch einmal betont werden, daß die Theorie der Überakkumulation-

4 Die Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals, die aus der Theorie des Mehrwertes und des Kapitals entwickelt ist, ist nur die Grundlage der Erklärung. Sie erlaubt es, die verschiedenen erklärenden Momente zu integrieren, ohne sie jedoch durch Spekulationen ergänzen zu müssen. Für einen solchen Integrationsversuch sei verwiesen auf das erste Kapitel des unter Anm. 1. zitierten Buches.

Entwertung die dialektische materialistische Weiterentwicklung der Analyse des tendenziellen Falls der Profitrate ist. Diese Theorie ist die Krönung der Studien dessen was schon vor Marx als tendenzieller Fall des Profits (bzw. richtiger: der Profitrate) bekannt war, und was Marx im "Kapital, Kritik der politischen Ökonomie", beschrieben und analysiert hat. (5)

Muß man daran erinnern, daß der dritte Abschnitt im Dritten Band des "Kapitals" 'Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate' heißt und drei Kapitel umfaßt: Kapitel 13: 'Das Gesetz als solches'; Kapitel 14: 'Entgegenwirkende Ursachen'; Kapitel 15: 'Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes'? In diesem 15. Kapitel beginnt Marx die Bedeutung dessen zu erklären, was er "Überakkumulation" von Kapital nennt, und entwickelt gleichzeitig die antagonistische Lösung der Akkumulation, die wir "Entwertung" nennen.

Marx benutzt den Begriff der "Entwertung von Kapital" im 15. Kapitel des Dritten Bandes. Er betrachtet sie als notwendige antagonistische Lösung der "Überakkumulation" im Rahmen der *Tendenz* des Falls der Profitrate und beschränkt sie auf die Verringerung des Wertes des Kapitals. (6) Er hatte "Entwertung" übrigens schon früher mit der Bedeutung der Wertverminderung gebraucht (und hatte genau die Bedeutung dieses Phänomens für die Wiederheraufsetzung der Profitrate beschrieben). Er hatte sie der Vergrößerung des Kapitalwertes entgegengesetzt (7) und nicht etwa der "Aufwertung" von Kapital, die bei ihm als Verwertung bezeichnet wird, und die Produktion von Mehrwert im Produktionsprozeß bedeutet. In diesem beschränkten Sinn handelt es sich also nur um eine Veränderung des vorgeschossenen Kapitalwertes selbst (ohne Berücksichtigung des produzierten Mehrwertes). Er entspricht dem Fall, daß bei einer Nicht-Verwertung oder Entwertung von Kapital im weiteren Sinne des Wortes, unter Einschluß also der Gesamtheit der relativen Lösungen der Überakkumulation, ein "negativer Profit" entsteht. Im selben Kapitel spricht Marx von der "Brachlegung" von Kapital. Dieses entspräche einem Null-Profit. Weiter spricht er von Verwertung zu verminderter Rate, was einen reduzierten Profit zur Folge hätte. Aber er erklärt hier auch die (vorläufige) Lösung der Überakkumulation: "... würde sich das Gleichgewicht herstellen durch Brachlegung und selbst Vernichtung von Kapital in größerem oder geringerem Umfang." ("Kapital", Band 3, S. 264) Er berücksichtigt also noch einmal den Fall, daß vorgeschossenes Kapital verloren wird (bzw., daß der Kapitalwert herabgesetzt wird, oder daß negativer Profit entsteht), in der Lösung, die wir durch das Konzept der "Entwertung" ausdrücken, und unterscheidet klar von der einfachen Wertverminderung und dem völlig entgegengesetzten Konzept der "Verwertung".

In dem Abschnitt des Kapitals über den tendenziellen Fall der Profitrate ist zu bemerken, daß das zweite der drei Kapitel (Entgegenwirkende Ursachen) die "Negation" aufzeigt, das letzte Kapitel beschäftigt sich sozusagen mit der "Negation der Negation". So wird ausgeführt, daß die entgegenwirkenden Tendenzen das Gesetz nicht daran hindern können, sich durchzusetzen.

5 Dieses ist die "Eselsbrücke" aller politischen Ökonomie bis heutzutage, entsprechend eines Ausspruches von Marx in seinem Brief an Engels vom 30. April 1868.

6 Vergleiche: KAPITAL, Band 3, Dietz 69, S. 258 (In Zukunft wird aus dieser Ausgabe zitiert.)

7 Im KAPITAL, Band 3, Kapitel 6, Abschnitt II: "Wertsteigerung und Entwertung, Freisetzung und Bindung von Kapital" bemerkt Marx schon: "Da die Profitrate gleich ist dem Verhältnis des Überschusses des Werts des Produkts zum Wert des vorgeschossenen Gesamtkapitals, so wäre eine Erhöhung der Profitrate, die aus einer Entwertung des vorgeschossenen Kapitals hervorginge, mit Verlust an Kapitalwert verbunden...", ebenda, S. 123. Er verbindet den Wertverlust mit der Bewegung der Preise, indem er vom möglichen "Verlust" des Maschinenbesitzers und ihrem Weiterverkauf "zu niedrigen Preisen" spricht, (ebenda, S. 24).

Die Entwertung, die der Überakkumulation folgt und sich in der Senkung der Profitrate ausdrückt, (8) ist die Voraussetzung für das Spiel der Gegentendenzen, besonders für die Hebung der Ausbeutungsrate und das Fallen des Tauschwertes der Elemente des konstanten Kapitals, die mit der Verbesserung der Produktivität, aber auch mit der Überproduktion etc. verbunden ist. Andererseits zeigt diese Analyse, daß die Entwertung, die das Spiel der Gegentendenzen begünstigt, den Prozeß, der zur Überakkumulation führt, nicht hindern kann, sich immer zu wiederholen. Vielmehr reicht die teilweise Entwertung, die zuerst ausreichend war, nicht mehr, oder um es genauer zu sagen: die wichtigste Methode zur Anhebung der Profitrate wird wirkungslos, weil der Anteil von konstantem Kapital am Gesamtkapital zu groß wird. Daher nimmt die Überakkumulation einen relativ *beständigen* Charakter an und die Entwertung gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die Entwertung hat vor allem Kapitalverlust und eine Tendenz zur rigorosen Reduktion von konstantem Kapital zur Folge. Sie stellt die kapitalistische Struktur in Frage, die auf Akkumulation und Kapitalverwertung angewiesen ist, und deshalb eine immerwährende Tendenz zur Dauer-Arbeitslosigkeit auf der einen, Schatzbildung auf der anderen Seite. (9)

Der Dogmatismus zeigt sich hier schließlich auch noch als ein Revisionismus "im entgegengesetzten Sinne." Er gibt vor, auf die komplexen Probleme der beweglichen Realität einzugehen, indem er Grundbegriffe der marxistischen Theorie hervorkramt, ihre wichtigen Weiterentwicklungen aber wegläßt. Auf diese Weise aber kann der Dogmatismus die wirklichen Bewegungen nicht erklären. Er muß hier das Feld den diversen revisionistischen Verfälschungen, die der bürgerlichen Ideologie entstammen, überlassen. Eine ekklektizistische Auffassung der Analyse der Überakkumulation als *Ergänzung* zur Analyse des Falls der Profitrate (und nicht als Weiterentwicklung dieser Analyse) wird, weil sie diese revisionistischen Verfälschungen nicht zu durchschauen vermag, direkt zu den pseudo-Theorien von "Unterkonsumtion" oder "Überkonsumtion" führen. Tatsächlich tendieren derartige Auffassungen dazu, die Analyse der Erscheinungsformen des kapitalistischen Systems vom Preisausdruck her und die Analyse der Wertverhältnisse nebeneinanderzusetzen, ohne zu berücksichtigen, daß die Theorie der Überakkumulation-Entwertung die

8 Die Überakkumulation ist nur ein Anzeichen für den Fall.

9 Die 1910 von Hilferding vertretene rechte Auffassung von der fortschreitenden Milderung der Krisen durch das Finanzkapital und auf dem Markt des General-Kartells entspricht seiner Erklärung der neuen kapitalistischen Formen, wo er sich auch noch auf das KAPITAL, Band 1, erstes Kapitel, und auf die Analyse des tendenziellen Falls der Profitrate bezieht, aber die Überakkumulation wegläßt. Auch Rosa Luxemburg zieht diese Verbindung nicht, als sie 1913 über den tendenziellen Fall der Profitrate und die Realisierungsschwierigkeiten auf dem kapitalistischen Markt schreibt, also das Problem der Überakkumulation aufzeigt. Daher stammt auch ihre Katastrophentheorie vom Abbruch der kapitalistischen Akkumulation, die das Problem der strukturellen Transformation und des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht erkennen kann. Wir wissen, daß Lenin im Gegenteil dazu schon 1899 am Anfang von ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS IN RUSSLAND auf den beiden Aspekten der marxistischen Theorie der Realisierung (Begrenzung des Massenkonsums und Engpass des konstanten Kapitals) bestand, die Verbindung mit der organischen Zusammensetzung des Kapitals aufzeigte, und die revisionistischen Behauptungen von Bernstein zurückwies, der einen formellen Widerspruch in der marxistischen Krisentheorie gefunden zu haben glaubte.
Während Lenin übrigens die Unterkonsumtionstheorien von Rosa Luxemburg kritisierte, entwickelte er im IMPERIALISMUS ... die Theorie des Kapitalüberschusses als Begründung des kapitalistischen Kapitalexports. Ebenfalls im IMPERIALISMUS setzt er der angeblichen Milderung der Möglichkeiten des Auftretens von Chaos und Krise durch die Monopolbildung, die Zunahme dieser Möglichkeiten, veranlaßt durch die Vermehrung des Kapitals, die keine Grenze kennt, entgegen (Vgl. Lenin : WERKE, Bd. 22, S. 213)

Verbindung zwischen beiden darstellt. Sie beendet das Hin- und Hergerissensein des Theoretikers zwischen dogmatischen Auffassungen und deren Ergänzung, den revisionistischen "Theorien".

2. Die Theorie der Überakkumulation-Entwertung, wichtigste Weiterentwicklung der gesamten Marxschen "Kapital"-Theorie.

Die Theorie der Überakkumulation-Entwertung erlaubt es den Marxisten über die bürgerliche politische Ökonomie hinauszugehen und sie zu kritisieren. Diese bürgerliche Theorie ist gezwungen die Schwierigkeiten der Akkumulation mehr oder weniger einseitig und oberflächlich zu erklären. Sie ist eine Rechtfertigungstheorie, die dem Klassenkampf falsche Perspektiven weist.

Die kapitalistische Überproduktion kann nicht einfach mit einer Unterkonsumtion – bzw. der nicht ausreichenden Konsumtion der Massen – erklärt werden. Die unvermeidliche Tendenz des Falls der Profitrate ist auch nicht einfach durch die Gegenthese zu erklären: die "Überkonsumtionstheorie", die in den Klassenkämpfen der Arbeiter um höhere Löhne die Grenze der kapitalistischen Ausbeutung sieht. Diese beiden Erklärungen, jede für sich, die erste tendenziell linksradikal, aber auch ökonomistisch (trade-unionistisch) die zweite eher rechtsgerichtet (oder direkt reaktionär), sind beide so alt wie die ersten Kapitalismus-Betrachtungen und finden sich auch heutzutage wieder, sogar in marxistischer Verkleidung. (10) Jedoch ist *die wichtigste kapitalistische Maßnahme* zur Behebung der Schwierigkeiten der materiellen Produktion und zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte die *Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals.* Die Folgen davon aber sind: 1. Unabhängig von der Mehrwertrate wird der Mehrwert im Verhältnis zum Überschuß des zu viel akkumulierten Kapitals zu klein (und so müssen die Profite inflationär "aufgeblasen" werden); 2. Die Warenrealisierung reicht nicht aus und das Verhältnis von Produktionsmittelproduktion und Nachfrage nach Konsumtionsmitteln wird gestört. (11)

Wenn also alles ein Problem der Aufteilung wäre, so wäre die Lösung für den Kapitalisten entweder das Brechen des Widerstandes der Arbeiter gegen eine Lohnkürzung oder das Aufstellen von ungerechtfertigten angeblichen Behauptungen: zum Beispiel die Behauptung, daß eine Beschränkung der Löhne *allein* durch den technischen Fortschritt und die gesteigerte Arbeitsproduktivität begründet sei (die man von Vertretern der Bourgeoisie ebensooft wie von rechten Opportunisten hört). Für die linke Kritik würde es ausreichen, die Löhne und die Konsumtion der Arbeiter auf Kosten des Profits zu erhöhen, um Überproduktion und Arbeitslosigkeit zu verhindern; oder aber müßten die Menschen und Institutionen Antikonsum- und Antiproduktions-Haltung erwerben, um die "quälenden Gedanken" von Engpässen zu beseitigen. Jedoch in Wirklichkeit, wie es die Theorie der Überakkumulation zeigt, ist es der *Fortschritt der Produktivkräfte innerhalb der kapitalistischen Strukturen,* deren Ziele die Verwertung des Kapitalwertes, die erweiterte Akkumu-

10 Wir haben in ECONOMIE ET POLITIQUE vom August 68 die Kritik an den Unterkonsumtionstheorien von Baran-Sweezy, ihren linksradikalen Revisionismus zusammen mit rechten und reaktionären Theorien von Überkonsumtion kritisiert. Auch die Überakkumulation kann nicht durch das ekklektizistische Nebeneinandersetzen von zwei "Grenzwerten" erklärt werden.

11 Wir haben (ebenda) die apologetischen Theorien über die Stabilität der Zusammensetzung des Kapitals beschrieben. Wir haben die rechten, bourgeoisen Theorien des Falls des "Kapitalkoeffizienten" aufgezeigt. Diese Theorien gehen vom einheitlichen Steigen der organischen Zusammensetzung des Kapitals aus, sie lassen die historisch bedingten Schwankungen des Prozesses, die Analyse der unproduktiven Arbeit etc. weg und revidierten so Marx.
Man begegnet dieser Strömung auch in verschiedenen Teilen der Arbeit von Richta über POLITISCHE ÖKONOMIE DES 20. JAHRHUNDERTS. (Kritik in ECONOMIE ET POLITIQUE, Juli 69 und Dez. 69)

lation, und die Tendenz zur Erhöhung der organischen Zusammensetzung der Kapitale sind, durch den die Schwierigkeiten der Überproduktion und der Arbeitslosigkeit zu erklären sind.

Deshalb sind diese Schwierigkeiten auch nicht zu vermeiden. Der Fortschritt der Produktivität und der Produktivkräfte im Kapitalismus macht Kapitalakkumulation notwendig, d.h. die Produktionsverhältnisse im Kapitalismus bringen hervor Akkumulation für den Profit und Profit für die Akkumulation.

Die Theorie der Überakkumulation-Entwertung leistet einen wichtigen Beitrag zur Erklärung des Wesens der kapitalistischen ökonomischen Regulierung, die spontan und blind, durch Strukturkrisen und konjunkturelle Fluktuationen vor sich zu gehen scheint. Sie deckt auf, wie der Fortschritt der Produktivkräfte in diesem System angeregt wird, und wie dieses System es erreicht, zeitweise ein Gleichgewicht aufrechtzuhalten, obwohl die Widersprüche sich weiterentwickeln und schließlich kann sie aufzeigen, wie dieses System mit Hilfe von ökonomischem Wirrwarr und sozialem Elend sein Gleichgewicht wiedererlangen kann. Indem es sich auf diese Art und Weise entwickelt, muß sich dieses System verändern. Mehr und mehr verlangt es nach einer revolutionären Überschreitung seiner eigenen ökonomischen Formen. Unsere Theorie zeigt die Verbindung zwischen der kapitalistischen Regulierung und den spezifisch kapitalistischen ökonomischen Formen, die dem geschichtlichen Charakter der Produktivkräfte entsprechen. Auf diese Weise kann sie auch zeigen, daß die Preisform im Unterschied zu Warenwert und Tauschwert vermittelt ist (sich aus der Differenz von Warenwert und Tauschwert ableitet). Die Tauschwerte stellen die Äquivalenzbeziehung zwischen zwei Waren unterschiedlichen Gebrauchswertes dar. Er setzt direkt die Massen von Gebrauchswert zueinander in Beziehung und drängt ihren Wert in den Hintergrund, berücksichtigt ihn nur indirekt, wenn auch ausschlaggebend. *Die Preisform* in Verbindung mit der relativen Hebung und Senkung des Tauschwertes (relativ zum Warenwert) stimuliert den Fortschritt der Produktivität.

Hinter den Verschwendungen und sozialen Mißständen in Konjunkturschwankungen sieht man die wirklichen Entwicklungsrichtungen: Neue Techniken setzen sich allgemein durch, weil, wenn Tauschwert und Preis über dem Wert liegen, hohe Gewinne gemacht werden; während die technisch zurückgebliebenen Unternehmen schließlich eingehen, weil sie Verluste erleiden, weil Tauschwert und Preis unter den Produktionskosten liegen. Mit der Bewegung des Tauschwertes regt die Preisform, als Antwort auf die Bedürfnisse, die Vermehrung, Verbesserung, und die Erfindung neuer Gebrauchsgegenstände an. Dieses geschieht natürlich nur in den antagonistischen kapitalistischen Konsumverhältnissen. Auf einen Nenner gebracht macht die Theorie es möglich, die Abhängigkeit des Produktionspreises (d.h. Erhöhung des Kostpreises (c plus v) in Geld um den durchschnittlichen Profit bezogen auf das vorgeschossene Kapital) von der historisch-technologisch notwendigen Vergrößerung der Menge des konstanten Kapitals und den unterschiedlichen organischen Zusammensetzungen der verschiedenen Kapitale. Sie erlaubt es uns, die begrenzte Bedeutung der durch den Monopolismus in dieser Beziehung eingeführten Veränderungen aufzuzeigen. (12) Durch den Prozeß der Überakkumulation-Entwertung, offensichtlich durch

12 Im Gegensatz zu den vor allem von Hilferding verbreiteten Illusionen die auch jetzt noch teilweise wirksam sind, unabhängig von den immer neuen Formen monopolistischer Regulierung besteht der Produktionspreis weiter, wenn er auch in verschiedenen Bereichen verschieden angeglichen wird, immer im Verhältnis zum Durchschnittsprofit.
Mehr noch, die durchschnittliche Profitrate verschwindet nie, da es sich um einen abstrakten Durchschnitt handelt, der in der Praxis regulierende Funktion hat. Weiterhin nimmt der tendenzielle Fall der Profitrate Einfluß: er setzt der Überakkumulation der Monopole eine absolute Grenze, unabhängig von ihren vielfältigen Möglichkeiten die Profite innerhalb dieser durchschnittlichen Grenze zu verändern.

eine Veränderung der Preisverhältnisse, hervorgerufen durch die Entwertung, setzt sich die Regulierung der kapitalistischen Preise durch das Wertgesetz wie auch durch den historisch bedingten Charakter dieser Regulierung, der dem Charakter der Produktivkräfte entspricht, durch. Man sieht gleichzeitig die festen Grundlagen, aber auch den trotz allem nur historischen, vergänglichen Charakter der spezifischen Form des "Produktionspreises", hinaus über die einfachen Grundlagen der Regulierung, die allen Produktionsweisen gemeinsam sind.

Wenn die dogmatische Auffassung vom tendenziellen Fall der Profitrate blind ist, da sie auf der Ebene der Wertverhältnisse verweilt, so wird doch auch eine dualistische Anschauungsweise, die auf irgendeine Weise dogmatische Vorstellungen mit gewissen Vorstellungen von Überakkumulation nebeneinander stellt, *das Voranschreiten der marxistischen Analyse im "Kapital"*, die die gesamte Wirklichkeit reflektiert, nicht verstehen. Die Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals erlaubt, die Beziehungen zu vertiefen zwischen dem ersten und dritten Band des "Kapitals" (zwischen der Analyse im Wertausdruck und der des Produktionspreises, etc.), zwischen dem zweiten und dritten Band des "Kapitals", die Marx nicht mehr vollenden konnte, (zwischen den Analysen der Realisation und der Produktion der Profitrate, etc.). Sie ist die weitestgehendste Analyse im Hauptwerk von Marx. Sie erlaubt über das "Kapital" hinauszugehen, in dem sich Marx ja absichtlich auf die Analyse des Kapitals *im allgemeinen* und die *verschiedenen Formen* des Kapitals beschränkt hatte – es somit also weiteren Werken anheimgestellt hat, von diesen Grundlagen aus die Bewegungen der konkreten totalen Wirklichkeit zu analysieren. (13) Drei grundlegende Momente der Kapitalismustheorie lassen sich unterscheiden: die Analyse der Ware (mit der Theorie des Tauschwertes) die Analyse des Kapitals (mit der Theorie des Mehrwertes), die Analyse der Entwicklung des Kapitalismus (mit der Theorie der Überakkumulation-Entwertung).

Diese letztere Theorie, die sich aus den beiden vorhergehenden entwickelt, erlaubt es, die konkrete vielzyklische Entwicklung des Kapitalismus mit seinen mehr oder weniger dekadischen Fluktuationen und auch seinen langen, ungefähr alle fünfzig Jahre auftretenden Schwankungen, die schon in der historischen Analyse der Preisbewegungen festgestellt wurden; sie erlaubt, die strukturellen Transformationen, die die Stadien und Phasen dieser Entwicklungen kennzeichnen, zu erklären. Sie erlaubt es, klar, im Rahmen der materialistischen Geschichtsauffassung, zu erfassen, worin der vergängliche Charakter der kapitalistischen Produktionsweise besteht; daß er an ein begrenztes Stadium der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte gebunden ist. Sie zeigt die "tiefsten Wurzeln" des inneren Antagonismus der kapitalistischen Strukturen, die Notwendigkeit ihrer Abschaffung und ihren Ersatz durch überlegene Produktionsverhältnisse, auf Grund des Fortschrittes der Produktivkräfte, die technisch-ökonomischen Grundlagen dieses Ersetzens im Klassenkampf. Die dogmatische Auffassung ist beschränkt auf die Vorstellung der immer weiter steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals. Die dualistische Auffassung sieht nicht die

13 Am Anfang des schon zitierten II. Abschnittes des 6. Kapitels des dritten Bandes des KAPITALS schreibt Marx: "Die Phänomene, die wir in diesem Kapitel untersuchen, setzen zu ihrer vollen Entwicklung das Kreditwesen und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt voraus, das überhaupt die Basis und die Lebensatmosphäre der kapitalistsichen Produktion bildet. Diese konkreteren Formen der kapitalistischen Produktion können aber nur umfassend dargestellt werden, nachdem die allgemeine Natur des Kapitals begriffen ist; zudem liegt ihre Darstellung außer dem Plan unseres Werkes und gehört seiner etwaigen Fortsetzung an." (KAPITAL, Bd. 3, S. 120) Zur Frage des "Plans" des KAPITAL sei auf einen vor 10 Jahren in ECONOMIE ET POLITIQUE erschienenen Artikel "Probleme des Inhalts des Kapital" hingewiesen (ECONOMIE ET POLITIQUE, Februar 61).

Gegentendenzen, die sich notwendig im zyklischen Prozeß der Überakkumulation-Entwertung durchsetzen und die kapitalistische Struktur selbst in Frage stellen. Im Gegensatz dazu zeigt die authentische marxistische Theorie der Überakkumulation-Entwertung, daß die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, die die wichtigste ökonomische Tendenz des Fortschrittes der Produktivkräfte unter kapitalistischen Bedingungen ist, die die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Strukturen und dem Fortschritt der Produktivkräfte zuspitzt. Sie zeigt wie dieser Widerspruch – durch alle Strukturveränderungen hindurch – sich durchsetzt, bis die kapitalistische Produktionsweise durch die kollektive Produktionsweise revolutionär ersetzt wird.

3. Die Analyse der Überakkumulation-Entwertung: Theoretischer Ausdruck des Widerspruches zwischen dem Fortschritt der Produktivkräfte und den kapitalistischen Strukturen.

Die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, das heißt ihre Produktionsverhältnisse, sind vor allem durch den Gegensatz von kapitalistischen Eigentümern von Produktionsmitteln und Lohnarbeitern, Proletariern, gekennzeichnet. Genauer gesagt, die Kapitalisten monopolisieren das Geld, die *vergegenständlichte Arbeit* in den Produktionsmitteln, die sie sich aneignen und untereinander verkaufen, und sogar die vergegenständlichte Arbeit in den Produkten (der unmittelbaren Produktion), deren Eigentümer und Verkäufer sie immer sind. So können sie die Arbeitskraft der Arbeiter kaufen, die ihnen die produktive *lebendige Arbeit* gegen einen Lohn liefert. (14) Im System der kapitalistischen Produktion, der am weitesten entwickelten Warengesellschaft, ist der Gegensatz und die Trennung von vergegenständlichter Arbeit im Produkt und lebendiger Arbeit größtmöglich. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Arbeitskraft des Menschen, erreicht ihren Höhepunkt. Die materielle Produktion entwickelt sich nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten mit dem einen Ziel: dem Mehrwert (Differenz zwischen dem, was der Arbeiter schafft, und dem, was er als Lohn erhält) und der Akkumulation der Werte (vergegenständlichte Arbeit). Mit der "Produktion für die Produktion" erreicht der Fortschritt der Produktivkräfte beispiellose Leistungen im Vergleich zu allen vorausgegangenen Produktionsweisen. Trotz alledem handelt es sich um eine beschränkte, ja sogar antagonistische Form der Entwicklung der Produktivkräfte, deren Grenzen mehr und mehr zu Tage treten, je weiter die geschichtliche Entwicklung voranschreitet.

Die Kapitalisten treiben die Entwicklung der Produktivkräfte nur deshalb voran, weil sie soviel Kapital wie möglich akkumulieren wollen. Sie wollen soviel Mehrwert wie möglich scheffeln, ihr Kapital verzinsen, indem sie die Mehr-Arbeitszeit über die notwendige Arbeitszeit (die dem Lohn entspricht) hinaus erhöhen.

Die Steigerung der Produktivität der Arbeit, Haupttendenz der kapitalistischen Produktionsweise, ist, entsprechend der ökonomischen Struktur der Gesellschaft und dem geschichtlichen Charakter der materiellen Produktivkräfte, nur Erhöhung der Produktivität der lebendigen Arbeit über den Umweg der Akkumulation von vergegenständlichter Arbeit in den Produktionsmitteln. Jedoch ist diese Haupttendenz, die in der Tendenz zur Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals auftritt, eine antagonistische: sie gebraucht die Produktionsmittel und die vergegenständlichte Arbeit gegen die Arbeiter und die lebendige Arbeit.

14 "Einerseits wird der Wert, die vergangene Arbeit, die die lebendige beherrscht, in Kapitalisten personifiziert, andererseits erscheint der Arbeiter umgekehrt als bloß gegenständliche Arbeitskraft, als Ware." (KAPITAL, Band 3, S. 55)

Dieser Antagonismus zeigt sich andauernd im Funktionieren des Kapitalismus. Die Arbeitskraft der Proletarier wird wie eine Ware behandelt, deren Nutzen es ist, soviel Mehrarbeit wie möglich zu leisten. Die Arbeiter werden wie Zubehör zum materiellen Produktionssystem behandelt, in der Bestrebung, ohne Unterlaß die Produktenmenge und die Differenz zwischen dem Preis des Produktes und den Kosten zu erhöhen, um das Kapital zu verzinsen. Aber auch hier tendiert der Antagonismus dazu, periodisch aufzubrechen.

Sicher, die materiellen Produktionsmittel werden in zunehmendem Maße unabhängig von den (subjektiven) Beschränkungen der einzelnen Arbeiter und tragen so zur Objektivierung der gesellschaftlichen Arbeit bei. Daraus ergibt sich der beschleunigte Fortschritt der Produktivkräfte. In der industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts, deren wichtigstes Element die Werkzeugmaschine war, die die Hand des Handwerkers ersetzte (15), mit dem entsprechenden Übergang zum klassischen Kapitalismus (16), beeinflußt die Maschine, indem sie dabei aus dem Handwerker einen Teil-Arbeiter, einen Proletarier macht, auf entscheidende Weise die Entwicklung des kollektiven Charakters der materiellen Produktionsmittel. Die Entwicklung der Maschinensysteme selbst zieht die immer intensivere und systematischere Nutzung der Wissenschaften in der Produktion nach sich. Jedoch beruht diese gesellschaftliche Objektivierung der kapitalistischen Produktion, die vor allem auf private Zielsetzungen gerichtet ist, auf dem Widerspruch zwischen der vergegenständlichten Arbeit, personifiziert im Kapitalisten, und der lebendigen Arbeit der Lohnarbeiter. Mit dem zunehmend kollektiven Charakter der neuen Produktivkräfte entwickelt sich auch der antagonistische Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen weiter, und zeigt so die Grenzen und den Übergangscharakter der kapitalistischen Produktionsweise.

Der Widerspruch zwischen vergegenständlichter Arbeit im akkumulierten Kapital und lebendiger Arbeit, die vom Proletarier geliefert wird, entwickelt sich innerhalb des Widerspruches zwischen vergegenständlichter Arbeit im konstanten Kapital und lebendiger Arbeit, die durch das variable Kapital dargestellt ist. Der Fortschritt der Produktivität, der sich entsprechend der Gesetzmäßigkeit der *Akkumulation von vergegenständlichter Arbeit* auf die Produktionsmittel auswirkt und so *tendenziell die Produktivität der lebendigen Arbeit erhöht,* läßt schließlich die diesen Prozessen innewohnenden Widersprüchlichkeiten zu Tage treten. Diese Methode, die Produktivität der Arbeit zu steigern (total = lebendige + vergegenständlichte), tritt tendenziell in Widerspruch zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität selbst, weil zu viel vergegenständlichte Arbeit in Produktionsmitteln akkumuliert wird. Im Wertausdruck bedeutet dies: Das Ziel der Akkumulation von Kapital gerät tendenziell in Widerspruch zum Ziel der Verwertung von Kapital durch die Vergrößerung des relativen Mehrwerts (der durch die Erhöhung der Produktivität der Arbeit und die Differenz die zwischen notwendiger Arbeit entsprechend dem Lohn, und wirk-

15 Diese Revolution war durch die Entwicklung der Manufaktur seit der Mitte des 16. Jahrhunderts vorbereitet. Unter Einschluß der Phase der "Fabrik" entwickelt sich die industrielle Revolution in der Folgezeit in ihrer zweiten Phase am Ende des 19. Jahrhunderts im Übergang zur tendenziell automatischen Fabrik.
Wir sehen weiter, daß die Automation sich im Zentrum einer neuen technologischen Revolution entwickelt, der wissenschaftlichen Revolution. Diese benötigt für ihre Entfaltung die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus, damit sich die Fähigkeiten der Arbeiter entwickeln können und zum wichtigsten Mittel des technischen Fortschrittes werden können.

16 Hier war es möglich eine allgemeine Profitrate ausgehend vom Durchschnittsprofit, einzuführen, und die Entfaltung der kapitalistischen Regulierung durch den Produktionspreis zu sichern.

lich geleisteter Arbeit des Arbeiters entsteht). Aber bevor dieser Widerspruch vorherrschend wird, tritt der Kapitalüberschuß zu Tage. Er bewirkt den tendenziellen Fall der Profitrate und die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals.

Die Krise der Kapitalüberproduktion entläd sich periodisch durch die Warenüberproduktion. Aber diese Krisen können schwach sein, und die darauf folgenden Depressionen können kurz sein, wenn die Wertverluste des Kapitals sehr begrenzt bleiben und wenn durch die Erhöhung der Ausbeutungsrate und des relativen Mehrwertes eine Lösung leicht möglich ist. Wenn jedoch die tendenzielle Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals mit schwachen Krisen in langen Zeiten tendenziellen Rückgangs der Akkumulation von konstantem Kapital zusammenfällt, werden die Möglichkeiten, den relativen Mehrwert zu erhöhen, immer geringer, was wiederum die Tendenz zur Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals verstärkt. Man erreicht eine Situation, wo der Kapitalüberschuß relativ beständig wird und wo aus diesem Grunde die Depressionen länger und zahlreicher werden.

Übrigens handelt es sich bei der beständigen Überakkumulation über lange Zeiträume hinweg nicht um eine einfache Überakkumulation von konstantem Kapital. Auf sehr komplexe Art und Weise kann gleichzeitig (17) Unterversorgung neuer Bedürfnisse auftreten (verbunden mit dem Wachstum der materiellen Produktionsmittel in Quantität und technologischer Qualität) (18), weil die Mittel nicht ausreichen, Kosten für vergegenständlichte Arbeit außerhalb der im strengen Sinne materiellen Produktion aufzubringen, um Kapazitäten zu vergrößern, die von den Arbeitern gefordert werden.

Daher die Tendenz zum Bremsen des Fortschrittes der Produktivität und die Reaktion, die organische Zusammensetzung des Kapitals noch schneller zu erhöhen. Auf diese Art und Weise wäre der Profitrate endgültig die Wertgrundlage genommen, während außerdem verstärkte Vorwegnahmen von Investitionen außerhalb der materiellen Produktion auf die Profite drücken.

Man erreicht einen Zustand, wo die Menge der in Produktionsmitteln vergegenständlichten Arbeit (in konstantem Kapital), die es erlaubt, die Produktivität der lebendigen Arbeit zu vergrößern, auf Grund des einzigen Ziels des kapitalistischen Systems: der Akkumulation und des Profits, mehr und mehr in Widerspruch zur (Gesamt-) Produktivität der Arbeit gerät. Das kapitalistische System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird ein Hindernis für den Fortschritt der Produktivkräfte, obwohl die Möglichkeit zu einer Beschleunigung vorhanden ist. Gleichzeitig wird die Möglichkeit der Vergrößerung des relativen Mehrwertes durch den Fortschritt der Produktivität immer kleiner und komplizierter, weil dies den Umfang des konstanten Kapitals beeinflußt.

Die Lösung dieses Problems kann nur die massive und dauerhafte Verminderung von vergegenständlichter Arbeit in den Produktionsmitteln sein. Aber diese Lösung ist antagonistisch zur Kapitalakkumulation, zu allen wichtigen Momenten der Produktion unter kapitalistischen Bedingungen. Darüber hinaus ergibt sich aus der historischen Untersuchung der nichtkapitalistischen Sphären, daß sich, im Gegenteil, für die Arbeiter selbst und ihren Konsum, verbunden mit den Erfordernissen der neuen, technisch überlegenen Materialien, der Aufwand an vergegenständlichter Arbeit vergrößern muß. Indessen führen die Tendenz zur Überproduktion, die Kapitalverluste und die Schatzbildung zur massiven

17 Hinaus über die Probleme der Eroberung neuer Produktionssphären und neuer Länder durch die kapitalistische Produktionsweise.

18 Diese Bedürfnisse hängen zusammen mit den Forderungen der neuen Generation, deren Expansion durch eine lange Phase mit aufsteigender Tendenz begünstigt war.

und dauerhaften Arbeitslosigkeit. Statt sofortiger Entwicklung der Produktion anderer Produkte wie Produktionsmittel oder nichtproduktiver Aktivitäten, wird die materielle Produktion gebremst, wenn nicht zurückentwickelt. Die Entwertung durch den Wertverlust der Produktionsmittel und den Druck auf ihre Preise schafft dabei die Möglichkeit, gegen das Abbremsen der Produktivitätssteigerung zu kämpfen, da die erhöhten Preise der Produktionsmittel die *notwendige Erhöhung der technischen Zusammensetzung* des Kapitals verhindern. Aber auch die Herabsetzung der organischen Zusammensetzung des Kapitals kann nicht eine globale, dauerhafte Stabilisierung erreichen, es sei denn, daß auf der Grundlage der neuen Zusammensetzung sich die Nachfrage entwickeln würde ohne Erhöhung der organischen Zusammensetzung, auf Grund von neuen Produktivitätsbedingungen und staatlichen (sozialen) Investitionen, verbunden mit tiefgreifenden strukturellen Veränderungen.

Nur durch die sich vergrößernden und dauerhaften Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems und die sich zuspitzenden Klassenkämpfe kann eine provisorische Lösung des Überakkumulations-Problems sich systemimmanent durchsetzen. Aber sie macht dabei Strukturveränderungen nötig, die die kapitalistischen Strukturen selbst verändern. Um die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in ihrem Wesen zu erhalten, werden Veränderungen vorgenommen, die das Ende des Kapitalismus selbst näher bringen. Diese Veränderungen entsprechen den strukturellen Entwertungen des Kapitals auf dem Wege zur revolutionären Überwindung des Kapitalismus selbst, unter dem Druck der revolutionären Veränderungen der materiellen Produktivkräfte und der ökonomischen, ideologischen, politischen Kämpfe des Proletariats und der Masse der Werktätigen.

4. Entwicklung der Theorie. Anwendung auf die Erklärung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seine Krise.

Die strukturellen Entwertungen des Kapitals charakterisieren den Übergang, Ende des 19. Jahrhunderts (19), zum Imperialismus, d.h. zum Monopolkapitalismus.

Wir haben schon gezeigt, wie 1. der Monopolismus zu einer Entwertung der nichtmonopolistischen Kapitale führt durch die Verringerung der Verwertungsrate; 2. das Finanzkapital, mit verringerten und sogar negativen Raten (Zinsen) die kleinen Finanzkapitale und das öffentliche Sparwesen entwertet; 3. der Kapitalexport schließlich es möglich macht, einen Teil des Kapitals der Metropolen zu entwerten, indem es in ursprünglich nicht kapitalistischen Ländern angelegt und verwertet wird, etc. Aber gleichzeitig treten neue Produktivitäts- und Nachfragebedingungen auf, die den kollektiven Charakter fixer Produktionsmittel des Monopolismus tragen: die Aufwendungen für wissenschaftliche Forschung schützen vor allem die großen Kapitale vor Entwertung und sind fixe Kosten für den Monopolismus; die natürlichen Produktionsbedingungen der vom Kapital eroberten Territorien, die neue Nachfrage in den eroberten Territorien, inclusive militärische und staatliche Ausgaben der Kolonisatoren, die Verallgemeinerung der Grundschulerziehung und der Fortschritt der höheren Bildung in den Metropolen, etc. Die neuen Formierungsbedingungen des Lebens und der Arbeit bringen darüber hinaus eine erneuerte Intensivierung der Arbeit, eine Erhöhung des relativen Mehrwertes, einen Fortschritt der Wirtschaft in Punkto Kosten, etc.

19 Am Ende der langen tendenziell depressiven Phase der Jahre 1873-1895, die schon von Engels als Jahre chronisch depressiver Tendenz bezeichnet wurden, und auf die sich Lenin im IMPERIALISMUS bezieht, wurden die neuen monopolistischen Formen eingeführt. (Vergleiche: Lenin: IMPERIALISMUS ...).

Dank der neuen Produktivitäts- und Nachfragebedingungen, die das Ende der langen Phase von vorwiegend depressiver Tendenz bringen, erhöht sich nicht nur die Profitrate, sondern auch die Kapitalakkumulation; besonders die des konstanten Kapitals kann von neuem in größerem Maße vor sich gehen in Verbindung mit der neuerlichen Erhöhung der Profitrate und der Mehrwertmasse.

Auf diese Art und Weise folgt nach einer langen Phase, in der die Überakkumulation mit Leichtigkeit überwunden werden konnte, wie während der "belle êpoque" der Jahre 1896 - 1914, eine weitere lange Phase der Überakkumulation, die relativ dauerhaft ist, und dann die massive Entwertung des Kapitals, wie in den Jahren 1914 - 1944 (ungefähr).

Seit den zwanziger Jahren hat sich chronische und ausgedehnte Arbeitslosigkeit ausgebreitet (20), trotz der scheinbaren Prosperität. Erst Anfang der dreißiger Jahre zeigt sie sich in ihrer ganzen Brutalität. Zur gleichen Zeit, zwischen den beiden Weltkriegen, kann man den Übergang vom einfachen Monopolkapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus beobachten; ein Vorgang, der sich durch Klassenkämpfe bisher nicht bekannter Ausdehnung und Stärke durchsetzte. Im Verlaufe dieser nationalen und internationalen Kämpfe widersetzen sich die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte mit Erfolg reaktionärsten Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Militarisierung und Faschisierung der Wirtschaft) (21). Sie erzwangen demokratische Veränderungen, in Frankreich zum Beispiel die nationale Front und die Befreiung vom Faschismus. Die Einführung des staatsmonopolistischen Kapitalismus deutet strukturelle Entwertung des Kapitals an, die quantitativ und qualitativ einen neuen Charakter trägt. Die strukturellen Entwertungen des imperialistischen Kapitals, repräsentiert durch die Monopole, das Finanzkapital, den systematischen Kapitalexport etc., werden ergänzt durch die Entwertungen mehr oder weniger staatlicher Unternehmen, der staatlichen Finanzierung der kapitalistischen Produktion, der kollektiven Konsumkosten, der staatlichen "Beihilfen" für den privaten Kapitalexport, etc. In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß es schon beim Übergang zum einfachen Monopolismus nicht nur um eine Verringerung derjenigen ging, die ihren gerechten Anteil am Profit verlangten, (22) sondern gleichzeitig Veränderungen der Akkumulationsbedingungen, der Profitrate, des Mehrwertes, der Produktivität und der globalen Nachfrage bewirkt wurden. Es entstanden neue Bedürfnisse im Bezug auf die Infrastruktur und die Entwicklungskosten der Arbeiter. Weil die kapitalistische Produktionsweise beibehalten wurde, entstehen aus der neuen Bedeutung der Vorschüsse auf den Mehrwert für die freiwirtschaftenden, die unproduktiven und die staatlich entwerteten Kapitale, aus der Verschärfung der Auswirkungen der Trennung von Kopf- und Handarbeit, und aus der Proletarisierung der Kopfarbeiter diese Erfordernisse in antagonistischer Form.

Aber noch einmal, nach einer längeren, tendenziell ansteigenden Phase der Akkumulation, in der die Überakkumulationskrisen zwar nie unterdrückt, aber immer sehr schwach und

20 Ganz zu schweigen von Schwierigkeiten, verursacht durch die Bewegungen der nicht festgelegten Kapitale, die heute an Bedeutung verloren haben.

21 Die Sowjetunion nimmt teil an diesen Klassenkämpfen (die das kapitalistische System in Frage stellen und es zu tiefgreifenden strukturellen Veränderungen zwingen, und soweit wie möglich die Interessen der Werktätigen verteidigen und durchsetzen) seit dem ersten Erfolg der sowjetischen Planung (die im Gegensatz zum ökonomischen Chaos der kapitalistischen Welt der 30er Jahre stand) bis zum antifaschistischen Krieg.

22 Entwertung des betreffenden Kapitals besonders durch mehr oder weniger staatliche Gelder, die wenig oder gar keinen Profit beanspruchen, eventuellen Defizit (negativen Profit) ausgleichen, etc.

kurz waren ("Rezessionen"), beginnt eine Phase von starker, relativ dauerhafter Überakkumulation, ungefähr von 1967/69 an.

Mit der starken und relativ dauerhaften Überakkumulation die sich auf gleiche Art und Weise etwa 1873 - 75, 1914 - 20, und 1967 - 69 bemerkbar machte, geschehen im staatsmonopolistischen Kapitalismus, wie gewöhnlich, gleichzeitig Wiederholung und qualitative Erneuerung. Auf jeden Fall präsentiert sich dieses Mal die lange, durch eine Tendenz zur Entwertung gekennzeichnete Phase, die vor kurzem auf internationalem Maßstab begonnen hat, auf ganz neue Art und Weise.

Auf der Ebene der Produktivkräfte wird die relativ dauerhafte Überakkumulation im Beginn der alle Bereiche umfassenden technologischen Revolution auf Grund der Automatisierung manifest. Man kann sie wissenschaftliche Revolution (D) nennen, in Analogie zur industriellen Revolution, die allmählich – über ökonomische Strukturveränderungen, die manchmal auch politische Revolutionen notwendig werden lassen – die Industrialisierung der Länder, die zuvor fast alle landwirtschaftlich wirtschafteten, bewirkte.

Die entscheidende Grundlage der industriellen Revolution im 18. Jahrhundert war die Werkzeugmaschine, die die Hand des handwerklichen Arbeiters ersetzte – die Bedeutung der neuen Energiequellen (Dampfmaschine) und der neuen Materialien ist weniger groß. Gleicherweise setzte die Automation, die auf elektronischer Steuerung basiert, eine technologische Revolution voraus, die die Kontrolle, Korrektur und Steuerung der Werkzeugmaschine durch den proletarischen Arbeiter abnimmt. Die Entwicklung der Automation macht notwendig und erlaubt einen bisher noch nie erlebten Aufschwung der Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit vom Standpunkt der direkten Bedürfnisse der materiellen Produktion selbst. Indessen handelt es sich hier wieder um Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die mit den Grenzen, die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen gesetzt sind, kollidieren und die zum Beispiel in der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Tendenz zur Arbeitslosigkeit, die Dequalifizierung, usw. zur Folge haben.

Die technische Revolution (D) beginnt erst. Sie ist in ihrem Wesen dem Charakter der Produktivkräfte, die aus der industriellen Revolution hervorgegangen sind und im großen und ganzen der kapitalistischen Struktur entsprechen, genau entgegengesetzt.

Die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution erfordert, daß der Fortschritt der Produktivkräfte in immer größerem Maße dazu bestimmt ist, die Fähigkeiten der gesamten Arbeiterschaft zu entwickeln, daß die Investitionen in vergegenständlichter Arbeit im Interesse der Arbeiter gemacht werden, und daß genügend Freizeit für die Weiterentwicklung der Werktätigen vorhanden ist. Das macht die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus notwendig. Daher die Notwendigkeit des Kommunismus.

Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der durch staatliche Finanzierung der Produktion, durch die Ausweitung des staatlichen Konsums, und des staatlichen Eigentums zu regulieren versucht, wird der Kapitalismus vor allem in struktureller Beziehung durch die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frage gestellt. (23) Mit dieser Strukturkrise, die bereits begonnen hat und sich immer weiter ver-

D Im französichen Text werden nacheinander die Begriffe: wissenschaftliche-, technologische- und technische Revolution benutzt. Die Übersetzung differenziert zuerst in Anlehnung an den Text, geht man dann zum im deutschen Sprachgebrauch üblichen "wissenschaftlich-technische Revolution" über.

23 Diese Wendung der Verbindung der langen Phase war zum ersten Mal öffentlich Ende 1967 während der "Woche des Marxistischen Denkens", in Verbindung mit neuen Aspekten der Arbeitslosigkeit in Westeuropa vorgeschlagen worden. Dazu

schärft, steht die staatliche Intervention – die am weitesten entwickelte pro-(monopol)-kapitalistische Intervention, gekoppelt an den vorherrschenden Charakter des monopolkapitalistischen Eigentums – auf dem Spiel. Außerdem wird in Verbindung mit dem besonderen technologischen und strukturellen Charakter der neuen langen Phase depressiver Tendenz die Bedeutung der Vorschüsse auf die Kosten und das entwertete Kapital viel größer als zuvor, so daß qualitativ neue Bedingungen entstehen, die zur relativ dauerhaften Überakkumulation beitragen.

Schließlich haben auf dieser Grundlage die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte ein Organisationsniveau, politische und ideologische Reife erlangt, die sie der Bewegung der Jahre 1920 und 1930 überlegen macht, nicht zu vergessen das Niveau der Entwicklung, das die sozialistischen Länder erreicht haben, die trotz aller Schwierigkeiten heute vor der aufregenden Perspektive des Aufbaus des Kommunismus stehen. (24)

---

verweisen wir auf einen ersten umfassenden Versuch: "Die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Kämpfe der Arbeiter" in ECONOMIE ET POLITIQUE, Dezember 69, Januar/Februar 70, März 70.

24 Übrigens hat der Wettbewerb mit dem Sozialismus eine entscheidende Rolle gespielt in den Anfängen der praktischen Umsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution, bei den Staatsausgaben für das öffentliche Erziehungswesen, und die Forschungstätigkeit der USA in den 60er Jahren gespielt. Zu erinnern ist hier an den „Sputnik-Schock".

SOPO 12 (Juli 71) J. Bischoff: Materielle und geistige Produktion – Sohn-Rethels 'Siegeszug' durch die nichtrevisionistische Linke / W. Roth: Möglichkeiten sozialistischer Politik – Beispiel Italien / V. Gransow: Von "Imperialismus heute" zum "Imperialismus der BRD" / Bericht: Klassenkampf bei August Thyssen / Bericht: I. Gründung des Arbeitskreises "Lage und Kampf der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus", II. Probleme der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus / T. Müller, H. Schäfer: Bemerkungen zum Artikel "Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital" (SOPO 6/7) / L. Peter: Thesen über Studentenbewegung und Arbeiterklasse / U. Garling, D.v.d.Lühe, W. Schuchardt, E. Witten: Die gesellschaftswissenschaftliche Intelligenz im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus / Projekt Klassenanalyse: Versuch zur Bestimmung der Aufgaben der kommunistischen Intellektuellen.

SOPO 13 (Okt. 71) W.M. Breuer: Warenproduktion und Sozialismus / H. Behrens: Das Bildungssystem der DDR – Aspekte seiner Entwicklung und seiner Probleme / L. Peter: Klassenkämpfe in Frankreich: Renault 1971 / H. Ley, T. Müller: Technik und Gesellschaftsstruktur / N.A. Aitow: Allgemeines und Besonderes in der Klassenstruktur der sozialistischen Länder / G. Landwirth: Der bürgerliche Konvertit und sein eigener Revisionismus / V. Gransow: Anstelle einer Besprechung des Buches "Ausgewählte Reden, Aufsätze und Beschlüsse der 'KPD'-Aufbauorganisation" / Projekt Klassenanalyse: Besprechung von Lavrov: "Die Pariser Kommune" / A. Sohn-Rethel: Aus Anlaß von J. Bischoff: "Materielle und geistige Produktion" in SOPO 12.

SOPO 14/15 (Dez. 71) M. Boni, B. Güther, G. Wilbert: Materialien zur Analyse der antagonistischen Distributionsverhältnisse in der BRD / G. Krause: Zur Kritik einer Variante bürgerlicher Monopoltheorie / J. Bischoff: Zu einigen Grundfragen revolutionärer Taktik / W. Roth: Zur aktuellen Situation der italienischen Gewerkschaftsbewegung / T. Scheffler: Zur Frage der friedlichen Koexistenz / Bericht: Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus / Projekt Klassenanalyse: Zur Kritik der 'Sozialstaatsillusion' (SOPO 6/7) / P. Hess: Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus / J. Menschik: Zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins / H. May: Zur Diskussion über Fragen der Mitbestimmung / V. Gransow: Zur Geschichte der KPdSU / Autorenkollektiv: Systemvergleich BRD-DDR.

SOPO 17 erscheint April 1972

Karl Unger

Der Krieg zwischen Indien und Pakistan (1)

In den Morgenstunden des 4. Dezember begann offiziell der Krieg zwischen Indien und Pakistan, seit langer Zeit systematisch vorbereitet und schon am Beginn der inneren Kämpfe in Ostpakistan prophezeit. Diese Prophezeiungen, die schon im April dieses Jahres in der internationalen Presse zu finden waren, lassen bereits vorweg Tiefe und Intensität der Spannungen zwischen Pakistan und Indien erahnen, da sie einen innenpolitischen Konflikt als ausreichende Ursache für eine äußere Auseinandersetzung ansehen. Es wäre z.B. niemandem und ist auch niemandem eingefallen auf Grund der Pariser Mai Unruhen zu vermuten, daß es zu einem Krieg zwischen Frankreich und etwa der BRD käme.

Im folgenden soll nun der historische Ursprung der Differenzen zwischen Indien und Pakistan untersucht werden, um die oft geäußerte These, daß dieser Konflikt Erbe des Kolonialismus sei zu verifizieren; dem folgen eine kurze Skizze über die Rolle Pakistans in der imperialistischen Globalstrategie, sowie einige Hypothesen über die unmittelbaren Ursachen des Krieges und abschließend wird auf die Rolle der VR China in diesem Konflikt eingegangen.

I

Die Geschichte Pakistans beginnt im weitesten Sinne mit der Gründung der All India Muslim League (AIML), im Jahre 1906, 21 Jahre früher, 1885, war der All India National Congress (AINC) gegründet worden, der seinem Selbstverständnis nach eine gesamt indische Partei war, also alle Nationalitäten und Religionen in sich vereinigte. Bis zu diesem Zeitpunkt stand der mohammedanische Teil der indischen Bevölkerung, wie die Äußerungen der führenden Intellektuellen – vor allem Syed Ahmed Khans, des theoretischen und praktischen Begründers der Moslembewegung – zeigen, nicht im Gegensatz zu den Hindus, sondern fühlte sich als Teil der indischen bzw. der verschiedenen auf dem Subkontinent bestehenden Nationen.

Nach der Gründung des AINC aber wendete sich Syed Ahmed Khan, der nicht nur für die islamischen Intellektuellen – als Gründer des Aligarhiinstitutes, dem ideologischen und politischen Zentrum der entstehenden Moslembewegung – sondern für alle Moslems die politische Autorität darstellte, gegen den AINC und damit implizit gegen die Zusammenarbeit zwischen Moslems und Hindus im Kampf gegen den britischen Imperialismus. Auf seiner berühmten Rede in Lucknow sagte er, nachdem er den AINC als reine Hinduorganisation bezeichnete (was weder dem Anspruch dieser Organisation gerecht wird, noch der Realität) (2), daß die Befreiung des Landes von den Briten, den Moslems keine Vorteile

---

1 Das Manuskript wurde vor der bedingungslosen Kapitulation der westpakistanischen Truppen in Dacca (16.12.1971) abgeschlossen. Vor Druckbeginn wurden noch einige Ergänzungen vorgenommen.

2 Vgl. zum Problem der religiösen Zusammensetzung des AINC: Y.V. Gankovsky/ L.R. Gordon-Polonskaya: A HISTORY OF PAKISTAN, Moscow 1964, S. 25, S. 26 f. und passim.

bringen würde, da "kein Teil des Landes verbleiben würde in welchem wir an den Tischen von Justiz und Autorität andere Gesichter sehen würden als bengalische." (3) Dies begründet er nicht nur mit der zahlenmäßigen Überlegenheit der Hindus, die, wie er richtig bemerkt, durch ein Verhältniswahlrecht ausgeglichen werden könnte, sondern vor allem mit der Tatsache, daß es "in der ganzen Nation keinen Menschen gibt, der dem Hindu gleich ist in seiner Tauglichkeit für die Arbeit." (4)

Damit verweist er auf den wichtigsten Grund, der zur Spaltung der antikolonialistischen Bewegung auf dem indischen Subkontinent führte: Die Industrialisierung Indiens wurde hauptsächlich von den Hindus getragen, während die Moslemoberklasse ihren Reichtum aus feudalen Pfründen bezog. (5)

Zwei Gründe scheinen dafür ausschlaggebend: Vor Ankunft der Briten existierten in Indien die sogenannten Mogulreiche, die feudalistische islamische Fürstentümer waren. Die Träger der Staatsgewalt waren also Moslems und ihre ökonomische Basis der Großgrundbesitz. Die Hindus hingegen waren in der überwiegenden Mehrzahl als Wucher- und Handelskapitalisten tätig. Der eindringende Kapitalismus begünstigte den ökonomisch fortgeschrittensten Teil der Bevölkerung, also die Hindus, im Übergang zum Industriekapitalisten.

Die zweite Ursache scheint darin zu liegen, daß in den frühen Epochen das Eindringen der bürgerlichen Ideologie und ihre Verbreitung in Indien fast ausschließlich die Hindus berührte. Dies war ein unmittelbares Resultat des Sepoy-Aufstandes (1857-1859) an dem hauptsächlich Muslims beteiligt waren (6) und der, wie ein britischer Historiker bemerkt, beinahe den Verlust Indiens zur Folge hatte. (7) Denn die unmittelbare Reaktion der Kolonialmacht bestand darin, die Moslems von den Institutionen auszuschließen, die die bürgerliche Ideologie am stärksten verbreiteten: dem Staatsdienst und der höheren Erziehung.

So waren z.B. 1886/87 von insgesamt 2 588 indischen Staatsangestellten nur 514 Mohammedaner aber 1 866 Hindus (8). Noch deutlicher wird dieses Mißverhältnis, wenn man das damals noch ungeteilte Bengalen, den Pandschab und die Provinzen Assam und Bombay und Sind betrachtet:

In Bombay und Sind gab es insgesamt 21 Mohammedaner im Civil Service (5,4 %) und 328 Hindus, obwohl der Bevölkerungsanteil der Moslems knapp 20 % beträgt. In Assam, wo über ein Viertel der Bevölkerung (26,9%) islamitisch ist, stellt diese Religionsgemeinschaft nur 0,9% der Staatsangestellten, nämlich 6. Fast ein Drittel der bengalischen Bevölkerung (31,2 %) und über die Hälfte der Pandschabis (51,3 %) gehören dem Islam an. Diese Religionsgruppe stellt aber nur 53 bzw. 127 Angestellte des Civil Service, das sind 8,5% bzw. 45,1%. (9)

3 C.H. Philips/H.L. Singh/B.N. Pandey, (Hrsg.): THE EVOLUTION OF INDIA AND PAKISTAN 1858-1947, Selected Documents, London - New York - Toronto 1962, S. 188.

4 Ebd. Zu beachten ist noch, daß hier immer von einer indischen Nation gesprochen wird.

5 Auf die historischen Ursprünge dieser Teilung kann hier nicht näher eingegangen werden. Vgl. dazu: Gankovsky/Gordon-Polonskaya, op. cit., S. 17 f., S. 23 f., S. 33 f. und passim.

6 Unmittelbarer Anlaß des Aufstandes war ein neues Fett, das die Infantrie zur Waffenpflege benutzen sollte, und das zur Hälfte aus einer vom Schwein gewonnenen Substanz bestand.

7 D.K. Fieldhouse: DIE KOLONIALREICHE SEIT DEM 18. JAHRHUNDERT, Frankfurt 1965, S. 235.

8 Philips u.a., op. cit., S. 561.

9 Der Rest auf 100 % entfällt auf andere Religionsgruppen. Ebd., S. 558 ff.

Damit waren sowohl von objektiver wie subjektiver Seite die Bedingungen gegeben, die es der Hinduoberschicht generell leichter machten, den Übergang von einer vorkapitalistischen Händlerschicht zu letztlich einer nationalen Bourgeoisie zu vollziehen. Obwohl die Moslems vor allem vor und während des zweiten Weltkrieges große Anstrengungen unternahmen, konnte diese Ungleichgewichtigkeit nicht mehr verändert werden. Dies zeigt sich am deutlichsten, wenn man die Standortverteilung wichtiger Industrien nach der Spaltung des Subkontinents betrachtet: Von 8 Stahlwerken befand sich keines in Pakistan, von 77 Glashütten ebenfalls keine, alle 16 Papierfabriken befanden sich in Indien und von 389 Baumwollspinnereien waren nur 9 auf pakistanischen Territorium. (10)

Die politischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, liegen auf der Hand: Das Übergewicht der Bourgeoisie im AINC erforderte die Schaffung einer eigenen Partei für die islamischen Großgrundbesitzer, die mit Recht um ihre Pfründe fürchteten, wenn die Bourgeoisie sich politisch durchsetzte, da diese ja ein objektives Interesse an der Zerschlagung des Feudalismus hat, weil er die Möglichkeiten der Profitmaximierung einengt. Der islamische Teil der Bourgeoisie war ebenfalls an einer eigenen Partei interessiert. Allein aber zu schwach konnte er sich nur den feudalen Großgrundbesitzern anschließen und unterwarf sich schließlich deren Politik. Sein Interesse an einem eigenen politischen Forum resultierte aus dem übermäßigen Konkurrenzdruck der Hindubourgeoisie. (11)

Da es ebenso wie einen Moslemteil der Bourgeoisie einen Hinduteil der Großgrundbesitzer gab, verlief die Entwicklung nicht so eng an den Religionsgrenzen, wie es bei obiger Skizze erscheinen mag.

Aber gerade dieses Moment sollte sich noch zusätzlich für die Verschärfung des Religionskonfliktes eignen. Weder der AINC noch die AIML waren in ihren Ursprüngen Massenparteien. Die Möglichkeit aber die entgegengesetzten ökonomischen und politischen Interessen unter dem Deckmantel des Religionskampfes auszutragen erleichterte die Möglichkeit sich für die jeweiligen Interessen eine Massenbasis zu schaffen. Indem so die islamischen Großgrundbesitzer ihren Kampf für die Aufrechterhaltung der feudalen Privilegien als Kampf gegen die Hindus führten, konnten sie die wirklichen Kampfziele verschleiern und außerdem den Massen Zugeständnisse machen, indem sie die Hindugroßgrundbesitzer als die wahren Ausbeuter und die wirklichen Feinde des Volkes bezeichneten. Als Nebeneffekt befreite sie diese soziale Demagogie, sobald sie praktisch wurde in der Vertreibung der Hindus, von lästigen Konkurrenten.

Trotzdem wäre es gegen einen ökonomisch und wie sich später zeigen sollte auch politisch

10 Heinz Fischer-Wollpert: INDIEN UND PAKISTAN, Oberursel 1948, S. 54. Eine gewisse Verzerrung der Relationen ist dadurch bedingt, daß Sachwerte nicht ohne Schwierigkeit oder überhaupt nicht von einer Region in die andere gebracht werden können.

11 Die NEWS REVIEW (London) schrieb z.B. am 2.4.1942: "... die Hauptursache für die Existenz der Moslemliga ist die Furcht vieler Moslemgrundbesitzer, eines Tages von ihren zahlreichen Pächtern (sowohl Hindus als auch Moslems), wenn sie müde werden sollten, ihre Pacht und feudalen Steuern zu bezahlen, grob behandelt zu werden." Der zweite Aspekt wird sehr deutlich von einem islamischen Aristokraten charakterisiert: "Der kommunale Konflikt ist letztlich ein Kampf zwischen den Mittelklassen (d.i. Bourgeoisie, K.U.) der beiden Gemeinschaften um den Anteil an den Guten Dingen des Lebens." Beides cit. n. Diethelm Weidemann: DIE ENTSTEHUNG UNABHÄNGIGER STAATEN IN SÜD- UND SÜDOSTASIEN, Berlin (DDR) 1969, S. 158 f.

stärkeren Gegner nicht möglich gewesen seine Interessen durchzusetzen, hätte man nicht einen wichtigen Bündnispartner, nämlich die Kolonialmacht gefunden. (12)

Für Großbritannien war Indien lebenswichtig (13) und in dem Maß, indem sich die antikoloniale Bewegung entwickelte, mußte alles getan werden sie zu schwächen. Der sinnvollste Ansatzpunkt dafür schien die Religionsfrage. Die divergierenden Interessen zwischen Hindus und Moslems erkennend, tat die Kolonialmacht alles, um zu verhindern, daß eine antikolonialistische Einheitsfront entstand, und versuchte mit der Politik des "divide et impera" die Spaltung völlig zu vollziehen und sie immer mehr zu vertiefen. Nachdem Großbritannien durch die Teilung Bengalens (1905) bereits den Boden für Religionskonflikte bereitet hatte, unterstützte es aktiv die Bildung der AIML (14) und machte die Spaltung irreversibel durch die Einführung getrennter Wahlen für die verschiedenen Religionsgemeinschaften (1909).

Die Feststellung Gandhis, daß der Hindu-Moslem-Konflikt ein direktes Ergebnis der britischen Herrschaft sei (15), ist zwar in dieser Form sicherlich nicht richtig, aber hinsichtlich seiner Erscheinungsformen der kommunalistischen Spannung durchaus berechtigt. Denn es kann nicht als Zufall angesehen werden, daß in den Teilen Indiens, die nicht direkt unter britischer Herrschaft standen, also in den 562 Fürstenstaaten, wo die Rechte der Minderheiten weit weniger Beachtung fanden, dieser Konflikt keineswegs den Stellenwert wie in den britischen Provinzen. (16)

Ohne die weitere Entwicklung der AIML und ihres Verhältnisses zur Kolonialmacht und zum AINC, die insgesamt sehr widersprüchlich verlief (17), darlegen zu wollen, sei abschließend auf die Entstehung und Bedeutung der Pakistanforderung und ihrer schließlichen Durchsetzung durch die AIML eingegangen.

Die Existenz der religiösen Spannungen ermöglichten der Kolonialmacht die Frage der Unabhängigkeit Indiens immer wieder als sekundäre zu bezeichnen und als das hauptsächliche Problem und die condition sine qua non für die Unabhängigkeit die Entschärfung des Hindu-Moslem-Konflikts. AINC und AIML reagierten auf diese Taktik verschieden: Während der AINC sehr richtig feststellte, daß der Konflikt solange Indien nicht unabhängig sei, nicht gelöst werden könne, da "die Herrschaft einer fremden Macht über ein Volk ... die Spaltung der Elemente, aus denen es besteht, in sich ein(schließt)" (18) fühlte sich die AIML in ihrer Politik bestärkt und begünstigt, so daß die Weiterentwicklung der Spaltungsforderungen zur Pakistanlosung nur logisch war. Im Februar 1940 wird die Forderung nach einem eigenen Staat, Pakistan, in der Lahore-Resolution zum zentralen Programmpunkt der AIML.

Grundlage dieses Programms war die Zweinationentheorie, die aus der einseitigen Auslegung des großen islamischen Dichters Muhammad Iqbals, aus der Verklärung der Mogulreiche, bestimmten rassistischen Elementen (der "aktive und realistische Moslem" – der

12 Dem trug die AIML prompt in ihrem ersten Programm Rechnung, wo die Aufgabe der AIML wie folgt definiert wird: "(a) Unter den Moslems von Indien die Gefühle der Loyalität gegenüber der britischen Regierung fördern und alle Mißverständnisse die über die Intentionen der Regierung im Hinblick auf ihre Maßregeln entstehen, zu entfernen". Cit. n. Gankovsky/Gordon-Polonskaya, op. cit., S. 34

13 Vgl. Hobsbawm: INDUSTRIE UND EMPIRE, Frankfurt 1969, Bd. 1, S. 150 ff.

14 Vgl. Gankovsky/Gordon-Poloskaya, op. cit., S. 11-24.

15 Cit. b. Weidemann, op. cit., S. 157.

16 Vgl. ebd.

17 Vgl. Gankovsky/Gordon-Polonskaya, op. cit.

18 Cit. n. Weidemann, op. cit., S. 157.

"weichliche und dem Mystizismus verfallene Hindu" – obwohl wie wir gesehen haben der "weichliche" Hindu den "aktiven" Moslem in der rauhen Wirklichkeit des kapitalistischen Geschäftslebens an die Wand drückte) und den Vorstellungen Rahmat Alis, entstand. Diese etwas eigenwillige Auslegung des Nationenbegriffs und der daraus abgeleiteten Selbstbestimmungsforderung machte aus ca. 90 Millionen islamischen Indern keine Inder sondern eine selbständige Nation und behauptete, daß ein islamischer Pandschabi die gleiche Sprache, die gleiche Lebensweise, die gleiche geschichtliche Tradition habe, wie ein islamischer Bengali, während ein hinduistischer Bengali außer der Sprache mit letzterem überhaupt nichts gemeinsam habe.

Trotzdem führte diese Forderung, weil sie mit sozialen und ökonomischen Forderungen verbunden war und implizit das Ende der Kolonialherrschaft bedeutete, zu einer ungeheuren politischen Aktivität der AIML und zur Formierung als Massenpartei. 1947 zählte die AIML 2 Millionen Mitglieder. (19)

Die Briten unterstützten auch in dieser Periode die AIML, weil sie im Gegensatz zum AINC die Forderung nach unmittelbarer Unabhängigkeit und Bildung einer nationalen Regierung zurückwies, da dies, wie Mohammed Ali Jinnah sagte, die Verewigung der Hinduherrschaft bedeuten würde. (20)

Diese Ausrichtung der AIML, daß der Widerspruch zwischen Hindus und Moslems der Hauptwiderspruch und der zwischen Kolonialherren und Kolonisierten ein Nebenwiderspruch sei und die daraus abgeleitete Strategie entsprach voll den Interessen der Briten, garantierte sie doch relative Ruhe in Indien.

Am 29. Juli 1946 schließlich verabschiedete das Working Comittee der AIML eine Resolution, die die Politik der direkten Aktion zur unmittelbaren Aufgabe erklärt und in der es heißt: "Die Moslemliga ist überzeugt, daß für die Nation der Moslems die Zeit gekommen ist, zum direkten Handeln überzugehen, um Pakistan zu verwirklichen." (21) Dies konnte nur als Aufruf zum offenen Bürgerkrieg gewertet werden, der schließlich mit den systematisch vorbereiteten Massakern von Kalkutta am 16. August begann. (22) Die irrationale Eskalation des Hasses, die sich hier vollzog, wurde zu der Hypothek, die die weiteren Beziehungen zwischen Indien und Pakistan überschatten sollte.

Ein Jahr später war die Kolonialherrschaft beendet, in Pakistan am 14. und in Indien am 15. August 1947. Schon am 9. September mußte Nehru konstatieren, daß sich die beiden Staaten faktisch im Kriegszustand befanden. (23)

Um die Rolle und Bedeutung der AIML im Kampf des indischen Volkes für seine Unabhängigkeit richtig einschätzen zu können muß man sich noch den Stellenwert nicht nur Süd- sondern auch Südostasiens für den antiimperialistischen Kampf vergegenwärtigen.

Erstmals in der kolonialen Welt traten in dieser Region im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus an die Stelle einzelner mehr oder weniger voneinander isolierter Befreiungsbewegungen untereinander verbundene Bewegungen. Süd- und Südostasien wur-

19 Ebd., S. 340.

20 Cit. b. ebd., S. 161.

21 Cit. n. ebd., S. 340.

22 Die Regierung Bengalens, die von der AIML gestellt wurde, hatte diesen Tag zum Feiertag erklärt, um allen die Möglichkeit zu geben, den Aufruf der AIML zu verwirklichen. Aus diesem Grund kam es am ersten Tag fast ausschließlich in Bengalen zu Unruhen. Vgl. zum Ablauf der Unruhen ebd.

23 Cit. n. ebd., S. 353.

den so zum eigentlichen Zentrum der nationalen Befreiungsbewegungen nach dem zweiten Weltkrieg, denn nicht die numerische Häufigkeit von Aktionen und Organisationen ist entscheidend, sondern das Niveau der jeweiligen Bewegung, ihr Maß an Organisiertheit und vor allem das Resultat. (24) Zum anderen gilt für diese Region, die mit Ausnahme Thailands völlig kolonisiert war, daß sie ein wesentlicher und wichtiger Bestandteil des imperialistischen Kolonialsystems war, und ihre Befreiung nicht nur eine regionale Angelegenheit war, sondern Struktur und Existenz des imperialistischen Kolonialsystems in seiner Gesamtheit betraf.

Aus dieser zentralen Bedeutung Süd- und Südostasiens leitet sich natürlich die besondere Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegung im allgemeinen und der AIML im besonderen ab.

Daß die AIML konkrete und wichtige Interessen des islamischen Teils der Bevölkerung vertrat ist keineswegs zu bezweifeln und auch Ursache ihrer Entwicklung zur Massenpartei. Die zentrale Frage ist aber: Inwieweit ist die AIML als Kraft der nationalen Befreiungsbewegung einzuschätzen?

Hierbei müssen, ohne das Problem vollständig klären zu können, doch einige Bedenken geäußert werden. Wenn man davon ausgeht, daß die nationale Befreiungsbewegung ein Mehrklassenbündnis ist (Bourgeoisie, Zwischen- und Mittelschichten, Proletariat und Bauern), die auf der Grundlage eines Minimalprogramms kämpft, das im wesentlichen nur die Erringung der Unabhängigkeit und die Lösung der Agrarfrage, d.h. den Kampf gegen den Feudalismus, zum Ziel hat, dann kann sie ihrem Charakter nach als allgemein demokratisch und national bezeichnet werden.

Auch die AIML war in ihrer Zusammensetzung ein solches Mehrklassenbündnis, das noch um die Großgrundbesitzer erweitert war. Jedoch war das Klasseninteresse der Großgrundbesitzer in vielen Punkten ein wesentlich anderes, als der anderen in diesem Bündnis vertretenden Klassen.

Am deutlichsten wird dies bei der Agrarfrage, an deren Lösung auch die Bourgeoisie ihr Interesse hat, weil ein feudaler Agrarsektor die Möglichkeiten der erweiterten Reproduktion beschränkt. Sowenig wie die Großgrundbesitzer daran Interesse hatten, weil es sie um ihre Pfründe bringen würde, sowenig hatten sie ein direktes Interesse an der Unabhängigkeit, – wie bereits an der Pakistanlosung gezeigt wurde – da ihre ökonomische und politische Vormachtstellung von der Unterstützung durch die Kolonialmacht abhing. Erst die Möglichkeit einen Separatstaat zu schaffen, der unter der Herrschaft der AIML stand (25), löste dieses Problem. D.h. aber, daß die AIML in keiner Weise die Kriterien einer nationalen Befreiungsbewegung erfüllt. Daß AIML und AINC zeitweilig Kampfbündnisse eingingen steht obigen Ausführungen keineswegs entgegen, da zu bestimmten Zeiten innerhalb der Muslimliga der politische Einfluß der Großgrundbesitzer zeitweilig zurückgedrängt werden konnte und die muslimische Bourgeoisie, die dann die politische Dominanz ausübte, die gleichen Klassenziele verfolgte wie der AINC.

Umgekehrt scheint einiges für die Hypothese zu sprechen, daß die AIML nicht nur kein Bestandteil der nationalen Befreiungsbewegung war, sondern vielmehr eine Bewegung, die objektiv spalterische und proimperialistische Politik betrieben hat.

24 Vgl. ebd., S. 359-368, bes. S. 366 f.

25 So erklärte z.B. der erste Ministerpräsident Pakistans, Liquat Ali Khan: "Ich habe mich immer als Ministerpräsident der Liga betrachtet. Ich habe mich nie als von der 'Konstituierenden Versammlung' gewählter Ministerpräsident angesehen!" (Cit. n. Tapan Das: "Why Bangla Desh", in: CASE FOR BANGLA DESH, New Dehli 1971, S. 72-147, hier: S. 82.

Aus der besonderen Bedeutung des Süd- und Südostasiatischen Raumes für den Imperialismus und ganz besonders den britischen ergibt sich, daß die Kolonialherren mit allen Mitteln versuchten die Herrschaft über diesen Raum aufrechtzuerhalten. Dabei konnten sie geschickt an die Bedürfnisse der feudalen Großgrundbesitzer anknüpfen, die fürchteten ohne die Hilfe einer mächtigen Schutzmacht ihre ökonomische Grundlage entzogen zu bekommen, und indem sie deren Interessen unterstützten, sie politisch an sich zu ketten. Diese Politik des Spaltens ist zwar keineswegs neu, ist aber weder zu einem früheren noch zu einem späteren Zeitpunkt mit solchem Erfolg praktiziert worden, wie am indischen Subkontinent.

Denn obwohl Großbritannien die Kolonie Indien verlor, verlor es nicht seinen Einfluß auf dem indischen Subkontinent. Da die Interessen der pakistanischen Feudalschicht eng an das imperialistische Lager gekettet waren und es zur Sicherung seiner politischen und ökonomischen Herrschaft über die Bevölkerung die Unterstützung des Imperialismus brauchte, war es nicht nur nicht möglich sich aus dem Herrschaftsbereich des Imperialismus vollständig zu lösen, sondern mußten auch Zugeständnisse gemacht werden.

Ein weiterer Vorteil des Seperatstaates Pakistan bestand für die Imperialisten darin, daß dieser Staat ein machtpolitisches Gegengewicht in Südasien gegen Indien bildete, von dem klar war, daß es einen neutralistischen und wenn auch widersprüchlichen antiimperialistischen Kurs einschlagen würde. Daß diese Rechnung nicht voll aufging, liegt weniger an internen als externen Faktoren. Für die Entwicklung des Staates Pakistan waren aber aus dieser Vorgeschichte, der Geschichte seiner Entstehung, bereits die Weichen für die Zukunft gestellt.

II

Der neue Staat Pakistan umfaßt 23% des Territoriums und 19% der Bevölkerung der ehemaligen britischen Kolonie. (26) Die Bevölkerung zerfällt im wesentlichen in fünf verschiedene Nationalitäten: Bengalen (in Ostpakistan), Pandschabis, Pakthunen, Sinds und Baluchen (alle Westpakistan).

Nach der Teilung verblieben in Pakistan nur 9,6 % aller Industriebetriebe dieses Subkontinents (1 414 von 14 677) (27), nur 5,3 % der insgesamt installierten Kapazitäten zur Erzeugung elektrischen Stromes (72 700 kw von 1 375 000) (28), 6,5 % aller indischen Industriearbeiter (206 100 von 3 141 800) (29) und 10 % aller damals bekannten mineralischen Bodenschätze des Subkontinents. (30)

1947 konnte man feststellen, daß auf dem Gebiete Pakistans alle Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, also auch die Bourgeoisie, noch sehr schwach entwickelt waren und nicht durchgehend als Klasse konstituiert. Die politisch und ökonomisch dominierenden Kräfte waren die feudalen Großgrundbesitzer, denen sich, wie bereits festgestellt, die in der Entwicklung befindliche Bourgeoisie und die orthodoxe Geistlichkeit anschloß. Heute ist die Bourgeoisie zu einer eigenständigen und wichtigen Kraft geworden, doch die Macht der feudalen Großgrundbesitzer ist keineswegs gebrochen. Dies zeigen die folgenden Zahlen: 1964 waren 69,36% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt (1961: 74,55%), 19,95% in Transport, Handel und Dienstleistungen (1961: 15,78%)

26 Gankovsky/Gordon-Polonskaya, op. cit., S. 98.

27 O.H.K. Spate: INDIA AND PAKISTAN, London-New York 1954, S. 344.

28 Gankovsky/Gordon-Polonskaya, op. cit., S. 99.

29 Spate, op. cit., S. 344.

30 Gankovsky/Gordon-Polonskaya, op. cit., S. 100.

und 10,69% in Bergbau, Baugewerbe und Industrie (1961: 9,61%). (31) Die Beiträge der drei Sektoren zum BSP betrugen 1967: 47,0%, 37,0% und 16,0%. (32) Die ungebrochene Macht der feudalen Großgrundbesitzer zeigt sich, wenn wir den Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung aufschlüsseln: In Westpakistan verfügen 0,1% der Bevölkerung über 11,5 % des gesamten kultivierbaren Bodens, während 64,4 % aller Landbesitzer über 15,25% des Landes verfügen. (33) In Ostpakistan verfügen die Großgrundbesitzer über 80 % des Landes, während mehr als 50 % der Bauern durchschnittlich nicht mehr als 0,8ha für die ganze Familie zur Verfügung haben. (34) Mit Unterstützung des staatlichen Apparates können die Großgrundbesitzer heute noch 60-70%, ja sogar 90% der Ernte als Pacht fordern. (35)

Auf Grund dieser Klassenstruktur und der Tatsache der gewaltsamen Durchsetzung der Pakistanlosung durch die AIML kamen innerhalb dieser Partei die reaktionärsten und konservativsten Teile an die Macht. Dies hatte natürlich unmittelbare Auswirkungen auf die Außenpolitik. Zentrales Problem der pakistanischen Außenpolitik ist das ständig am Rande eines offenen Konflikts schwebende Verhältnis zu seinem militärisch und ökonomisch überlegenen Nachbarstaat Indien. Dies ist das erste Moment aus dem sich die Beziehungen zu den Nachbarstaaten und den Großmächten ableiten.

Da eine der wesentlichsten Begründungen für die Schaffung eines eigenen Staates die befürchtete Hinduherrschaft war, aber Pakistan seinem Hindunachbarn noch immer völlig unterlegen ist, ergibt sich bereits aus dem Ziel der staatlichen Konsolidierung die Frontstellung gegen Indien.

Da Indien nach seiner Unabhängigkeit einen relativ antiimperialistischen Kurs in der Außenpolitik steuerte und freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR und zur VR China aufnahm, ergab sich aus oben definierter Frontstellung, daß sich Pakistan dem imperialistischen Lager anschloß. Dies fiel der herrschenden Klasse um so leichter, weil sie ohnehin ökonomisch und politisch eng mit den Imperialisten verbunden war. Pakistan orientierte sich in der Außenpolitik an den USA. Dies hatte zwei Effekte: Mittels US-amerikanischer Waffen- und Ausbildungshilfe konnte Pakistan die militärische Überlegenheit Indiens brechen und zum anderen seine eigene internationale Position im Sog der USA aufwerten. Außerdem wurde Indien durch die vehemente Aufrüstung gezwungen Industriekapazitäten aus den produktiven Sektoren der Volkswirtschaft abzuziehen und sie ebenfalls zum Ausbau der eigenen Rüstung einzusetzen.

Die wichtigsten Schritte dieser Politik waren der pakistanisch-amerikanische Militärvertrag vom 19.5.1954, der Beitritt zur SEATO (8.9.1954) und zum Bagdadpakt (23.9.1955), der später zur CENTO umgewandelt wurde. Übrigens wurde in Pakistan ähnlich wie in der BRD, wo vor dem Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft der KPD-Verbotsantrag gestellt wurde, vor dem Eintritt in die SEATO am 5. Juli 1954 die Kommunistische Partei verboten.

Daß Indien und nicht Pakistan während des Kaschmirkonflikts von den USA Waffen erhielt, resultiert nicht aus einer prinzipiellen Änderung der imperialistischen Politik, sondern aus taktischen Überlegungen, da es zu diesem Zeitpunkt möglich erschien, Indien enger an die imperialistischen Mächte zu binden.

31 Rafe-Uz-Zaman (ed.): PAKISTAN YEAR-BOOK 1970, Karachi-Dacca 1970, S. 410.
32 DIE WELT IN ZAHLEN, Harms Statistik 1971/72, Frankfurt-Berlin-Hamburg-Essen 1971, S. 90.
33 Wolfgang Mey in einer Sendung des WDR am 2.11.1971.
34 Das, op. cit., S. 82.
35 Ebd.

Durch die hier beschriebene Politik wurde Pakistan außenpolitisch gesehen zum permanenten Konfliktherd am indischen Subkontinent und zum Bestandteil des strategischen Aufmarschgebietes gegen die VR China im besonderen und die sozialistischen Staaten allgemein. Innenpolitisch vertiefte natürlich die überwiegende Orientierung auf Militärfragen (rund 50% des Gesamthaushaltes wurden für militärische Zwecke ausgegeben) die auftretenden sozialen und ökonomischen Probleme, verhinderte deren Lösung und führte zum verstärkten Kampf der demokratischen, antifeudalen und antiimperialistischen Bewegung. Die Bindung an den Imperialismus stärkte und konservierte die Herrschaft der reaktionären Elemente im gesamtgesellschaftlichen Bereich.

Der besondere Stellenwert Pakistans innerhalb der imperialistischen Globalstrategie ergibt sich aus der Tatsache, daß Pakistan, seit Persien durch die Politik der UdSSR als CENTO-Macht außenpolitisch relativ neutralisiert wurde (was natürlich nichts an den inneren Zuständen in Persien zu ändern vermochte), und sich nicht mehr in dem Maß wie früher zu Subversions- und Diversionszwecken mißbrauchen läßt, einer der wichtigsten US-Stützpunkte nicht nur in Südasien sondern auch im Mittleren Osten ist. Ein Ausscheren Pakistans aus dem imperialistischen Lager würde den ohnehin brüchig gewordenen Ring um die sozialistischen Staaten (NATO, CENTO und SEATO) völlig durchlöchern.

III

Bevor die unmittelbaren Ursachen des Kriegsausbruches untersucht werden sollen, seien kurz das militärische und ökonomische Potential der beiden Länder einander gegenübergestellt:

Beide Staaten verfügen über ein Berufsheer. Das indische besteht aus ca. 860 000 Mann, wovon 10 Divisionen an der Grenze zur VR China stehen, während Pakistan ca. 365 000 Soldaten besitzt. Panzer: Indien 1 200 schwere und 250 leichte, Pakistan 350 schwere, 250 mittlere und 220 leichte. Indien verfügt über 3 000 Kanonen verschiedensten Kalibers und Pakistan über 1 100. Die indische Luftwaffe verfügt über 15 Staffeln überschallschneller Düsenflugzeuge (Pakistan über 5) und 17 unterschallschnellen (Pakistan 9). Was die Überwasserflotte betrifft, so hat Pakistan der indischen, die aus einem Flugzeugträger, mehreren Kreuzern, Zerstörern, Fregatten, Torpedobooten und U-Boot-Jägern einschließlich der dazugehörigen Marineluftwaffe besteht, nichts gleichwertiges entgegenzusetzen. (36) Auch was das ökonomische Potential betrifft ist Indien weit überlegen: (37)

	Indien	Pakistan
Jährliche Förderungen	in 1 000t	
Steinkohle	70 812	1 404
Erdöl	6 500	512
Zement	11 940	2 614
Rohstahl	6 444	– – –
Kraftfahrz. (1 000)	84	– – –
Stromerz. (in Mrd kWh)	49,5	3,9

36 Alle Zahlen aus FAZ Nr. 282 vom 16.12.1971.
37 Alle Zahlen aus: DIE WELT IN ZAHLEN, op. cit., S. 67.

Diese Zahlen zeigen ganz deutlich, daß die Ressourcen Pakistans für einen Krieg gegen Indien nicht ausreichen. Pakistan kann diesen Krieg nur führen, wenn es ausländische Unterstützung erhält. Sonst endet z.B. dieser Krieg wie der Kaschmirkrieg für Pakistan wieder aus Treibstoffmangel – mit dem einen aber bedeutenden Unterschied, daß Indien inzwischen seine Raffineriekapazität bedeutend erhöht hat.

Warum aber ist Pakistan bei seiner deutlichen Unterlegenheit dennoch bereit den Krieg zu führen?

Die Feindstellung gegenüber Indien hatte in Pakistan immer dazu geführt, daß bei sozialen Konflikten und Unruhen man sehr schnell zur Hand mit Verschwörertheorien war und diese auch infolge der massiven und kontinuierlichen Indoktrinierung auf relativ großes Echo bei der Bevölkerung stießen. Streiks, Bauernaufstände, ja selbst die erste demokratische Provinzregierung Ostpakistans unter Fazlul Haq, der einige Verbesserungen für die Bauern durchführen wollte, wurden mit dem Hinweis, daß die Anführer indische Agenten seien, vom Militär auseinandergejagt. Die Führer verschwanden im Gefängnis. Die hier zu Grunde liegende Struktur findet sich in einer der Ursachen dieses Krieges wieder: Mit der Orientierung auf den äußeren Feind wird von den inneren Schwierigkeiten abgelenkt, wie generell die Herkunft sozialer Konflikte als das Werk geschickter und bewußter Drahtzieher ausgegeben wird um zu verdecken, daß sie dem Gesellschaftssystem immanent sind. Wenn also, um diese Theorie konsequent zu verfolgen, die Befreiungskämpfer aus Indien stammen, dann gibt es nur ein Mittel ihrer Herr zu werden, man muß das indische Aufmarschgebiet, also die Provinz Westbengalen säubern, d.h. Krieg mit Indien führen.

Dahinter steckt aber auch noch ein rationaler Kern: die Bedeutung Indiens ist als logistischer Stützpunkt für die Befreiungsbewegung nicht zu unterschätzen. Hier können sich Hospitäler, Depots, kleine Fabriken befinden, außerdem ist über eine offene Grenze die Herbeischaffung von Waffen und Munition leichter. Das große Hinterland für die große Front sein, wie Ho Chi Minh einmal die Aufgabe der DRV für die FNL definiert hat, ist also eine sehr wichtige Aufgabe. In diesem Sinn will Pakistan mit dem Krieg gegen Indien zweierlei: Einmal Indien als das große Hinterland durch den Krieg so ausbluten, daß es seine Unterstützung für die nationale Befreiungsbewegung von Bangla Desh einstellen muß, und zum anderen die indische Provinz Westbengalen so säubern, daß die logistischen Stützpunkte vernichtet werden, aber z.B. auch die Kommunikationswege wie Straßen und Eisenbahnen, um die Verbindung der Befreiungsbewegung mit der Außenwelt relativ abzuschneiden.

Der Verlauf des Krieges hat nun aber gezeigt, daß die pakistanische Militärregierung, in ihrem Versuch den Krieg nach Indien hineinzutragen gescheitert ist. Am bedeutsamsten ist dabei der Fehlschlag des nach israelischem Muster ausgeführten Flugzeugüberfalls, dessen Sinn in der Vernichtung militärischen Materials und damit der Angleichung der unterschiedlichen Kampfstärken lag. Aber auch beim zweiten Ziel des Krieges, die bengalische Befreiungsbewegung zu zerschlagen, ist die Yahya Khan Clique gescheitert. Das Volk und die Befreiungsarmee von Bangla Desh sind durch diesen Krieg nicht geschwächt, sondern gestärkt worden und ihre Bedeutung in den Kampfhandlungen hat sich wesentlich erhöht. Ausdruck dafür ist u.a. der schnelle Vormarsch der indischen Truppen, der bei den gegebenen geografischen Verhältnissen nur möglich ist, weil sie die tatkräftige Unterstützung des Volkes und der Befreiungsarmee genießen, und generell eben als Befreier und nicht als Unterdrücker angesehen werden.

Wir bitten unsere Abonnenten, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Abgesehen vom Flüchtlingsproblem, daß unmittelbar wohl eine der wichtigsten Ursachen der Kriegsbereitschaft Indiens war (38), spielen aber auch machtpolitische Überlegungen eine Rolle.

Vor allem ist zu bedenken, daß der Bundesstaat Westbengalen, der ja von den Kampfhandlungen am meisten betroffen ist, eine Hochburg der Linken ist. Bei den Wahlen im Februar 1969 war es zur Bildung einer Volksfrontregierung gekommen und anschließend zu spontanen Bauernbewegungen gegen die Großgrundbesitzer. Daraufhin wurde anfang 1970 Militär gegen die Bauern eingesetzt. Schließlich wurde die Regierung gestürzt und die ganze Provinz unter die Verwaltung der Zentralregierung gestellt.

Der Krieg kann zum Vorwand genommen werden, diesen Ausnahmezustand auf unbegrenzte Zeit zu verlängern, und so die Kampfbedingungen aller demokratischen und marxistischen Kräfte entscheidend zu schwächen, indem die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten weiter eingeschränkt bleiben.

Da Indien nach seiner Befreiung den kapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen hat, ist die Bourgeoisie inzwischen ökonomisch und politisch wesentlich gestärkt worden. Die Bourgeoisie versucht ihre Interessen nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch durchzusetzen. Süd- und Südostasien, das heute bereits ein wichtiger Rohstoff- und Lebensmittellieferant ist, wird von ihr als potentielles Zentrum der ökonomischen Expansion angesehen. Die diesen Bestrebungen immanente Schaffung von Abhängigkeitsverhältnissen wird umso leichter, je ökonomisch und politisch schwächer die davon betroffenen Länder sind. Ein unabhängiges Bangla Desh wäre ein ausgezeichneter Ort zur Kapitalverwertung der großen Monopolgruppen wie Tata und Birla.

Welche Auswirkungen wird nun dieser Krieg und die Errichtung eines neuen Staates auf dem indischen Subkontinent für Pakistan bzw. Indien haben?

Da, wie wir gesehen haben, Pakistan überhaupt nicht über die Ressourcen verfügt, diesen Krieg zu führen und schon während des bewaffneten Konflikts in Ostpakistan täglich Kosten von ca. 2 Mio. US-Dollar hatte, kann festgestellt werden, daß die notwendige Hilfe, die Pakistan jetzt braucht und später zur Behebung des verursachten Schadens, dieses Land in noch stärkere Abhängigkeit von den USA bringen. Schon im Juni führte ein Mitglied des Repräsentantenhauses aus, daß die "ökonomische Hilfe Amerikas oder der Weltbank essentiell für die Weiterführung des Schlachtens" (39) sei.

Die Gefahr, stärker in Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten zu kommen, besteht durch den Freundschaftsvertrag mit der UdSSR für Indien nicht in diesem Ausmaß, da es auf Hilfe rechnen kann.

Sicherlich werden die sozialistischen Staaten auch bereit sein, Pakistan zu helfen, um das strategische Ziel der US-Imperialisten, den weiteren Ausbau dieses Landes zum Stützpunkt der Aggression gegen die sozialistischen Staaten zu verhindern.

---

38 Der Unterhalt der zehn Millionen Flüchtlinge hätte Indien nach den Berechnungen von UN-Flüchtlingsexperten im Jahr über eine Milliarde US-Dollar gekostet. (BLICK DURCH DIE WIRTSCHAFT vom 6.12.1971) Schon allein aus diesem Grund hatte Indien von Anfang an immer auf einer politischen Lösung des Bangla Desh-Problems insistiert. Yahya Khan und seine Verbündeten haben darauf jedoch in keiner Weise reagiert, sondern die Massaker fortgesetzt und damit die Zahl der Flüchtlinge immer weiter erhöht, offensichtlich um Indien im eigenen Saft schmoren zu lassen.

39 C.E. Gallagher: AN AMERICAN RESPONSE TO THE PAKISTAN CRISIS, o.O. 1971, S. 7.

Somit ist es keineswegs falsch zu sagen, daß trotz der Errichtung von Bangla Desh ein außenpolitischer Effekt dieses Krieges in der Erweiterung des Spielraumes der imperialistischen Mächte in Südasien besteht. (40)

Andererseits ist natürlich die Schaffung der VR Bangla Desh eine wesentliche Stärkung der demokratischen Kräfte in Süd- und Südostasien, die aber nicht heute, sondern erst längerfristig voll zum Tragen kommen wird.

Innenpolitisch ist dieser Krieg zumindest in Pakistan eine Stärkung der Reaktion, denn auf der Welle des Nationalismus und Chauvinismus und der Bewahrung der Nation wird die ideologische Durchsetzung des Gedankengutes der Reaktion erleichtert, und Ausnahmezustand, Kriegsrecht etc. erschweren natürlich die Kampfbedingungen der demokratischen und sozialistischen Kräfte.

Auch für Indien ist anzunehmen, daß die Positionen der konservativen Kräfte gestärkt werden, sowohl politisch wie ökonomisch. Denn mit großer Wahrscheinlichkeit kann Bangla Desh zumindest kurzfristig zu einem Bereicherungsobjekt der indischen Bourgeoisie werden.

IV

Die VR China hat in diesem Konflikt eindeutig Stellung genommen. Noch während der inneren Kämpfe in Pakistan hatte Chou En-Lai eine Botschaft an Yayah Khan gesandt, die am 13.4.1971 in der "Pakistan Times" veröffentlicht wurde und in der es unter anderem hieß: "Wir glauben, daß sich die Lage in Pakistan durch die klugen Überlegungen und Anstrengungen ihrer Exzellenz und der Führer verschiedener Teile des Volkes in Pakistan gewiß wieder normalisieren wird." (41) Nach Ausbruch des Krieges hat Meldungen der Presse zufolge der Delegierte der VR China bei der UNO erklärt, "der indische Angriff sei mit Unterstützung durch den Sozialimperialismus erfolgt". (42) Und die Nachrichtenagentur "Hsinhua" verbreitete ein Kommunique, indem Indien der Invasion beschuldigt wurde und außerdem festgestellt wurde, daß diese Invasion von der sowjetischen Regierung "gebilligt und unterstützt" werde, da der Freundschaftsvertrag "in Wirklichkeit ein militärischer Bündnisvertrag" sei (43). Die Ursachen dieser Hinwendung an den aggressiven CENTO- und SEATO-Staat Pakistan sowie die Unterstützung Yahyah Khans ist in der Stellung der VR China und der Mao Tse Tung Gruppe in der KPCh zur Sowjetunion und zu Indien zu suchen.

Wenn es in dem Bericht Lin Biaos auf dem IX. Parteitag der KPCh heißt: "Nach außen hin intensiviert sie (= die Führung der KPdSU, K.U.) die Kollaboration mit dem USA-Imperialismus, ... und verschärft die Drohung mit Aggressionen gegen unser Land" (44), dann

40 Bereits am 14.12.1971 sah sich Bruno Dechamps veranlaßt, in einem Leitartikel in der FAZ festzustellen, daß obwohl "der östliche Landesteil für Pakistan unwiederbringlich dahin" ist, "der Westen ... in eine aussichtsreiche Zukunft investieren (kann)." Das ganze lief unter dem wohl für jeden FAZ-Leser sehr ansprechenden Titel: "Unser Interesse in Südasien".

41 Cit. n. NEW LEFT REVIEW Nr. 68 (July/August 1971), S. 46.

42 FRANKFURTER RUNDSCHAU Nr. 282 vom 6.12.1971.

43 FAZ Nr. 282 vom 6.12.1971. Die beiden Reden des chinesischen UNO-Delegierten Huang Hua sowie die chinesische Resolution sowie einige Kommentare befinden sich in PEKING REVIEW No. 50 vom 10.12.1971, S. 6-15 (engl. ed.). Sie bestätigen die Richtigkeit der Pressemeldungen.

44 Lin Biao: "Bericht auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas", in: DOKUMENTE DES IX. PARTEITAGES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS, Peking 1969, S. 3-122, hier: S. 100.

liegt die Vermutung nahe, daß die KPdSU und die Sowjetunion wesentlich gefährlichere Feinde sind als die US-Imperialisten oder zumindest ebenso gefährlich.

Die Praxis der chinesischen Außenpolitik nach dem IX. Parteitag scheint an dieser Linie orientiert zu sein: Verständigung mit dem US-Imperialismus bei gleichzeitigem ideologischen und politischem Kampf gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien. (Ping-Pong-Diplomatie, die Reise Kissingers, die bevorstehende Reise Nixons, die gemeinsamen Abstimmungen mit den USA in der UNO etc.)

Da bekanntlich der Feind meines Feindes mein Freund ist, verständigt sich die VR China nicht nur mit den USA, sondern auch mit deren Verbündeten in allen Teilen der Welt. (Wobei nichts gegen die Bemühungen zu sagen ist, diplomatische Beziehungen zu allen Staaten der Welt aufzunehmen – das ist vielmehr begrüßenswert – aber sehr wohl gegen die devoten Solidaritätsbekenntnisse mit den jeweilig Herrschenden, wie z.B. im Fall Pakistans oder des Sudans). Hinzu kommt das außenpolitisch gute Verhältnis zwischen der UdSSR und Indien, daß in der chinesischen Theorie Indien zum Handlanger des "Sozialimperialismus" und damit ebenfalls zu einem gefährlichen Feind macht. Außerdem ist inzwischen auch klar bewiesen worden, daß im indisch-chinesischen Konflikt Indien der Aggressor war, und die VR China so mit Recht Indien sehr mißtrauisch gegenübersteht. (45)

Dieses außenpolitische Kalkül scheint auch der Hauptgrund für die Einschätzung der Awami-Liga als reaktionäre Partei zu sein. Denn, wenn die Awami-Liga eine rückschrittliche Kraft ist, dann ist die Unterstützung der Militärclique voll berechtigt.

Aber schon die Daten über die Sozialstruktur haben gezeigt, daß in Ostpakistan heute nicht die Frage steht eine proletarische Revolution durchzuführen, sondern vielmehr den Feudalismus völlig und endgültig zu zerschlagen. (46)

Diese Aufgabe hat sich die Awami-Liga, die als kleinbürgerlich-demokratische Partei bezeichnet werden kann, gestellt. Weiter fordert die Awami-Liga: Eliminierung der Kartelle und Monopole, progressive Besteuerung, Luxussteuer, Nationalisierung des Jutehandels, kostenlosen Schulunterricht, Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, Streikrecht, Anhebung der Löhne und Austritt aus allen Militärpakten. (47) Innenpolitisch gesehen ist das ein konsequent demokratisches Programm und in der Außenpolitik antiimperialistisch.

Dieses Programm geht genau von den gegebenen sozial-ökonomischen und politischen Verhältnissen aus und ist in seinem Forderungskatalog ein demokratisches Minimalprogramm. Bei der Realisierung würde die soziale und politische Lage der Arbeiter und Bauern verbessert und damit auch ihre Kampfbedingungen, und generell die materiellen Grundlagen geschaffen, auf der sich das Proletariat voll als Klasse herausbilden kann. Daß dieses Programm auch den unmittelbaren Bedürfnissen des Volkes entspricht, zeigt sich nicht zuletzt in dem überwältigenden Wahlsieg der Awami-Liga.

Die KPCh bestreitet nicht, daß der Kampf um die nationale Demokratie auf der Grundlage eines alle Klassen und Schichten umfassenden Bündnis geführt werden kann und muß, fordert aber dabei die Führungsrolle des Proletariats (48). Dem ist voll zuzustimmen; aber

45 Vgl. dazu: Neville Maxwell: INDIA'S CHINA WAR, London 1970.

46 Vgl. dazu auch meine Materialsammlung in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK H. 7/1971.

47 Vgl. die Rundfunkrede Mujibur Rahmans vom 28.10.1970. Abgedruckt in: CASE FOR BANGLA DESH, op. cit., S. 17-24.

48 Vgl. z.B.: DIE VERFECHTER DES NEUEN KOLONIALISMUS, Peking 1963, S. 22 ff.

man darf dabei die historischen Realitäten nicht aus den Augen verlieren. Quantitativ kann das Proletariat in Ostpakistan nicht die führende Rolle spielen, dazu ist es, wie die obigen Zahlen gezeigt haben, zu schwach und außerdem zu sehr auf Klein- und Mittelbetriebe verstreut. (Im übrigen hat auch in der chinesischen Revolution das Proletariat quantitativ nicht die führende Rolle gehabt, die bei den Bauern lag, aber ideologisch und organisatorisch unter der Anleitung der KPCh (49). Auch von der ideologisch-organisatorischen Seite her kann das Proletariat im Augenblick noch nicht die Führungsrolle haben, denn die Partei des Proletariats ist seit 1954 verboten, die Gewerkschaften sind verboten und letztlich ist die moderne Großproduktion, eine wesentliche materielle Bedingung für das Entstehen von Klassenbewußtsein, in Ostpakistan nur spärlich vertreten. Das Proletariat kann aber im Kampf, wie die Erfahrungen anderer Länder zeigen (50), seine ideologische Führungsposition durchsetzen. Das alles legt nur den Schluß nahe, daß die Awami-Liga keine reaktionäre Partei ist, sondern unter den in Ostpakistan gegebenen Bedingungen eine fortschrittliche demokratische und antiimperialistische Kraft, die zu unterstützen Pflicht des proletarischen Internationalismus ist. (51)

Die Haltung der VR China bzw. bestimmter Teile der KPCh ist so objektiv den Interessen der Konterrevolution und des Imperialismus dienlich.

---

49 Vgl. dazu: Mao Tse Tung: AUSGEWÄHLTE WERKE, Peking 1968 f. bzw. Berlin (DDR) 1956 und Rudolf Schlesinger: DIE KOLONIALFRAGE IN DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE, Frankfurt 1970.

50 Solche Erfahrungen wurden besonders in Afrika, im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus gesammelt. In den Schriften Amilcar Cabrals finden sich häufig Aussagen über das komplizierte Verhältnis zwischen dem ideologischen Führungsanspruch einer Klasse, die nur rudimentär existiert und dem Hauptträger des Kampfes, den Bauern. Vgl. A. Cabral: REVOLUTION IN GUINEA, London 1969.

51 Siehe dazu und generell zur Einschätzung der Awami-Liga durch die Kommunistische Partei Ostpakistans deren offenen Brief an die Kommunistischen Bruderparteien, in: ANTIIMPERIALISTISCHES INFORMATIONSBULLETIN, H. 8/71, S. 3-11.

MANIFEST **Politischer Buchladen**

Hamburg 13 SCHLÜTERSTRASSE 79
TEL. 0411/44 40 03

SORTIMENT

Zur materialistischen Geschichtsauffassung. Kapital und Staat. Marxismus u. Ästhetik. Archive u. Klassikergesamtausgaben. Geschichte der Klassenlämpfe. Der gegenwärtige Imperialismus und der int. Klassenkampf. Die gesellschaftliche Entwicklung der BRD. Internationale Agitations- und Propagandapublikationen und theoretische Organe.

Kurzanalysen, Berichte

Lohnkampf der Metallarbeiter

"Unternehmer proben den Klassenkampf, also machen wir ihnen Dampf" verkündete ein Transparent vor den Toren des Daimler-Benz Werkes Mannheim, und die Streikenden ließen die Unternehmer auch nicht im Unklaren darüber, wohin dieser Klassenkampf führen könne: "Kommt Schleyer nicht mehr weiter, übernehmen den Betrieb die Benzarbeiter." Diese Parolen demonstrieren sowohl die Rückbesinnung der westdeutschen Arbeiterklasse auf ihre alten, aber auch aktuelle Kampfziele sowie die Entwicklung des Selbstbewußtseins einer neuen Arbeitergeneration. Zwar dürfte ein Bewußtsein, wie es sich in diesen Parolen widerspiegelt, auch nur für eine Minderheit der Streikenden typisch sein, aber die Stuttgarter Demonstration zeigte, daß nicht nur die Arbeiter von Daimler Benz Mannheim, bekannt ob ihrer gewerkschaftlichen Militanz, zu solchen Erkenntnissen gekommen waren. Es zeigte den politischen Fortschritt der westdeutschen Arbeiterbewegung, daß eine der größten Massenkundgebungen der westdeutschen Arbeiterklasse, die Stuttgarter Demonstration, unter zahlreichen dieser Klassenkampfparolen stattfand, wobei ersichtlich war, daß diese Parolen von den Arbeitern selbst gemalt worden waren.

Entwicklung und Stationen des Kampfes

Am 30. September 1971 kündigte die IG Metall in allen Tarifgebieten mit Ausnahme Bayerns, wo der Tarifvertrag einen Monat später ausläuft, die Tarifverträge. Anfang Oktober, nach dem Gewerkschaftstag der IGM, beginnen die Verhandlungen, zuerst in Nordbaden-Nordwürttemberg, danach in NRW und in den anderen Tarifbezirken.

Der Gesamtverband Metallindustrieller Arbeitgeberverbände, Gesamtmetall, war, wie er schon seit einem Jahr verkündete, zur Wende in der Tarifpolitik entschlossen. Die Metallkapitalisten steuerten auf die Machtprobe mit den Gewerkschaften zu, und die Ergebnisse der Chemieauseinandersetzungen im Frühjahr bestätigten scheinbar die Richtigkeit einer harten Linie der Kapitalisten. Gesamtmetall hatte, um zu verhindern, daß einzelne Mitgliedsverbände wie im letzten Jahr aus der von den Großkapitalisten diktierten Linie der Zentrale von Gesamtmetall abweichen, die Verhandlungen zentralisiert. D.h. es wurde zwar, weil die IGM zu zentralen Verhandlungen nicht bereit war, regional für die einzelnen Tarifbezirke verhandelt, jedoch hatten die Verhandlungsvollmachten auf Unternehmerseite nicht mehr die regionalen Mitgliedsverbände, sondern Verhandlungskommissionen der Zentrale von Gesamtmetall. Die IG Metall hatte die Tarifrunde diesmal mit einem Gegner durchzustehen, der finanziell und organisatorisch besser vorbereitet war denn je zuvor. Gesamtmetall versuchte als erstes die Verhandlungen soweit als möglich zu verzögern. In den ersten Verhandlungsrunden macht Gesamtmetall überhaupt kein Angebot, nachdem man sich daraufhin überall vertagt hatte, bot man in der zweiten Verhandlungsrunde 4,5 % an, wobei sich Gesamtmetall auch noch erdreistete, dieses Angebot als soziale Großtat der Unternehmer darzustellen, da vom wirtschaftlichen Standpunkt her gesehen überhaupt keine Lohnerhöhung möglich sei.

Die IGM Baden-Württemberg gab die einzig richtige Antwort darauf: Sie bezeichnete dieses Angebot als Provokation und erklärte die Verhandlungen für gescheitert.

Mit einiger Verzögerung scheiterten auch die Verhandlungen in den anderen Tarifbezirken, womit die Schlichtungsautomatik anrollte. Der Schlichtungsspruch in Baden-Württemberg fiel für die IGM äußerst günstig aus, 7,5 % auf 7 Monate, jedoch lehnten die Unternehmer, wie zu erwarten war, am 7. November diesen Schlichtungsspruch ab. Die große Tarifkommission der IGM des Tarifbezirks Nordbaden-Nordwürttemberg beantragte hierauf beim Vorstand sofortige Urabstimmung, die dieser auch für den 12. November ansetzte.

Die Urabstimmung war eine glänzende Demonstration der Kampfbereitschaft der Metallarbeiter.

Von 251 242 Abstimmungsberechtigten stimmten 243 392 ab (96,9 %), davon 225 061 (gleich 89,5 %) mit ja. Der Streikbeginn wurde daraufhin vom Vorstand der IGM auf Montag, den 22. November, angesetzt. Die Unternehmer versuchten nun noch einmal über die Schlichtungsverhandlungen in NRW zu zentralen Verhandlungen zu kommen.

Jedoch lehnte die IGM ab. Am 18.11. fällte Katzer mit den Stimmen der IGM-Beisitzer seinen Schlichtungsspruch: 7,3 % Lohnerhöhung plus tariflicher Absicherung von 40 % des 13. Monatsgehaltes bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

Am 22.11. beginnt schwerpunktmäßig der Streik in der Automobilindustrie Baden-Württembergs, 55 000 Arbeiter von Daimler-Benz, Audi-NSU und Graubremse Heidelberg treten geschlossen in den Streik. Bei Daimler Benz Mannheim kommen auf 12 000 Beschäftigte 5 Streikbrecher. Die Disziplin und Geschlossenheit, mit der die Arbeiter in den Kampf gehen, überrascht selbst die Gewerkschaftsfunktionäre. Die Kampfmoral ist ausgezeichnet. Die Gewerkschaftsfunktionäre haben Schwierigkeiten, den Kollegen in den Betrieben, die noch weiterarbeiten, zu erklären, warum sie weiterarbeiten sollen und nicht streiken. Ein Gewerkschaftsfunktionär stellt fest: "1963 mußten wir die Stimmung noch anheizen, heute müssen wir schon manchmal bremsen". Am Dienstag, dem 23.11., wurde der Streik ausgedehnt. Noch einmal 70 000 Arbeiter traten in den Streik, darunter die Arbeiter sämtlicher metallverarbeitender Großbetriebe Mannheims, das damit wieder, wie 1963, Streikzentrum wurde. Am gleichen Tag beschließt Gesamtmetall die Aussperrung für 360 000 Arbeiter. Jedoch die Hoffnung, mit Aussperrung die Arbeiterklasse zu spalten und zu demoralisieren, schlägt fehl.

Zu Zehntausenden verlassen die Arbeiter am Donnerstag, dem 25.11., die Betriebe, da sie sich nicht aussperren lassen wollen, und treten in den Streik.

Gesamtmetall versuchte nun, den Kampf über Nordbaden-Nordwürttemberg hinaus auszudehnen auf der Basis ökonomischen Drucks. Sie sperrten fast in der gesamten Automobilindustrie aus, was als Stillegungen infolge durch Streik verursachter Lieferschwierigkeiten begründet wird. In dieser 'Strategie des Aushungerns' bauten sie auf ihren Lakaien Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, der verordnete, den Arbeitern der stillgelegten Metallbetriebe außerhalb des Tarifgebiets Nordbadens-Nordwürttembergs keine Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Dieses Konzept schlug fehl, da die Gewerkschaften im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit die Aufhebung dieses Beschlusses durchsetzen konnte. Nachdem aber inzwischen auch in NRW, in Hamburg und in Hessen die Friedenspflicht abgelaufen war, drängten auch hier die Arbeiter auf Kampfmaßnahmen. Der Vorstand jedoch weigerte sich, Urabstimmungen anzusetzen. Er versuchte, die Auseinandersetzungen auf Baden-Württemberg zu beschränken und drängte die Bezirke, zunächst den weiteren Verlauf im Südwesten abzuwarten – entgegen der Forderung des Stuttgarter IGM-Bezirksleiters, Willi Bleicher, der erklärte: "Legt alle Betriebe still, und in einer Woche ist dieser Spuk zu Ende."

Stattdessen einigten sich Vorstand der IGM und Gesamtmetall auf die Einleitung des "Besonderen Schlichtungsverfahrens", wofür als "neutraler Schlichter" der Präsident des Bundessozialgerichtes, Georg Wannagat, für 15 000 DM Salär angeheuert wurde. Gesamtmetall erhöhte sein Angebot von 4,5 % auf 6 % bei 20 %iger Tarifierung des 13. Monatsgehaltes, während die IGM ihre Forderung auf 7,9 % bei 40 %iger Tarifierung des 13. Monatsgehaltes ermäßigte. Wannagats Schlichtungsvorschlag lautete 7,5 % bei 40 %iger Tarifierung des 13. Monatseinkommens. Die IG Metall stimmte zu, während Gesamtmetall wiederum ablehnte. Gleichzeitig jedoch intervenierte die Bundesregierung. Brandt, Schiller und Arendt luden die Verhandlungskommissionen der Tarifkontrahenten nach Bonn ein, doch scheiterten auch die Verhandlungen in Bonn, da die Metallkapitalisten laut "Spiegel" der ihr suspekten sozialdemokratischen Bundesregierung keinen Schlichtungserfolg gönnten. Horst Knapp von Gesamtmetall und Hans Mayr vom Vorstand der IGM einigten sich jedoch auf die Weiterführung der Gespräche, die tags darauf, am Mittwoch, dem 8. Dezember, nach einer Großkundgebung der IGM in Stuttgart wieder aufgenommen wurden. Jedoch standen inzwischen sowohl IG Metall als auch Gesamtmetall unter dem verschärften Druck der wachsenden Kampfbereitschaft der Metallarbeiter. In Hessen, Hamburg und NRW legten am Donnerstag, dem 9. Dezember, Zehntausende von Metallarbeitern spontan die Arbeit nieder, die Kampfbereitschaft der badenwürttembergischen Metallarbeiter war ungebrochen, die Aussperrung hatte die Erbitterung und die Kampfentschlossenheit nur noch gestärkt.

Am Freitag, dem 10. Dezember, kam es dann jedoch in Stuttgart zum Kompromiß, ohne daß die IGM ihre Kampfreserven ausgeschöpft hätte: 7,5 % Lohnerhöhung ab 1. Januar 1972, für Oktober, November und Dezember 1971 eine Pauschale von 180 DM, eine tarifliche Absicherung des 13. Monatseinkommens je nach Länge der Betriebszugehörigkeit bis zu 30 %. Dieses Ergebnis wurde in der Urabstimmung vom 13./14. Dezember von 71,2 % (= 175 761 Stimmen) der Abstimmungsberechtigten gebilligt. 51 640 Arbeiter (das sind 20,9 % der Abstimmungsberechtigten) sprachen sich gegen das Ergebnis aus.

An den beiden letzten Streiktagen demonstrierten die Metallarbeiter noch einmal ihr Selbstbewußtsein und ihre Kampfbereitschaft. Obwohl seit Montag 0.00 Uhr die Aussperrung aufgehoben war, blieben die Arbeiter, auch die übergroße Mehrheit der Unorganisierten, der Arbeit fern. Sie nahmen die Arbeit erst wieder auf, als die Gewerkschaft zum Mittwoch dazu aufforderte. Sie erfüllten damit, was sie während des Streiks auf Transparenten angekündigt hatten:
"ERST WENN WIR ES WOLLEN, WIRD MERCEDES WIEDER ROLLEN."

Ergebnisse des Arbeitskampfes in der Metallindustrie

Der Arbeitskampf in der Metallindustrie kann und darf nicht allein nach seinem materiellen Ergebnis beurteilt werden. Würde man dies tun, so käme man zu dem Schluß, die Metallarbeiter und mit ihnen die gesamte westdeutsche Arbeiterklasse hätte eine schwere Niederlage erlitten.

Dabei bleibt jedoch unberücksichtigt, daß sowohl in formaler wie auch in inhaltlicher Hinsicht diese Tarifauseinandersetzung seit den Septemberstreiks 69 die Tendenz der immer deutlicher werdenden Steigerung des Kampf- und Selbstbewußtseins der westdeutschen Arbeiterklasse erneut bestätigt hat. Trotz der brutalen Gewalt der Aussperrung, trotz der bundesweiten arbeiterfeindlichen Berichterstattung des größten Teils der öffentlichen Medien, trotz der klaren Stellungnahme der SPD-geführten Bundesregierung zugunsten der Unternehmer und trotz der dem Arbeitskampf gegenüber halbherzigen Haltung der IG-Metall-Führung, stand die Streikfront bis zum letzten Tag in Nord-Baden-Württemberg geschlossen. Zu dieser Kampfbereitschaft und -kraft der Metallarbeiter steht das Ergebnis des Kampfes in keinem Verhältnis.

Die ausgehandelten 7,5 % Lohnerhöhung mit einer Laufzeit von 12 Monaten ab 1. Januar 1972 und einem Entgelt von je 60 DM für die letzten drei Monate 1971 bedeuten bei gegenwärtig etwa 6 % Preisanstieg zuzüglich 2,5 % Erhöhung der Steuern und Sozialbeiträge einen Abbau der Reallöhne um mindestens 2 %. Hierbei sind noch nicht die von Schiller für das Jahr 72 bereits bekanntgegebenen Steuererhöhungen für Mineralöl, Tabak und Spitituosen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 % sowie weitere Preissteigerungen um mindestens 5 % berücksichtigt.

Spätestens nach 8 Monaten werden die Metallarbeiter, an der Kaufkraft ihrer Löhne und Gehälter gemessen, ärmer sein als 1971, wobei hier zu beachten ist, daß die Laufzeit dieses Tarifvertrages durch die Sonderregelung für die Monate Oktober, November, Dezember und durch den Abschluß bis Dezember 1972 faktisch 15 Monate umfaßt.

Doch die Metallarbeiter haben nicht für eine Reallohnsenkung nahezu drei Wochen gekämpft. Ihr Ziel war die Sicherung und Steigerung ihres Lebensstandards durch einen höheren Anteil an den von ihnen geschaffenen Werten. Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern aus allen anderen Tarifbezirken kam heftige Kritik an diesem Ergebnis auf. So forderte die Funktionärsversammlung der IGM in Herborn und die Stahlarbeiterkonferenz in Hagen die Metallarbeiter auf, bei der Urabstimmung gegen das zwischen der Tarifkommission der IGM Bezirk Nordbaden-Nordwürttemberg und dem Unternehmerverband ausgehandelte Ergebnis zu stimmen. Spontane Warnstreiks in fast allen Tarifbezirken zeigten, daß die gesamte westdeutsche Metallarbeiterschaft bereit war, für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen zu kämpfen.

Die DKP hatte die auf Grundlage der DGB-Zielprojektion für 1972, eine Steigerung der Netto-Löhne um 10,4 % zu erreichen, von vielen Belegschaften, Vertrauensleutekörpern und gewerkschaftlichen Vertreterversammlungen aufgestellte Forderung nach 15 % Lohnerhöhung voll unterstützt. Ihre Durchsetzung wäre notwendig gewesen, um eine Erhöhung der Reallöhne zu verwirklichen und der Produktivitätssteigerung annähernd Rechnung zu tragen. Die von der großen Tarifkommission beschlossenen Forderungen von 9 bis 11 % waren jedoch Ausdruck dafür, daß die Mobilisierung der Masse der Metallarbeiter für die 15 %-Forderung nicht gelungen war, was vornehmlich auf die gezielte Panikmache der Unternehmer und ihrer Organe zurückzuführen ist. Das Kapital hatte den konkreten Kampf gegen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften in bezug auf die Metalltarifauseinandersetzung bereits im Sommer aufgenommen. ohne daß die Gewerkschaft auch nur im entferntesten darauf reagiert hat.

So kann die 11 %-Forderung als Ausdruck des Standes der Kampfbereitschaft der großen Masse der Metallarbeiter angesehen werden.

Gesamtmetall ging es um eine politische Machtprobe. Sie wollte an der IG Metall und den Metallarbeitern, dem kampfbewußtesten und -kräftigsten Teil der westdeutschen Arbeiterklasse ein Exempel statuieren, um damit der gesamten westdeutschen Arbeiterklasse eine entscheidende Niederlage zu versetzen und ihre in den letzten Jahren gewachsene Kampfkraft zu zerschlagen.

Die Unternehmer selbst sehen jetzt in der Disziplinierung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften die Hauptaufgabe. Ihr Unmut über die SPD/FDP-Regierung resultiert gerade daraus, daß der Sozialdemokratie, trotz des zweifellos vorhandenen guten Willens, die Disziplinierung der Gewerkschaften nicht in dem für das Großkapital erwünschten Maße geglückt ist. So schreibt das "Handelsblatt":

> "Was ist eigentlich anders als früher? Die Antwort ist insbesondere in der Tatsache zu suchen, daß sich unter dieser sozialliberalen Regierung die Gewerkschaften so sehr von Sachgesetzen der Wirtschaft emanzipiert haben, daß mit ihrer konjunkturpolitischen Disziplin nicht mehr gerechnet werden kann. Die Zentralen dieser Arbeitnehmer-Organisationen haben in den wilden Streiks des heißen Herbstes 1969 erlebt, daß auch ihre Führungsposition gefährdet ist, wenn sie nicht jährlich mit scharf durchgeboxten Lohnerhöhungen ihren Existenznachweis erbringen. Im Herbst 1969 konnten die streikenden und vielfach auch randalierenden Arbeiter an der Ruhr nicht mehr durch Politiker oder Gewerkschaftssekretäre, sondern nur noch durch das Geld der Unternehmen von der Straße gebracht werden. Diese Erfahrung ist zu einem Datum für Politiker, Funktionäre und Arbeitgeber geworden. Man wird nicht einmal von Schuld sprechen können, wenn die amtierende Regierung nicht mehr die Konfrontation mit diesem wirtschafts- und gesellschaftspolitisch so starken Sozialpartner wagt. Nachdem bereits eine Regierung an der Rezession der Jahre 66/67 gescheitert ist, wird es keine deutsche Regierung, gleich welcher Couleur mehr geben, die sich selbst dieses Schicksal der Regierung Erhard durch das Risiko einer Rezession bereitet." ("Sackgassen der Wirtschaftspolitik", Beilage des "Handelsblatt" vom 31.12.71)

Die Unternehmer waren nicht in der Lage, ohne Gewinneinbußen dem Bewußtseinsstand der Metallarbeiter entsprechende Zugeständnisse zu machen, da in einer Periode der sinkenden Kapazitätsauslastung weite Teile der Metallindustrie größere Lohnerhöhungen in ihrer Gesamtheit nicht auf die Preise aufschlagen konnten, ohne weitere Auftragsrückgänge in Kauf zu nehmen. Andererseits zwang die Kampfbereitschaft der Metallarbeiter die Gewerkschaftsführung dazu, die Forderungen des Großkapitals nicht in dem gewünschten Maße akzeptieren zu können, wenn sie nicht offen den Anspruch, Vertreter der Arbeiterinteressen zu sein, in Frage stellen wollten.

Es ist augenscheinlich, daß unter diesen veränderten Bedingungen auch die Taktik des Monopolkapitals zur Niederwerfung der Arbeiterklasse und der Umwandlung der Gewerkschaften zu einem Ordnungsfaktor im Interesse des Kapitals andere Formen annehmen mußte. Unter Ausnutzung der offenen Konfrontation und Repression sollte die Arbeiterklasse geschlagen und die Machtposition des Großkapitals in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ausgebaut werden. Durch zentrale Verhandlungsführung mittels einer zentralen Verhandlungskommission von Gesamtmetall, die einheitliche Lohnstoppforderung, die darauf folgende einheitliche 4,5 %-Provokation und die Verpflichtung jedes Betriebes,sich den Beschlüssen von Gesamtmetall zu unterwerfen, sollte der Arbeitskampf sofort auf sämtliche Tarifbezirke ausgedehnt werden. Durch eine derartige Verhandlungsführung, unterstützt durch brutalste Kampfmaßnahmen, wie Kurzarbeit, Entlassungen und Gesamtaussperrung, sollte die Tarifautonomie weiter eingeschränkt werden, ein wesentlicher Bestandteil der Kampfkraft der Metallarbeiter, die Streikkasse der IG Metall, auf kürzestem Wege ausgeschaltet werden und vor allem die einheitliche Kampffront der Metaller durch das Herausbrechen kampfschwächerer Bezirke zerschlagen werden.

Die anfänglich richtige Taktik der IG Metall, sich nicht in eine derartige defensive Position drängen zu lassen und stattdessen schwerpunktmäßig den Streik in ihrem kampfstärksten Bezirk Nordbaden-Nordwürttemberg auszurufen, schlug in ihr Gegenteil um, als die Metallindustrie durch Betriebsstillegungen den Kampf auch auf die übrigen Tarifbezirke ausdehnte. Eine konsequente Gewerkschaftspolitik hätte hier erfordert, die geballte Macht der gesamten westdeutschen Metaller ins Feld zu führen, um die Offensive des Großkapitals zurückzuschlagen. Denn mittlerweile, nach einer Woche Arbeitskampf in Nordbaden-Nordwürttemberg, war auch dem letzten Arbeiter in Westdeutschland aufgrund der offenen Repression des Kapitals klar, daß man nur durch Kampf seine berechtigten Forderungen durchsetzen konnte und nur mit der vollen gewerkschaftlichen Kraft in allen Tarifbezirken die geschlossene Unternehmerfront aufbrechen konnte. Die Verhinderung dieser von der Basis auf Funktionärs- und gewerkschaftlichen Vertreterversammlungen geforderten Ausweitung des Arbeitskampfes macht den Einfluß der rechten sozialdemokratischen Führung auf die Gewerkschaften deutlich.

Während des gesamten Verlaufs der Lohnbewegung stand Minister Schiller fest an der Seite der Metallbosse. Am 7. Dezember warf er auf der Jahrestagung des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände in Bad Godesberg der IG Metall vor, durch "stures Weiterpokern die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft" aufs Spiel zu setzen. Er griff mit einer vorzeitigen Veröffentlichung der Orientierungsdaten für 1972 und seiner Aussage in der Sitzung der Konzertierten Aktion vom 10.12., die Gewerkschaften müßten sich "auf maßvolle Tarifabschlüsse einrichten", in die Tarifautonomie ein. Da Schiller von Bundeskanzler Brandt nicht zurückgewiesen wurde, sondern im Gegenteil Brandt der Aufforderung Schillers nach einer politischen Schlichtung am 7.12. folgte, kommt dieses Verhalten Schillers einer massiven Stellungnahme der Bundesregierung gegen die kämpfenden Metaller und für eine weitere Aushöhlung der Tarifautonomie gleich. Trotz des Abschlusses der IG-Metall-Führung, der der Kapitulation einer auf dem Vormarsch befindlichen Armee ähnelt. müssen bei der Beurteilung dieser offenen Klassenauseinandersetzung folgende Faktoren berücksichtigt werden:

Durch den einheitlichen und geschlossenen Kampf der Metaller in Nordbaden-Nordwürttemberg wurden die von Hüllen, Schleier, Frankenberger und der Unternehmerverband zum Rückzug gezwungen. Das "Nullangebot" und die unverschämte 4,5 %-Provokation wurden unter den Tisch gefegt.

Millionen Arbeiter und Angestellte haben in diesem Kampf gelernt, daß selbst die Verteidigung des Lebensstandards nur durch härteste Kämpfe möglich ist.

Millionen Arbeiter haben gelernt, daß ihr "Sozialpartner" nur eine Sprache versteht, und das ist die Macht, – und daß die einzige Macht, die dem Kapital Zugeständnisse abzwingen kann, niemand anders als die organisierte Arbeiterklasse selbst ist.

Viele Arbeiter haben die Schlußfolgerung gezogen, daß es an der Zeit ist, die Macht des Monopolkapitals zurückzudrängen und zu brechen, nachdem sie diese Macht über Wirtschaft, Staat und Gesellschaft so deutlich wie noch nie erkennen konnten, und daß auch unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung, der Staat ein Staat der Interessen des Monopolkapitals ist.

Angesichts der sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen hängt jeder Fortschritt für die Arbeiterklasse und breite Teile der Werktätigen von ihrer Geschlossenheit und Solidarität ab. Vor allem wächst die Notwendigkeit starker, auf Klassenpositionen stehender Gewerkschaften. Angesichts dessen steht als erste und wichtigste Forderung, die gewerkschaftliche Bindung an die Konzertierte Aktion und die staatlich regulierte Einkommenspolitik aufzugeben, da gerade sie zu negativen Ergebnissen für die Arbeiterklasse führt und einen Vertrauensbruch zwischen Gewerkschaftsführung und Mitgliedschaft bewirkt. Das hat dieser Streik wieder deutlich bewiesen.

Die im Frühjahr 1972 stattfindenden Betriebsrats- und Ortsverwaltungswahlen werden zeigen, inwieweit die Metallarbeiter aus diesem Arbeitskampf die richtigen Schlußfolgerungen gezogen haben.

Hannes Furth

SOPO 11
(Juni 71)
120 Seiten

P. Boccara	Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus
D. Klein	Imperialistische Zukunftsforschung im staatsmonopolistischen Kapitalismus
W. Erdmann	Klassenkämpfe und Volkswirtschaft in der Türkei
Bericht	IMSF-Tagung "Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften"

Ansätze zur Analyse und Veränderung der Situation der Frauen in der BRD

Die folgenden Ausführungen wollen als Einführung in den komplexen Zusammenhang der Frauenemanzipationsproblematik unter kapitalistischen Bedingungen verstanden werden. Sie können in dieser Kürze nur einen gewissen Überblick über die verschiedenen Aspekte des Themas, vor allem die verschiedenartigen sozio-ökonomischen und sozio-politischen Voraussetzungen und Bedingungen der Situation der Frauen in der BRD geben; dabei werden Problemkreise herausgearbeitet, die eine gründlichere Analyse erst noch zu erschließen hätte.

Die formal-rechtliche Gleichberechtigung der Frauen in der BRD ist laut GG Art. 3 durchgesetzt, eine Forderung, die bereits Auguste Schmidt 1865 bei der Gründung des bürgerlichen "Allgemeinen deutschen Frauenvereins" erhoben hatte:

1. Erschließung aller Bildungsmöglichkeiten für Frauen;
2. Recht und Anspruch auf Arbeit jeder Art, freie Berufswahl;
3. Teilnahme der Frauen an den "Interessen des Staates". (1)

De jure können die bundesrepublikanischen Frauen heute zwar von diesen inzwischen formal durchgesetzten Forderungen Gebrauch machen, de facto spiegeln die nachweisbaren Tatsachen aber ein anderes Bild wider.

1. An allen weiterführenden Bildungsinstitutionen sind Frauen prozentual unterreprätiert: der Anteil der weiblichen Lehrlinge betrug 1963 36 %, der Abiturientinnen 1964 37 % und der Studienanfängerinnen an wissenschaftlichen Hochschulen 1965 30 %. (2)
2. Immer noch konzentrieren sich Frauen bei der Berufswahl auf die "typisch weiblichen Berufe", zu denen vor allen Dingen der minder bezahlte untere Dienstleistungssektor sowie alle Berufe, die in irgendeiner Art und Weise traditionell "schöngeistige oder humane Werte" repräsentieren, zählen. Über 50 % aller Studienanfängerinnen wollten 1963 Lehrerin oder Ärztin werden. In der Rubrik der nichtakademischen Berufe waren 63 % in den Abteilungen Gesundheitswesen, sowie Geistes- und Kunstleben beschäftigt. (3) Außerdem sind von den in der Industrie beschäftigten Frauen die meisten in den unteren Lohngruppen zu finden.
3. Ebenso beteiligen sich Frauen auch heute noch kaum an der politischen Willensbildung. Einer Umfrage zufolge bekundeten nur 10-15 % der Frauen ihr Interesse am politischen Geschehen. (4) Der Frauenanteil in Parlamenten beträgt vom Gemeinderat bis zum Bundestag 2-10 %. (5)

---

1 Vgl.: IG-Metall: Abtlg. Frauen: SO IST ES GEWORDEN, Frankfurt/M. 1967, S. 2 ff.
2 Helge Pross: ÜBER DIE BILDUNGSCHANCEN VON MÄDCHEN IN DER BUNDESREPUBLIK, Frankfurt/M. 1969, S. 19. Seit Fertigstellung des Artikels ist inzwischen noch exakteres empirisches Material vorgelegt worden, das die Schlußfolgerungen von Helge Pross noch eindrücklicher bestätigt (vgl. Helga Deppe - Wolfinger, Jutta v. Freyberg. Zur sozialen Lage der Frauen in der BRD u. DDR, in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, 16/1971, H. 4, S. 406 ff., vgl. auch: Jutta Menschik: GLEICHBERECHTIGUNG ODER EMANZIPATION? Die Frau im Erwerbsleben der BRD, Frankfurt 1971).
3 Helge Pross, a.a.O., S. 27.
4 Ebd., S. 96.
5 Ebd., S. 92.

Diese Tatsachen, die sich noch beliebig ergänzen ließen, zeigen, daß die formale Durchsetzung von Gleichberechtigungsforderungen im politischen Bereich nicht notwendig eine Veränderung der traditionellen gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und der auf ihr aufbauenden Ideologie nach sich ziehen müssen, die der Frau den häuslichen Bereich und dem Mann die Berufswelt zuweisen.

1. Zur historischen Entwicklung

Die Entwicklung der "natürlichen" Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern kann nur verstanden werden im Zusammenhang mit der historischen Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der daraus resultierenden Rollenverteilung in der Familie. Aus diesem Grund ist die gesellschaftliche Stellung und Rolle der Frau eng verknüpft mit der Veränderung der materiellen Basis von Familie und Gesellschaft. In der vorkapitalistischen Gesellschaft stellte die Familie noch eine geschlossene Produktionseinheit dar. Die charakteristische Wirtschaftsweise war die Hauswirtschaft, an der alle Familienmitglieder zur Erzeugung von Gebrauchsgütern beteiligt waren. Der Vater war die uneingeschränkte Autorität innerhalb der Familie, der sich auf seine Rolle als Hauptproduzent und Eigentümer der Produktionsmittel stützte. Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel legitimierte seine Verfügungsgewalt über Frau und Kinder als Produzenten. Die Autorität des Vaters gründete sich auf das Erbe und war zudem ein Abbild der patriarchalischen Gesellschaftsstruktur, die aus hierarchisch gegliederten persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen bestand. In eben solcher persönlicher und materieller Abhängigkeit stellte sich auch das Verhältnis von Mann und Frau dar, wobei sich die Aufgaben der Frau auf den zu der Zeit noch sehr ausgedehnten Sektor des Haushaltens – unter Haushaltsarbeiten werden hier auch landwirtschaftliche Arbeiten verstanden – und der Kindererziehung erstreckte. Die Entwicklung der Produktivkräfte in der industriellen Revolution veränderte die Produktionsverhältnisse und schuf neue Klassen- und Familienverhältnisse. Mit der Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung durch die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, sowie der Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz, wurde der Familie die ökonomische Grundlage als Produktionseinheit entzogen. Ihrer Existenzmittel beraubt, waren die Proletarier gezwungen, ihre Arbeitskraft auf dem kapitalistischen Warenmarkt zu verkaufen. Auf Grund der materiellen Not wurden auch Frauen und Kinder mit in den industriellen Produktionsprozeß einbezogen. "Sofern die Maschine Muskelkraft entbehrlich macht, wurde sie zum Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unreifer Körperentwicklung, aber größerer Geschmeidigkeit der Glieder anzuwenden. Weiber- und Kinderarbeit war daher das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie!" (6)

Durch die zwangsweise Einbeziehung der proletarischen Frau in den Produktionsprozeß wurde die alte Familienstruktur zerstört. Die Arbeitskräfte der Frauen und Kinder wurden zur industriellen Reservearmee für das Kapital; sie dienten dazu, den Preis der Ware Arbeitskraft zu senken und waren außerdem während der Phase der extensiven Ausbeutung im Konkurrenzkapitalismus profitabel im Hinblick auf Einsparung von Investitionen im Ausbildungsbereich. Deutsche Industrielle vertraten zu Beginn des 19. Jhdts. die Meinung, "daß eine rationelle Arbeitsteilung – ein weiterer Einsatz von Frauen- und Kinderarbeit eine Berufsausbildung überflüssig machen werde." (7) So unterlag die proletarische Frau

6 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, Berlin 1969, S. 416.

7 Karl Abraham: DER STRUKTURWANDEL IM HANDWERK IN DER ERSTEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS UND SEINE BEDEUTUNG FÜR DIE BERUFSERZIEHUNG, Köln 1955, S. 129.

einmal – ebenso wie der proletarische Mann – der Ausbeutung durch das Kapital, zum anderen hatte sich an ihrer untergeordneten Stellung innerhalb der familiären Sphäre nichts wesentliches geändert, wo sich die Autorität des Mannes materiell auf seinen Status als Hauptverdiener stützte und sich ideologisch in seinem Ansehen als Repräsentant der gesellschaftlich Herrschenden manifestierte.

Auch der Aufgabenbereich der bürgerlichen Frau in der Familie wurde durch die gesellschaftliche, maschinelle Produktion von Konsumtionsmitteln eingeschränkt, ihre materielle Abhängigkeit vom Mann blieb erhalten. Im Gegensatz zu der Lage der proletarischen Frauen mußten für sie Berufsmöglichkeiten erst geschaffen werden, was sich in ihren Forderungen – wie in denen der bürgerlichen Frauenbewegung – nach Recht auf Berufsausübung und Ausbildung konkretisierte. Da kein wirtschaftlicher Zwang vorhanden war, bedeuteten Bildung und Berufstätigkeit für die großbürgerlichen Frauen praktisch eine zusätzliche Dimension der Persönlichkeitsentfaltung – für diese Frauen auch aus der Tradition des bürgerlichen Bildungshumanismus heraus erstrebenswert – und ließen sich deshalb auch durchaus subjektiv als 'Emanzipation' erfahren.

Auch in den aufkommenden breiten Mittelschichten wurde Frauenarbeit zunehmend wichtiger, da der Verdienst des Mannes nicht immer ausreichte, um Frau und Kinder, vor allem unverheiratete Töchter, zu ernähren. Dadurch war für die Frauen dieser Schichten die Notwendigkeit qualifizierter Arbeit gegeben, da Fabrikarbeit als 'unstandesgemäß' nicht in Frage kam. Es wurden jetzt – auch durch die bürgerliche Frauenbewegung – spezielle Frauenerwerbsmöglichkeiten, vor allem auf sozialem Sektor, erschlossen. Charakteristisch ist, daß damit den Frauen zunächst Arbeitsplätze geschaffen wurden, die keine Konkurrenzsituation zu Männern entstehen ließen und die auf die traditionelle Rolle der Frau im familiären Bereich bezogen waren. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung kamen später Berufe vorwiegend im unteren Dienstleistungssektor (Verkauf, Büro etc.) hinzu; zugleich ging mit dem Eindringen der Frauen und der Ausweitung dieser Tätigkeitsbereiche eine Dequalifizierung – durch Einführung von Büromaschinen etc. – dieser Arbeitsplätze einher. Die Frauen der Kleinwarenproduzenten, vor allem der Handwerker, blieben weiterhin als 'mithelfende Familienangehörige' im Betrieb des Mannes und verrichteten die Haushaltsarbeiten zusätzlich.

Aus der spezifischen Situation der bürgerlichen Frau lassen sich auch die späteren Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung ableiten, die sich nicht mit der Problematik der lohnabhängig arbeitenden Frau im kapitalistischen System beschäftigten, sondern vornehmlich die abhängige Situation der bürgerlichen Frau vom Mann im familiären Bereich widerspiegelten. Mit dem Eindringen in die männliche Berufswelt wurde die Forderung nach sozialer und rechtlicher Gleichstellung entwickelt; Bildung und Berufstätigkeit konnten hier erste Schritte zu einer solchen Gleichstellung darstellen. Die positive, demokratisierende Funktion der bürgerlichen Frauenbewegung, die auch später Clara Zetkin herausstellte, bestand im Kampf um die prinzipielle Anerkennung der Gleichwertigkeit der Frau in juristischer und sozialer Hinsicht, sowie in der Herausstellung der Relevanz der Frauenberufstätigkeit für die Gleichberechtigung. (7a)

Ansätze zur Analyse der Frauenproblematik im gegenwärtigen kapitalistischen System scheinen uns bei der Komplexität der Themenstellung nur gewährleistet zu sein in zusammenhängender Betrachtung der Situation der Frau in folgenden Bereichen: Produktion, Ehe, Familie, Sozialisation der Kinder, Sexualität, sowie der auf den spezifischen Bedingungen und Widersprüchen des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses fußenden Weiblichkeitsideologie.

7a Vgl.: Clara Zetkin: ZUR GESCHICHTE DER PROLETARISCHEN FRAUENBEWEGUNG DEUTSCHLANDS, 2. Auflage, Berlin 1958, S. 57.

2. Produktion

Die zwangsweise Einbeziehung der proletarischen Frau in den vergesellschafteten Produktionsprozeß bedeutete einerseits ihre Unterordnung unter das Kapital, war jedoch andererseits eine Voraussetzung für eine mögliche Emanzipation als materielle Unabhängigkeit und Entfaltung der Persönlichkeit über den häuslichen Bereich hinaus. "So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Produktionssphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form von Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter." (8) Marx zeigte diese Möglichkeit, daß Mann und Frau miteinander im gesellschaftlichen Produktionsprozeß tätig sind, schon zur Zeit der industriellen Revolution auf. Die Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere die tendenzielle Einführung der Automation, läßt die Bedeutung der biologisch-physiologischen Unterschiede für die Stellung der beiden Geschlechter im Produktionsprozeß zurücktreten. Erscheint also unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsprozesses eine Gleichberechtigung und -bewertung objektiv möglich, sind es die spezifischen Bedingungen des kapitalistischen Verwertungsprozesses, die ihnen entgegenwirken.

Von den 18 Mill. Frauen der BRD zwischen 15 und 60 Jahren sind ca. 50 % erwerbstätig, 6 % davon – meistens als Kleinbäuerinnen und Kleinladenbesitzerinnen – selbständig. Die restlichen 94 % der weiblichen Berufstätigen verteilen sich auf folgende Sektoren:

212 000 Beamtinnen,
3 600 000 weibliche Angestellte,
3 400 000 Arbeiterinnen. (9)

Arbeiterinnen sind meistens in den unteren Lohngruppen eingestuft, obwohl häufig die gleiche Arbeit von Männern verrichtet wird, die nach dem Tarif einer höheren Lohngruppe bezahlt werden. Laut Statistischem Jahrbuch lagen die Bruttoverdienste pro Stunde der Arbeiterinnen in der deutschen Schuhindustrie 1970 um 20,4 % unter denen der Männer – DM 1,11 pro Stunde weniger, in der Bekleidungsindustrie um 23,7 % – DM 1,36 weniger, in der Elektrotechnik um 26,5% – DM 1,61 weniger, in der Glasindustrie um 34,2% – DM 2,16, im Druckereigewerbe um 38,3 % – DM 2,97 niedriger.

Beruflicher Aufstieg ist so gut wie ausgeschlossen, jede zehnte weibliche Lohnabhängige ist Facharbeiterin, nur jede zwanzigste hat eine qualifizierte Berufsausbildung. Der Lohn von 50 % der Arbeiterinnen beläuft sich auf DM 300 - 600 netto im Monat, keine verdient über DM 1 200 netto im Monat. 46,7 % der Arbeiter und 10,3 % der Arbeiterinnen erhalten einen Verdienst zwischen DM 600 und DM 800 (10) – Von Unternehmerseite wird bezüglich der Lohndiskriminierungen mit Rechtfertigungen Stellung genommen wie: "Der Mann ist schließlich der Ernährer." (11) Diese Feststellung trifft exakt die Tatsache, daß der Wert der Arbeitskraft des Mannes auf Grund seines tradierten Status als Hauptverdiener und Familienoberhaupt höher bezahlt wird als der seiner am gleichen Arbeitsplatz angestellten Kollegin, die ihre Arbeitskraft als "Zuverdienerin" des Mannes, als zusätzliche Verdienstquelle für die Familie auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt verkaufen muß. Die

8 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, a.a.O., S. 514.
9 Vgl.: SPIEGEL, 1971, Nr. 5, S. 36.
10 Ebd., S. 37.
11 "Begründung der Firma Blaupunkt – Radio und Fernsehen –", in: SPIEGEL, a.a.O., S. 45.

Reproduktionskosten für die Familie werden vom Lohn des Mannes und der Frau gedeckt, auf diese Weise können die Löhne beider gedrückt werden. Frauenarbeit ist aber keine Frage der zusätzlichen Arbeit, sondern in den meisten Fällen ein Gebot ökonomischer Notwendigkeit. In 2/3 der großen Familien, in denen beide Elternteile arbeiten, verdienten 1962 die Väter nicht mehr als DM 600. Die Durchschnittsausgaben für eine vierköpfige Familie waren zur gleichen Zeit aber vom Statistischen Bundesamt mit DM 744 berechnet worden. (12) – Die geringe Qualifikation und Einstufung in den Leichtlohngruppen – eine Verschleierung des ehemaligen Terminus Frauenlohngruppen – sowie die herrschende Weiblichkeitsideologie, nach der der eigentliche Aufgabenbereich der Frau unter Haushalt und Kindererziehung fällt, ermöglichen es dem Kapital, die arbeitenden Frauen als funktionales Arbeitskräftereservoir je nach Konjunkturlage in den Produktionsprozeß einzubeziehen oder zu entlassen. (13)

Die Diskriminierung der lohnabhängigen Frauen im Berufsleben ist auch noch in anderer Hinsicht von großer ökonomischer und politischer Bedeutung für das Verwertungsinteresse des Kapitals. Einmal sind aus der Frauenerwerbstätigkeit – durch deren Unterbezahlung im Vergleich zu den Männern – hohe Extraprofite zu erzielen, was sich als Lohndruck auf die männlichen Lohnabhängigen auswirkt und sich je nach angespannter Wirtschaftslage als Konkurrenzmechanismus ausschlachten läßt, zum anderen verrichten sie – überdurchschnittlich repräsentiert an Arbeitsplätzen mit niedrigsten Qualifikationsanforderungen – einförmige und monotone Arbeiten, für die Männer während Vollbeschäftigungsperioden nicht zu bekommen sind, was ihre Funktion als "industrielle Reservearmee" verdeutlicht. Mangelndes politisches Bewußtsein, was u.a. aus ihrer Erziehung und dem Fehlen einer starken Arbeiterbewegung in Westdeutschland zu erklären ist, und das Zurückführen der eigenen Situation auf die eigene Minderwertigkeit, d.h. ihnen erscheinen objektive gesellschaftliche Zusammenhänge individualisiert als Einzelproblem, tun ihr Übriges dazu, um den Frauen die Arbeitssituation zum größten Teil als selbstverschuldet, unabänderlich und unüberwindlich erscheinen zu lassen. Das unterdurchschnittlich entwickelte Bewußtsein der arbeitenden Frauen in der BRD über ihre sozial-ökonomische Lage drückt sich auch in dem geringen Anteil der in den DGB-Gewerkschaften organisierten Lohnarbeiterinnen aus: Nur 18 % der Arbeiterinnen sind in den DGB-Gewerkschaften organisiert, gegenüber 57 % der männlichen Kollegen. (14) Für eine politische Strategie ist deshalb wichtig zu untersuchen, wie in Arbeitskämpfen und theoretischer Gewerkschaftsarbeit die stärkere aktive Interessenwahrnehmung der lohnabhängigen Frau gefördert werden kann.

3. Ehe- und Familiensituation

Nach bürgerlichen Maßstäben wird der Bereich der Gesellschaft in zwei Teile aufgeteilt: den öffentlichen (Arbeitswelt – Gesellschaft) und den privaten (Familie – Ehe), in denen jeweils verschiedene Normen und Werte Gültigkeit haben. Ehe und Familie werden als "privates Refugium" der Gesellschaft angesehen, von dem sich das Individuum alle diejenigen Werte (wie Vertrauen, Verständnis, Uneigennützigkeit, Zärtlichkeit und Gebor-

12 Vgl.: Arianna Giachi: "Zwischen Wahn und Wirklichkeit", in: Betty Friedan: DER WEIBLICHKEITSWAHN ODER DIE SELBSTBEFREIUNG DER FRAU. Ein Emanzipationskonzept, Reinbek 1970, S. 246.
13 Vgl.: Wirtschaftskrise 1966/67: Die Entlassungen von Frauen lagen um durchschnittlich 8 % höher als die der Männer.
14 Vgl.: SPIEGEL, a.a.O., S. 50.

genheit) sowie emotionale und psychische Stabilisierung erhofft, die es in der "Gesellschaft" nicht erfährt. Die Gegenüberstellung von Privatbereich und Gesellschaft, von privaten und Arbeitsbeziehungen, abstrahiert einmal von dem Zusammenhang von Familien- und Gesellschaftsstruktur und betrachtet andererseits gesellschaftliche Beziehungen losgelöst von den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen, die durch die Art und Weise des materiellen Produktionsprozesses ihre je historisch verschiedene konkrete Ausformung erfährt. Denn die "Produktionsverhältnisse in ihrer Gesamtheit bilden das, was man die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Gesellschaft nennt, und zwar eine Gesellschaft auf bestimmter geschichtlicher Entwicklungsstufe, eine Gesellschaft mit eigentümlichem unterscheidendem Charakter." (15) Beziehungen im marxistischen Sinn sind die Erscheinungsform für objektive Merkmale und Bestimmungen des sozialen Verhaltens der Menschen als gesellschaftliche Wesen und gründen sich auf dem Zusammenwirken der Menschen in der materiellen Produktionstätigkeit. "In der Produktion beziehen sich die Menschen nicht allein auf die Natur. Sie produzieren nur, indem sie auf eine bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Fähigkeiten gegeneinander austauschen. Um zu produzieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse findet ihre Beziehung zur Natur, findet die Produktion statt." (15a) Unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, auf der Grundlage der Veräußerung entfremdeter Arbeit, wo keine bewußte gesellschaftliche Gestaltung des Produktionsprozesses stattfindet, wird den Einzelnen ihr Verhalten "als von ihnen unabhängiges gesellschaftliches Verhältnis verselbständigt", erscheinen ihnen die gesellschaftlichen Verhältnisse "als ganz unabhängig und losgerissen von den Individuen, als eigene Welt neben den Individuen." (16) Die Verselbständigung der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber den Individuen hat im kapitalistischen System eine reale Grundlage im antagonistischen Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums; denn "das Verhältnis der Verkehrsform (= Produktionsverhältnisse – d.Verf.) ist ... das Verhältnis der Produktionskräfte zur Verkehrsform." (17)

Die für den kapitalistischen Produktionsprozeß notwendigen Normen und Verhaltensweisen durchdringen auch die "Privatsphäre", den familiären Bereich. Die einheitliche Persönlichkeits- und Bewußtseinsstruktur läuft der Trennung von privaten und öffentlichen Normen zuwider. Da der Arbeitsprozeß die materielle Grundlage für den Menschen und deshalb für ihn von existentieller Bedeutung ist, überlagern die Normen des gesellschaftlichen Bereichs schließlich die des privaten. Die Erwartungen, welche das Individuum an den familiären Bereich aufgrund seiner Bedürfnisse und der herrschenden Ideologie stellt, werden somit nicht erfüllt.

Otto Rühle kennzeichnete treffend das bürgerliche Eheverhältnis im Zusammenhang mit der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur: "Das Privateigentum an Produktionsmitteln hat zur Folge den Privatbetrieb, den Privathaushalt, die Privatfamilie, die Privatehe und die Privatfrau ... Die Monogamie ist die ins Geneonomische übertragene Tendenz des individuellen Besitzes und der individuellen Nutznießung. In der Geneonomie spiegelt sich die Ökonomie. Das Verhältnis der Geschlechter zueinander ist das Verhältnis der Menschen zum materiellen Besitz, der ihre Existenzgrundlage bildet." (18) Die "Privatsphäre" der bürgerlichen Gesellschaft ist gekennzeichnet durch früher oder später scheiternde Ehen,

15 Marx/Engels: WERKE, Bd. 6, Berlin 1959, S. 408.
15a Ebd., S. 177.
16 MEW, Bd. 3, Berlin 1958, S. 423.
17 Ebd., S. 71.
18 Otto Rühle: "Die Sozialisierung der Frau", in: Friedländer, Rühle, Kollontay: ZUR SOZIALETHIK DES KOMMUNISMUS, 1920, (Raubdruck), S. 13.

die weitgehend Resignation, Frustrationen und Verbitterung für das Individuum anstelle der erhofften psychischen und emotionalen Stabilisierung beinhalten. Die zerstörten, von der herrschenden Ideologie aufgebauten Illusionen können meist nur durch Kompensation, z.B. übersteigertes Pflichtbewußtsein in der Arbeitswelt und Gleichgültigkeit verkraftet werden. (19) Schon die gesetzlich fixierte juristische Absicherung der Ehe in unserer Gesellschaft, der besondere rechtliche Schutz, den man einer solchen Institution, die doch laut bürgerlicher Ideologie "lebenslanges Glück und Liebe" verspricht, zukommen läßt, verrät erhebliche Belastungen und Bedrohungen, denen diese Institution ausgesetzt ist.

Die bürgerliche Ehe hat u.a. die Funktion, gesellschaftliche Probleme und Konflikte als individuelle, atomisierte erleben zu lassen. Die individuellen Aggressionen richten sich meistens gegen den Ehepartner da die eigentlichen gesellschaftlichen Ursachen nicht erkannt werden. Somit erhält die Ehe eine Ventilfunktion für gesellschaftlich bedingte Aggressionen und Frustrationen, die sich im Interesse der Herrschenden auf solche Ziele richten, die für den Bestand des Systems ungefährlich sind. Ritter kennzeichnet den herrschaftsstabilisierenden Charakter der Ehe folgendermaßen: "Jeder auf Klassenstruktur und damit auf irrationaler Herrschaft beruhenden Gesellschaft muß folglich daran gelegen sein, die von ihr erzeugten Aggressionen auf andere, herrschaftsstabilisierende Ziele abzulenken, was natürlich möglich ist, wenn das Individuum in einer letzten fundamentalen Unwissenheit und Unfreiheit gehalten wird. Zu den unentbehrlichen Hilfsmitteln, deren Wert die Gesellschaft schon früh erkannte, gehört neben Nationalismus, Rassismus, Militarismus und Religion die Ehe: dadurch, daß zwei Menschen mit dem Köder der Sexualität in den Käfig einer lebenslangen Existenzgemeinschaft gelockt werden, entladen sich Konflikte und Spannungen – dem Weg des geringsten Widerstandes folgend – in dieser 'Keimzelle' der Gesellschaft, wird den Konflikten der revolutionäre Stachel und der Gesellschaft die Sorge vor der Veränderung genommen. Verständlich, daß die Gesellschaft die Ehe für ihre besonderen Leistungen mit einer mehr oder weniger sakramentalen Weihe ausstattete." (20)
Die Verhaltensnormen der kapitalistischen Gesellschaft statten den Mann durch Sozialisation und Umwelt mit einem Autoritätsbewußtsein aus, das sich unter den heutigen Bedingungen nicht mehr im Bereich des Produktionsprozesses, sondern aufgrund seiner Position als 'Ernährer' oder 'Hauptverdiener' der Familie nur noch im familiären Bereich realisieren kann. Die erwerbs- wie nichterwerbstätige Frau ist von ihrem Mann materiell abhängig, ihr sozialer Status definiert sich nach dem ihres Ehemannes. Dadurch kann die Frau zum zusätzlichen Stimulus des Leistungsdrucks auf den Mann funktionalisiert werden. Dieses Verhältnis ist allerdings wechselseitig: das soziale Prestige des Mannes erfährt eine hohe Aufwertung, wenn seine Frau "es nicht mehr nötig hat, zu arbeiten", er somit seine von der Gesellschaft vorgeschriebene, in vielen Fällen aber nicht realisierbare Rolle als "Ernährer der Familie" erfüllt.

Die Hausarbeit im reproduktiven privaten Bereich der Familie trägt noch quasi vorkapitalistischen Charakter, da in diesem Bereich vornehmlich Gebrauchsgüter hergestellt werden, die nicht über den kapitalistischen Warenmarkt laufen und deshalb nicht an dem Arbeitswertgesetz gemessen werden können. Diese Arbeit hat deshalb auch keinen Anspruch auf

19 Vgl.: Henner Ritter: "Grenzen der Emanzipation von Sexualität und Familie im Spätkapitalismus", in: DAS ARGUMENT, Nr. 50, 10/1969, S. 300 ff.
20 Ebd., S. 303/304.
21 Vgl.: Margaret Bentson: "Zur politischen Ökonomie der Frauenemanzipation", in: SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF Nr.10: Frauenemanzipation, München 1970, S. 46 ff. Bentsons theoretische Ausführungen stützen sich vor allem auf Ernest Mandel.

öffentliche Entlohnung, d.h. auch keinen Anspruch auf Waren, die in anderen Produktionszweigen hergestellt werden. (21) Rosa Luxemburg macht in ihren Ausführungen über das Lohngesetz deutlich, daß "die von jedermann auf den Markt gebrachte Ware der einzige Anspruchstitel des Menschen auf den Anteil an der gesellschaftlichen Produktenmasse ist und zugleich das Maß dieses Anteils." (22) Inwieweit sich diese theoretische Einordnung der Hausarbeit angesichts der Reformtendenzen, z.B. Diskussion um Einführung der Hausfrauenrente, was ja faktisch einer Entlohnung für die unproduktive private Hausarbeit gleichkäme, als sinnvoll erweist, müßte allerdings noch auf dem Hintergrund der veränderten ökonomischen und sozialen Bedingungen untersucht werden. – Entgegen der häufigen öffentlichen Meinung ist diese Arbeit aber faktisch eine große Belastung für die Frauen. Schätzungen in Schweden belaufen sich auf jährlich 2 340 Mill. Stunden Hausarbeit, die von den Frauen verrichtet wird; demgegenüber stehen 290 Mill. Stunden Frauenarbeit in der Industrie. In den USA schätzt man die gesamte Arbeitswoche der Frau auf 99,4 Stunden. (23)

Die Frau erhält den gesellschaftlichen Lohn für die Haushaltsarbeiten direkt über den Ehemann, was wiederum ihre ökonomische Abhängigkeit zementiert. "Sie alle wissen, daß die Frauen – auch wenn sie gleichberechtigt sind – faktisch weiterhin unterdrückt werden, weil ihnen alle Hausarbeit überlassen wird. In den meisten Fällen ist die Hausarbeit die unproduktivste, barbarischste und mühseligste Arbeit, die eine Frau tun kann. Sie ist erniedrigend und enthält nichts, was die Weiterentwicklung der Frau in irgendeiner Weise fördern könnte." (24) – Hinzu kommt die Doppelbelastung der berufstätigen Frau durch Haushalt und Kindererziehung, wofür das Bürgerliche Gesetzbuch folgende Regelung vorsieht (§ 1356 BGB): "Die Frau führt den Haushalt in eigener Verantwortung. Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist." § 1356 BGB fixiert juristisch die Doppelbelastung der Frau, da ihr – ohne gesellschaftliche Hilfe – die alleinige Verantwortlichkeit für Hausarbeit und Kindererziehung zugeschrieben wird. Die Erwerbstätigkeit der meisten Frauen ist aber, wie wir schon aufzeigten, keine Frage der "Berechtigung", sondern materielle Notwendigkeit. Nach einer Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute führten 94 % aller berufstätigen Frauen die oben genannte Ursache als Grund für ihre Erwerbstätigkeit an. Jede zweite Ehefrau und jede dritte Mutter ist erwerbstätig, insgesamt 2,9 Mill. Frauen, davon 2,4 Mill. Frauen mit Kindern unter 15 Jahren. (25)

In der extremen Doppelbelastung insbesondere der berufstätigen Frau mit Kindern manifestiert sich das Profitstreben des Kapitals in doppelter Hinsicht:

1. stellt die Frau als billige Arbeitskraft ein günstiges Objekt der Kapitalverwertung dar,
2. werden infrastrukturelle Investitionen, insbesondere, wenn sie im Sozialwesen nur mittelbar der Reproduktion der Arbeitskraft dienen, als nicht unmittelbar profitable möglichst gering gehalten.

Auf der anderen Seite steht die Funktion der Familie als "Konsumeinheit". Besonders die Frau wird in ihrer Eigenschaft als Hausfrau und Mutter durch die Werbung mit Appellen an Schuldgefühle, Befreiungswünsche und sexuelle Wünsche angesprochen und so zur perfekten Konsumentin manipuliert.

---

22 Rosa Luxemburg: EINFÜHRUNG IN DIE NATIONALÖKONOMIE, hrsg. von Paul Levi, 1925, (Raubdruck), S. 239.
23 Vgl.:Margaret Bentson, a.a.O., S. 48.
24 W.I. Lenin: "Über die Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung in der Sowjetunion", (1919), in: Lenin: WERKE, Bd. 30, S. 26.
25 SPIEGEL, 1971, Nr. 5, S. 48.

4. Sozialisation der Kinder

Die Familie als Primärsozialisationsfeld hat die Aufgabe, gesellschaftliche Normen zu vermitteln und gesellschaftlich erwünschtes Verhalten einzuüben. E. Fromm nannte sie unter diesem Aspekt die "psychologische Agentur" der Gesellschaft. (26) Die kapitalistische Gesellschaft delegiert Erziehungsaufgaben an den privaten Bereich der Familie und damit an den Hauptsozialisator, die Mutter. Die Gesellschaft weitet damit die biologische Bestimmung der Frau als Mutter in eine soziale und kulturelle aus. Der Zeitaufwand, den eine Frau in früheren Zeiten auf die Kindererziehung verwenden mußte, hat sich jedoch stark vermindert (weniger Schwangerschaften, allgemeine Schulpflicht). Der Grund dafür, daß biologische Mutter und Sozialisator auch heute noch (evtl. außer den ersten Lebensjahren) identisch sein soll, ist nicht einsehbar, da diese Aufgabe von geschulten Fachkräften übernommen werden könnte. "Durch die Kindererziehung erhält die Frau ihre wichtigste soziale Bestimmung. Ihre Eignung für die Sozialisation kommt aus ihrer physiologischen Konstitution: die Fähigkeit zu säugen und ihre gelegentliche Unfähigkeit, schwere Arbeitslasten auf sich zu nehmen. Dabei muß von Anfang an klargestellt werden, daß Eignung nicht gleich Unvermeidbarkeit ist ... Der Prozeß der Sozialisation ist – im Sinne von Klein – invariabel, aber die Person des Sozialisators kann variieren." (27)

Die Rolle der Frau als fast ausschließlicher Primärsozialisator wird immer mehr in Frage gestellt. Die konzentrierte emotionale Zuwendung, die eine Mutter mit zuwenig Außenkontakten dem Kind zukommen läßt und damit das Kind (vor allem den Sohn) überstark an sich bindet und anpassungsfähig erzieht, ist selbst für den kapitalistischen Produktionsprozeß unvorteilhaft, da ein derartiger schwerpunktmäßiger Sozialisationsprozeß das Durchsetzungsvermögen im Konkurrenzkampf und die Aufstiegsmotivation schwächt. (28)

5. Sexualität

Sexualität ist in der bürgerlichen Gesellschaft legal nur auf die Ehe beschränkt und wird für die Frau meist im Zusammenhang mit der Reproduktion gesehen, d.h. hinsichtlich ihrer Funktion, die für die Frauen die Rolle der Gebärerin beinhaltet. Die neueste Entwicklung läßt darauf schließen, daß die Sexualität für die Reproduktion der Arbeitskraft immer größere Bedeutung gewinnt. (Kolle-Filme, Bestrebungen zur Aufhebung des Pornographie-Paragraphen, etc.) "Auch die realen und scheinbaren sexuellen Freiheiten müssen größer werden, so daß die Individuen von sich sagen können: Seht, vor zehn Jahren hätten wir uns noch nicht träumen lassen, daß die Jugendlichen einmal ohne Angst vor Schwangerschaft miteinander schlafen würden. Vor dreißig Jahren hätte noch niemand daran gedacht, daß die Jugend so sexuell, die Ehen so partnerschaftlich, die Frau so frei, die Moral so liberal würde ... Es werden bestimmte Anteile der manifesten (offen zu Tage tretenden) sexuellen Strebungen in der Form erweiterter zulässiger sexueller Akte an das System der gesellschaftlichen Reproduktion angepaßt." (29)

---

26 Erich Fromm: "Sozialpsychologischer Teil", in: STUDIEN ÜBER AUTORITÄT UND FAMILIE. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, Paris 1936, S. 77-136, hier: S. 79.
27 Juliet Mitchell: "Frauen: Die längste Revolution", in: SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF Nr. 10: Frauenemanzipation, München 1970, S. 28.
28 Vgl.:Betty Friedan: WEIBLICHKEITSWAHN, a.a.O., S. 172 ff.
29 Reimut Reiche: SEXUALITÄT UND KLASSENKAMPF. Zur Abwehr repressiver Entsublimierung, Schriftenreihe Probleme sozialistischer Politik 9, Frankfurt 1969³, S. 41.

Die (zumindest verbale) Enttabuisierung vieler Bereiche, durch die die Sexualität gegenüber früher mehr in öffentliche Diskussionen einbezogen wurde, ist aber unter kapitalistischen Gesellschaftsbedingungen nur eine scheinbare Befreiung der Sexualität, da sie zum Konsum- und Leistungszwang ausgenutzt und damit ebenfalls zu einem Manipulierungsinstrument wird. Besonders die Frau wird durch die Werbung mit dem ständig gegenwärtigen Bewußtsein um die drohenden Konkurrentinnen ausgestattet und zum Kaufen von Schönheitsmitteln und modischen Kleidungsstücken mit dem Ziel der sexuellen Attraktivität verleitet. Sexualität wird so zur Ware und durch diesen Charakter zum Manipulierungs- und Konsumtionsmechanismus.

Die Normen des kapitalistischen Produktionsprozesses werden auf das Sexualverhalten übertragen und durch Massenmedien vermittelt. Die aufgestellten Leistungsnormen in einem noch bis vor kurzem tabuisierten Bereich zeigen, daß die Prinzipien des kapitalistischen Produktionsprozesses jede menschliche Beziehung durchdringen und auch im "privatesten", dem sexuellen Sektor, bestimmen. Diese Scheinrevolution der Sexualität bietet unter den genannten Bedingungen weder Ansatz zur Befreiung der Sexualität noch kann sie emanzipativen Charakter haben. Speziell für die Situation der Frau bedeutet es, daß auch in diesem Bereich die alten Rollenklischees sich nicht wesentlich ändern, sie bleibt – mit neuen Verschleierungen – Sexualobjekt, Dekorationsstück, Statussymbol und Gebärerin.

6. Gesellschaftlich fixierte Weiblichkeitsideologie

In allen sozialen Schichten dominiert das Leitbild der Ehefrau und Mutter, auch nach dem Selbsturteil der Frauen. (30) Die fundamentale Aussage dieser Ideologie propagiert sogenannte "soziale Wesensunterschiede der Frau", auf Grund derer sie ganz bestimmte Aufgaben in der Gesellschaft zugewiesen bekommt: "Das Wesen der Frau ist berufen Frau zu sein, d.h. Gefährtin des Mannes. Sie ist beauftragt mit der Heimgestaltung für den Mann und ihre gemeinsamen Kinder. Bereits in dieser Berufung ist auch die erste Arbeitsteilung mit enthalten: Während es die natürliche Aufgabe des Mannes ist, für den Unterhalt seiner Familie zu sorgen, ist es demnach die naturgemäße Aufgabe der Frau, das Leben im gemeinsamen Heim zu gestalten." (31) Ähnlich wird die Funktionsteilung in der Einführung zum Gleichberechtigungsgesetz von 1957 propagiert: "Es gehört zu den Funktionen des Mannes, daß er grundsätzlich der Erhalter und Ernährer der Familie ist, während es die Frau als ihre vornehmste Aufgabe ansehen muß, das Herz der Familie zu sein." (32)

Die so definierten sozialen Wesenszüge der Frau werden als angeboren und unabänderlich hingestellt, was sich auch in verschiedenen Erscheinungsweisen im Selbstbild der Frauen niederschlägt. Dadurch begrenzen und lähmen sie ihre Initiative und verhindern eine Bewußtwerdung ihrer wirklichen Situation und der realen Ursachen ihrer Probleme. Charakteristiken über wesensbedingte Geschlechtsunterschiede – vgl. auch Begabungsvorurteile – unterliegen Vorurteilen, die nach sozialwissenschaftlichem Forschungsstand wohl kaum mehr vertreten werden können. Spätestens seit der Sozialisationsforschung Margaret Meads müssen die der Frau zugeschriebenen Eigenschaften mehr auf ihre umweltbedingten

30 Vgl.: G. Bauer: LITERATURBERICHT ZUR SITUATION DER WEIBLICHEN JUGENDLICHEN IN DER BRD, München 1970, S. 59.

31 H. Hermann: DIE AUSSERHÄUSLICHE ERWERBSTÄTIGKEIT VERHEIRATETER FRAUEN, Diss., Stuttgart 1957, S. 8.

32 Zitiert nach: Thilo Ramm: "Gleichberechtigung und Hausfrauensache", in: JURISTENZEITUNG, 19.1.1968, S. 41.

als auf biologische Anlagen hin untersucht werden. (33) Als bisher gesicherte Ergebnisse in den Untersuchungen über Geschlechtsunterschiede während des Heranwachsens können lediglich folgende Aussagen angesehen werden:

1. Bei Mädchen kann generell ein schnelleres biologisches Wachstum als bei Jungen festgestellt werden, was ihnen einen früheren Spracherwerb und daraus resultierend einen sozialen und schulischen Vorsprung ermöglicht.
2. Jungen weisen eine größere biologische Anfälligkeit auf. (34)

Diese Weiblichkeitsideologie findet sich auch in den Einstellungen zu qualifizierten Ausbildungsgängen von Mädchen wieder, d.h., da der Beruf von Mädchen vielfach nur als Übergangsphase bis zur Heirat gesehen wird, erscheint eine längere Schul- oder Berufsausbildung als unzweckmäßiger und bedeutungsloser als bei Jungen und bringt bei den Mädchen eine geringere Lern- und Leistungsmotivation hervor. Ferner findet die Weiblichkeitsideologie ihren Niederschlag im geschlechtsspezifischen Erziehungsverhalten der Eltern, (35) sowie in den Lehrplänen und Bildungsplänen für die allgemein- und berufsbildenden Schulen der Länder. (36)

Konsequenzen, die sich aus der Ideologie vom "weiblichen Wesen" ergeben, sind:

1. Weitgehende Festlegung der Mädchen auf bestimmte Berufe (s.o.).
2. Niedrigere Bewertung der dafür erforderlichen Fähigkeiten im Gegensatz zu den typischen "Männerberufen".
3. Einstellung, daß der Beruf kein so wesentlicher Lebensbereich wie bei Männern ist.
4. Als Folge davon, daß weniger Gewicht auf Ausbildung gelegt wird.
5. Geringere Aufstiegschancen im Beruf.
6. Geringere Interessenwahrnehmung im Beruf im Hinblick auf berufsspezifische Organisation.

Die Auswirkungen in den hier aufgezeigten Bereichen müßten allerdings noch näher untersucht und weiter konkretisiert werden.

Das Weiblichkeitsbild, das der Frau den häuslichen Bereich zuweist, stimmt zumindest nicht mit der realen Situation der beruflich arbeitenden Frau überein. Von ihr internalisiert und auf Grund ihrer schlechten Arbeitssituation stellt es jedoch ein zu erreichendes "Ideal" dar. Bezüglich der Doppelbelastung der Frau stützt es die Rechtfertigung für mangelnde und mangelhafte soziale Einrichtungen und produziert bei den Frauen – objektiv aus der psychischen Überlastung resultierende – psychische Konflikte. Diese Konflikte sind zudem durch die Widersprüche bedingt, die aus dem Versuch der Identifikation mit der Doppelrolle resultieren, da jede Rolle mit verschiedenen Normen und Sanktionen belegt ist.

33 Vgl.: Margaret Mead: JUGEND UND SEXUALITÄT IN PRIMITIVEN GESELLSCHAFTEN, München 1970; vgl. im Gegensatz dazu: Helene Deutsch: DIE PSYCHOLOGIE DER FRAU, Bern 19592.

34 Vgl.: Anne Anastasi: DIFFERENTIAL PSYCHOLOGY, 3rd ed., New York 1958, S. 452.

35 Vgl.: Urie Bronfenbrenner: "Wandel der amerikanischen Kindererziehung", in: Friedeburg, Ludwig v., (Hrsg.): JUGEND IN DER MODERNEN GESELLSCHAFT, Köln-Berlin 1965, S. 321-335.

36 Vgl.: Elfriede Höhn: "Die Gegenwartsproblematik der Mädchenbildung", in: von Aurin (Hrsg.): POLITISCHE PSYCHOLOGIE, Bd. 7, Frankfurt/M. 1969, S. 115 ff. Christine Cesar u.a.: "Die Diskriminierung der Schülerinnen. Am Beispiel der nordrhein-westfälischen Lehrpläne", in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, 15/1970, Heft 9, S. 958 ff.

Die verschiedenen Rollen der Frau bezüglich Ehe, Sexualität und Sozialisation der Kinder sind historisch in der heutigen Form der Familie miteinander verknüpft. Umfassende Änderungen in allen diesen Bereichen und damit Lockerung der engen Verbindung mit der Familienstruktur (z.B.: weitgehende Übernahme der Kindererziehung durch gesellschaftliche Institutionen, Sozialisierung der Hausarbeit), was eine weitergehende Freisetzung der Frau von ihren Familien- und Mutterpflichten bedeutete, sind nötig, um überhaupt erst die allerersten Vorbedingungen für eine Bewußtwerdung der realen Situation der Frauen und darauf aufbauenden Emanzipationsbestrebungen zu schaffen. Die Durchführung einiger dieser Veränderungen sind sicherlich im Rahmen sozialer Maßnahmen auch im Kapitalismus möglich, jedoch eine völlige Umstrukturierung der Rollen der Frau würde – auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse – notwendig eine Veränderung der Familien- und Gesellschaftsstruktur beinhalten. "Nur allein durch die gänzliche Umgestaltung der Gesellschaft und ihren Aufbau auf sozialistischer Grundlage ist die wirkliche und ganze Befreiung der Frau möglich, einen zweiten Weg gibt es nicht." (37)

7. Emanzipationsstrategien

Für eine politische Strategie und daraus abzuleitende Forderungen im Rahmen der Frauenemanzipationsproblematik sollen im folgenden Ansätze aufgezeigt werden, die die verschiedenen Rollenbereiche der Frauen in der BRD berücksichtigen. Vordringlichste Aufgabe müßte zunächst die Demokratisierung in den aufgezeigten gesellschaftlichen Strukturbereichen sein, d.h. im wesentlichen die juristisch fixierte und postulierte Gleichberechtigung auch realiter durchzusetzen. Das könnte eine verbesserte politische Grundlage bieten, um einen größeren Anteil der Frauen zur Wahrnehmung ihrer Interessen am Arbeitsplatz und im Ausbildungsbereich zu motivieren und zu kollektiven politischen Arbeits- und Kampfformen zu aktivieren. Weitere Momente in der politisch-strategischen Überlegung müßten auch die Zusammenarbeit in bestimmten Fragen mit bürgerlichen Frauengruppen etc. sein, um in einem demokratischen Bündnis den einzelnen Forderungen und Vorschlägen stärkeren politischen Druck zu verleihen, wie z.B. bei der Initiierung von Bürgerinitiativen im Zusammenhang mit der Kampagne § 218.

Forderungen zur Veränderung der Rolle der Frau im Produktionsbereich haben zur Voraussetzung eine bessere Qualifikation der Frauen, d.h. eine größere prozentuale Beteiligung der Frauen an weiterführenden Bildungsinstitutionen, sowie eine Revidierung der geschlechtsspezifischen Bildungsinhalte der Richtlinien und Bildungspläne zugunsten einer Jungen wie Mädchen gleichermaßen qualifizierenden Ausbildung. (37a) Wie oben ausgeführt, sind hier neben den materiellen auch ideologische Schranken zu überwinden. Eine bessere Qualifikation ist eine Voraussetzung für gleiche Aufstiegschancen in der Berufspraxis.

Diese Forderungen können und werden wahrscheinlich auch im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung verwirklicht werden, da das Wirtschaftswachstum u.a. auch entscheidend durch die Anzahl der erwerbstätigen Bevölkerung bestimmt wird, die seit 1961 nur durch weitere Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß und ausländische Arbeiter vergrößert werden kann. (38) Doch sind auch diese Veränderungen nötig und sinnvoll, damit die Frauen materiell und persönlich unabhängiger vom Mann werden und auf dieser Basis ein verändertes Selbstwertgefühl und Selbstbewußtsein entwickeln können. "Wie der Arbeiter vom Kapitalismus unterjocht wird, so die Frau vom Manne; und sie wird unterjocht bleiben, solange sie nicht wirtschaftlich unabhängig dasteht. Die unerläßliche Bedingung für diese wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Arbeit." (39)

Eine qualitative Änderung des Arbeitsprozesses, der auf Identifikation mit der eigenen Arbeitstätigkeit anstelle entfremdeter Arbeit beruht, ist erst auf der Basis sozialistischer Produktionsverhältnisse möglich; denn im Kapitalismus ist die "Assoziation der Arbeiter, wie sie in der Fabrik erscheint, ... nicht von ihnen sondern vom Kapital gesetzt. Ihre Vereinigung ist nicht *ihr* Dasein, sondern das Dasein des Kapitals. Dem einzelnen Arbeiter gegenüber erscheint sie zufällig. Er bezieht sich auf seine eigene Vereinigung mit anderen Arbeitern und Kooperationen mit ihnen als *fremde*, als Wirkungsweise des Kapitals ... Weder über die Organisation ihrer Arbeit noch über deren Produkte haben die Arbeiter zu verfügen. Sie sind ein Leib, der von einem fremden Willen beherrscht wird." (40)

Ein Vergleich des Arbeitsprozesses in der BRD und der DDR macht das Problem noch deutlicher: "Schon die 'sozialistische Wettbewerbsbewegung', in der sich die Produzentenkollektiv mit ihrer eigenen Tätigkeit identifizieren und sich für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Steigerung der Arbeitsproduktivität einsetzen, ist unter kapitalistischen Bedingungen undenkbar, da – auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse – eine Identifikation des Arbeiters mit seiner Tätigkeit und deren Perspektiven sowohl durch den gesellschaftlichen und betrieblichen Gegensatz von Kapital und Arbeit, durch die individuellen Konkurrenzverhältnisse am Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz als auch durch die vorherrschende Ideologie des individuellen Aufstiegs unterbunden wird." (41) Erst unter sozialistischen Bedingungen ermöglicht die Arbeitstätigkeit Selbstverwirklichung, Entfaltung und Kreativität im Produktionsprozeß. "Ebenso leuchtet ein, daß die Zusammensetzung des kombinierten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts und der verschiedenen Altersstufen, obgleich in ihrer naturwüchsig brutalen, kapitalistischen Form, wo der Arbeiter für den Produktionsprozeß, nicht der Produktionsprozeß für den Arbeiter da ist, Pestquelle des Verderbs und der Sklaverei, unter entsprechenden Verhältnissen umgekehrt zur Quelle humaner Entwicklung umschlagen muß." (42)

Die erhöhte Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß erfordert genügend soziale Einrichtungen (Ganztagskindergärten und -krippen, Ganztagsschulen), sowie Umwandlung der Haushaltsarbeiten in Dienstleistungen, um perspektivisch die Doppelbelastung der Frauen zu vermindern. Ansätze gibt es beispielsweise dazu auch schon im kapitalistischen Schweden: im Hässelby Familje-Hotellet, Stockholm, einem Wohnblock mit Gemeinschaftseinrichtungen wie Ganztagskindergarten mit Schülerhort und Restaurant. (43) Diese Einrichtungen zu benutzen können sich allerdings nur sehr gut verdienende Leute leisten.

---

37 August Bebel: DIE FRAU UND DER SOZIALISMUS, Berlin 1964, S. 160.

37a Ein Beispiel für die Benachteiligung der Mädchen hinsichtlich (berufs-)qualifizierender Ausbildung in den Lehrplänen: Während die Mädchen in der 9. und 10. Klasse der Realschule in Hessen in "Gestaltung kleiner Festlichkeiten und Bewirtung" und "Kinderreimen" unterrichtet werden, lernen ihre Mitschüler in der gleichen Zeit geometrisches Zeichnen. Vgl.: BILDUNGSPLÄNE FÜR DIE ALLGEMEINBILDENDEN SCHULEN IM LANDE HESSEN. Amtsblatt des Hess. Ministers für Erziehung und Volksbildung. Sondernummer, 9/1956 (Dieser Bildungsplan besitzt gegenwärtig noch Gültigkeit!).

38 Vgl.: Elmar Altvater: "Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders", in: NEUE KRITIK, 12/1966, Nr. 38/39, S. 14.

39 Clara Zetkin: AUSGEWÄHLTE WERKE UND SCHRIFTEN, Bd. I, Auswahl aus den Jahren 1889-1917, Berlin 1957, S. 4.

40 Friedrich Tomberg: "Der Begriff der Entfremdung in den 'Grundrissen' von Karl Marx", in: DAS ARGUMENT, 11/1969, Nr. 52, S. 197.

41 Frank Deppe: "Probleme der betrieblichen Organisation der Produktion in BRD und DDR", in: H. Jung, F. Deppe, K.H. Tjaden, u.a.: BRD – DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971, S. 129/130.

42 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, a.a.O., S. 514.

Engels meinte hinsichtlich der Sozialisierung der Hausarbeit, "daß die Befreiung der Frau, ihre Gleichstellung mit dem Mann, eine Unmöglichkeit ist und bleibt, solange die Frau von der gesellschaftlichen Produktion ausgeschlossen und auf die häusliche Arbeit beschränkt bleibt. Die Befreiung der Frau wird erst möglich, sobald diese auf großem gesellschaftlichem Maßstab sich an der Produktion beteiligen kann und häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maße in Anspruch nimmt. Und dies ist erst möglich geworden durch die große Industrie, die nicht nur Frauenarbeit auf großer Stufenleiter zuläßt, sondern auch die private Hausarbeit mehr und mehr in eine öffentliche Industrie aufzulösen strebt." (44)

Im Bereich der Sexualität muß der Zugang zur Geburtenkontrolle für alle Frauen geschaffen werden, denn in der Verbindung von Sexualität und Reproduktion konnten sich bisher die biologischen Funktionen der Frau als Unterdrückungsmechanismen auswirken. Im gleichen Kontext ist auch die Forderung nach der Legalisierung der Abtreibung zu sehen. Ein weiterführender Schritt wäre allerdings durch neue Inhalte der zwischenmenschlichen Beziehungen eine neue Qualität dieser zu schaffen. Dies hätte zur Voraussetzung die Aufhebung der bürgerlichen Trennung in "privaten" und "öffentlichen" Bereich, also eine veränderte psychische Struktur des Menschen, die sich auf Grund der am gemeinschaftlichen Besitz der Produktionsmittel orientierten sozialen Normen und Verhaltensweisen, sowie der nicht mehr auf Entfremdung beruhenden Arbeitstätigkeit der Produzenten, herausbilden müßte.

Die Gleichberechtigungsforderungen der bürgerlichen Frauenbewegung änderten deshalb auch nichts an den systemimmanenten Widersprüchen und damit an den Unterdrückungsmechanismen, denen vor allem auch die lohnabhängig arbeitende Frau unterworfen war. Innerhalb der sozialistischen Frauenbewegung wurde von Clara Zetkin dagegen die sozialistische Emanzipationstheorie im Zusammenhang mit dem Klassenkampf entwickelt. Sie verband die Emanzipation der Frau mit der Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapital und machte somit die Emanzipationsbewegung zu einem spezifisch politischen Moment innerhalb des Klassenkampfes. "Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeiter vom Kapital sein." (45)

Die Umwälzung der ökonomischen Basis ist die allererste unabdingbare Voraussetzung für den umfassenden Abbau der bürgerlichen Weiblichkeitsideologie und die sozialistische Emanzipation; denn der *Prozeß* der allseitigen Frauenemanzipation wird erst auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse im Zusammenhang mit den geänderten Prinzipien des Produktionsprozesses und gesellschaftlichen Normen, sowie der aktiven Einbeziehung der Frauen in alle gesellschaftlichen Bereiche möglich sein. "Ohne die Heranziehung der Frauen zur selbständigen Teilnahme nicht allein am politischen Leben schlechthin, sondern auch am ständigen, von allen zu leistenden öffentlichen Dienst, kann von Sozialismus keine Rede sein." (46)

Dorlies Pollmann, Anne Kahn

43 Vgl.: "Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben". Warum es mit der Emanzipation der Frau nicht getan ist, Sendung: ARD – 1. Programm – Sonntag, 7.2.1971, 21.30 h, Buch und Regie: Gerhard Bott, NDR Redaktion Feature.
Edmund Dahlström (ed.): THE CHANGING ROLES OF MEN AND WOMEN, London 1967.

44 Friedrich Engels: DER URSPRUNG DER FAMILIE, DES PRIVATEIGENTUMS UND DES STAATES, in: Marx/Engels: WERKE, Bd. 21, S. 158.

45 Clara Zetkin: AUSGEWÄHLTE WERKE..., a.a.O., S. 3.

46 W.I. Lenin: "Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution", in: Lenin: WERKE, Bd. 24, S. 55.

Zwei Wege der italienischen Sozialdemokratie (1)

Eine Sozialdemokratie als politisch organisierte Richtung gibt es in Italien seit 80 Jahren. Seit 60 Jahren ist sie, mit einigen Unterbrechungen, in zwei (und zeitweise noch mehr) Parteien getrennt. Deren ideologische Positionen lassen sich nicht viel präziser bezeichnen als mit jeweils "links" und "rechts". Die Inhalte haben solche Wandlungen durchgemacht, daß etwa heute die "Linke" auf den Positionen der "Rechten" von 1922 steht, und daß seit 1969 die "Rechte" als nicht mehr "rechte sozialdemokratische", sondern als (gerade noch) liberale, bürgerliche Partei klassifiziert werden muß.

Dabei verstehen wir als Sozialdemokratie die nichtrevolutionären, aber in der Entstehung von sozialistischen Orientierungen ausgehenden Parteien der Arbeiterbewegung. Die zwar aus der Sozialdemokratie hervorgegangene kommunistische Partei Italiens fällt daher nicht unter das gegebene Thema.

Nebenbei ist zu bemerken, daß sich nie in Italien eine Partei als "sozialdemokratisch" bezeichnet hat, obwohl der Begriff (socialdemocratico) durchaus geläufig ist. Die Parteinamen lauten stets auf Partito Socialista (Italiano) mit – gegebenenfalls – verschiedenen Beiwörtern.

Von den Anfängen bis 1917

Diese zeitliche Einteilung bis zum Jahr 1917 wird deshalb verwendet, weil erst unter dem Einfluß der Oktoberrevolution bei den breiten Massen revolutionäres Bewußtsein entstand und dann die entscheidenden Ereignisse der folgenden Jahre auslöste.

1 Literatur zur Geschichte der italienischen Sozialdemokratie:
G. Trevisani: LINEAMENTI DI UNA STORIA DEL MOVIMENTO OPERAIO ITALIANO, Mailand 1958; L. Basso: IL PARTITO SOCIALISTA ITALIANO, Mailand 1962; P. Togliatti: IL PARTITO COMUNISTA ITALIANO, Rom 1961; F. Chabod: L'ITALIA CONTEMPORANEA, Turin 1961, dt. DIE ENTSTEHUNG DES NEUEN ITALIEN, Reinbeck, 1965; P. Spriano: IL PARTITO COMUNISTA ITALIANO I, II, III. Turin 1968-70; A. Forlani: IL PSI DI FRONTE AL COMUNISMO, Rom 1956; A. Tasca: NASCITA E AVVENTO DEL FASCISMO, Florenz 1951; G. Galli: LA SINISTRA ITALIANA NEL DOPOGUERRA, Bologna 1958; Bellini/Galli: STORIA DEL P.C.I., Mailand 1953; Salvatorelli/Mira: STORIA D'ITALIA NEL PERIODO FASCISTA, Turin 1964; IL SOCIALISMO IN ITALIA (Quaderni del PSU 1, Federazione di Milano), Mailand 1969; LA LOTTA DEL PCI PER L'UNITA, CONTROL IL CENTRO - SINISTRA, PER UNA NUOVA MAGGIORANZA (a cura del PCI), Rom 1968; L. Lorwin: THE INTERNATIONAL LABOR MOVEMENT, New York 1963; N. Kogan: A POLITICAL HISTORY OF POSTWAR ITALY, London 1966; H. Hinterhäuser: ITALIEN ZWISCHEN SCHWARZ UND ROT, Stuttgart 1956.

Seit den sechziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts gab es in Italien zahlreiche republikanisch-liberale (Mazzini), radikaldemokratische oder anarchistische (Bakunin war lange in Italien) Gruppierungen. 1882 kam es zur Gründung der kleinbürgerlich-reformistischen "Arbeiterpartei" (Partito Operaio), die aber keine größere Bedeutung erlangte und nach ein paar Jahren wieder einging. Die einflußreichsten Marxisten jener Epoche in Italien waren der Theoretiker Antonio Labriola und Filippo Turati, der über 40 Jahre lang eine der entscheidenden Gestalten in der italienischen Sozialdemokratie bleiben sollte. Am 14. 8. 1892 entsteht in Genua die erste sozialdemokratische Partei Italiens, die "Partei der Werktätigen" (Partito dei Lavoratori), die dann die Bezeichnung "Italienische Sozialistische Partei" (PSI) annimmt. Von Anfang an waren in der Partei nichtmarxistische Einflüsse überwiegend.

Die Initiative zur Gründung der PSI ging vor allem aus von Turati, der damals die sozialistischen Gruppen in Mailand leitete, und dem früheren Führer der "Arbeiterpartei", Guiseppe Croce. An der Gründung waren auch zahlreiche Genossenschaften und einige Gewerkschaften beteiligt. Die der PSI nahestehenden Gewerkschaften gründeten 1893 ihre erste überregionale Organisation, die "Federazione Italiana delle Camere del Lavoro". Schon bei den Kommunalwahlen von 1892/93 errang die Partei einige Erfolge in Turin, Mailand, Cremona, der Emillia-Romagna und der Toskana.

1893/94 kam es in Sizilien zu spontanen Aufständen der Landbevölkerung, die von den sog. "Fasci dei Lavoratori" (Mussolini griff später auf das Wort fascio = Bund zurück) gelenkt wurden. Obwohl die PSI keinerlei Verbindungen nach Süditalien hatte, wurde sie für die Unruhen verantwortlich gemacht und 1894 bis 1896 verboten.

Im Dezember 1896 erschien zum ersten Mal die sozialistische Tageszeitung "Avanti!". Im Mai 1898 schoß die Polizei in Mailand eine Arbeiterdemonstration zusammen. Es gab 400 Tote. Turati wurde zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt, aber schon nach zwei Jahren entlassen.

Auf dem Parteitag 1900 hatten sich in der Partei drei Fraktionen herausgebildet: eine reformistische (Bissolati), eine maximalistische (Enrico Ferri, Marabini) und eine anarchosyndikalistische (Arturo Labriola, der sich jedoch 1904 ins Parlament wählen ließ). Turati nahm eine recht opportunistische Position zwischen Reformisten und Maximalisten ein, die ihm aber die Kontrolle über die Partei sicherte. 1904 bildete sich aus der Mehrheit der Maximalisten die Fraktion der "Integralisten" (Ferri), die zusammen mit den Anarcho-Syndikalisten die Politik der Partei bis 1908 bestimmten.

Inzwischen hatten die sozialistischen Gewerkschaften einen enormen Aufschwung genommen. 1904 wurde erfolgreich ein politischer Generalstreik gegen den Regierungsterror in Süditalien durchgeführt. 1906 wurde der "Allgemeine Gewerkschaftsbund" (Confederazione Generale del Lavoro, CGL) gegründet, in dem die "linken Reformisten", denen sich Turati inzwischen angeschlossen hatte, die Mehrheit besaßen.

Auf dem Parteitag von 1908 erhielt Turati's Fraktion die Mehrheit und schloß die Anarcho-Syndikalisten aus. Diese blieben aber noch bis 1912 in der CGL (auf dem CGL-Kongreß von 1911 stellten sie 30 % der Delegierten, die Reformisten 64 % und die Maximalisten 6 %) und gründeten erst dann eine eigene "Italienische Gewerkschafts-Union" (Unione Sindacale Italiana). Die "rechten Reformisten" (Bissolati, Bonomi, Podrecca) unterstützten seit 1911 offen die Regierung des Liberalen Giolitti. Als dieser jedoch in Libyen einen Kolonialkrieg gegen die Türkei anfing, war ihre Position in der Partei unhaltbar geworden. Sie wurden 1912 aus der PSI und 1913 aus der CGL ausgeschlossen.

Der Ausschluß wurde auch von Turati, Treves und Modigliani unterstützt, die nun zur Rechten in der PSI geworden waren. Bei der neuen maximalistischen Mehrheitsfraktion,

der es an so bekannten und profilierten Männern wie den eben genannten fehlte, spielte der frühere Volksschullehrer und Gewerkschaftssekretär Benito Mussolini eine immer größere Rolle. Er war mit seiner verbalen Radikalität einer der wirkungsvollsten Agitatoren der Partei und wurde 1912 zum Direktor des "Avanti!" gemacht.

Die "rechten Reformisten" gründeten eine neue Partei, die "Unione Socialista", die aber keinerlei Basis hatte und mehr oder weniger ein Club von Berufsparlamentariern blieb.

Giolitti führte 1913 das allgemeine Wahlrecht ein, was der PSI einen weiteren beträchtlichen Zuwachs brachte.

Mussolini unterstützte noch im Juni 1914 einen von dem Anarchistenführer Malatesta organisierten, absolut dilettantischen "Revolutions"-Versuch, die "Settimana Rossa", der von der Regierung blutig niedergeschlagen wurde. Bald nach Kriegsausbruch jedoch wurde er zum Befürworter eines italienischen Kriegseintritts an der Seite der Entente, nachdem er aus Frankreich größere Geldbeträge erhalten hatte. Im November wurde Mussolini aus der PSI ausgeschlossen.

Die PSI war die einzige sozialistische Partei in Westeuropa, die den Krieg nicht offen unterstützte. Am konsequentesten war die Opposition der Maximalisten (Serrati, Balabanov), während die Reformisten eher zu Kompromissen neigten. Die Union Socialista unterstützte von Anfang an die Regierungspolitik. Bonomi wurde 1916 Minister.

Von 1917 bis zum Ende des Faschismus

Der Sieg der Sowjetmacht in Rußland löste unter den Massen des italienischen Proletariats eine enorme revolutionäre Begeisterung aus, während die Parteiführung den Ereignissen eher abwartend und – wie sich zeigen sollte – hilflos gegenüberstand. Die CGL erlebte zwar Masseneintritte (zwischen 1918 und 1920 stieg die Mitgliederzahl von 250 000 auf 2,2 Millionen), aber die reformistische CGL-Führung war noch weniger als die Partei in der Lage, den Massen klare Orientierungen zu geben. Der Elan eines Generalstreiks am 20./21. Juli 1919 verpuffte daher förmlich.

Der Parteitag der PSI im September 1918 beschloß erstmals in der Geschichte der italienischen Sozialdemokratie ein revolutionäres Programm. Da aber die PSI weiterhin eine opportunistische Politik verfolgte, behielt sie ihren sozialdemokratischen Charakter. Folgerichtig sah sie ihre Hauptaufgabe im Wahlkampf, aus dem sie 1919 auch als stärkste Partei mit fast 30 % der Stimmen hervorging. Das ebenfalls gegen den erbitterten Widerstand der Reformisten Turati's beschlossene Wahlprogramm forderte Anerkennung der Sowjetregierung in Rußland, Abschaffung der Monarchie, Auflösung des stehenden Heeres, Dezentralisierung des Staates, weitgehende Enteignungen und Arbeiterkontrolle in den Betrieben. Nach dem Wahlkampf bestand die "revolutionäre" Politik der PSI vorwiegend in der Ablehnung der Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Regierung.

Im März 1919 trat die PSI aus der zweiten Internationale aus und der Parteitag im Oktober beschloß, der Kommunistischen Internationalen beizutreten. Dabei hatte bis dahin nur eine Minderheit der Maximalisten um Bordiga, Gramsci, Tasca und Terracini aus den Lehren der Oktoberrevolution die richtigen Schlüsse gezogen und eine revolutionäre Politik entwickelt.

Seit dem Frühjahr 1920 hatten sich die politischen Streiks ausgeweitet, es war zu Besetzungen von großen Landgütern und Fabriken gekommen. Die CGL-Bürokratie betrachtete das alles mit Mißtrauen, und die Direktiven der Parteileitung waren kaum mehr als Solidaritätsadressen. Vor allem war die PSI nicht imstande, eine Bündnispolitik zu entwickeln und Übergangsforderungen aufzustellen.

Im September 1920 organisierte die revolutionäre Fraktion der PSI massenweise Fabrikbesetzungen, vor allem in Turin und Mailand, den wichtigsten Industriestädten des Landes. Auch diesem "Phänomen" standen CGL und Parteileitung ablehnend und hilflos gegenüber.

Wenige Monate später, im Januar 1921 fand in Livorno der 17. Parteitag der PSI statt. Das entscheidende Diskussionsthema waren die 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Nur die revolutionäre Fraktion war bereit, sie sämtlich zu akzeptieren. Dagegen weigerte sich die maximalistische Mehrheit, die Punkte 7 und 17 der Bedingungen zu akzeptieren, nämlich die Ausstoßung der Reformisten (wobei Turati und Modigliani in den "Bedingungen" namentlich genannt waren) und die Umbenennung in Kommunistische Partei. Sie argumentierten damit, daß zu den Reformisten die wichtigsten Parlamentarier (Turati, Treves, Modigliani, Matteotti) und die wichtigsten Gewerkschafter (D'Aragona, der Vorsitzende der CGL, und Buozzi, der Chef der Metallgewerkschaft) gehörten. Bei der Abstimmung erhielten die maximalistischen Zentristen 57 %, die Reformisten 9 % (sie traten inzwischen für eine Regierungskoalition mit den Liberalen ein) und die kommunistische Fraktion 34 %. Daraufhin verließ diese den Parteitag und gründete am 21. 1. 1921 die Kommunistische Partei Italiens, Sektion der Kommunistischen Internationale. Am 29. 1. schloß sich ihr die gesamte Jugendorganisation der PSI an. Bei den Parlamentswahlen im Mai 1921 erhielt die PSI 123 und die PCI (Partito Comunista d' Italia) 15 Sitze. Bei den Kommunalwahlen einige Monate früher erhielt die PSI die Mehrheit in 2500 von 8000 Gemeinden. Im Juni wurde Bonomi Ministerpräsident eines liberalen Kabinettes. Im September wurde der sozialistische Abgeordnete Di Vagno das erste "prominente" Opfer des faschistischen Terrors.

Auf dem 18. Parteitag der PSI im Oktober desselben Jahres wurde der Ausschluß der Reformisten wiederum abgelehnt, ebenso aber auch jede Unterstützung einer bürgerlichen Regierung. Die PSI trat der Internationalen Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft bei, der "Zweieinhalbten Internationale".

Erst auf dem 19. Parteitag im Oktober 1922, wenige Wochen vor Mussolinis Marsch auf Rom, fand sich eine Mehrheit für den Ausschluß der Reformisten wegen ihres "Kollaborationismus" mit der Regierung. Diese gründeten sofort eine "Sozialistische Einheitspartei" (Partito Socialista Unitario, PSU), deren Generalsekretär der junge Giacomo Matteotti wurde. Daraufhin löste die CGL ihr bisheriges enges Verhältnis mit der PSI. Als die PCI gegen Mussolini's Machtergreifung zum Generalstreik aufrief, wurde dies von der CGL abgelehnt. Nach dem Ausschluß der Turati-Fraktion kamen Verhandlungen zwischen PSI und PCI über eine Wiedervereinigung zustande. Sie scheiterten endgültig im Frühjahr 1923, wofür Tasca in seinem Bericht vor dem Exekutivkomitee der Komintern vorwiegend die Führung der PCI verantwortlich machte. In der Tat verfolgte die PCI unter der Führung Bordiga's bis 1926 eine sektiererische ("abstentionistische"), in vielen Bereichen schädliche Politik. Im August 1924 verließen aber einige PSI-Führer wie Serrati, Di Vittorio und Li Causi die Partei und traten der PCI bei. Von da an wurde Pietro Nenni der wichtigste Mann in der PSI, was er bis 1969 bleiben sollte. Er orientierte die Partei auf eine Wiedervereinigung mit der PSU.

1924 machte die PCI das Angebot einer "Aktionsfront" mit PSI und PSU. Die PSI Nenni's machte ihre Entscheidung von der der PSU abhängig, und als diese ablehnte, war das Projekt gescheitert. Bei den Parlamentswahlen im April erhielt die PSU 5,9 %, die PSI 5,0 % und die PCI 3,7 %. Bonomi's Unione Socialista lag um 0,1 %, er selbst wurde aber wiedergewählt.

Auch die Reformisten waren überzeugte (wenn auch nicht konsequente) Antifaschisten und ihr Mut und ihr Einsatz kann nicht bestritten werden. Am 30. Mai 1924 hielt Matteotti vor dem Abgeordnetenhaus eine Rede, wie es heißt, eine der besten die je in Italien gehalten wurden, "Über die Herrschaft der Gewalt", in der er den Betrug, den Terror und die Fälschungen der Faschisten in den April-Wahlen bloßstellte und die Gesetzlichkeit des faschistischen Regimes in Zweifel zog. Zehn Tage später wurde er auf Mussolini's Befehl entführt und ermordet. Am 15. Juni verließ die gesamte Opposition das Parlament, verschloß sich aber den kommunistischen Vorschlägen für einen wirkungsvolleren Kampf gegen den Faschismus.

Im November 1925 wurde als erste Partei die PSU aufgelöst, nachdem ein Attentatsplan eines ihrer früheren Abgeordneten gegen Mussolini aufgedeckt worden war. Die anderen Oppositionsparteien wurden ein Jahr später verboten.

Nur die PCI beschloß, ihre Arbeit in der Illegalität fortzusetzen und nicht nur, wie die anderen Parteien im Exil. Als die CGL von ihrer reformistischen Führung am 4. 1. 1927 selbst aufgelöst wurde, gründeten sie kommunistische Gewerkschafter am 20. Februar wieder, um illegal weiterzuarbeiten. Folglich spielten auch PSI und PSU im antifaschistischen Widerstand eine viel geringere Rolle als die PCI.

Im Exil arbeitete Nenni weiterhin auf die Vereinigung mit den Reformisten hin, die sich inzwischen "sozialistische Partei der italienischen Werktätigen" (Partito Socialista dei Lavoratori Italiani, PSLI) nannten. 1930 vereinigten sie sich in Paris unter dem Namen PSI. Die PSI trat dann der Sozialistischen Internationalen bei, in der vorher nur die PSU/PSLI Mitglied gewesen war. Die Vereinigung erfolgte auf der Basis eines Kompromißprogrammes, das zwar ein Bekenntnis zum Marxismus enthielt, aber in allen wesentlichen Fragen denkbar dehnbar gehalten war.

Eher ein Zugeständnis der Reformisten war der Aktionseinheits-Pakt, den die PSI im August 1934 in Paris mit der PCI schloß. Er wurde 1937 erneuert und beschloß die Aktionsgemeinschaft von Sozialisten und Kommunisten im Exil und in der Illegalität in Italien.

Im August 1943 erfolgte die "offizielle" Wiedergründung der Sozialistischen Partei in Italien unter dem Namen "Italienische Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit" (Partito Socialista Italiano d' Unita Proletaria, PSIUP), deren erster Sekretär Nenni wurde. Noch im selben Monat wurde der Aktionspakt mit der PCI (die sich nun Partito Comunista Italiano nannte) erneuert.

Im Juni 1944 wird Bonomi Ministerpräsident der antifaschistischen Einheitsregierung, in der auch PSIUP und PCI vertreten sind. Im selben Monat wird eine neue Einheitsgewerkschaft gebildet (Confederazione Generale Italiana del Lavoro, CGIL), in der etwa 30 % der Mitglieder Sozialisten, 40 % Kommunisten und 30 % Christliche Demokraten sind. Bei den Partisanen kämpfen 575 kommunistische und 70 sozialistische Brigaden.

Von 1945 bis zum centro-sinistra

Die antifaschistischen Einheitsregierungen bestanden (seit Dezember 1945 unter dem Christdemokraten De Gasperi) bis Mai 1947. Nenni war erst stellvertretender Ministerpräsident, dann Außenminister.

Bereits auf dem Kongreß des Nationalrats der PSIUP im Juli 1945 bildeten sich zwei Fraktionen wegen der Frage der weiteren Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Während Nenni sie fortsetzen wollte, um eine Spaltung der Arbeiterklasse zugunsten der Rechtskräfte zu verhindern, äußerte der Führer der "Reformisten", Giuseppe Saragat, bereits die Auffassung, nach Niederwerfung des Faschismus sei der Kommunismus der Hauptfeind der "demokratischen Arbeiterbewegung".

Auch der erste Nachkriegs-Parteitag der PSIUP im April 1946 stand im Zeichen desselben Gegensatzes. Jedoch wurde im Oktober ein neuer Aktionspakt mit der PCI geschlossen. Bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 46 erhielten PSIUP und PCI die Mehrheit in 2100 von 5600 Gemeinden. In den Städten Turin, Genua, Bologna und Florenz sowie den Regionen Emilia-Romagna, Toskana, Ligurien, Marche, Apulien, Kalabrien und Sardinien erhielten die Sozialisten weniger Stimmen als die PCI, die im antifaschistischen Widerstand ihre Massenbasis wesentlich verbreitert hatte. Bei den folgenden Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung lag die PSIUP jedoch mit 20,7 % zu 19,0 % noch einmal vor der PCI. Beide Parteien zusammen waren stärker als die Christdemokraten (Democrazia Cristiana, DC) mit 35,2 %.

Im Januar 1947 kam es dann zur Abspaltung der rechten Fraktion Saragats aus der PSIUP, an der sich zwar 52 von 115 Abgeordneten, aber faktisch keine Gewerkschafter beteiligten. Auf dem CGIL-Kongreß im Juni gehörten nur 2 % der Delegierten zur PSLI, dagegen 23 % zur PSI (beide Parteien hatten nach der Spaltung wieder die früheren Namen). 58 % der Delegierten stellte dagegen die PCI, deren Mitglieder ja als einzige unter dem Faschismus die Gewerkschaftsarbeit illegal fortgesetzt hatten. Eine geringere Rolle dürfte die Ermordung durch die SS 1945 von Bruno Buozzi gespielt haben, (als PSU-Mitglied) wohl der populärste Leiter der alten CGL, der als Vorsitzender der neugegründeten CGIL vorgesehen war. Der enorme Rückgang der reformistischen Positionen in der Gewerkschaft (in der CGL besaßen sie die Dreiviertelmehrheit) war die Antwort der Massen auf den Defätismus der CGL-Führung in den zwanziger Jahren.

Im März 1947 stimmte die PSI gegen die Aufnahme der Lateran-Verträge in die Verfassung. Von der PCI wurde sie dagegen befürwortet, um nicht wegen dieser Frage die Einheit mit den katholischen Teilen der Arbeiterbewegung zu gefährden.

Das System der antifaschistischen Einheitsregierungen zerbrach im Mai unter dem Einfluß des Kalten Krieges und der zunehmenden Einmischung der USA in die italienische Situation. De Gasperi bildete ein neues Kabinett ohne PSI und PCI, in dem Saragat stellvertretender Ministerpräsident wurde. Damit begann in Italien die Ära des "centrismo", der Regierungen aus DC, PSLI sowie den Republikanern und den ultrakonservativen Liberalen.

Der PSI-Parteitag vom Januar 1948 beschloß dagegen mit Zweidrittelmehrheit, bei den nächsten Parlamentswahlen eine Einheitsliste mit der PCI aufzustellen. Diese Wahlen brachten der DC eine absolute Mehrheit im Parlament und eine Niederlage für die Einheitsliste der "Demokratischen Volksfront" (Fronte Democratico Popolare) mit 31,0 %.

Die Gründe für diese Niederlage sind in der (nach den Februar-Ereignissen in der Tschechoslowakei) extremen antikommunistischen Kampagne zu suchen, an der sich vor allem Klerus und Katholische Aktion massiv beteiligten, außerdem in der Drohung der USA mit dem Entzug der Wirtschaftshilfe. Eine Analyse des Ergebnisses nach den Wahlkreisen ergibt 19 % der Stimmen für die PCI und 12 % für die PSI: die größten Verluste waren in den von der PSI dominierten Wahlkreisen eingetreten.

Nach dem Januar-Parteitag war die PSI weiter geschwächt worden durch den Austritt von bekannten Leuten wie Silone, Ivan Lombardo und Garosci, deren "Unione dei Socialisti" ein Wahlbündnis mit der PSLI schloß, das 7,1 % erhielt. Unter dem Eindruck der Wahlniederlage verstärkte sich der antikommunistische Flügel innerhalb der PSI (unter Romita) weiter, und gründete die Fraktion der "Autonomisten".

Trotz seiner absoluten Mehrheit verzichtete De Gasperi nicht darauf, die PSLI in die neue Regierung aufzunehmen, da er in ihr völlig zu Recht eine zuverlässige Stütze seiner Politik sah.

Im Sommer 48 waren die DC-Anhänger (15 % der Mitglieder) aus der CGIL ausgetreten und hatten die "Freie CGIL" (Libera CGIL, LCGIL) gegründet. Im Januar 49 hatte der PSLI-Parteitag die CGIL als Handlanger der PCI klassifiziert, sprach sich aber gegen einen Beitritt der PSLI-Gewerkschafter in die LCGIL aus: die CGIL-Mitglieder könnten kaum durch eine Filiale der Katholischen Aktion, sondern nur durch eine "unabhängige" Gewerkschaft gewonnen werden. Wie sich in den kommenden Jahren zeigen sollte, war dies in der Tat die geschicktere Spalter-Taktik. Trotz amerikanischen Drängens auf einen LCGIL-Anschluß wurde so im Mai die "Italienische Gewerkschafts-Vereinigung" (Federazione Italiana del Lavoro, FIL) ins Leben gerufen, deren endgültiger Name dann "Italienische Gewerkschafts-Union" (UIL) wurde.

Im März 1949 wurde die PSI aus der Sozialistischen Internationale ausgeschlossen. Nicht zuletzt deshalb kam es auf dem PSI-Parteitag im Mai zum Bruch mit den "Autonomisten" Romitas.

Diese zahlreichen Spaltungen verursachten natürlich weithin Verwirrung und trugen auf diese Weise zur Orientierung der Massen auf die PCI bei. Nachdem sich Ende 49 die "Linke" der PSLI unter dem Namen "Vereinigte Sozialistische Partei" (Partito Socialista Unificato, PSU) selbständig gemacht hatte – sie sollte nach kurzer Zeit verschwinden – gab es in Italien im Jahre 1950 immerhin fünf "Sozialistische Parteien": PSI, PSLI, PSU, die Unione dei Socialisti und Romitas Autonomisten. Wenigstens waren sie alle im Parlament vertreten. Aus diesen Spaltungen ging die PSI so geschwächt hervor, daß sie nie mehr ihre frühere Bedeutung erlangte.

1951/52 gelang Saragat die Vereinigung seiner Partei mit der Gruppe Romita's und der Unione dei Socialisti. Im Januar 1952 gaben sie sich den vorerst endgültigen Namen "Italienische Sozialistisch-Demokratische Partei" (Partito Socialista Democratico Italiano, PSDI).

In den folgenden zehn Jahren war die PSDI fast ununterbrochen in der Regierung. Sie trägt die Mitverantwortung für den Terror des DC-Polizeiministers Scelba (1954 trat die PSDI auch in die Regierung ein, deren Ministerpräsident er war) und für den Eintritt Italiens in die NATO. 1953 beteiligte sie sich an der Einbringung eines neuen Wahlgesetzes ("legge truffa"), das die Linksparteien im Parlament ausschalten sollte. Schon durch die "geplante Wirtschaftspolitik" ihres Ministers Tremelloni sicherte sich die PSDI den Ruf, mittels technokratischer "Reformen" die Interessen des Monopolkapitals effektiver wahrzunehmen als die rückschrittlich klerikale DC. Sie profilierte sich auch nicht ohne Erfolg als laizistisches Gegengewicht zur DC in der Regierung, indem sie harmlos-liberale Reformen vor allem in der Bildungs- und Justizpolitik propagierte.

In den Parlamentswahlen von 1953 verlor die DC die absolute Mehrheit, die PSDI ging auf 4,5 % zurück. Die PCI gewann 22,6 %, die PSI 12,8 %.

Dieses Wahlergebnis ermutigte die neue "autonomistische" Fraktion (Nenni, Pieraccini) in der PSI. Sie befürwortete die Trennung von der PCI und die Annäherung an die PSDI (und damit an die Regierung), um so neben DC und PCI zur "dritten Kraft" zu werden. Die PSDI hatte ohnehin ihr Ziel nicht aufgegeben, die PSI von der PCI zu lösen, sich möglichst dann mit ihr zu vereinigen und so den eigenen Einfluß zu vervielfachen. Nenni brachte den Begriff der "Öffnung nach links" (apertura a sinistra) auf, der sofort von der PSDI und (aus anderen Motiven) von der linken DC aufgegriffen wurde. Während jedoch die Führung der PSDI schon 1953 erkannte, daß für die Stabilität des bestehenden Systems die Trennung der PSI von der PCI wichtiger war als die Unterstützung der Regierung durch die Liberale Partei, dauerte es noch etliche Jahre, bis dies auch der DC-Führung eingegangen war. Deren Mißtrauen mußte es vor allem erwecken, daß die DC-Linke für den Regierungs-Eintritt der PSI war, um mit ihr zusammen ein Programm von (entsprechend bescheidenen) Sozialreformen zu verwirklichen.

Innerhalb der PSI widersetzte sich eine starke Fraktion vor allem von CGIL-Gewerkschaftern diesen "Öffnungs"-Tendenzen. Sie lehnte die Mitarbeit in einer bürgerlichen Regierung ab und verhinderte noch auf einige Jahre den Versuch, die Einheit der Parteien der Arbeiterklasse zu zerstören.

Im August 1956 fand in Pralognan ein "geheimes" Gespräch zwischen Saragat und Nenni über die Wiedervereinigung von PSI und PSDI statt. Nenni wollte weiterhin seine Partei auf dieses Ziel orientieren, hielt aber den Widerstand der "Linken" noch für zu groß.

Der "Volksaufstand" in Ungarn im Herbst 56 lieferte Nenni dann den Vorwand, um nun auch Italiens NATO-Mitgliedschaft "zur Sicherung der Freiheit" billigen zu können. Demonstrativ gab er den früher erhaltenen "Stalin-Friedenspreis" zurück. Bezeichnend war auch, daß die PSI-Fraktion nicht den PCI-Antrag auf Einberufung des Parlaments anläßlich der Suez-Intervention Frankreichs, Großbritanniens und Israels unterstützte.

Der PSI-Parteitag vom Februar 1957 brachte das faktische Ende der Aktionseinheit mit der PCI. Aus Anlaß des 20. Parteitags der KPdSU vollzog er eine scharfe Abgrenzung gegen den "degenerierten Sozialismus sowjetischer Prägung" und betonte die Werte der bürgerlichen Demokratie. Die linke Minderheit stimmte zwar diesen Abgrenzungen zu, setzte aber durch, daß die Zusammenarbeit mit den Kommunisten in Kommunalverwaltungen, Genossenschaften und der CGIL weitergeführt werden sollte. Das bedeutete vor allem auch eine Absage an die UIL. Die PSDI hatte darauf gehofft, daß es nun zu einer Spaltung der CGIL kommen würde und daß eine sozialdemokratische Einheitsgewerkschaft – die UIL – eine Vorform der wiedervereinten Partei sein könnte. Noch im selben Jahr stimmte die PSI für Italiens Mitgliedschaft in der EURATOM und enthielt sich in der Frage des EWG-Beitritts.

Auf dem Parteitag der PSDI im Oktober 57 waren trotz der allgemeinen Harmonie drei Fraktionen zu unterscheiden: eine linke (Matteo Matteotti, Zagari), die sich den Traditionen des "reformistischen Sozialismus" verbunden fühlte; eine Mitte, für die derartiges nur noch bedingt und schließlich eine rechte Fraktion, für die es gar nicht mehr zutraf und die sich allenfalls noch im Vokabular von Republikanern, Liberalen oder rechten Christdemokraten unterschied. Noch wurden ihre Positionen nur von 10 % der Delegierten vertreten – 12 Jahre später lag die ganze Partei auf dieser Linie. Auf Saragats Mitte entfielen knapp 50 % der Delegierten.

Aufgrund innerer Zerwürfnisse in der Regierungskoalition sah sich schon 1957 eine DC-Minderheitsregierung auf die Unterstützung von Monarchisten und Neofaschisten angewiesen.

Im Mai 1958 fanden wieder Parlamentswahlen statt und die PSI wurde wegen ihrer vieldeutigen Haltung von der PCI im Wahlkampf hart angegriffen. Dank ihrer antikommunistischen Position konnte die PSI neue Wähler an sich heranziehen und verbesserte sich auf 14,3 %, während die PCI 22,7 % erreichte und die PSDI stagnierte. Die DC hatte 42,2 % und war von dieser starken Position aus noch eher für die Zusammenarbeit mit der PSI zu gewinnen.

Nach den Wahlen bildete Fanfani (damals Vertreter des linken Flügels der DC) eine Regierung mit der PSDI und den Republikanern, ohne die Liberalen. Die rechte Führung der DC widersetzte sich zwar noch einer Beteiligung der PSI, aber Nenni kündigte von sich aus eine bedingte Unterstützung der Regierung an. Wegen dieses Vorgehens wurde er im Oktober vom ZK der PSI kritisiert. Er bot seinen Rücktritt als Generalsekretär an, der aber nicht angenommen wurde.

Auf dem Parteitag im Januar 1959 legte Nenni eine Resolution vor, die die Unabhängigkeit der PSI "von allen politischen Richtungen", d. h. von der PCI proklamierte. Die Linke um Vecchietti und Basso forderte dagegen ein neues, modifiziertes Bündnis mit der

PCI. Nenni erhielt die Mehrheit und damit war die Trennung von der PCI endgültig vollzogen. Eine Gruppe der PSDI plädierte nun für eine baldige Vereinigung der beiden Parteien. Saragat lehnte dies ab, da er erst den Regierungseintritt der PSI abwarten wollte.

Im Februar ließ die rechte DC-Führung Fanfani fallen und stellte eine DC-Minderheitsregierung auf, die mit Unterstützung von Liberalen (Partito Liberale Italiano, PLI) Monarchisten und öfters auch Neofaschisten agierte. Die DC-Rechte wollte den Bruch mit den Liberalen, hinter denen fast die ganze (norditalienische) Schwerindustrie stand, vermeiden.

Im Juli des Jahres ging aus den Regionalwahlen in Sizilien eine Koalition aus DC-Abweichlern, PSI und PCI als Gewinner hervor. In der nordwestlichen Region Val d' Aosta kam eine Regierung aus PCI, PSI und der Partei der französischsprachigen Minderheit zustande, die sich bis 1966 hielt.

Entscheidender war jedoch der DC-Parteitag im Oktober. Er übernahm die PSDI-Argumentation, eine Integrierung der sozialistischen PSI sei für die Stabilität des Systems nützlicher als die Unterstützung der ohnehin konservativen Liberalen.

Dementsprechend kündigten die Liberalen jede weitere Zusammenarbeit mit der DC auf, was Anfang 1960 zu einer monatelangen Regierungskrise führte. Die PSI war zur Unterstützung einer DC/PSDI-Regierung bereit, forderte aber als publikumswirksame Gegenleistung die Nationalisierung der Elektrizitätsindustrie.

Da es nun also mit der "Öffnung nach links" ernst werden sollte, kam es zur massiven Intervention von rechter DC, Confindustria (dem Industrieverband) und Vatikan. Am 8. April wurde ein DC-Minderheitskabinett unter Fernando Tambroni installiert, das ausschließlich auf die Unterstützung von Monarchisten und Neofaschisten rechnete (die PLI beharrte auf ihrem "beleidigten" Nein zur DC). Die den Linksgruppen in der DC angehörenden Minister traten nach wenigen Tagen zurück. Als die Neofaschisten im Juli in Genua einen Triumph-Parteitag veranstalten wollten, kam es in ganz Italien zu einer seit 1945 nicht mehr dagewesenen Massenmobilisierung, die von PCI, PSI und CGIL organisiert wurde. Trotz massierten Polizeieinsatzes wurde die faschistische Provokation in Genua verhindert. Nach dem von der CGIL ausgerufenen Generalstreik am 8. Juli mußte Tambroni zurücktreten. Bei den Kämpfen waren in ganz Italien über 20 Antifaschisten gefallen.

Nachdem auf diese Weise noch einmal die Macht der Einheit der Arbeiterklasse deutlich geworden war, hatte sich auch die rechte DC überzeugt, daß es letztlich in ihrem eigenen Interesse war, die PSI in der Regierung "an der Verantwortung teilhaben zu lassen".

Von 1960 bis zur sozialdemokratischen Einheit

Die Formel für die Regierungsbeteiligung der PSI lautete "centro-sinistra" (Mitte-links) und bedeutete eine Mehrheit aus DC, PSDI, Republikanern (Partito Republicano Italiano, PRI) und PSI.

Im Juli 1960 wurde eine neue DC-Minderheitsregierung unter Fanfani gebildet, die sich ein bescheidenes Reformprogramm vorgenommen hatte. Wie vereinbart, erhielt sie die Stimmen von PSDI und PRI und die Enthaltungen der PSI. Diese hatte die Forderung nach Nationalisierung der Elektrizitätswirtschaft aufgegeben und erhielt als Gegenleistung lediglich eine Reform des Wahlsystems in den Gemeinden, die die Benachteiligung kleinerer Parteien wie der PSI beseitigte.

Im Januar 1961 entstand das erste "organische" centro-sinistra, d. h. mit direkter Beteiligung der PSI statt nur der Unterstützung von außen, auf kommunaler Ebene in Mailand.

Dem folgten eine ganze Reihe von Kommunal- und Regionalverwaltungen, in denen die PSI an die Stelle der PLI trat.

Der nächste entscheidende Schritt auf dem Weg der PSI in die Regierung war der DC-Parteitag in Neapel vom Januar 1962. Er billigte mit überwältigender Mehrheit die eingeschlagene Strategie. Man stellte der PSI nicht einmal mehr die Bedingung, die Zusammenarbeit mit den Kommunisten in der CGIL, den Genossenschaften und den Kommunalverwaltungen einzustellen. So sollte der PSI-Führung die Auseinandersetzung mit dem linken Parteiflügel erleichtert werden. Um der wachsenden Unzufriedenheit der katholischen Massen zu begegnen, sah sich die DC veranlaßt, ein Reformprogramm zu deklarieren, was dann der PSI-Führung ein weiteres Alibi für den Regierungseintritt verschaffte. Ebenso wie die DC-Linke hatte sie freilich vor, diese Reformen tatsächlich durchzuführen, im Glauben, das "System korrigieren" zu können.

In Wirklichkeit waren die Kräfteverhältnisse im centro-sinistra derart eindeutig, daß die PSI von Anfang an keine Möglichkeit hatte, etwas ohne weitgehendste Kompromisse durchzusetzen. Für die PSI bedeutete die Regierungsbeteiligung nichts anderes als das Aufgeben ihrer Klassenpositionen, d. h. die Stärkung der herrschenden Klasse. Es war das opportunistische Einschwenken auf einen nur noch graduell von der PSDI unterschiedenen Reformismus. Anders ausgedrückt, die PSI-Mehrheit war dorthin zurückgekehrt, wo Turati ein halbes Jahrhundert vorher stehengeblieben war.

Nenni gebrauchte zu seiner Rechtfertigung Ausflüchte: man habe das "kleinere Übel" gewählt, eine fortgesetzte Opposition hätte die DC in die Arme der Neofaschisten getrieben. In der Tat war es aber nach den Ereignissen des Juli 1960 für die DC vorerst unmöglich, nochmals die Politik Tambronis anzufangen. Die reaktionäre Gefahr wird im Gegenteil dadurch niedergehalten, daß man die Einheit in der Aktion der Arbeiterklasse verstärkt.

Im Februar 1962 bildete Fanfani eine neue Regierung aus DC, PSDI und PRI, die offen von der PSI unterstützt wurde. Sie hatte sich ein breites Reformprogramm vorgenommen: Agrar-, Schul- und Verwaltungsreform, Regionalisierung, "weiterreichende, soziale" Wirtschaftsplanung, Nationalisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Im Sommer des Jahres wurde "als erstes" die Elektrizitätswirtschaft nationalisiert. Voraussetzung war gewesen, daß die PSI auf alle Forderungen zur Nationalisierung anderer Industrien verzichtete. Übrigens stimmte die PCI für die Regierungsvorlage. Wie sich dann aber bei der Durchführung des Vorhabens zeigte, hatten sich DC und PSDI keineswegs zu einer antimonopolistischen Reform hinreißen lassen. Eine demokratische Kontrolle des neuen Staatsunternehmens (Ente Nazionale per l' Electricità, ENEL) kam nicht zustande. Vielmehr arbeitete es unter Regierungsregie im Interesse der Monopole weiter. Besitzer der nationalisierten Betriebe waren zumeist hochdiversifizierte Konzerne gewesen. Sie erhielten extrem hohe Entschädigungen, mittels derer sie erhebliche Konzentrationsvorgänge in anderen Wirtschaftssektoren in Gang setzten.

Als zweites nahm Fanfani noch die "Wirtschaftsplanung" in Angriff. Es wurden einige kompetenzlose Institutionen mit schönklingenden Bezeichnungen geschaffen, deren Aktivität später vor allem in der Herausgabe von Lohnleitrichtlinien bestand.

1962 mußte ein neuer Staatspräsident gewählt werden. PSDI und PSI stellten Saragat auf. Nenni unterstützte seine Kandidatur, um nach der erstrebten Vereinigung beider Parteien keinen Rivalen für den Parteivorsitz mehr zu haben. Gewählt wurde aber mit den Stimmen von DC, PLI und Monarchisten der christdemokratische Reaktionär Segni. Trotzdem ließ sich die PSI aber ihre Zusammenarbeit mit der Partei Segnis nicht stören.

Im April 63 fanden die ersten Parlamentswahlen nach der Errichtung des centro-sinistra statt. Im Wahlkampf konterte die DC allzu weitgehende Forderungen der PSI mit der Drohung, sie nicht mehr in die nächste Regierung aufzunehmen. Die PSI war geradezu auf der Position eines Bittstellers angelangt. Sie erhielt nur 13,8 %, die PCI dagegen gewann dank ihrer konsequenten Opposition 1 Million Stimmen und 25,3 %. Die DC ging auf 38,3 % zurück, die PSDI stieg auf 6,1 %.

Das anschließend von Moro (DC) vorgelegte Regierungsprogramm wurde vom ZK der PSI als ungenügend abgelehnt, worauf Nenni wieder einmal vergeblich seinen Rücktritt anbot. Bis Dezember amtierte eine DC-Übergangsregierung unter Leone.

Auf dem PSI-Parteitag im Oktober 63 erhielt Nenni gegen den heftigsten Protest der Linken nur noch eine knappe Mehrheit für eine erneute Beteiligung an einem (diesmal "organischen") neuen centro-sinistra, das dann im Dezember unter Moro gebildet wurde, mit einem sehr eingeengten Reformprogramm und Nenni als stellvertretendem Ministerpräsidenten. Ein Viertel der PSI-Abgeordneten stimmte mit der PCI gegen die neue Regierung. Als Nachfolger Nennis wurde De Martino Generalsekretär der PSI. Drei Monate später im Januar 1964 trennte sich der linke Flügel der PSI (Vecchietti, Basso, sowie die wichtigsten PSI-Gewerkschafter so Vittorio Foa, der Vorsitzende der Metallgewerkschaft der CGIL) aus Protest gegen die vorherrschende opportunistische Linie von der Partei und vom centro-sinistra und gründete eine neue Partei, die PSIUP. (2)

---

2 Da die PSIUP in ihrer weiteren Entwicklung nicht als sozialdemokratische Partei aufgefaßt werden kann, gehen wir hier nicht näher auf sie ein.

Cheng Tien-Mu

MAOS DIALEKTIK DES WIDERSPRUCHS

Über die Wechselwirkung von Theorie und Praxis und die Rolle der kulturrevolutionären Publizistik in China

In Spezial-Arborfiel-Karton geb. Preis DM 36,–

Die westliche Welt ermangelt bisher einer adäquaten Darstellung der Gedanken Maos über Gesellschaft und Kommunikation und ihres Hauptwiderspruchs zu den Gesellschaftstheorien des Westens; vor allem ist in diesem der Grad der "Sinisierung" des Marxismus-Leninismus, der "Gegen-Buchgläubigkeit" und der Einheit von selbstbewußter Aktion (Praxis) und sich verwirklichender Theorie bisher weitgehend unbekannt geblieben.

Für den Verfasser war es erforderlich, zunächst die Presse- und Propagandalehre Maos, nämlich "das Gedankensystem Maos vom publizistischen Prozeß zur Herstellung der Einheit von kulturrevolutionärer Theorie und Praxis" von innen darzustellen und systematisierend wiederzugeben. Zwangsläufig findet dabei eine Auseinandersetzung mit einem merkwürdigen Phänomen in China-Verständnis und Chinaforschung statt.

HOLSTEN VERLAG — HAMBURG

In der Tat hatten sich in den drei Jahren der PSI-Beteiligung an der "Macht" für die breiten Massen nicht viel mehr Verbesserungen ergeben, als sie auch ohne die PSI gekommen wären. Als die USA im März 64 Italien 1 Mrd Dollar Kredit zur Auffüllung seiner Devisen-Reserven gaben, bestätigten sie damit ihr (berechtigtes) Vertrauen zum centro-sinistra.

Im Zuge der schwersten Wirtschaftskrise Nachkriegsitaliens verschärften sich die zentralen sozioökonomischen Probleme des Landes weiter: die Unterentwicklung des Südens, Emigration, Unterbeschäftigung, Städtebau und Agrarstruktur. Um die Krise zu bekämpfen, leitete der DC-Minister Colombo eine besonders volksfeindliche Wirtschaftspolitik ein, die berüchtigte "politica dei redditi", der sich die PSI in keiner Weise widersetzte. Die 1964 in Gang gesetzte "Agrarreform" brachte im Effekt überhaupt keinen Fortschritt.

Im Herbst 64 ging die PSI bei den Kommunalwahlen auf 11,3 % zurück, während die PSIUP 2,9 % erhielt (PCI 26,0 %, PSDI 6,7 %). Saragat wurde im Dezember zum Staatspräsidenten gewählt. Die PCI stimmte für ihn, um die Wahl eines reaktionären Kandidaten zu verhindern.

1965 stand im Zeichen der kommenden Vereinigung von PSDI und PSI. Die PSI sprengte in einigen Städten die noch bestehenden Koalitionen mit der PCI. Im September erreichte Nenni gegen den (nach dem Auszug der PSIUP) schwachen Widerstand der Linken einen Parteitagsbeschluß, wonach mit den Verhandlungen über die "sozialdemokratische Einheit" begonnen werden sollte. De Martino dagegen sagte noch 1965 über den Unterschied der PSI von andern sozialdemokratischen Parteien, jene wollten nur eine Gesellschaft des Wohlstands, die PSI dagegen "eine radikale Umwandlung der Gesellschaft".

Anfang 1966 kam es wegen einer untergeordneten Frage zu einer kurzen Regierungskrise. Die neue Regierung Moro jedoch basierte auf einem derart zusammengestrichenen "Reformprogramm", daß dieses centro-sinistra nun auch von den reaktionärsten DC-Politikern wie Scelba gutgeheißen wurde. Die PSI-Linke zog dagegen die Bilanz, daß bislang noch keine nennenswerten Reformen realisiert worden waren.

Als sich bei einigen Kommunalwahlen im Frühjahr 66 der Stimmenanteil der PSI im Gegensatz zur PSDI weiter verminderte, drängte die PSDI darauf, in dieser für sie günstigen Situation nun möglichst schnell die beiden Parteien zu vereinigen. Im April wurde ein Vorbereitungs-Komitee gegründet und im Juli einigte man sich über das entscheidende Vereinigungs-Papier.

Von 1966 bis 1971 (3)

Auf dem Vereinigungsparteitag fand dann am 30. Oktober 1966 der Zusammenschluß von PSI und PSDI zur "Vereinigten Sozialistischen Partei" (Partito Socialista Unificato, PSU) statt. Nenni wurde Vorsitzender, De Martino und Tanassi (PSDI) Ko-Sekretäre.

Die Plattform der PSU war eine Ansammlung von Zugeständnissen der PSI an die PSDI. Der Antikommunismus wurde zum obersten Prinzip erhoben, jede Andeutung einer antimonopolistischen oder antiimperialistischen Position getilgt. Der 11. Parteitag der PCI klassifizierte das ganze als "noch tiefere Unterordnung unter die konservative Politik der DC".

Zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Italien lag damit eine größere Distanz als je vorher. Man wollte nicht die Einheit der Arbeiterklasse festigen, sondern zur "dritten Kraft werden". Diese Zielsetzung stieß sich von Anfang an am Klassenbewußtsein des größeren Teils der aus der PSI gekommenen Parteimitglieder.

---

3 Redaktionsschluß 28. 12. 1971.

Schon bald nach der Vereinigung gab es überall in Italien zahlreiche Parteiaustritte und es entstand die "Bewegung der autonomen Sozialisten" (Movimento dei Socialisti Autonomi, MSA), die wieder Klassenpositionen einnahm und mit PCI und PSIUP zusammenarbeitete. Zahlreiche Mitglieder der PSU nahmen in der folgenden Zeit zusammen mit den Kommunisten an Vietnam-Demonstrationen teil. Insgesamt jedoch hatte sich die PSU so weit rechts placiert, daß sie bereits von der katholischen Linken (in und außerhalb der DC) in einigen Fragen links überholt wurde, etwa hinsichtlich des Verhältnisses zur NATO und zur EWG.

Im Mai 1968 bei den Parlamentswahlen erlitt die PSU eine schwere Niederlage. Sie erhielt nur 14,5 % gegen 19,9 % für PSDI und PSI 1963. PCI und PSIUP stiegen auf 26,9 % bzw. 4,5 %. Damit war die Illusion von der "dritten Kraft" ruiniert.

Daraufhin schlug der linke Flügel der PSU den Austritt der Partei aus dem centro-sinistra vor. Bis zum Dezember unterstützte die PSU das Minderheitskabinett Leone nur von außen. Im Oktober 68 fand ein Parteitag statt, der eine neue politische Strategie festlegen sollte.

Auf dem Parteitag formierten sich fünf Fraktionen, um Ferri (Fraktionsvorsitzender der PSU, vorher der PSI, im Abgeordnetenhaus), De Martino, Tanassi, sowie Giolitti und Lombardi (beide PSI). Die beiden Rechtsgruppen Tanassis und Ferris hatten eine knappe Mehrheit auf dem Parteitag. So kam es nicht zu einer neuen Strategie, sondern zur Bestätigung der alten. Im Dezember trat die PSU wieder in ein centro-sinistra-Kabinett unter Rumor (DC) ein, das die alte Politik weiterführte.

Im Frühjahr 1969 verloren die Rechtsgruppen die Mehrheit im ZK der PSU, da sich Ferris Fraktion aus Protest gegen seinen Rechtskurs gespalten hatte. Die neue Mehrheit befürwortete angesichts der Schwäche und Desorientierung der Partei eine Linksstrategie und eine Annäherung an die PCI.

Die rechte Fraktion (Ferri, Tanassi, Cariglia, Matteotti, Preti) widersetzte sich dem kategorisch und war schließlich bereit, es auf eine Spaltung der Partei ankommen zu lassen. Auf der ZK-Sitzung vom 4. Juli 1969 kam es zum Bruch. Nenni legte noch ein Kompromißpapier vor, das aber von der Linksmehrheit abgelehnt wurde. Daraufhin verließen die Anhänger der Rechten die Sitzung und gründeten am folgenden Tag die "Sozialistische Einheitspartei" (Partito Socialista Unitario, PSU), deren erster Sekretär Mauro Ferri wurde.

Die linke Mehrheit der Vereinigten Partei kehrte wieder zu dem Namen PSI zurück. In ihr blieben auch die meisten der früheren PSDI-Gewerkschafter aus der UIL, so deren Vorsitzender Viglianesi. Nenni blieb zwar in der PSI, trat aber von allen Parteiämtern zurück. Parteivorsitzender wurde De Martino.

Auch fast die ganze Jugendorganisation der Vereinigten Partei schloß sich der PSI an. Während diese einen beträchtlichen Zuwachs von ehemaligen PSDI-Mitgliedern verbuchen konnte, war Ferri fast der einzige der früheren PSI, der der neugegründeten PSU beitrat. Nebenbei gesagt, ist Ferri der Musterfall eines Opportunisten: während er in der PSI eher zur Linken gezählt hatte, wurde er der Rechtsaußen in der PSU.

Beide Parteien blieben aber in der Regierung und in der Sozialistischen Internationalen. Recht deutlich wurden ihre unterschiedlichen Positionen im "heißen Herbst" 69. Während die PSI ihre Solidarität mit den Gewerkschaften betonte, blieb es der PSU vorbehalten, eine "starke Regierung" zu fordern und die Aufnahme der PLI anstelle der PSI in die Regierung ins Gespräch zu bringen. Nach den (vermutlich von Neofaschisten, nach PSU-Version von Anarchisten geworfenen) "Bomben von Mailand" des Dezember 69 profilierte sich die PSU als die – abgesehen von den Rechtsextremen – entschlossenste law-and-order-Partei im Lande.

Nach der Spaltung hatte die PSI auch in zahlreichen Kommunalverwaltungen wieder Koalitionen mit PCI und PSIUP geschlossen. Im Frühjahr 1970 bildete sich im Val d' Aosta eine neue Regionalregierung aus PSI, DC-Abweichlern und der Partei der französischen Minderheit mit Unterstützung durch die PCI. (4)

Im Juni 1970 fanden erstmals Regionalwahlen in ganz Italien statt. Die PSI (10,4 %) gewann Wähler von der PSIUP (3,2 %) zurück, die PSU gewann neue von den Liberalen, die schwere Verluste erlitten (7,0 % für die PSU).

Nach den Wahlen kam es in verschiedenen Regionen zur Zusammenarbeit von PSI und PCI und zu Linkskoalitionen, worauf die PSU eine wütende Kampagne begann und mit Regierungskrise und Parlamentsauflösung drohte. Auf weiterreichende politische Auswirkungen war denn auch der Auszug der PSU aus der centro-sinistra-Kommunalverwaltung von Mailand im Dezember 1970 berechnet. Sie begründete diesen Schritt mit der ungenügenden Abgrenzung von PSI und DC zu den Kommunisten. Auf die Obstruktionspolitik der PSU reagierte die PCI, indem sie im Folgenden DC und PSI durch ihre Stimmenthaltung unterstützte. Als auf Sardinien DC und PSI von vornherein die PSU aus der Koalition ausschließen wollten, drohte diese sofort mit einer Regierungskrise in Rom und kam dank einer massiven Intervention der DC-Zentrale in Sardinien doch noch in die Regionalregierung. (5)

Im Januar 71 plädierte Ferri öffentlich für eine "Präsidialdemokratie", was sogar in seiner eigenen Partei kritisiert wurde und nur den Beifall der Neofaschisten fand.

Auf ihrem ersten Parteitag nach der Spaltung im Februar kehrte die PSU wieder zu ihrem alten Namen PSDI zurück. Obwohl zu Ferris Gruppe nur knapp 10 % der Delegierten gehörten, wurde er doch mit großer Mehrheit als Parteichef wiedergewählt. Übrigens hatte eine ganze Reihe sozialdemokratischer Parteien, darunter die schwedische, die Einladung zu dem Parteitag abgelehnt. (6)

Im Folgenden einige Auszüge aus Ferris Bericht an den Parteitag "Die politische Situation und die Aktion der Partei". (7)

Ein gutes Dutzend mal betont Ferri, die Hauptaufgabe der PSDI sei die Rettung Italiens vor dem Kommunismus: "Die PSDI hat von der Geschichte die ungeheure, aber erhebende Aufgabe erhalten, der Mittelpunkt, das Herz der politischen Kräfte und aller Teile der Öffentlichen Meinung zu werden, die die Zukunft der "Konzilsrepublik", der "Volksdemokratie" sowjetischen Modells und die unvermeidlichen Gefahren der Reaktion, welche solche Versuche begleiten (SIC!), zurückweisen."

Der Antikommunismus wird zum Maß aller Dinge erhoben. Parteien, Gewerkschaften und sogar die Kirche werden nach dem Maß ihres Antikommunismus beurteilt. Die PSI ist für Ferri ohnehin der Wegbereiter des Kommunismus, und sogar "nur ein Teil der DC, der freiheitlichste, aber am wenigsten organisierte, bleibt auf klaren Positionen der demokratischen Verteidigung". Auch die Katholischen Arbeitervereine "haben den Boden der Freiheit und des demokratischen Lebens verlassen".

Ansonsten fordert er härtere Maßnahmen gegen die Gewerkschaften, da sie von Extremisten beherrscht werden, die die Unternehmen hindern, "ihr Gleichgewicht wiederzufinden".

---

4 RINASCITA, 5. 6. 1970.
5 L' UNITA, 24. 11. 1970; CORRIERE DELLA SERA, 12. 12. 1970; ebenda, 14. 12. 1970.
6 L' UNITA, 5. 2. 1971.
7 Der Bericht wurde am 10. 12. 1970 vom Parteivorstand der PSU gebilligt und erschien am 14. 12. 1970 als Sonderbeilage des PSU-Blattes UMANITA.

Zwar beteuert Ferri, die PSDI sei durchaus für Reformen, lehnt aber alle vorhandenen Projekte der Linksparteien, der Gewerkschaften und teilweise sogar der Regierung ab, weil kein Geld da sei. Daher könne man vorerst nur die Steuerreform des PSDI-Finanzministers Preti (die von der Linken erbittert bekämpft wird) sowie die Einführung der Ehescheidung realisieren.

Im Schlußkapitel über "die Ideologie der Partei" weiß er nur zu wiederholen, daß "die PSDI in vorderster Front gegen den Kommunismus steht" und daß er besonders auch "den jugendlichen Enthusiasmus" schätzt, "mit dem die deutsche Sozialdemokratie die alten Ideologien bewältigt hat, die nicht mehr zu unserer Zeit passen, und sie durch einen dynamischen Pragmatismus ersetzt hat".

Von Antifaschismus war in dem Bericht nicht die Rede. Auch an den in ganz Italien nach den Ereignissen von Reggio Calabria und Catanzaro entstandenen antifaschistischen Einheitskomitees aus PCI, PSIUP, PSI und meist auch PRI und DC hat sich die PSDI fast nie beteiligt. Auf dem Parteitag der Neofaschisten vom November 70 erhielt die PSDI Lob für ihren konsequenten Antikommunismus. Man beklagte sich lediglich, daß PSDI und PLI in der bürgerlichen Presse unfair bevorzugt würden.

Im ganzen genommen ist die PSDI heute zum rechten Exponenten im centro-sinistra geworden und damit zum Hauptgegner der Reformbestrebungen, die von linker DC und PSI getragen werden. (8) Der rechten DC-Mehrheit hat sie öffentlich empfohlen, sich von ihrem linken Flügel zu trennen. (9) Die PSDI will "eine Regierung, die regiert" und zu diesem Zweck bekundet sie auch des öftern ihre Sympathie mit der PLI. (10)

Unter der Arbeiterschaft und in den Gewerkschaften (seit der Spaltung) hat die PSDI keine Basis mehr. Auch ihre Obstruktionspolitik in der UIL war zum Scheitern verurteilt. (11) Entsprechend sind auch ihre Stimmenanteile in Stadtzentren und Villenvierteln wesentlich höher als in Arbeitervierteln. (12)

Wer freilich nun die PSDI als Faschisten bezeichnet, wie es etwa die "Unione dei Comunisti Italiani", eine maoistische Sekte, in jeder Nummer ihres "Servire il Popolo" tut, zeigt lediglich, daß er auch in dieser Frage zu keiner präzisen Analyse fähig ist.

Zu deklamatorischen Zwecken verwendet die PSDI sogar noch manchmal sozialistisches Vokabular. Vor wenigen Jahren sprach Ferri gar vom Übergang des Kapitalismus in den ("demokratischen", natürlich) Sozialismus. (13)

Im Sommer 71 veröffentlichte Preti ein Buch über Dubcek, wo er diesen und sein "Experiment" in höchsten Tönen lobte, ja sich geradezu mit diesem "demokratischen" Sozialismus identifizierte. (14)

Ansonsten freilich wirft Preti etwa den Christdemokraten Nachgiebigkeit vor und beruft sich auf eine schweigende Mehrheit, wenn er hartes Durchgreifen "gegen die Unordnung in Fabriken, Universitäten und auf den Straßen" fordert. (15)

---

8 L' UNITA, 5. 11. 1970.
9 Ebenda, 7. 2. 1971.
10 Ebenda, 29. 3. 1971 und UMANITA, 13. 6. 1971.
11 vgl. SOPO 14/15 S. 155; CORRIERE DELLA SERA, 10. 7. 1971; ebenda, 19. 12. 1971.
12 CORRIERE DEALLA SERA, 9. 6. 1970.
13 SOCIALISMO DEMOCRATICO, Juli 1969, S. 13.
14 Luigi Preti: INTERPRETAZIONE DI DUBCEK, Mailand 1971.
15 AVANGUARDIA SOCIALISTA, 10. 6. 1971.

Niemand stellt auch seine unbedingte Freundschaft zu den USA so heraus wie die PSDI, die offenbar in jener den Garanten ihres "demokratischen Sozialismus" sieht. Und für die Sprachrohre der Bourgeoisie wird das System am zuverlässigsten von der rechten DC und der PSDI gesichert. (16)

Angesichts des Verlustes einer Basis unter der Arbeiterschaft und des immer stärkeren Zulaufs von Wählern und Mitgliedern der Partei aus den "gehobenen" Mittelschichten sowie des Aufgebens einer eigentlich sozialdemokratisch-reformistischen Zielsetzung erscheint es angebracht, die PSDI trotz ihres Namens (ähnlich wie die französischen Radikalsozialisten) nicht mehr als sozialdemokratische, sondern nur noch als bürgerlich-laizistische Partei zu betrachten.

Es ist ohne weiteres einzusehen, daß PSI und Links-DC eine Zweierkoalition anstreben, aus der die PSDI ausgeschlossen ist. Diese Zweier-Lösung ("Bicolore") ist auch in einer Reihe von Verwaltungen schon erfolgreich realisiert worden, teils mit Unterstützung der PCI. Freilich gibt es manchmal dort, wo die DC besonders reaktionär ist (etwa in Palermo), den umgekehrten Fall, nämlich ein "Bicolore" aus DC-PSDI. Im Frühjahr 71 wurde die PSI zugunsten der PLI aus der Regionalregierung in Piemont ausgeschlossen. (17)

Auf nationaler Ebene hat jedoch eine DC-PSI-Koalition vorerst wenig Aussichten, wegen der rechten Mehrheit in der DC und auch wegen der Unzuverlässigkeit der christdemokratischen Linken, die gerade in letzter Zeit wieder einige Rückzieher gemacht hat.

Das entscheidende Problem für die PSI ist nach wie vor das Verhältnis zu den Kommunisten. An der Basis ist es weitgehend gelöst, in der CGIL, den Genossenschaften und vor allem mehreren hundert Kommunalverwaltungen. Gerade dort hat die Zusammenarbeit hervorragende Resultate gehabt, und es gibt zahlreiche Gemeinden, wo die PSI eine Linkskoalition dem numerisch möglichen centro-sinistra vorzog. So ist es kein Wunder, daß die PSDI gerade diese Frage für entscheidend hält und deshalb schon mehrfach (erfolglos) mit einer Regierungskrise gedroht hat. (18)

In der PSI gibt es heute drei große Fraktionen: eine rechte (Nenni) und eine linke (Lombardi), die je ein Fünftel bis ein Viertel der insgesamt 600 000 Mitglieder vertreten, sowie die Mehrheitsgruppe De Martinos und Mancinis, die eine mittlere Position einnimmt. Zur Linken zählt auch die gesamte Jugendorganisation (Federazione Giovanile Socialista Italiana, FGSI).

Während die zunehmend isolierte rechte Fraktion (die "Autonomisten") trotz allem eine erneute Annäherung an die PSDI befürwortet und gegenüber der PCI die Totalitarismus-Ideologie vertritt, orientiert die Linke auf die Zusammenarbeit mit der PCI. (19)

Der entscheidende Begriff für die Beziehungen zu den Kommunisten sind die "equilibri piu avanzati" (fortgeschrittenere Gleichgewichte). Dieser Begriff ist in der PSI selber heftig umstritten, so daß es keine verbindliche Definition für ihn gibt. Jedenfalls meint er die politische Öffnung auf Regierungsebene zu PSIUP und PCI. In welcher Form sie sich vollziehen soll, ist unklar, ebenso ob es sich nur um eine Möglichkeit oder um ein politisches Ziel handelt.

Allgemein gesehen, scheint der PSI zur Zeit ein verbindliches politisches Konzept zu fehlen. Im Frühjahr 71 wiederholte das PSI-ZK, die Partei sei das verbindende Glied ("cerniera")

16 L' UNITA, 20. 9. 1971; vgl. besonders CORRIERE DELLA SERA, 13. 6. 1971, Leitartikel "Questo voto".
17 RINASCITA, 11. 12. 1970; CONQUISTE DEL LAVORO, 20. 12. 1970.
18 L' UNITA, 5. 8. 1970; MARXISTISCHE BLÄTTER 3/1969, S. 43-48.
19 vgl. AVANTI!, 3. 6. 1971.

zwischen Regierung und Opposition, einige Monate später wollte De Martino nicht ausschließen, die PSI werde selber in die Opposition gehen. Eine Klärung der Positionen dürfte der nächste Parteitag der PSI Ende Februar 1972 herbeiführen.

Die wesentlichsten Differenzen zwischen PSI und PCI liegen in der Außenpolitik. Dagegen haben die wenigen nennenswerten Reformen, die die PSI mit dem centro-sinistra realisieren konnte, alle die Unterstützung der PCI erhalten (Regionalisierung, Rentenreform, Statut der Arbeitnehmer, Anerkennung der VR China, Scheidungsgesetz). (20)

Die reformistischen Illusionen, die man sich vom centro-sinistra gemacht hatte, sind fast alle verflogen. Die Opposition in der Partei gegen eine Politik der Klassenzusammenarbeit, die die Strukturen der kapitalistischen Entwicklung nicht angreift, erfaßt allmählich auch die Mehrheitsfraktion der PSI.

Ende 71 verminderte die PSDI zusehends ihre Polemik gegen die PSI. Die Überlegungen, die für die Entstehung des centro-sinistra vor einem Jahrzehnt bestimmend waren, haben inzwischen ihre Gültigkeit keineswegs verloren. Nur sollte man hoffen, daß die PSI inzwischen ihre Rolle für die Stabilisierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems ebenfalls erkannt hat und es zurückweisen wird, sie weiter zu spielen.

Bei den Präsidentenwahlen im Dezember 71 wurde die Spaltung im centro-sinistra deutlich. Es gelang nicht, einen Kompromißkandidaten aufzustellen. Die Kandidaten der PSI, erst De Martino, dann Nenni, erhielten während aller Wahlgänge nur die Stimmen von PSI, PSIUP und PCI. Gewählt wurde schließlich von DC, PSDI, PRI, PLI, Monarchisten und Neofaschisten der Christdemokrat Leone. Saragat soll übrigens wieder PSDI-Vorsitzender werden.

Auch der Austritt der PSI aus der Regierung nach der Ablehnung ihres Kandidaten, der u. a. vom Fraktionsvorsitzenden der PSI im Abgeordnetenhaus, Bertoldi, vor der Wahl angedroht wurde, ist zunächst nicht eingetreten. Sicherlich wird die Präsidentenwahl aber Konsequenzen für die Politik der PSI haben. Für die italienische Arbeiterklasse wäre es ein bedeutender Fortschritt, wenn die Einheit von Kommunisten und Sozialdemokraten wiederhergestellt wird.

20 vgl. den Artikel "Italien im Zeichen harter Konfrontation" von K. H. Schieder und W. Roth in: DIE TAT, 30. 10. 1971.

Winfried Roth

Aus der Grundsatzerklärung der PSI (1969)

Die PSI setzt die Tradition der sozialistischen Bewegung in Italien fort, die seit 1892 als Partei organisiert ist. Sie bewahrt das Erbe ihrer theoretischen – angefangen mit jener grundlegenden des Marxismus – und ihre politischen Erfahrungen, die in einem Drei-Viertel-Jahrhundert harter und oft blutiger Klassenkämpfe gereift sind.

Getreu dieser Tradition lebt und entwickelt sich die PSI in der dauernden Angleichung der Theorie und der Aktion an den Wandel der Zeiten und die Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen, die von der immer größeren Bedeutung der Werktätigen im demokratischen Leben unseres Landes charakterisiert sind.

Die PSI verlangt von ihren Mitgliedern nicht die Annahme eines philosophischen oder religiösen Glaubens und duldet mit gleichem Bürgerrecht alle geistigen Strömungen, die die

ethischen Prinzipien und die politisch-gesellschaftlichen Forderungen akzeptieren, die von den Idealen der Gerechtigkeit, der Gleichheit und des Friedens bestimmt sind und die die PSI ihrem Programm zugrunde legt.

Die PSI hat den Zweck, eine Gesellschaft zu schaffen, die befreit ist von den Widersprüchen und den Zwängen, die aus der vom kapitalistischen System hervorgebrachten Spaltung in Klassen kommen, eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung des Einzelnen die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Die Ausdehnung der Produktivkräfte in der gegenwärtigen Epoche, die Entstehung der modernen industriellen Massengesellschaft und die ungeheuren Möglichkeiten, die von den neuen Errungenschaften der Menschheit eröffnet werden, stellen in immer komplexerer Form das Problem der Freiheit und eines menschenwürdigen Lebens der Werktätigen.

Während die PSI Tag für Tag ihre Antwort auf diese Probleme mit ihren tiefgreifenden Reform-Aktionen gibt, verliert sie nie ihre ursprüngliche Sinngebung aus den Augen, die auf den ewigen Werten der Freiheit beruht.

Der Sozialismus ist untrennbar von der Demokratie und der Freiheit, von allen politischen, bürgerlichen und religiösen Freiheiten, die eng verbunden und unteilbar sind, und so wie er nur in der Freiheit und mit der Demokratie realisiert werden kann, so kann die Demokratie vollständig nur mit dem Sozialismus verwirklicht werden.

Die geschichtliche Erfahrung lehrt – und das besonders deutlich in unserem Land – daß autoritäre und diktatorische Tendenzen immer in der kapitalistischen Herrschaft vorhanden sind, und daß diese auch dort, wo sie die Regeln des demokratischen Spiels formell respektiert, als ihre charakteristische Eigenschaft die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen behält, die Grund alter und neuer Formen der Entfremdung der menschlichen Persönlichkeit und der Einschränkung seiner Freiheit ist.

Die Geschichte der letzten 50 Jahre lehrt weiterhin, daß die proletarischen Revolutionen, die zwar zur Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln geführt haben, in einen Partei- und Staatsdespotismus degenerieren, wenn der Atem des freien und demokratischen Lebens des Einzelnen und der Gemeinschaft erstickt wird.

Die PSI fördert die politische Organisation der Werktätigen und der Bürger, indem sie sich zum Sprecher der Forderungen nach Selbständigkeit und Fortschritt der werktätigen Bevölkerung macht und es ablehnt, sich Vorrechte von Hegemonie, charismatischer Führung oder patriarchalischen Schutzes beizulegen.

Die PSI führt den Kampf gegen das kapitalistische System, und die Ideologien, die es hervorbringt, um sie zu überwinden und eine neue, tatsächlich demokratische Gesellschaft aufzubauen.

Mit den Werktätigen und allen fortschrittlichen Kräften geht der lange Marsch auf den Eintritt der Werktätigen in die Leitung des Staates weiter, den Jahrzehnte der Kämpfe von Demokraten und Arbeitern von einem Instrument der Unterdrückung im Dienste des Kapitalismus in ein potentielles Instrument der Befreiung der Werktätigen verwandelt haben und immer mehr verwandeln, in dem Maß, in dem sie an der Lenkung der öffentlichen Macht teilnehmen.

Vor einem Jahrhundert als Protestbewegung entstanden und nun zu einem mächtigen Faktor der italienischen und der Weltpolitik geworden, ist der Sozialismus, verstanden als kollektive und bewußte, mühsame und allmähliche Leistung für eine Schritt für Schritt in Demokratie und Freiheit aufzubauende Gesellschaft, die große Realität der Gegenwart.

Die demokratische Evolution vom Kapitalismus zum Sozialismus bringt eine Übergangsperiode mit sich, deren natürlicher institutioneller Charakter die republikanische Demo-

kratie und deren wichtigstes Kennzeichen die Strukturreformen von Gesellschaft und Staat sind.

Hinsichtlich des institutionellen Rahmens ist die PSI ohne Vorbehalte für die Verteidigung und die Festigung der demokratischen und laizistischen Republik, die aus dem antifaschistischen Widerstand hervorgegangen ist und sich in der vollständigen Verwirklichung der republikanischen Verfassung ausdrückt.

Hinsichtlich der Strukturreformen, tritt die PSI dafür ein, daß sie einem allgemeinen gesellschaftlichen Ziel entsprechen und fortgeschrittenere Bedingungen schaffen müssen, die es erlauben, in Freiheit neue Formen gemeinschaftlichen und individuellen Lebens zu realisieren, indem die Machtverhältnisse zwischen den Klassen zugunsten der Werktätigen verändert werden und eine effektive Beteiligung aller an der Lenkung von Staat und Gesellschaft verwirklicht wird.

Die Grundsatzerklärung der PSU (1970)

Der demokratische Sozialismus tritt ein für die soziale Gerechtigkeit, den Wohlstand, die Freiheit und den Frieden.

Der demokratische Sozialismus kämpft, um den Einzelnen von der Angst und der Unterdrückung zu befreien, die von allen Formen des wirtschaftlichen und politischen Zwangs verursacht wird, indem er das geistige Niveau der Menschen, den Sinn für ihre Verantwortlichkeit und die kulturelle und staatsbürgerliche Bildung der Persönlichkeit entwickelt.

Der demokratische Sozialismus realisiert sich durch die bewußte Aktion der Werktätigen und macht sie – im Gegensatz zu den totalitären Systemen, die sie zu einer passiven Rolle verurteilen – zu den Herren ihrer Zukunft, indem er so ein System authentischer Demokratie verwirklicht.

Als Feind jedes Dogmatismus verurteilt und bekämpft die PSU alle Diktaturen und weist jede dogmatische Philosophie und Doktrin zurück. Sie hat ihre Wurzeln im sozialistischen Humanismus, fußend auf der Bejahung des Rechts als höchstem Wert und auf der laizistischen Vorstellung von der Gesellschaft und sie erkennt ihren Mitgliedern die weiteste geistige Freiheit zu, was den religiösen Glauben und die moralische Überzeugung angeht.

Die PSU ist internationalistisch, in der Überzeugung, daß kein Volk allein in Frieden und Freiheit einen wahren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt erreichen kann. Unter diesem Gesichtspunkt steht die Aktion, die die PSU entschlossen für den Aufbau eines vereinten Europa verfolgt, das unter Überwindung der nationalen Grenzen eine demokratische Gemeinschaft freier Völker sein muß.

In Übereinstimmung mit dem eigenen Antidogmatismus weist die PSU eine Identität zwischen kritischem Sozialismus und dogmatischem Marxismus zurück, auch wenn sie nicht den positiven Beitrag unterschätzt, den die marxistische kritische Methodologie den Ideologien der demokratischen politischen Bewegungen gegeben hat, die von den Interessen der Werktätigen geleitet wurden.

Der Kommunismus kann sich nicht auf die sozialistische Tradition berufen, weil sein totalitäres System und seine politische Praxis zu ihr im Widerspruch stehen.

Die kommunistischen Regimes haben in der Tat die freie Äußerung der Persönlichkeit und das demokratische System brutal geopfert, ohne aber einen Rhythmus breiter und gleichmäßiger ökonomischer Entwicklung zu erreichen und ohne eine befriedigende und gleiche Verteilung des Einkommens auf die Werktätigen zu garantieren.

Die neokapitalistische Gesellschaft mit ihrem formalistischen, sozial unangemessenen und wirtschaftlich verzerrten Modell und ihrem Konsummechanismus ist nicht in der Lage, eine glaubhafte und gültige Antwort auf das ständig wachsende Verlangen nach breiter Mitbestimmung, sozialer Gerechtigkeit und einer gleicheren Verteilung des Reichtums zu geben.

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik kann die Menschen zur Zerstörung oder zur fortschreitenden Vermehrung ihres Wohlstandes bringen. Nur der demokratische Sozialismus gibt den Menschen die Sicherheit, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt nach menschlichem Maß geleitet und in der Lage sein wird, ein höheres Bildungsniveau und eine größere Verbreitung der Kultur zu sichern. Das Mittel, um diese Ziele zu erreichen, ist die Planung, indem die zu treffenden Maßnahmen nicht dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen bleiben, sondern von dem Willen bestimmt werden, im Interesse der Werktätigen das Wachstum der Demokratie zu realisieren.

Die PSU, die die reformerische Tradition des italienischen Sozialismus fortsetzt und die in enger Bindung an die Ideale politischer und wirtschaftlicher Demokratie entstanden ist, die er in den schwierigsten Momenten der italienischen Geschichte verteidigt hat, geht die Probleme der gegenwärtigen Welt ohne wundergläubige Illusionen und ohne theoretische Vorurteile an, aber gestützt von Werten, die ihr eigen sind und in der Überzeugung, daß ihr Weg der dialektischen Auseinandersetzung mit den Ideen der anderen und der Weg der fortgesetzten Erprobung und des Lernens ist.

Die Verteidigung der Freiheit gegen jeden offenen oder hinterhältigen Angriff ist die erste Aufgabe der PSU. Die Freiheit ist gleichzeitig Ziel und Bedingung der demokratischen und sozialistischen Entwicklung, nach dem positiven Beitrag jedes Einzelnen durch seine Arbeit, seine Intelligenz und seine Initiative.

Die PSU ist eine Partei des Volkes, die die Interessen der werktätigen Massen vertritt, um sie als allgemeine Notwendigkeiten unseres Landes in seiner pluralistischen Struktur zur Geltung zu bringen, fähig, die individuelle Freiheit mit den kollektiven Notwendigkeiten zu vereinen und die Hindernisse zu beseitigen, die noch der vollen Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit entgegenstehen.

WAS IST DER BERLINER EXTRA-DIENST ?

"Mit über 4 000 Abonnenten der größte Nachrichtendienst in der Bundesrepublik und West-Berlin" (Süddeutsche Zeitung). "Der radikal-klassenkämpferische Berliner EXTRA-Dienst mit bevorzugt rüder Diktion" (Bayernkurier). "Verfassungsfeindliche Publikation" (Amtsrichter Ruppender, Westberlin). "Nicht das geeignete Organ, in dem sich Sozialdemokraten verständlich machen sollten" (Willy Brandt). "Das prokommunistische Kampfblatt Berlins" (Deutsche Tagespost, Würzburg). "Ein David gegen den Goliath Springer" (ARD-Fernsehen). "Eine Art Exklusivorgan für höheren Orts als unangenehm empfundene Mitteilungen" (Tagesspiegel). "Ein ausgemachter Bürgerschreck" (Handelsblatt).

Aber es muß ja nicht stimmen, was die anderen sagen. Am besten man liest ihn selbst. Dann hat man den größten linken Informationsdienst der Bundesrepublik und Westberlins:
Mit Exklusivinformationen aus Bonn und dem Schöneberger Rathaus.
Mit sonst unveröffentlichten Nachrichten aus der internationalen Arbeiterbewegung und aus den nationalen Befreiungsbewegungen.
Mit der historischen Erinnerungs-Kolumne „Memo" und der Spalte „Notierungen" mit Hinweisen für alle politisch Aktiven.
Mit der ständigen Rubrik „Medien".

Erscheint 2 x in der Woche mit jeweils 24 Seiten

berliner EXTRA dienst

Alles für monatlich DM 6,00. Studenten, Schüler, Lehrlinge zahlen nur DM 5,00.
Probeexemplare anfordern bei: Verlag + Druck Informdienst GmbH, 1 Berlin 31, Pfalzburger Strasse 20.

Vom Elend der Industriesoziologie

Kritische Bemerkungen zu neueren Forschungsansätzen *

In seiner Einleitung zu der von Horst Kern und Michael Schumann vorgelegten Studie zum Verhältnis von Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein (1) räsonniert Hans-Paul Bahrdt, Altmeister der deutschen Industriesoziologie, die "Unzulänglichkeit der industriesoziologischen Forschung in der Bundesrepublik": Einerseits zeige sich theoretisch ein Rückfall in "Positionen und Frontbildungen, die man bereits überwunden glaubte", andererseits werde kaum der empirische "Versuch zu einer neuen Bestandsaufnahme der 'Lage der arbeitenden Klasse' " /14/ gemacht. Kern/Schumann selber greifen gründlich den "desolaten Zustand" /29/ einer Industriesoziologie auf, die gerade in ihren zentralen Gegenständen zu gegensätzlichen Urteilen komme, wobei sie mit ihrem Verdikt an den Landesgrenzen nicht haltmachen. (2) Das nach einer Periode der Stagnation nicht zufällig wieder wachsende Interesse an Forschungen, die sich auf Industrie und Industriearbeiterschaft konzentrieren, deutet eine Wende an. (3)

Zu vermuten allerdings ist, daß dem beklagten Defizit auf dem Boden der Industriesoziologie selber nicht beizukommen ist. Deshalb nicht, weil einmal diese spezifische Bindestrich-Soziologie Industrie auf eine isolierende Weise zum Gegenstand nimmt und Gesellschaft zu einer Randbedingung zu machen tendiert; und weil zum anderen das Fachgebiet Soziologie überhaupt in unserer bürgerlichen Wissenschaftstradition mit der Behauptung eines eigenständigen Gegenstandes – in der Durkheim-Nachfolge das Soziale, die sozialen

---

* Der Aufsatz geht auf Diskussionen einer kleinen Arbeitsgruppe zurück, die sich innerhalb des Projekts "Technische Intelligenz" am Institut für Soziologie der FU Berlin mit der Analyse einer von H.Kern und M. Schumann durchgeführten RKW-Studie zum Verhältnis von industrieller Arbeit und Arbeiterbewußtsein beschäftigt hatte. Die vorliegende Fassung stellt die Überarbeitung eines mündlichen Vortrages des Verfassers dar. Die Anmerkungen beschränken sich daher auf die wichtigsten Verweise. Wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Arbeit hatte Christof Wehrsig.

1 H. Kern und M. Schumann: INDUSTRIEARBEIT UND ARBEITERBEWUSSTSEIN. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein, in zwei Teilen erschienener Achter Band eines Forschungsprojekts des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) e.V.: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1970.
Im folgenden beziehen sich in Schrägstrichen gesetzte Seitenangaben auf den Teil I dieser Untersuchung.

2 Vgl. dazu die ganze Einleitung, insbesondere S. 27 und 31.

3 Das findet seinen Ausdruck z.B. darin, daß von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im vergangenen Jahr ein neuer Förderungsschwerpunkt für theoretische und empirische Studien in der Industrie- und Organisationssoziologie eingerichtet wurde. – Zu bereits publizierten Untersuchungen der letzten Jahre vgl. die Literaturübersicht von F. Deppe und H. Lange: "Zur Soziologie des Arbeiter- und Klassenbewußtseins", in: ARGUMENT 61 und 62, 1971, und F. Deppe: DAS BEWUSSTSEIN DER ARBEITER. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971.

Tatsachen (4) – immer schon die wesentlichen Voraussetzungen zur Erklärung gesellschaftlicher Phänomene ausgeklammert hat, sich als arbeitsteilige Wissenschaft den Konsequenzen aus der Kritik der Politischen Ökonomie zu entziehen trachtete.

In der Tat gehört es zur ideologischen Leistung der traditionellen Industriesoziologie, die ihre bürgerlich-philanthropischen und sozialistisch-utopischen Vorläufer rasch vergessen hatte, sich diesen Konsequenzen der Kritik der Politischen Ökonomie entzogen zu haben und, praktisch von Anbeginn "management-orientiert", direkt oder indirekt im Interesse des Kapitals die verschiedenen technologischen, organisatorischen und sozialtechnischen Methoden erforscht und erprobt zu haben, die der Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Anpassung der Arbeiter an die wechselnden Bedingungen ihrer Ausbeutung dienen. Kennzeichnend dafür der Stellenwert, den die sogenannten arbeitswissenschaftlichen Untersuchungen von Taylor und die Chicagoer Schule der "Human Relations" im Gefolge der Mayo-Studien in den USA einnehmen konnten. (5) Insofern war die gesellschaftliche Rolle der Industriesoziologie die einer apologetischen Wissenschaft, nämlich "als integraler Bestandteil des profitorientierten Verwertungsinteresses" zu fungieren. (6)

Die ihrem Selbstverständnis nach kritische Industriesoziologie hat demgegenüber auf bescheidenem Fuß gelebt, auch wenn es ihr innerhalb der wissenschaftlichen Disziplin selber zeitweise gelungen ist – wie etwa in der französischen Arbeitssoziologie –, den theoretischen Ton anzugeben und – wie im Falle von Serge Mallet (7) – auch politisch wirksam zu werden. Soweit jedoch deren Ansätze gerichtet bleiben auf Möglichkeiten gesteigerter Kontrolle und "Partizipation" durch die Arbeiter, ob als unmittelbare oder als mittelbare Folge der technologischen Veränderungen dargestellt, wird in der gegenwärtigen Diskussion auch dieser "kritischen" Industriesoziologie indirekte Anpassungs- oder direkte Alibifunktion vorgeworfen. (8)

Deshalb wird zu prüfen und zu untersuchen sein, ob der von Bahrdt erhobene Anspruch, "zügig und ohne Rückfall in bereits erledigte inhaltliche und methodische Diskussionen" /16/ eine "Bestandsaufnahme der Lage der arbeitenden Klasse" zu versuchen /14/, überhaupt von kritischer Industriesoziologie einzulösen ist, oder ob nicht umgekehrt die inhaltliche und methodische Diskussion in Anwendung der Anatomie der bürgerlichen Ge-

4 Vgl. zur Kritik E. Hahn: SOZIALE WIRKLICHKEIT UND SOZIOLOGISCHE ERKENNTNIS, Berlin-DDR 1965, S. 11-40, J. Bergmann: DIE KONZEPTION DES SOZIALEN GLEICHGEWICHTS IN DER SOZIOLOGISCHEN THEORIE VON TALCOTT PARSONS, Bd. 20 der Reihe Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Frankfurt/Main 1967, S. 13-27; ferner: SOZIOLOGISCHE EXKURSE, Bd. 4 der Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Artikel " 'Soziologie' und 'Gesellschaft' "; Einleitung von T.W. Adorno zu E. Durkheim: SOZIOLOGIE UND PHILOSOPHIE, Frankfurt/Main 1967.

5 Darüber informieren die meisten Übersichten zur Geschichte der Industrie- und Betriebssoziologie, vgl. etwa R. Dahrendorf: INDUSTRIE- UND BETRIEBSSOZIOLOGIE, Sammlung Göschen (neu bearbeitete Ausgabe von W. Burisch, Berlin 1969) und die kritischen Darstellungen in: K. Thomas: ANALYSE DER ARBEIT, Stuttgart 1969, S. 95 ff. und 213 ff.; und in: KRITIK DER MITBESTIMMUNG, Frankfurt/Main 1969, S. 243 ff.

6 KRITIK DER MITBESTIMMUNG: a.a.O., S. 243.

7 S. Mallet: LA NOUVELLE CLASSE OUVRIERE, Paris 1963, überarbeitete 4. Auflage 1969. Zur Diskussion der politischen Implikationen vgl. u.a. DIE NEUE ARBEITERKLASSE, hrg. und eingeleitet von F. Deppe, H. Lange und L. Peter, Frankfurt/Main 1970, S. 8-42, und die Rezension von N. Beckenbach, in: SOPO 3, 1969.

8 KRITIK DER MITBESTIMMUNG: a.a.O., S. 250.

sellschaft notwendige Voraussetzung ist, soll sich die empirische Forschung nicht als zügiger Rückfall von der begriffenen Wirklichkeit selbst erweisen. Exemplarisch soll dieser Frage anhand neuerer empirischer Untersuchungen und theoretischer Erwägungen nachgegangen werden: Als Beispiele dienen 1. Goldthorpe und Lockwood mit ihrer Kritik an der Fixierung bisheriger Untersuchungen auf die Produktionsstätten; 2. Kern und Schumann mit ihrer Kritik an zu pauschalen Urteilen über die Auswirkungen der technischen Entwicklung innerhalb der industriellen Produktion; und 3. die kritischen Anmerkungen seitens einiger Frankfurter Soziologen zum – wie sie sagen – "technologischen Bias" gegenwärtiger Industriesoziologie einerseits und deren "ökonomischen Bias" andererseits. (9) Alle verstehen sich als kritisch, alle gehen von einer Kritik der traditionellen industriesoziologischen Forschung aus und allen gemeinsam ist der Gegenstand: zu fragen nach den Konstitutionsbedingungen der Einstellungen und Verhaltensweisen von Arbeitern, nach den objektiven oder subjektiven Momenten der Herausbildung sogenannten Arbeiterbewußtseins. Geprüft soll werden, inwieweit der jeweils angemeldete Anspruch, gesamtgesellschaftliche Bezüge ins Spiel zu bringen und dadurch die Wirklichkeit besser erklären, wenn nicht verändern zu können, mit den vorgebrachten Kategorien einzulösen ist.

I.

Die Arbeiten von Goldthorpe und Lockwood verfolgen eine doppelte Zielsetzung: Erstens wollen sie empirisch sein und auf der Ebene beobachtbarer Tatsachen die These von der Verbürgerlichung der sogenannten Neuen Arbeiterklasse überprüfen – also jener Schicht von relativ gut verdiendenden Arbeitern der modernen Industrien –; zweitens beabsichtigen sie aber auch, einen Beitrag zur theoretischen Weiterentwicklung zu leisten. Ihre Kritik an der traditionellen Industriesoziologie richtet sich einerseits gegen jede Zuhilfenahme von psychologischen oder anthropologischen Annahmen über invariante menschliche "Grund"bedürfnisse; andererseits gegen den "soziologischen Naturalismus" (Touraine), d.h. gegen die stillschweigende Voraussetzung einer bruchlosen Kausalbeziehung zwischen den objektiven Bedingungen des Arbeitsprozesses und den subjektiven Reaktionen darauf, den Einstellungen und Erwartungen der Arbeiter.

Die Untersuchungsansätze beider Richtungen der "etablierten" Industriesoziologie, sowohl der in der Human-Relations-Tradition stehenden und heute auf innerbetriebliche Partizipationsmodelle hinarbeitenden Forscher (McGregor, Likert und Argyris z.B.), als auch derjenigen, die der technologischen Variante zuzurechnen sind (Walker, Blauner, Woodward etc.), seien einseitig an den Industriebetrieb und seine immanenten Strukturbedingungen fixiert.

Die Forderung von Goldthorpe und Lockwood, diesen Rahmen zu sprengen, d.h. mit industriesoziologischen Untersuchungen nicht am Fabriktor haltzumachen, sondern "Struktur und Prozesse der weiteren Gesellschaft" miteinzubeziehen, (10) impliziert

9 J.H. Goldthorpe, D. Lockwood et al.: THE AFFLUENT WORKER: Industrial Attitudes and Behaviour, Cambridge 1968; J.H. Goldthorpe: "Car Assembly Workers", Vortrag zum 6. Weltkongreß der Soziologie, Evian 1966; ders.: "Industrial Sociology and Sociological Theory", Vortrag an der FU Berlin, unveröff. Manuskript, Januar 1970; Kern und Schumann: a.a.O.; "Normative Bestimmungen des Arbeiterbewußtseins", unveröffentl. Diskussionspapier ohne Verfasserangabe (wird G. Brandt u.a. zugeschrieben), Frankfurt/Main 1971. Vgl. auch die demnächst zugänglichen Aufsätze von G. Brandt und L. Hack u.a. in Heft 1 der angekündigten ZEITSCHRIFT FÜR SOZIOLOGIE, Ferdinand Enke Verlag Stuttgart.

10 Goldthorpe, Lockwood et al.: a.a.O., S. 185.

mehr als eine bloße Erweiterung des Untersuchungsfeldes; sie bedeutet für sie insbesondere eine Änderung des kategorialen Rahmens: Entscheidendes Gewicht wird, in Übereinstimmung mit der Theorie des sozialen Handelns (social action frame of reference), erstens darauf gelegt, daß alle Aspekte des Bewußtseins und des sozialen Handelns der Arbeiter über normative Muster der Wahrnehmung, Interpretation und Bewertung vermittelt sind; zweitens, daß die Entstehung der "Codes", nach denen die Arbeiter ihr Verhalten und ihre Einstellungen formieren, durchaus nicht auf den Produktionsprozeß oder den jeweiligen Industriebetrieb beschränkt ist, in dem sie arbeiten, sondern auch in anderen Bereichen ihres Lebens vorsichgeht.

Hat die eine Seite der Kritik also zum Inhalt, den "deterministischen" Charakter des technologischen Funktionalismus anzugreifen und demgegenüber den Standpunkt des handelnden Subjekts zu betonen, so will die andere Seite die beschränkte Anwendung sowohl des strukturell-funktionalen Systemansatzes wie auch der Theorie normativer Vermittlung von Einstellungen auf den Industriebetrieb allein und als solchen in Frage stellen.

Als Forschungsanweisung folgt daraus: Nicht vom Betrieb als Produktionssystem, nicht von der jeweiligen Technologie oder dem "sozio-technischen System" ist auszugehen, sondern von der Orientierung, die der einzelne als handelndes Subjekt gegenüber seiner Arbeit, dem Betrieb etc. hat. Zu beginnen wäre demnach mit dem Feststellen und Ordnen der spezifischen Wünsche und Erwartungen, die der Arbeiter an die Arbeit heranbringt, und mit der Analyse der Bedeutung, die er seiner Arbeit beimißt.

Nicht daß die Arbeitsbedingungen selbst ganz zu übergehen wären; Technologie und formale Organisationsstruktur sollen jedoch nicht länger als direkte Determinanten der shopfloor attitudes behandelt werden, sondern eher als ein "Bündel limitierender Faktoren", deren psychologische und soziale Implikationen nach Ansicht der Autoren variieren je nach der Deutung und Bedeutung, die ihnen der einzelne Arbeiter beimessen will. Goldthorpe treibt diese These jedoch so weit, daß er das ganze Gewicht gelegt wissen will auf das "Ausmaß", "in dem die 'Realitäten' der Arbeit in Wirklichkeit geschaffen (!) werden durch die subjektiven Interpretationen der Arbeiter selbst." (11)

Dieser extreme Subjektivismus legitimiert sich für die Autoren durch die spezifischen Bedingungen der modernen englischen Gesellschaft. Tatsächlich spiegelt sich in der Betonung außerbetrieblich sich bildender Orientierungen und Erwartungen an die Arbeit ein Moment historischer Entfaltung. Mit der Auflösung der klassischen Arbeitersubkultur in den alten Industriedistrikten Englands mag der Schein eines selbständigen Gewichts der "Regionen", Strukturen und Prozesse, die außerhalb der "Arbeitssituation" und der Produktionssphäre liegen, zu scheinbar "unabhängigen Variablen" sich verdichtet haben. Goldthorpe und Lockwood formulieren deshalb als eine geschichtliche "Tatsache", daß der Industriebetrieb in der modernen "Massen"-Gesellschaft im Leben der Arbeiter nicht mehr denselben normativen Einfluß ausübe wie in früheren Epochen. (12) An dessen Stelle trete vielmehr immer stärker der normative Einfluß des Arbeiterlebens außerhalb der Fabrik, quasi objektiviert in den sozialen Rollen der Wohngemeinde, insbesondere der Familie.

Die Belege, die sie für diese These anbringen, haben einige Plausibilität für sich. Anknüpfend an die in der amerikanischen Industriesoziologie adaptierte und zugleich von ihr pervertierte Entfremdungsthese, stellen sie die Frage, wieso z.B. ihre in Luton untersuchten Automobilarbeiter den früheren Wohnort und einen Beruf als Facharbeiter aufgegeben haben, um jetzt an einem Job festzuhalten, der objektiv "entfremdet" und "depravierend"

11 Goldthorpe: "Car Assembly Workers", a.a.O.
12 Goldthorpe, Lockwood et al.: a.a.O.

ist und dessen körperliche Belastung, Monotonie und – technologisch und organisatorisch verursachte – "Fremdbestimmtheit" ihnen sehr wohl bewußt sei und sich in erheblicher Unzufriedenheit mit der Arbeit auch niederschlage.

Die Erklärung dieses Phänomens damit, daß die betreffenden Arbeiter – von Goldthorpe/Lockwood bewußt nach den Merkmalen der Bessersituierung ausgewählt – ihrer Beschäftigung gegenüber eine überwiegend instrumentale Einstellung haben, d.h. weniger in der konkreten Tätigkeit sozialen Status und Befriedigung suchen als in den verbesserten Konsummöglichkeiten, verweist nach Auffassung der Autoren zwingend auf die theoretische Konsequenz, die bereits erwähnt wurde: die "weitere Gesellschaft, in der das Unternehmen existiert", in die industriesoziologischen Untersuchungen einzubeziehen.

Gegenüber der Fiktion des isolierten Industriebetriebes und gegenüber der betriebsbezogenen Scheinkausalität des technizistischen Ansatzes kann das zunächst als ein Fortschritt gelten. Aber blieb dort die Produktion unvermittelt, so hier die Konsumtion. Was für Blauner die Technologie und ihre Veränderungen, (13) ist für Goldthorpe und Lockwood der Zwang, der vom "neuen Lebensstil" der sogenannten Affluent Society auf den Arbeiter ausgeht. Das zur Schau gestellte Wohlergehen (14) und der neuenglische Style of Life (home-centered) fungieren hier als die selber nicht abgeleiteten Normen einer, wie sie unterstellen, zunehmend reicher werdenden und relativ krisenfrei expandierenden Gesellschaft.

Über einen Begriff von dieser Gesellschaft verfügen sie nicht. Vielmehr erscheint sie ihnen als eine Summe von Lebensbereichen, sozialen Systemen (Betrieb, Familie) und Strukturen (Klassen- und Statusstruktur). Statt sich klarzuwerden über die innere, wesentliche Kerngestalt der gesellschaftlichen Beziehungen, die Bedingungen ihrer Verkehrung in der realen Existenz und entsprechend im Bewußtsein der Produzenten, verharren sie bei den an der Oberfläche sich zeigenden Erscheinungen. In der Interpretation der Vorstellungen ihrer Befragten finden sie dann notwendigerweise nichts weiter als ihre eigenen theoretischen Vorurteile bestätigt. Gemäß dieser Interpretation bleibt auch den Affluent Workers der gesellschaftliche Zusammenhang äußerlich. Sie wissen, daß sie Arbeiter sind und deshalb in die Kreise der feineren Leute keinen Zutritt finden, und daß sie strikter als Selbständige und viele Angestellte für sich zu unterscheiden gezwungen sind zwischen dem fremden und dem eigenen Leben, zwischen der Zeit, die sie in der Fabrik, und der, die sie zu Hause verbringen. Das schließt ein, sich des illusionären Charakters der als relativ empfundenen Freiheit in der arbeitsfreien Zeit zwar halb bewußt zu sein, aber als Vereinzelte die objektiven Gründe dafür ebensowenig aufspüren zu können wie die Autoren der Frage nach den Entstehungsbedingungen der Sphärentrennung nachzugehen in der Lage sind. Die von Marx so benannte "Scheidung zwischen dem Arbeitsprodukt und der Arbeit selbst, zwischen den objektiven Arbeitsbedingungen und der subjektiven Arbeitskraft" (15), also: Trennung des Arbeitsvermögens von seinen Verwirklichungsbedingungen, und die Gründe der Verewigung dieser Trennung ("als eigenes Resultat der kapitalistischen Produktion") und der darin eingeschlossenen Verkehrungen kommen den Autoren schon deshalb nicht in den Blick, weil sie die gesellschaftlichen Verhältnisse, als von den Menschen nicht mit Willen eingegangene, fertig vorgefundene, vom "Standpunkt des handelnden Subjekts" aus dahingestellt sein lassen müssen.

13 R. Blauner: ALIENATION AND FREEDOM, Chicago/London 1964
14 Zu denken ist an die von Th. Veblen in THEORY OF THE LEISURE CLASS (Deutsche Übersetzung: THEORIE DER FEINEN LEUTE) schon so genannte "Conspicuous Consumption".
15 K. Marx: DAS KAPITAL, Band 1, MEW Bd. 23, S. 595.

Da Goldthorpe und Lockwood Arbeit nicht begreifen in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang, sondern nur als fix und fertige Arbeitssituation in einer Fabrik z.B., muß ihnen deren Vermitteltheit mit den Resultaten der Produktion äußerlich bleiben, oder bloß am einzelnen Individuum sich herstellen. Vom subjektiven Standpunkt des einzelnen Arbeiters her gesehen kommt die gesellschaftliche Formbestimmtheit seiner Arbeit nur in verdrehter Weise ins Spiel. Selbst wo in dem Buche von Lohnarbeit die Rede ist, bleibt diese von ihrem ökonomischen Begriff ganz unberührt. Über dem nicht hinterfragten Schein, daß der einzelne seine Arbeitskraft als Ware zu ihrem Wert frei verkauft, deren Erlös er dann in der relativen Freiheit der Konsumsphäre mehr oder minder lustvoll verzehrt, verschwindet den Autoren der notwendige Zusammenhang, daß die Arbeiter als Klasse "von gesellschaftlichem Standpunkt ... auch außerhalb des unmittelbaren Arbeitsprozesses ebensosehr Zubehör des Kapitals (sind) als das tote Arbeitsinstrument". "Die individuelle Konsumtion des Arbeiters bleibt ein Moment der Produktion und Reproduktion des Kapitals, ob sie innerhalb oder außerhalb der Werkstatt, Fabrik usw., innerhalb oder außerhalb des Arbeitsprozesses vorgeht ... Es tut nichts zur Sache, daß der Arbeiter seine individuelle Konsumtion sich selbst und nicht dem Kapitalisten zulieb vollzieht." (16)

Auch die bisher sehr verstreute und punktuelle Kritik an Goldthorpe und Lockwood setzt an diesen beiden miteinander zusammenhängenden kategorialen Schwächen an – an der subjektivistischen Auflösung gesellschaftlicher Objektivität, bzw. der Verdünnung der gesellschaftlichen Objektivität zum bloß "faktischen Substrat" sozialen Handelns (Lockwood), und an der bloß oberflächlichen, phänomenologischen Registrierung gesellschaftlicher Sphären. (17)

Kritik ist auch geführt worden an der Operationalisierung der zentralen Hypothesen, insbesondere an der idealtypischen Konstruktion des Instrumentalismus, vor allem daran, daß Goldthorpe/Lockwood die instrumentelle Orientierung zur Arbeit als etwas prinzipiell Neues dargestellt hätten. So wurde etwa anhand der umfangreichen Literatur zur Dimension extrinsischer und intrinsischer Motivation gezeigt, daß auch der von Goldthorpe/Lockwood so genannte traditionelle Arbeiter mit "solidaristischer" Orientierung kaum interessiert sein dürfte an den "inneren", auf die Tätigkeit selbst bezogenen Elementen seiner Arbeit, und daß der dem "affluent worker" vorbehaltene Instrumentalismus in der Arbeiterklasse viel weiter verbreitet sei. (18)

Diese Kritik geht insofern ins Leere, als die Autoren durchaus gesehen haben, daß alle Lohnarbeit instrumentelles Verhalten bedeutet. (19) Ihnen war es aber in erster Linie darum zu tun, einen realen Sachverhalt zu bezeichnen, und zwar den der stärkeren Ausprägung einer instrumentellen Orientierung gegenüber der Arbeit. Soweit sich darin der objektive Zwang ausdrückt, ohne alle weiteren Flausen in erster Linie auf die bestmögliche Bezahlung und auf die größtmögliche Sicherheit des Arbeitsplatzes zu achten, scheint in ihrem Material eine notwendige Tendenz auf: den zunehmenden Vergesellschaftungsgrad der Arbeit unter den Bedingungen des entfalteten Kapitalverhältnisses, das allmähliche Herausarbeiten der Abstraktheit der Arbeit und ihr Niederschlag im Bewußtsein der Produzenten – Gleichgültigkeit gegen den besonderen Inhalt der Arbeit. Wird bei entsprechender Interpretation der Befunde die Differenz zwischen der allgemein begrifflichen Analyse

16 Ebd., S. 597 f.
17 So bei Brandt u.a.: a.a.O., ebenso: L. Hack u.a.: unveröff.Zwischenbericht über das Projekt "Klassenlage und Interessenorientierung", Institut für Soziologie, Berlin 1971.
18 Hack u.a.: a.a.O.
19 Goldthorpe, Lockwood et al.: a.a.O., S. 38.

und der Untersuchung empirischer Verhältnisse beachtet, so kann an ihnen gezeigt werden, wie das gleichgültige Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, die doppelte Gleichgültigkeit des Kapitals gegen die Arbeit und des Lohnarbeiters gegen den konkreten Inhalt seiner Arbeit, (20) sich zur je besonderen Konkretion herausarbeitet, wie also u.a. die überlieferten vor- und frühkapitalistischen, noch am Handwerk orientierten Normen empirisch jede Wirkung verlieren, im Maße wie ihre materiellen Voraussetzungen verschwinden. (21) Die Ähnlichkeit des instrumentellen Verhaltens bei sehr verschiedenen Arbeitsbedingungen, worauf Goldthorpe/Lockwood hinweisen, zeigt gerade über die von ihnen vorgeschlagene Dimension der normengesteuerten kollektiven Interpretation oder Situationsdefinition hinaus auf den zugrundeliegenden Prozeß, die Arbeit zur abstrakten zu machen. Dem entspricht auch noch der Befund, daß weniger eine betriebliche "Sozialisation" und Beeinflussung stattfindet als vorgängig die Wahl der Beschäftigung schon gesteuert ist über die Sphäre der Zirkulation: Die objektive Verkaufbarkeit der Ware Arbeitskraft, nicht der individuelle Entschluß der affluent workers erklärt die Wanderungsbewegung in die neuen Industriestädte.

Bei Goldthorpe/Lockwood aber erscheinen die Resultate der Vergesellschaftung bloß in ihrer subjektiven Verkehrung – so wie sie sich in den Alltagsvorstellungen selber finden. Ihr Desiderat, die subjektive Dimension nicht zu vernachlässigen und die Ursachen der normativ gesteuerten Deutungen in den weiterreichenden sozial-strukturellen und kulturellen "Faktoren" zu suchen – darin entsprechen sie der Durkheim'schen Forderung, Soziales nur aus Sozialem zu erklären – ist von der Anstrengung geprägt, die ökonomischen Formbestimmtheiten als nicht-soziologisch, nicht-sozial (!) auszuklammern, oder die ökonomischen Kategorien, wo sie unumgänglich, auf ihre oberflächliche Verwendung zu beschränken. So wird die Arbeit nur als konkrete, der Arbeitslohn nicht als verwandelte Form von Wert und Preis der Arbeitskraft begriffen. So nimmt die Operationalisierung "Einstellung zum Lohn" auch dessen mystifizierte Formgestalt gar nicht auf, sowenig wie dann die zentrale Frage nach der Einstellung zur Arbeit deren spezifische, gesellschaftlich bestimmte Verdopplung enthalten kann.

An diesen kategorialen Mängeln aber scheitert am Ende der theoretische Nutzen, den sich die Autoren von ihrer Kritik an der traditionellen Industriesoziologie erhofften: die Wirklichkeit besser erklären zu können. An ihnen auch liegt es, daß die politischen Konsequenzen aus den Ergebnissen fragwürdig sind. Einerseits werden die politischen Organisationen der Arbeiterklasse aufgefordert, die bislang eher "sub-politischen" Forderungen und Erwartungen der relativ gut verdienenden neuen Arbeiterschichten politisch umzumünzen und so eine Massenbasis für politische Aktionen zu schaffen, (22) andererseits aber erhalten diese Empfehlungen ihre politisch integrative Funktion dadurch, daß der englischen Arbeiterbewegung der Weg des Godesberger Programms gewiesen wird. (23)

Trotz der Versicherung, getreu der positivistischen Maxime "rein an Fakten orientiert und nicht präskriptiv" zu verfahren (Goldthorpe), werden aus den Befunden Empfehlungen für eine sozialdemokratische Reformpolitik abgeleitet – von einer Ebene, die die objekti-

20 Vgl. die Aufsätze zur produktiven und unproduktiven Arbeit, in: SOPO 6/7 und 8, sowie die Darstellung des Begriffs der Gleichgültigkeit bei S. Herkommer: "Wissenschaftlich-technische Intelligenz und Arbeiterklasse", unveröff.Manuskript, Institut für Soziologie, Berlin 1971.
21 Vgl. C. Offe: LEISTUNGSPRINZIP UND INDUSTRIELLE ARBEIT, Frankfurt/Main 1970.
22 Goldthorpe, Lockwood et al.: THE AFFLUENT WORKER IN THE CLASS STRUCTURE, Cambridge 1969, S. 189.
23 Siehe dazu die Kritik von Deppe/Lange in: ARGUMENT 61, S. 713.

ve, gesamtgesellschaftliche Bewegung subjektivistisch verdeckt und in begrifflicher Hilflosigkeit den Instrumentalismus als subjektive Gegebenheit stehenläßt, ihn nicht als Erscheinungsform objektiver Gleichgültigkeit hinterfragt. Der kategorial eingewobene Revisionismus in der Affluent Worker-Studie hängt aufs engste zusammen mit deren theoretischen Voraussetzungen. Zu vermuten ist, daß er für die gegenwärtige "kritische" Industriesoziologie nicht minder charakteristisch ist als die kaum verhüllte Management-Orientierung für die klassische amerikanische Industriesoziologie.

II.

Der Forderung von Goldthorpe/Lockwood, nicht von den Gegebenheiten der jeweiligen Arbeitssituation auszugehen, sondern von den bereits mitgebrachten Prädispositionen der Arbeiter, stimmen Kern und Schumann nicht zu. Sie halten es auch für zweifelhaft, die Arbeitsorientierung "ungeprüft" wie sie sagen "als Reflex der Klasse auf die gleichsam von konkreten Arbeitserfahrungen bereinigte gesellschaftliche Stellung" (als Lohnarbeiter) fassen zu wollen. Sie fragen umgekehrt, ob sich "nicht die Gesellschaft dem Menschen gerade in seiner Arbeit konkretisiert und repräsentiert, ... ob nicht auch die spezifischen Bedingungen, unter denen er sich gesellschaftlich reproduziert, sein soziales Bewußtsein und Verhalten prägen." /33 f./

Diese Formulierungen in der Einleitung zu der umfangreichen Studie über "Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein" könnten den Eindruck erwecken, als sollte hier die theoretisch bestimmte Vermittlung geleistet werden, die wir zur empirischen Untersuchung der Konstitutionsbedingungen von gesellschaftlichem Bewußtsein für notwendig erachten. Indes schon die folgenden Sätze belehren über den Irrtum: Verlangt wird hier nämlich, die "Arbeitserfahrungen selbst zu untersuchen", d.h. *nicht* die gesellschaftlichen Bedingungen der Reproduktion, sondern die Erfahrungen am Arbeitsplatz, hier nun bereinigt um die gesellschaftliche Stellung der Arbeiter.

Wie Goldthorpe und Lockwood von der Vorstellung von Regionen der Gesellschaft ausgehend sich im wesentlichen auf die des individuellen Konsums beschränkten, so Kern/Schumann auf die "Sphäre von Produktion und Arbeit". Die beiden Forschungsansätze gleichen sich auch darin, daß innerhalb des gewählten Ausschnittes gesellschaftlicher Beziehungen eine enge Kausalität zwischen objektiven oder quasi-objektivierten Variablen einerseits und Einstellungen oder Einstellungssyndromen andererseits unterstellt wird. Bei Kern und Schumann ist das die Frage nach dem "Verhältnis von technischem Wandel und Arbeiterbewußtsein".

Wir werden sehen müssen, ob auch diese Problemstellung – wie die entgegengesetzte von Goldthorpe/Lockwood – einige Plausibilität für sich hat, um dann zu fragen, ob das im Gegensatz Gemeinsame der beiden Ansätze nicht am Ende bedeutet, daß wir auf der Suche nach Erklärung der Zusammenhänge bloß von Pontius zu Pilatus geschickt worden sind.

Die große Stärke der Kern/Schumann'schen Untersuchungen liegt beim ersten Hinsehen in der Entwicklung von scheinbar brauchbaren Typologien zur Beschreibung technisch unterschiedener Produktionsbedingungen, Arbeitsplatzstrukturen und Arbeitsanforderungen. Sie haben zunächst ein Klassifikationsschema entwickelt, mit dem sie das technische Niveau der Produktionseinrichtungen nach Mechanisierungsgraden erfassen können, des weiteren eine Typologie von Produktionsbereichen, das sich nach den Arbeitszielen (z.B. Stoffumwandlung oder Stoffverformung) richtet, und drittens schließlich eine Typologie "industrieller Arbeitsarten", mit der sie die Arbeitsinhalte und Formen der konkreten Tätigkeit im Arbeitsprozeß sowie die technisch bedingten Funktionsänderungen und Qualifikationsanforderungen zu fassen trachten.

Mit Hilfe dieser deskriptiven Kategorien glauben die Autoren einem Hauptproblem gegenwärtiger Industriesoziologie näherzukommen, der Frage nämlich, "wo die Industriearbeit heute noch Züge der repetitiven Teilarbeit aufweist und ob Veränderungen, denen das Arbeitsverhalten im Zuge des technischen Wandels unterworfen ist, bestehende Entfremdungserscheinungen (!) abschwächen oder verstärken." /66/

Entgegen den pauschalen Urteilen über die Folgen der Mechanisierung und Automatisierung des Produktionsprozesses, sei's die Bright'sche Annahme einer generellen und fortschreitenden Dequalifizierung der Arbeitskraft, sei's die Annahme von Touraine und Blauner über eine generelle *Re*qualifizierung /28 f./ – entgegen diesen Urteilen gelingt es Kern und Schumann zu zeigen, daß sich die technischen Veränderungen in den untersuchten Produktionsbereichen sehr ungleich darstellen. Je nach den stofflichen Bedingungen und der Art und Reichweite einer Mechanisierungsbewegung fanden sie Fälle, in denen restriktive Arbeitssituationen seltener wurden, und andere, in denen die bekannten Rationalisierungsmaßnahmen (forcierte Arbeitsteilung, Fließbandfertigung, Akkord) die Existenz restriktiver Arbeitsformen verstärkt haben. Zum Teil beobachteten sie auch Automatisierungsprozesse, in deren Verlauf Dispositionschancen verringert, Qualifikationen reduziert und die Arbeitsbelastungen erhöht worden sind. Dort wo die Automatisierung zu Verbesserungen führte (größere Dispositionschance, höhere Qualifikation, weniger körperliche und nervliche Belastung), sind im übrigen stets nur Teilgruppen betroffen, was den Trend zur Polarisierung der Belegschaft nach den jeweiligen Arbeitsbedingungen und Arbeitsanforderungen auslöst oder verschärft.

Die beiden Göttinger Soziologen kommen zu dem Ergebnis daß durch ihre Untersuchung die These bestätigt sei, daß in der modernen Industrie unterschiedliche technische Systeme mit jeweils spezifischen Arbeitertätigkeiten bestehen. Keinesfalls dürfe daher von einer für *die* Industriearbeiterschaft typischen Arbeitssituation ausgegangen werden.

Von dem Befund "relevant differierender Arbeitsformen", dessen Richtigkeit als Beschreibung der vorfindbaren Mannigfaltigkeit von Erscheinungen plausibel, wenn nicht unmittelbar evident scheint, zehrt die zentrale These des Buches: daß der – wie es heißt – "zunehmenden Differenzierung der Arbeitssphäre" die Auflösung der Arbeiterschaft als einer einheitlich bestimmten Klasse und die Auflösung eines einheitlichen "Arbeiterbewußtseins" entspreche. Der "stattfindende Differenzierungsprozeß der Industriearbeit" zwinge dazu, die "Arbeiterschaft nach dem Gesichtspunkt ihrer Arbeitssituation und ihres Erfahrungshorizontes in Teilkollektive aufzuspalten" /34/. Zwar sei das gemeinsame Lohnarbeitsverhältnis nicht zu leugnen, aber "Industriearbeit könnte sich soweit untergliedert haben, daß die Unterschiede in der Arbeit für die Bestimmung der Lebenssituation der Arbeiter und ihr gesellschaftliches Denken und Handeln tendenziell wichtiger werden als die für alle gleiche Stellung zu den Produktionsmitteln und deren Folgen." /25/

Der damit aufgezeigten weitreichenden Schlußfolgerungen wegen ist es nun geboten, über den zunächst einsichtigen deskriptiven Wert der Studie hinaus ihren analytischen Charakter und damit den Erklärungswert der theoretischen Konzeption insgesamt zu überprüfen. Anzuknüpfen ist dabei an eine "Stellungnahme zur Marxschen Gesellschaftstheorie", die Kern und Schumann zur Erläuterung ihres Problems formuliert haben.

Diese Stellungnahme beruht auf einem folgenschweren Mißverständnis, das sich dahingehend zusammenfassen läßt, daß die fürs Verständnis der Marxschen Theorie entscheidende Dialektik von Formbestimmtheit und Inhaltlichkeit der Arbeit nicht begriffen ist. Als Folge davon schnürt sich ihnen die Anatomie der bürgerlichen Produktionsweise auf das "Marxsche Konzept" zusammen, nach dem "der Klassencharakter der Gesellschaft und die konkreten Lebensbedingungen der Arbeiter *unmittelbar* aufeinander bezogen" werden. /23/ (24)

Es geht hier nicht um den Nachweis, daß Kern/Schumann mit dieser Auffassung die Intention der Marxschen Theorie verfehlt haben – dazu böten sich viele Details an wie etwa die Explizierung des Entfremdungsbegriffs an "repetitiver Teilarbeit" /66/ – vielmehr kommt es darauf an, daß sie damit den Zugang zur Wirklichkeit verfehlt haben, der sie sich so nahe glauben. Diese Wirklichkeit aber verfehlen sie genau wie Goldthorpe und Lockwood dadurch, daß sie sie mit der Oberfläche der Erscheinungen verwechseln, sich diesen Erscheinungen gegenüber eigentlich begriffslos verhalten, nur phänomenologisch und klassifizierend die "typischen Erscheinungsformen industrieller Arbeit und deren Veränderungen unter dem Einfluß des technischen Wandels" zusammenstellen und deren Heterogenität und Mannigfaltigkeit nachweisen, ohne im spezifischen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit in ihrer ökonomischen Form als Lohnarbeit deren innere und noch in den differenten Details sich durchsetzende Einheit entdecken zu können.

Sich beschränkend auf die konkrete Arbeit, auf den Arbeitsprozeß als nützlicher und spezifisch zielgerichteter Tätigkeit, bzw. auf die Arbeitssituation als jeweils besonderer und darin technologisch definierter, fallen sie hinter die Aufdeckung des Doppelcharakters der Arbeit und des Produktionsprozesses zurück. Mehr noch, nur indem sie Marx die Prognose unterstellen, unter kapitalistischen Produktionsbedingungen vereinheitliche sich die Arbeitssituation (!) zunehmend und der "restriktive Charakter der Arbeit" sei tagtäglich und unmittelbar an der betrieblichen Herrschaft erfahrbare Realität, fällt es ihnen nicht schwer, mit dem Hinweis auf die empirische Divergenz von Arbeitssituationen, direkter Herrschaftsausübung etc. jene genannten Tendenzen der Auflösung einer einheitlich bestimmbaren und als Klasse auch handelnden Arbeiterschaft zu behaupten.

So spielen sie die unbegriffene Sammlung der Tatsachen industrieller Arbeit gegen die von ihnen nicht nachvollzogene Analyse der Lohnarbeit und deren begrifflichen Ableitung aus. Was bei Kern/Schumann damit vorliegt, ist ein unvermitteltes Ineinssetzen von Wesen und Erscheinung. Die Beziehung zwischen konkreter, sich in Gebrauchswerten darstellenden Arbeit als zweckmäßiger Betätigung des Arbeitsvermögens, und abstrakter als Substanz und Maß des Werts bestimmter Arbeit gar nicht begreifend, können Kern und Schumann von jenem als konkret mißverstandenen Abstrakten – eben der Einheitlichkeit aller unters Kapital subsumierten Arbeit als gleichgeltender gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit – verlangen, es möge nun bitte sehr in der Realität jedem sichtbar und unmittelbar erfahrbar, sinnfällig, auch erscheinen! Das Konkrete als Unvermitteltes.

Was in der "Stellungnahme" übersehen und übergangen ist, daß Marx noch auf der Ebene des allgemeinen Begriffs des Kapitals, also keineswegs nur in deskriptiven Kategorien, beides, die Tendenz zur Vereinfachung, d.h. Reduktion aller Arbeit auf einfache Durchschnittsarbeit und die Tendenz zur beständigen Hierarchisierung und Differenzierung der Arbeitskräfte und ihres Qualifikationsniveaus aus der Kapitalbewegung abgeleitet hat, gilt ihnen als große Entdeckung der Differenzierung und Polarisierung der Arbeitssphäre, zudem als etwas historisch ganz Neues.

Damit läßt sich jetzt der Bezug auf die Marxsche Theorie als ein doppeltes Mißverständnis bezeichnen: *Erstens:* Ohne die ökonomische Formbestimmtheit der Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft in Betracht zu ziehen, mußte notwendig unbegriffen bleiben die analytische Funktion, die der Darstellung der Beziehung zwischen Allgemeinem und Besonderem als einer dialektischen zukommt, die wirkliche Beziehung in der gesellschaftlichen Totalität nur ideell reproduziert. So wie im Kapital im allgemeinen noch der Begriff der Konkurrenz der vielen besonderen Kapitale enthalten ist, so auch im Begriff der allgemeinen, gleichgültigen Lohnarbeit ihre Vielfältigkeit und Differenzierung

24 Meine Hervorhebung.

in den konkret-nützlichen Arbeiten. Die Mannigfaltigkeit der beobachteten "Tatsachen" von Mechanisierungsstufen und Arbeitsinhalten müßte demnach analytisch zurückgeführt werden auf jene einfachste Bestimmung gleichgeltender gesellschaftlicher Arbeit, um sie erst dann auf der Reise rückwärts nicht mehr unter chaotischer Vorstellung, bzw. willkürlich klassifiziert, sondern als "reiche Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen" (25) zu begreifen.

Wenn gelten kann, daß jedes besondere Kapital sich nur durch die Subsumtion besonderer lebendiger Arbeit hindurch verwertet, dann ist unabdingbar auf diese Wirklichkeit einzugehen. Aber ihre innere verhüllte Kerngestalt wird nicht, wie Kern/Schumann zu glauben scheinen, unmittelbar sichtbar in den "konkreten Bedingungen der Industriearbeit heute" /25/.

Zweitens: Dieses methodische Vorgehen begrifflicher Analyse vorausgesetzt, wäre erst der Übergang zur Beschreibung der Wirklichkeit eines bestimmten Ausschnittes und historischen Abschnittes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu leisten – hier die technologische Struktur als Mechanisierungsgrade, die Arbeitsinhalte, Kooperationsformen etc. in der großen Industrie der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus in der Bundesrepublik. Da aber in der Kern/Schumann'schen Studie Allgemeines und Besonderes, inneres Wesen und Erscheinungsformen der vergesellschafteten und unters Kapital subsumierten Arbeit im Begriff der "Industriearbeit" als bloß formal gefaßter Allgemeinheit nicht geschieden sind, ist solcher Übergang gar nicht denkbar. Die Kategorien zur Deskription und Erklärung fallen ihnen apriori zusammen.

Die bezeichneten Mißverständnisse aber haben für den schon dargestellten objektiven Teil der Untersuchung Konsequenzen, die die Möglichkeit einer solchen Typologie der industriellen Arbeit nachträglich noch einmal problematisieren: Ziel der Autoren war es, "technisch bedingte Veränderungen der menschlichen Arbeit" typologisch zu erfassen dadurch, daß das "Niveau der technischen Einrichtungen" einerseits und die für die verschiedenen "Produktionsbereiche" charakteristischen "Mechanisierungssprünge" andererseits deskriptiv eindeutig sich zuordnen lassen. /54/ Für diese bloße Klassifikation industrieller "Arbeit sans phrase" lehnen es Kern/Schumann zurecht ab, Grade der Mechanisierung aus technischen Prinzipien zu bestimmen. Sie betrachten die technische Entwicklung vielmehr als einen Prozeß, "der durch zunehmende Ausweitung der Eigenfähigkeit der technischen Apparatur mehr und mehr die Notwendigkeit menschlicher Eingriffe in den Produktionsablauf beseitigt". /55/ Schon daran wird aber deutlich, daß es sich nicht nur um Bestimmungen des einfachen Arbeitsprozesses handelt, die "technische Apparatur und menschliche Arbeit" aufeinander beziehen. In diesem Sinne beschreiben sie den Arbeitsprozeß zunächst als "eine Prozedur, der ein bestimmtes Objekt mit dem Ziel einer bestimmten Veränderung unterworfen wird". /60/ Daraus allein aber ist die Kategorie der "Entwicklung von Eigenfähigkeit" nicht abzuleiten. Die theoretische Hilflosigkeit, die entwickelten Kategorien der Deskription nicht als zugleich systematisch vermittelte ausweisen zu können, sondern unterstellen zu müssen, hat zur Folge, daß die bestimmte Qualität des Materials nicht mehr geklärt werden kann. So erschließt sich "Ausweitung der Eigenfähigkeit der technischen Apparatur" nur dann als notwendige Tendenz, wenn die damit gesetzte Substitution von lebendiger Arbeit und die technische Apparatur selbst als die reale Gestalt des Kapitals im Produktionsprozeß noch als dessen eigenes Verhältnis entwickelt werden, das in insgesamt widersprüchlicher Weise den Bedingungen seiner Verwertung ausgesetzt ist: nach der einen Seite die eingesaugte lebendige Arbeit als notwendige reduzieren zu müssen, nach der anderen sie als überflüssige Mehrarbeit beständig auszudeh-

25 K. Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, S. 21.

nen. Wo nicht die lebendige Arbeit in ihrer gesellschaftlichen Formbestimmtheit gefaßt ist, kann auch nicht die vergegenständlichte Arbeit aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang und den Bedingungen ihrer Trennung vom Arbeitsvermögen begriffen werden. Sie erscheint dann so, wie sie sich als äußerliche, verselbständigte Gestalt darstellt. Erst die Durchbrechung dieser Verselbständigung wäre Bedingung dafür, einen der zentralen Befunde der Studie einzuholen. Gegen die Blaunersche These einer Requalifizierung der industriellen Arbeit (26) wenden sie die empirische Feststellung, daß "unter gewissen Voraussetzungen ... gerade auch durch Automatisierung die Voraussetzungen für restriktive und qualifikationslose Arbeiten" entstehen /137/. Inwieweit sich darin nicht nur technische Gegebenheiten aussprechen, die unter einem hinzutretenden "kapitalistischen Profitmotiv" festgehalten werden und sich deshalb nicht in Richtung auf eine "Humanisierung der Arbeit" entwickeln lassen, sondern inwieweit in den konstatierten Gegebenheiten sich notwendige Tendenzen durchsetzen, wird Kern/Schumann nicht zum Problem. Zwar verweisen sie an Bruchstellen ihres Materials stets getreulich auf ökonomische Interessen, die in technische Umstellungen hineinspielen, diese haben aber prinzipiell den Status von Randbedingungen, die dem Produktionsprozeß äußerlich bleiben. Eine Konsequenz dieses Vorgehens ist, daß die am Arbeitsinhalt orientierte "Arbeitsanalyse" ergänzt, aber nicht vermittelt wird durch eine "arbeiterbezogene Analyse". Erst diese *"gekoppelte Analyse ...* gibt einen umfassenden Einblick in die Arbeitssituation" /62/ und in das, was Kern/Schumann an ihren Ergebnissen als Polarisierung der Belegschaften an technisch fortgeschrittenen Apparaturen bezeichnen und insgesamt als "Divergenz gegenwärtiger Industriearbeit" festmachen.

Der zentralen These der beiden Göttinger Industriesoziologen zufolge muß dieses methodische Vorgehen konstitutiv werden auch für den subjektiven Teil ihrer Untersuchung. Dort fragen sie, "inwieweit das Arbeiterbewußtsein von der nachgewiesenen Divergenz gegenwärtiger Industriearbeit berührt wird", im einzelnen: welche Wirksamkeit die "Arbeitserfahrungen" auf die "Einstellung zur Arbeit" haben und "welche Bedeutung die Arbeiter dem technischen Wandel beimessen für die Entwicklung der industriellen Arbeit und ihrer eigenen gesellschaftlichen Lage." /180 f./ Schon das eingesetzte Begriffsinstrumentarium (Einstellung zur Arbeit und zum technischen Wandel, Arbeitserfahrung, Arbeitszufriedenheit etc.) läßt zweifelhaft erscheinen, daß der objektive Zusammenhang zwischen der Bewegung, in der so etwas wie technischer Wandel sich vollzieht, und dem Bewußtsein der Arbeiter bündig interpretiert werden kann.

Wurde von Popitz und Bahrdt der Interpretation der empirischen Daten noch die theoretische Anstrengung vorausgesetzt, mit dem Begriff des Gesellschaftsbildes immerhin eine Objektivierung des Zusammenhanges von Sein und Bewußtsein zu leisten (27), so fallen Kern und Schumann dahinter mit der Fraktionierung des Bewußtseins in verschiedene Einstellungsbereiche wieder zurück. Das Ergebnis ihrer Untersuchung, das sie als "desolaten Zustand des Arbeiterbewußtseins" zusammenfassen, ist im methodischen Ansatz – und damit auch in ihrem Fragebogen – bereits vorgebildet; die Aussage schlägt auf die Verfasser zurück.

Die erhobenen Momente von Arbeiterbewußtsein nämlich – disparate und zufällige Urteile und überwiegend ambivalente Einstellung zu den Konsequenzen des technischen Wandels, die "Unfähigkeit zu strukturierter, in sich stimmiger Beurteilung gesellschaftlicher Sachverhalte" und die schwindende Möglichkeit, auf nicht unmittelbar erfahrbare Sachverhalte zurückzugreifen" /272 f./ – was auch immer von Kern/Schumann damit gemeint sein mag –, diese einzelnen Momente können von den Autoren nicht mehr interpretiert, erst recht nicht begrifflich abgeleitet werden. Die Hilflosigkeit dem eigenen Material gegenüber eklatiert in dem Konstatieren eines "Zerfalls kollektiven Denkens" einerseits und dem Negieren dieses Zerfalls hinsichtlich des allen gemeinsamen Bewußtseins, daß Lohnabhängigkeit prinzipiell Unsicherheit des Arbeitsplatzes bedeutet /276/. Werden die Zerfallsdaten erst festgemacht u.a. an dem banalen Befund, daß die Arbeiter unter angenehmeren Arbeitsbedingungen mit ihrer Arbeit auch zufriedener sind /vgl. 195, 217, 256/, und dann zu dem allgemeinen Satz erhoben, daß die spezifische Arbeitssituation und die persönlichen Erfahrungen darin als wesentliche Faktoren für die Arbeitseinstellung gelten können, so geht – unvermittelt dazu – die konstatierte "Realisation der kollektiven Unsicherheit" im wesentlichen zurück auf die unabhängige Variable "technischer Wandel". Befürchtet werde – so interpretieren die Autoren –, "daß der technische Wandel die Arbeiter ersetzbar und potentiell überflüssig mache und damit ihre Reproduktionsmöglichkeiten gefährden könnte, ohne daß das gesellschaftliche System den Risiken begegne." /276/

Was hier als platter und unaufgelöster Gegensatz von verschiedenen Aspekten erscheinen muß, unter denen die Arbeiter bei Kern/Schumann ihre Situation beurteilen, ist allein dem methodischen Vorgehen solcher Industriesoziologie geschuldet, nicht dem realen Prozeß, der nur in der Form des dialektischen Verhältnisses von Allgemeinem und Besonderem darzustellen ist. Daß in den erhobenen Einstellungen und Erwartungen, den Illusionen wie den Ansätzen von Desillusionierung, die Form empirischen Bewußtseins erscheint, welches der allgemeinen Mystifikation der gesellschaftlichen Beziehungen folgend auch die besonderen Formen ihrer gegenwärtigen Gestalt erhält, und daß die empirisch vorfindlichen Inhalte des notwendig falschen Bewußtseins nicht als *Zerfalls-*, sondern als Keimformen des Klassenbewußtseins zu begreifen sind, das kann von Kern/Schumann aus den nun schon bekannten Gründen nicht gedacht werden: Auch das Denken und Urteilen des Arbeiters, prinzipiell als bürgerliches Subjekt, als vereinzelter Einzelner in der individuellen Arbeitssituation verstanden, wird von ihnen nach Methoden des naiven Empirismus untersucht und nicht nach Maßgabe der Formanalyse.

Entsprechend der vorher getroffenen Unterscheidung müßte dagegen auch der Konstitutionsprozeß des Bewußtseins zunächst allgemein bestimmt sein, d.h. aus dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit als Lohnarbeit und aus den Formen der Verkehrung von Subjekt und Objekt – als sich verdichtendes Netz der Mystifikation, das im Entfaltungsprozeß des Kapitalverhältnisses und seiner Widersprüche auch zerreißbar wird – abgeleitet werden, um nach dieser begrifflichen Leistung, in einem weiteren Schritt erst, die spezifischen Formen der Verschleierung fassen zu können. (28)

Der begrifflich nicht entfaltete Konstitutionsprozeß von Klassenbewußtsein führt zu Annahmen, in denen problematische politische Schlußfolgerungen eingeschlossen sind. Eine wichtige Annahme der Göttinger ist, daß wegen der technologisch begründeten Verände-

26 Blauner: a.a.O. Vgl. die Darstellung bei Kern/Schumann, S. 29 und 137.

27 H. Popitz, H.P. Bahrdt u.a.: DAS GESELLSCHAFTSBILD DES ARBEITERS, Tübingen 1957, S. 1-9. Siehe zur Kritik die Arbeiten von F. Deppe u.a.: a.a.O. und meinen Aufsatz zum Gesellschaftsbild und politischen Bewußtsein, in: ARGUMENT 50, 1969.

28 Deren Bestimmung geht zurück auf die jeweils aktuellen Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft (je nach der technischen Zusammensetzung des Kapitals, dem industriellen Zyklus und weiteren Bestimmungen); auf die Formen ihrer Betätigung innerhalb der technologisch und organisatorisch differenzierten Stätten der Produktion und auf die Formen heute gebräuchlicher Systeme der Aufsicht, Kontrolle, Arbeitsbewertung und der Lohnformen.

rungen der Arbeitssituation die Gesellschaft in ihrem "Herrschaftscharakter" weniger leicht durchschaubar sei. Gebunden an die "Restriktivität" und "Körperlichkeit" der Arbeit, vor allem der repetitiven Teilarbeit, wird die "Sinnfälligkeit" der in der Arbeitssituation sich konkretisierenden gesellschaftlichen Herrschaft als rückläufig interpretiert, damit auch die Möglichkeit, "ein dementsprechendes Arbeiterbewußtsein zu entwickeln." Zumindest für die qualifizierten Automationsarbeiter folge daraus, daß sie erstens in einer "konfliktverdünnten" Arbeitssituation ihre betriebliche Rolle leichter akzeptieren können /27/, und zweitens ihre "Selbstbestätigung im wesentlichen außerhalb der Arbeit ... suchen und in der Arbeit nur das mehr oder minder angenehme Mittel zur Reproduktion und zur Befriedigung der Konsumentenwünsche ... sehen" /285/. Wo nicht das der kapitalistischen Produktionsweise innewohnende vermittelte Herrschaftsverhältnis (Herrschafts- und Unterwerfungsverhältnis) in den Blick kommt, gerät konsequenterweise auch ein dezisionistischer oder voluntaristischer Zug in die politischen Empfehlungen: "Maßnahmen" seien "denkbar, mit denen restriktive Arbeitselemente wirkungsvoll abgebaut werden könnten: indem beispielsweise technische Neuerungen durchgeführt werden, die primär der Beseitigung inhumaner Arbeiten dienen" /279/. Subjektivistisch wird die unvermittelte Gegenüberstellung von "industrieller Produktion an sich" und deren "gegenwärtige gesellschaftliche Organisation" /279/ dahingehend aufgelöst, daß Kapitalist und Arbeiter als handelnde Subjekte begriffen sind, die zwar Prinzipien, Orientierungsmaßstäben etc. folgen (Normen, die es aus der Produktionsweise doch abzuleiten gälte), aber nicht als Charaktermasken ökonomischer Verhältnisse verstanden werden. Die Sphären einmal auseinandergerissen und die Bedingungen der konkreten Arbeitssituation als Urquell von Klassenbewußtsein mißverstanden, ist es überdies ein winziger Schritt nur noch, die Einheit der Arbeiterklasse zu relativieren und der Arbeiterbewegung, insbesondere den Gewerkschaften, nur noch den Appell entgegenhalten zu können, durch politische Praxis "der empirisch registrierbaren Erosion des kollektiven Arbeiterbewußtseins entgegen(zu)wirken... und zwar durch die Vermittlung von 'Orientierungsmöglichkeiten ... bei der Einschätzung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung' " (29). Das angebotene theoretische Instrumentarium macht den Appell illusionär.

Den Vorwurf des offenen Reformismus weisen die Autoren in ihrer Replik auf eine Rezension von Niels Beckenbach zurück. (30) Wir versuchen demgegenüber klarzumachen, daß ihr theoretisches Instrumentarium notwendig politische Vorstellungen impliziert, die nicht mehr den gesetzmäßigen Zersetzungsprozeß des Kapitals selber zum Ausgangspunkt nehmen, sondern Ideen (von der humanen Arbeit, der Relativierung des Rentabilitätsprinzips etc.). Das kann sich politisch sowohl in reformistischer, wie in utopisch-sozialistischer Weise ausdrücken. Bei Kern/Schumann bleibt es oszillierend. Auch die Replik macht diesen Punkt nicht klarer, zumal die Übereinstimmung mit ihrem Kritiker formuliert wird als "die Notwendigkeit ... industriesoziologische Ergebnisse stärker als es in unserer Studie geschehen ist in eine konkrete antikapitalistische Strategie umzusetzen ..." (31).

Wenn, wie oben gezeigt worden ist, Technik und "ökonomische Rationalität" sich wechselseitig äußerlich bleiben, dann kann die Vermittlung beider nur geleistet werden durch die handelnden Subjekte. Wenn als "primär politisches Problem" formuliert ist, ob "die Humanisierung der Arbeit als selbständige Handlungsmaxime bei der Gestaltung industrieller Produktionsprozesse einzuführen" und das "Rentabilitätsprinzip" zu relativieren ist /279/, dann tritt – vielleicht ungewollt – eine Anlehnung an die zeitgemäße Form des

29 H. Kern und M. Schumann, Replik, in: FUTURUM 3/1971, S. 337.
30 N. Beckenbach: "Industriearbeiter und Klassenbewußtsein", in: FUTURUM 3/1971, S. 328 ff. und die Replik der Autoren im selben Heft, S. 335 ff.
31 Kern/Schumann, Replik: a.a.O., S. 339.

Revisionismus zutage: Der Habermas'schen kategorialen Trennung von Arbeit und Interaktion unbewußt folgend, wird Politik der Bereich aufgeklärter einzelner, verlieren Herrschaft und politisches Gemeinwesen ihren abgeleiteten Stellenwert als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, bleibt kein Begriff von der durchs Kapital selber konstituierten Einheit der Arbeiterklasse.

Soweit wir kategoriale Übereinstimmungen in den beiden behandelten Forschungsbeispielen feststellen konnten, finden wir die Befürchtung bestätigt, nur von einer Untersuchungsregion zur andern (Produktion – Konsumtion – Produktion) hin- und hergeschickt worden zu sein, ohne deren Vermittlung aufgedeckt zu erhalten. Bezeichnend ist, daß das Göttinger Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung jetzt eine ergänzende, methodisch nicht andersgeartete Studie in Angriff genommen hat, in der nun andere Komplexe von "Einflußfaktoren" auf das Arbeiterbewußtsein untersucht werden sollen – die der Konsum- und Freizeitsphäre! Nach allem Vorausgegangenem wäre es naiv zu glauben, die aufgezeigten Mängel der beiden exemplarisch skizzierten Forschungsansätze damit aufheben zu können, daß man sie additiv aneinanderfügte.

Vom dritten Beispiel ist solches Unterfangen zwar nicht unmittelbar zu behaupten, aber die These kann gewagt werden, daß auf einer anderen und höheren theoretischen Ebene dennoch so etwas wie ein eklektisches Zusammenwerfen zweier "regionaler" Aspekte festzustellen ist. (32)

III.

In einigen bisher unveröffentlichten Diskussionspapieren und Forschungsentwürfen legten kürzlich einige jüngere Frankfurter Soziologen, maßgeblich unter ihnen Gerhard Brandt, Thesen zu den "normativen Bestimmungen des Arbeiterbewußtseins" vor. (33) Sie knüpfen kritisch insbesondere an die bisherige Industriesoziologie an, soweit sie von einem "technizistischen" oder "technologischen Mißverständnis" getragen sei und nennen als Beispiele Blauner, Mallet, Popitz/Bahrdt und als jüngstes Glied der Kette eben auch Kern/Schumann. Andererseits aber werfen sie ein "ökonomisches Mißverständnis" jenen Versuchen vor, die glaubten, den "Anspruch der materialistischen Theorie" einlösen zu können, "nicht nur die objektiven, sondern auch die subjektiven Konstitutionsbedingungen des Arbeiterbewußtseins aus dem kategorialen Rahmen der Kritik der Politischen Ökonomie ableiten zu können."

Ihr Hauptargument ist der an die Habermas'sche Marx-Rezeption sich anschließende Zweifel, den "Doppelcharakter der Arbeit zum Angelpunkt einer materialistischen Subjekt-Objekt-Dialektik" machen zu können, weil in ihm die "Dimension intersubjektiver Kommunikation" oder "symbolisch vermittelter Interaktion" nicht enthalten und auch dem Marx'schen "Kapital" nur durch "nachträgliche Ausweitung" oder "Historisierung" des Begriffs der Arbeit zu oktroyieren sei. Zwar wird daran erinnert, daß intersubjektives

32 Dem Charakter des Diskussionspapiers von Brandt u.a.: a.a.O. folgend, können auch die Anmerkungen nur vorläufig sein und die Gesichtspunkte der Kritik lediglich andeuten, die es bei ausführlicherer Positionsbestimmung durch die Frankfurter Gruppe genauer zu führen gilt.
33 Vgl. Fußnote 9. In Schrägstrichen gesetzte Seitenangaben beziehen sich jetzt auf das Manuskript Brandt u.a.

Handeln im Begriff des Warentausches und damit im Begriff der kapitalistischen Warenproduktion enthalten sei: aus der Wertformanalyse gehe auch "mit hinlänglicher Klarheit (hervor), daß mit allen Lebensäußerungen unter den Bedingungen des Warentausches auch das intersubjektiv aufeinander bezogene Handeln der Menschen der Verselbständigung und Verkehrung verfällt ..., Interaktion und Sprachgebrauch, sofern sie nicht überhaupt auf instrumentelles Handeln ... eingeebnet werden, zu bloßem Schein herabsinken..." /9/

Die so jedoch schon angedeutete Beschränkung der Autoren in ihrer Marx-Rezeption auf die ersten Kapitel des ersten Bandes erklärt die weitere Argumentation: Dem "auf die Kritik der Politischen Ökonomie sich zurückführenden materialistischen Ansatz" billigen sie nur zu, imstande zu sein, die "objektiven Bedingungen für die Konstituierung des Arbeiterbewußtseins aufzuweisen" /7/ – "Aufgrund dieser seiner ursprünglichen Leistung sollte er auch in einer Theorie der Industriearbeit zu seinem Recht kommen"! – Das heißt mit anderen Worten: Es gilt in der Industriesoziologie auch die subjektiven Konstitutionsbedingungen gesellschaftlichen Bewußtseins zu thematisieren. Hierin wieder vorbehaltlos dem Wissenschaftsbegriff von Habermas verpflichtet, wird die Notwendigkeit einer zusätzlichen Dimension in Gestalt der handlungstheoretischen Begrifflichkeit damit begründet, daß sich die "subjektiven Konstitutionsbedingungen richtigen Bewußtseins als Voraussetzungen vernünftiger Praxis ausmachen und benennen" lassen müssen, und "daß Kommunikation auch in ihrer gebrochenen Form einen Vorgriff auf zwanglose sprachliche Verständigung enthält". (34)

Die Frankfurter wehren sich zwar gegen die "Mißverständnisse" des handlungstheoretischen Ansatzes und weisen darauf hin, und dies in zutreffender Kritik an Goldthorpe und Lockwood, daß der "subjektiv gemeinte Sinn" der individuell Handelnden angesichts der objektiven Zwänge in der kapitalistischen Produktionsweise eine naive Vorstellung sei; was ihnen selber aber nicht zum Problem zu werden scheint, ist der antizipatorische Inhalt, den sie ihrer subjektiven Dimension der Konstitutionsbedingungen geben. Deren Verselbständigung, schon im Begriff des Vorgreifens auf eine "richtige" Gesellschaft gesetzt, wird zwar nicht rückhaltlos ausgesprochen, aber implizit doch behauptet, wenn als "methodologische Voraussetzung" "allemal" gelten soll, "daß Klasse und Klassenbewußtsein nicht allein ökonomischen Determinanten unterliegen, sondern auch eine kulturelle Dimension aufweisen". /12/

Darin steckt nun in der Tat der theoretische Keim zur Methoden- und Sphärenklitterung, insofern nämlich, als nicht mehr aus der ökonomischen Formbestimmung der gesellschaftlichen Arbeit begrifflich abgeleitet wird, was an Form und Inhalt von Bewußtsein gesellschaftlich sich entfaltet, sondern auf der Ebene der bunten Erscheinungswelt Einflußdimensionen ausgemacht und klassifikatorisch voneinander geschieden werden.

Das führt zunächst einmal zu unaufgelösten Widersprüchen. So bleibt notwendig widersprüchlich die Behauptung einerseits, aus der Analyse der ökonomischen Bedingungen sei der "eigenständige Charakter von Verhaltensorientierungen" nicht zu erklären /15/, und an anderer Stelle die Versicherung, "daß alles Handeln auf objektive Bedingungen, letzten Endes der inneren und äußeren Natur, bezogen und jedenfalls unter den Bedingungen der bestehenden Produktionsverhältnisse durch den objektiven Zwang dieser Verhältnisse bestimmt ist." /11/ Bezeichnenderweise wird aber so formuliert, daß zwar die "Analyse der

34 Die Autoren verweisen auf J. Habermas: "Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz", in: J. Habermas und N. Luhmann: THEORIE DER GESELLSCHAFT ODER SOZIALTECHNOLOGIE, Frankfurt/Main 1971, S. 140.

objektiven Bedingungen der äußeren Natur" (!) als die Voraussetzung dafür benannt wird, "die subjektive Definition der Situation und ihre politisch-praktische Relevanz" ermitteln zu können, aber gleichwohl objektive Situation und subjektive Interpretation dieser Situation unter gegeneinander verselbständigten kategorialen Bestimmungen untersucht werden. Das öffnet in der Konsequenz der mit der Forderung einer "materialistisch orientierten Theorie" schwer zu vereinbarenden handlungstheoretischen Maxime die Tür, als Ausgangspunkt der Analyse, und sei's arbeitsteilig legitimiert, das einzelne Subjekt zu nehmen. Die Verweise auf die "bestimmten gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse" bleiben folgenlos, zumal im Begriff des einzelnen handelnden Subjekts die Kategorie der Personifikation ökonomischer Verhältnisse, als real abstrakter Charaktere von Kapital und Arbeit, sowenig enthalten ist wie die der Gesamtheit der ungleichen Warenbesitzer: Kapitalisten*klasse* und Lohnarbeiter*klasse*. Von der "doppelt konstituierten Situation" führt kein Weg zur Bestimmung des Verhältnisses von Klassenlage und Klassenbewußtsein. Als Leistung kritischer Reflexion in der neueren Industriesoziologie ist das Konzept vielmehr geeignet, unter wissenschaftlichem Vorzeichen der sozialistischen Bewegung ein utopisches Moment zurückzugewinnen.

Das für die wissenschaftliche Analyse entscheidende Problem scheint deshalb auch mit diesem Ansatz noch nicht wirklich gesehen. Nach den oben gemachten Ausführungen ist es zu formulieren als das des Übergangs von der allgemeinen begrifflichen Analyse als Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft zu der Untersuchung der empirischen Verhältnisse. Daran erst gewinnen dann auch die von Brandt u.a. herangezogenen Verweise auf bestimmte technologische Veränderungen im Produktionsprozeß, auf die Auswirkungen der Vergesellschaftung auf die Sektoren von Ausbildung und andere Komplexe allgemeiner gesellschaftlicher Aufgaben, und auf die doppelte Wirkung "traditionsgeleiteter Verhaltensorientierungen" einerseits und den entwickelten Produktivkräften der modernen Gesellschaft entsprechenden neuen Denkformen und Bedürfnissen andererseits ihren Stellenwert.

Umgekehrt wäre es naiv, wollte man die Möglichkeit von industriesoziologischer Forschung heute darin sehen, den allgemeinen Begriff der kapitalistischen Produktionsweise und die einzelnen Kategorien zu seiner Darstellung unvermittelt an die je einzelnen betrieblichen Arbeitsbedingungen anzutragen. Statt aber das Übergangsproblem (von der begrifflichen Analyse zur Untersuchung der wirklichen Bewegung) mit einem "doppelten" Ansatz von Konstitutionsbedingungen zu umgehen, der mit Notwendigkeit eines objektiven Charakters verlustig gehen muß, weil in dieser Doppeltheit nicht die vorwärtstreibende Einheit widersprüchlicher objektiver Momente zu fassen ist, sondern nur die verkehrte Auffassung des Handelnden als bürgerliches Subjekt zum Vorschein kommt – stattdessen muß auch einer industriesoziologischen Analyse vorausgesetzt sein, den Weg im Gedanken nachzuvollziehen, den die wirkliche Bewegung in der spezifischen Form der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse nimmt!

Den "ökonomischen Bias" müssen wir in den fortdauernden Bedingungen des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionszusammenhanges sehen und nicht in einer Theorie, die diesen Zusammenhang gedanklich zu reproduzieren und die Bedingungen seiner Auflösung zu benennen vermag.

Sebastian Herkommer

SOPO 17

erscheint im April 1972

Über die Streiks in der chemischen Industrie im Juni/Juli 1971 in einigen Zentren der Tarifbewegung in Hessen und Rheinland

100 Seiten DIN A 4, Heft 7 der Reihe Informationsberichte des IMSF, DM 8,—, bei Abnahme von mindestens 5 Exemplaren DM 7,— pro Bericht.

Verfaßt von Dr. Johannes Henrich v. Heiseler, Marcella Heiseler, André Leisewitz. In Auslieferung.

Inhalt:

1. Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung der chemischen Industrie
2. Besonderheiten der gewerkschaftlichen und politischen Entwicklung der Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie
3. Die ökonomische Situation der chemischen Industrie vor Beginn der Tarifrunde 1971
4. Die aktive Streikvorbereitung der Unternehmer
5. Zur Struktur der IG Chemie, Papier, Keramik
6. Der Verlauf der Tarifbewegung bis zum Scheitern der Bundesschlichtung für Nordrhein
7. Die Besonderheiten der Entwicklung in Hessen
8. Verlauf und Umfang der Arbeitskämpfe vom Scheitern der Bundesschlichtung für Nordrhein bis zum Bonner Kompromiß
9. Die Entwicklung betrieblicher Aktionen an ausgewählten Beispielen (u. a. Bayer, Glanzstoff, Dynamit Nobel, Hoechst, Merck, Degussa)
10. Die Entscheidungen der Arbeitsgerichte
11. Die Berichterstattung der bürgerlichen Presse
12. Die Haltung von CDU/CSU, NPD, FDP
13. Die Haltung von SPD und DKP
14. Vergleichende Übersicht
15. Dokumentenanhang I und II

J M
S F

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.

6 Frankfurt am Main 1 · Liebigstraße 6

Diskussion, Besprechung

Antwort auf Kritik am Entwurf der Thesen der DKP

Die Kritik Joachim Bischoffs am Thesen-Entwurf der DKP (vgl. SOPO Nr. 14/15, S. 103 ff.) stellt, im Unterschied zu den verschiedensten Kritiken ultralinker Gruppierungen, einen Versuch sachlicher und ernsthafter Auseinandersetzung dar. Von dem umfangreichen Text befassen sich vier Fünftel damit, die Grundlagen für eine Kritik an unseren Thesen zu erarbeiten, wobei diese dann folgende Kritik leider in wichtigen Passagen nicht mehr so argumentativ ist, wie die vorausgestellten Darlegungen. Die Arbeit zeugt von Sachkenntnis, insbesondere hinsichtlich Marx und Engels. Es wurden zahlreiche ihrer Hinweise zur Strategie und Taktik verarbeitet. Es fällt jedoch auf, daß von den strategisch-taktischen Arbeiten Lenins praktisch nur "Was sind die Volksfreunde" und "Der linke Radikalismus" Berücksichtigung finden, der auch noch falsch interpretiert wird. Insbesondere werden Lenins Schriften zur Theorie des Imperialismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht verarbeitet.

Joachim Bischoff grenzt sich eindeutig von ultralinken Sektierern ab. Dennoch kann man nicht daran vorbeigehen, daß er in der Sache letztlich selbst gewisse ultralinke Positionen nicht überwunden hat.

I. Über einige grundsätzliche Fehler

In der Auseinandersetzung mit der Kritik am Entwurf der Thesen der DKP wollen wir zunächst auf einige grundsätzliche Fehler Bischoffs aufmerksam machen.

1. Die Leninsche Theorie des Imperialismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus sind in der vorliegenden Kritik ausgeklammert. Ohne diese Theorie läßt sich jedoch der heutige Kapitalismus nicht verstehen. Eine richtige Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung für unsere Periode läßt sich nur auf der Grundlage dieser Theorie entwickeln.

Genosse Bischoff geht zwar davon aus, daß es zwei verschiedene Entwicklungsstufen des Kapitalismus gibt. Aber dabei ist nicht der Unterschied zwischen dem Kapitalismus der freien Konkurrenz und dem imperialistischen Stadium des Kapitalismus gemeint, sondern es geht ihm darum, ob sich das Kapitalverhältnis bereits so weit herausgebildet hat, daß die "Übergangsklassen" weitestgehend verschwunden seien. In Abhängigkeit von diesen beiden Entwicklungsstufen gebe es auch zwei verschiedene allgemeine Taktiken. In Ländern mit noch nicht voll ausgebildetem Kapitalverhältnis sei die allgemeine Taktik die des Kampfes um Demokratie und für ein breites demokratisches Bündnis. In Ländern mit entwickeltem Kapitalverhältnis gehe es dagegen um die Diktatur des Proletariats und um eine Politik der Aktionseinheit.

Zweifellos ist für die Arbeiterbewegung das Entwicklungsniveau des Kapitalverhältnisses von größter Bedeutung. Allerdings beschränkt Genosse Bischoff den Grad der Entwicklung des Kapitalverhältnisses auf die quantitative Seite. Er übersieht die qualitativen Veränderungen, die in der Entwicklung des Kapitalverhältnisses auftreten. Die entscheidende qualitative Veränderung ist der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus.

Nach Bischoffs Argumentation gäbe es die gleiche allgemeine Taktik für das vormonopolistische *und* das monopolistische England sowie die USA und die Bundesrepublik einerseits, eine andere allgemeine Taktik für das vormonopolistische Kontinentaleuropa und das in der Ausbildung des Monopolkapitals begriffene zaristische Rußland. Hier wird ganz deutlich, daß das Monopol, als das letztlich im imperialistischen Stadium des Kapitalismus entscheidende Kapitalverhältnis, für Bischoff sekundär geworden ist.

Bei der richtigen Einschätzung des Kapitalverhältnisses in den entwickelten kapitalistischen Ländern kommt heute jener Entwicklung entscheidende Bedeutung zu, die Lenin als Tendenz bereits in der Periode des ersten Weltkrieges entdeckte: der Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zum staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Den Imperialismus hat Lenin in seinem Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" und in anderen Schriften in seinen ökonomischen, politischen und ideologischen Aspekten gründlich analysiert und daraufhin Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung abgeleitet. Folglich ist es nicht richtig, wenn Bischoff die Grundmerkmale der Leninschen Strategie und Taktik vorrangig von Lenins Arbeit über die Volksfreunde her bestimmt und von daher nur die Identität Lenins mit den taktischen Auffassungen von Marx und Engels herausarbeitet, die qualitative Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin jedoch übersieht. Das drückt sich zunächst aus in einer falschen Einschätzung der Leninschen Schrift gegen den "Linken Radikalismus".

Es wird in einer Übertreibung der völlig richtigen Warnung Lenins davor, mechanisch die Erfahrungen der Bolschewiki auf jedes Land zu übertragen behauptet, Lenin hätte mit dieser Arbeit "keinesfalls zeigen" wollen, "daß die Taktik der Bolschewiki als einer spezifischen Ausprägung der Taktik für Länder mit unentwickeltem Kapitalverhältnis, nun ohne Rücksicht für Länder mit gleichem Entwicklungsstadium des Kapitalismus wie Rußland Richtschnur zu sein hätte, noch weniger beabsichtigte er, diese Taktik für die Metropolen des Kapitalismus zu empfehlen." /134/

Schrieb nicht Lenin vielmehr in der Einleitung seines Werkes: "... daß einige Grundzüge unserer Revolution nicht örtliche, nicht spezifisch nationale, nicht ausschließlich russische, sondern internationale Bedeutung haben"? (Lenin: "Der linke Radikalismus", Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., Seite 3) Sagte er nicht, daß dazu "... ihre Fähigkeit" gehöre, "... sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, *aber auch mit den nichtproletarischen* Werktätigen zu verbinden"? (Ebenda, S. 8) Daß Lenin im übrigen damit nicht nur die Probleme Rußlands meinte, hat Gorter, der Lenin von ultralinken Positionen aus kritisierte, schon damals genau verstanden, als er Lenin entgegnete: Die "westeuropäischen Marxisten", würden immer wieder bei einem Punkt in den Schriften Lenins vorsichtig, nämlich dort "wo Sie sprachen über die Arbeiter *und die armen Bauern*. Sie tun das sehr, sehr oft. Und überall sprechen Sie von diesen beiden Kategorien als revolutionäre Faktoren auf der ganzen Welt. Und nirgends, wenigstens soweit ich gelesen habe, betonen Sie klar und deutlich den *sehr großen Unterschied, der von dieser Frage zwischen Rußland* (und einigen osteuropäischen Ländern) und *Westeuropa* (d.h. Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Holland, der Schweiz und den Skandinavischen Ländern, vielleicht sogar Italien) *besteht*. Und doch liegt, meines Erachtens, der Grund der Differenz Ihrer Auffassung über die Taktik, in den gewerkschaftlichen und parlamentarischen Fragen und der der sogenannten Linken in Westeuropa im Unterschied zwischen Rußland und Westeuropa in diesem Punkte." (zitiert nach A. Pannekok, H. Gorter: "Organisation und Taktik der proletarischen Revolution", Frankfurt 1969, S. 170 f.)

Uns scheint, dieses Zitat Gorters, aus seiner 1920 gegen Lenin verfaßten Schrift, zeigt deutlich, daß die von dem Kritiker unserer Thesen entwickelten Auffassungen bereits damals vorgetragen wurden. Bereits damals wurde die Auffassung vertreten, daß für die entwickelten kapitalistischen Länder eine breite Bündnispolitik nicht notwendig sei.

Das Studium der Leninschen Arbeit über den "Linken Radikalismus" zeigt eindeutig, daß darin – wie in allen anderen Werken Lenins – die Probleme gerade auch der entwickelten kapitalistischen Länder verarbeitet wurden. Die Analyse der Entwicklung des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung in den fortgeschrittenen Ländern nimmt darum einen sehr großen Raum ein, weil Lenin davon ausgeht, daß der Imperialismus ein Weltsystem darstellt und die Fragen der Strategie und Taktik nur auf der Grundlage der allgemeingültigen Grundsätze und der nationalen Besonderheiten erarbeitet werden können. Gerade darum genügt es für die Erarbeitung einer richtigen Strategie und Taktik auch nicht, nur von der Entwicklung des Kapitalverhältnisses eines gegebenen Landes auszugehen.

Die Unterschätzung der Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin kommt weiter darin zum Ausdruck, daß die Leninschen Arbeiten und Hinweise für die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern während und im Zusammenhang mit dem III. und IV. Komintern-Kongreß von Bischoff völlig außer acht gelassen wurden.

2. In Bischoffs Darstellung der Entwicklung des Kapitalismus fällt ein mechanistischer Zug auf. Dieser drückt sich insbesondere darin aus, daß er davon ausgeht, mit der Entwicklung des Kapitalverhältnisses verschwänden automatisch die Mittelschichten und damit die Probleme der Bündnispolitik und des demokratischen Kampfes.

Selbstverständlich ist es richtig, daß mit der Entwicklung des Imperialismus sich das quantitative Gewicht der traditionellen Mittelschichten verringert. Das trifft insbesondere auf die Bauernschaft zu. Allerdings haben sowohl Marx und Engels, als auch Lenin immer wieder vor der Vorstellung eines "reinen Kapitalismus" gewarnt. Selbst in so hochentwickelten kapitalistischen Ländern wie der Bundesrepublik oder den Vereinigten Staaten, ist die Bauernschaft auch heute noch numerisch eine nicht unbedeutende Kraft, die für den Kampf gegen das Monopolkapital eine große politische Bedeutung hat. Selbstverständlich stimmen wir dem Autor der Thesenkritik zu, daß es nicht Aufgabe einer marxistischen Bündnispolitik sein kann, die Illusionen kleiner Eigentümer zu bewahren oder gar zu verstärken. Die Partei der Arbeiterklasse muß vielmehr unter ihnen die Erkenntnis wecken, daß sie ihre Zukunft nur an der Seite der Arbeiterklasse und im Übergang zu genossenschaftlichen Formen der Produktion bei demokratischer Selbstverwaltung haben. Das setzt allerdings voraus, daß die Arbeiterklasse die Bauern auch im Kampf um ihre unmittelbarsten Probleme unterstützt und sie nicht der sozialen Demagogie der Rechtskräfte überläßt.

Was die Handwerker und den Dienstleistungsbereich angeht, so geht auch dort ein ständiger Prozeß der Ruinierung vor sich. Gleichzeitig bringt der heutige Kapitalismus aus seinen eigenen Produktionsbedürfnissen ständig erneut kleinere und mittlere Dienstleistungsbetriebe hervor.

Von besonderer Bedeutung ist jedoch die quantitative und qualitative Zunahme des Gewichts der Intelligenz. Das hängt mit der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Re-

volution zusammen, die die Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft verwandelt. Dabei wird in These 28 darauf aufmerksam gemacht, daß ein wachsender Teil insbesondere der technischen Intelligenz zu einem Teil der Arbeiterklasse wird. Der größte Teil der Intelligenz steht jedoch seiner sozial-ökonomischen Stellung nach zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Angesichts der Tatsache, daß mit der Verwissenschaftlichung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens die Intelligenz immer wichtiger wird, kommt der Frage, auf welcher Seite sie im Klassenkampf steht, allergrößte Bedeutung zu.

Schon diese wenigen Erwägungen zeigen, welche gewaltige Rolle die Bündnispolitik im antimonopolistischen Kampf hat. Vom Verschwinden der "Übergangsklassen" kann doch keine Rede sein, solange es sich immerhin um etwa 20 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik handelt, um deren Gewinnung der Kampf zwischen Arbeiterklasse und Monopolbourgeoisie geführt wird.

3. In diesem Zusammenhang muß auf einen weiteren grundlegenden Fehler aufmerksam gemacht werden: auf die Gegenüberstellung von Aktionseinheits- und Bündnispolitik. Bischoff versucht, zwei allgemeine Taktiken herauszuarbeiten, deren Kernstück jeweils *entweder* die Aktionseinheit *oder* die Bündnispolitik ist.

Ein solches Entweder-Oder gibt es im Marxismus nicht. Vielmehr ergibt sich aus den Grundthesen der Theorie von Marx, Engels und Lenin über die historische Mission der Arbeiterklasse, daß der Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse die Generallinie der Politik unter allen Bedingungen des Kampfes sein muß. "Die Notwendigkeit der Aktionseinheit ergibt sich daraus, daß keine einzige gesellschaftliche Aufgabe ohne den Einsatz der vollen Kraft der Arbeiterklasse im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts gelöst werden kann. Sie ist erforderlich, weil in der Arbeiterbewegung verschiedene Strömungen wirken. Sie ist unabdingbar, weil der Arbeiterklasse ein hochorganisierter Gegner gegenübersteht, ihr gemeinsamer Hauptfeind, das Großkapital. Grundlage der Aktionseinheit ist die objektive Gemeinsamkeit der Interessen aller Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse. Der Front des Großkapitals muß die Arbeiterklasse die einheitliche Front ihres Handelns entgegenstellen. Der Kampf um die Herstellung der Aktionseinheit ist darum eine Kernfrage kommunistischer Politik." (aus These 29)

Die Aktionseinheit ist auch der Kristallisationspunkt für ein breites antimonopolistisches Bündnis, für die Sammlung aller antimonopolistischen Kräfte um die Arbeiterklasse. Unter allen Bedingungen und Etappen des Kampfes um den Sozialismus stellt sich die Frage: Wer ist die Hauptkraft dieses Kampfes, wer ist der konkrete Feind, welche Klassenkräfte gilt es zu neutralisieren und mit welchen Gruppen und Schichten muß sich die Hauptkraft im Kampf gegen den konkreten Feind verbinden? Daraus folgt, daß nicht nur die Gegenüberstellung von Aktionseinheits- und Bündnispolitik nicht richtig ist, sondern auch ihre Behandlung als Fragen der *Taktik*. Aktionseinheits- und Bündnispolitik sind Grundfragen der marxistischen *Strategie*.

Hinter den von uns kritisierten Auffassungen über die Strategie und Taktik steckt offensichtlich ein ökonomistisches Herangehen an die Probleme, eine Trennung von Ökonomie und Politik. Das führt dazu, daß die objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus mehr oder weniger aus ihrem Zusammenhang mit den notwendigen subjektiven Voraussetzungen gelöst werden.

II. Zur Begründung unseres Kampfes um antimonopolistische Demokratie und Sozialismus

Wir bemerkten einleitend, Bischoffs eigentliche Kritik am Thesen-Entwurf der DKP sei nicht so klar und argumentativ, wie der weit längere, die Kritik vorbereitende Teil seines

Aufsatzes. Mit der doch recht schematischen Ableitung und Gegenüberstellung von zwei allgemeinen Taktiken setzten wir uns bereits kritisch auseinander. Wir bemängeln auch das Fehlen der Problematik des Imperialismus, des staatsmonopolisitschen Kapitalismus. Wir müssen außerdem bemerken, daß Genosse Bischoff die konkreten Klassenbeziehungen und das Bewußtsein von Arbeitermassen aus seinen Erörterungen über die Probleme einer richtigen Politik seltsamerweise ausklammert. Einen sehr wesentlichen Punkt seiner Kritik an den DKP-Thesen sehen wir des weitern in einer stillschweigend gemachten Voraussetzung. Es handelt sich um die These, die erst noch zu beweisen wäre, daß es nämlich aus objektiven Gründen für die Bundesrepublik nur einen und zwar unvermittelten Übergang zum Sozialismus gäbe.

Dies vorausgesetzt kann man die antimonopolistische Strategie und Taktik der DKP freilich insofern als falsch erklären, als sie die antimonopolistische Macht von der sozialistischen abhebt, obwohl auf den Kapitalismus – Bischoffs Voraussetzung einmal angenommen – nur die sozialistische Macht folgen kann.

Freilich fällt die ganze Argumentation in sich zusammen, wenn man Bischoffs Voraussetzungen nicht teilt. Es geht also um das Problem der antimonopolistischen Demokratie und ihres Verhältnisses zum Sozialismus. Das Ziel der DKP als marxistischer Partei der Arbeiterklasse ist der Sozialismus. Diesem Endziel ist ihre ganze Tätigkeit untergeordnet.

Die Notwendigkeit des Sozialismus ergibt sich dabei keineswegs aus den Wunschvorstellungen der Kommunisten. Vielmehr drängen die grundlegenden gesellschaftlichen Erfordernisse heute stärker als je zuvor zu einer neuen Gesellschaftsordnung.

Der Sozialismus ist notwendig, weil das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die politische Herrschaft des Großkapitals die Hauptursachen für soziale Unsicherheit, für Preistreiberei und Währungsspekulation, für Bildungsnotstand und steigende Ausbeutung, weil die kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse das Haupthindernis des gesellschaftlichen Fortschritts sind.

Der Sozialismus ist notwendig, weil die arbeitende Bevölkerung eine wahrhaft menschliche Gesellschaft braucht, in der sich der Mensch schöpferisch entfalten kann, in der er nach seinen Leistungen für die Gesellschaft und nicht nach dem Geldbeutel gemessen wird. Der Sozialismus ist notwendig, damit mit der Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln die Ursachen für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und für die Ausrottung des Menschen durch den Menschen beseitigt und die Grundlagen für ein Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit geschaffen werden.

Der Sozialismus ist notwendig, weil nur auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Möglichkeiten des Fortschritts von Wissenschaft und Technik zur Verbesserung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen voll genutzt und die Sicherheit der Arbeitsplätze gewährleistet werden kann.

Der Sozialismus ist notwendig, weil die Entwicklung der Produktivkräfte, die Konzentration der Produktion, die Notwendigkeit, immer größere gesellschaftliche Mittel für Investitionen aufzuwenden, eine gesamtgesellschaftliche Planung erfordern. Beim heutigen Stand der Vergesellschaftung der Produktion und der Verflechtung der Produktionszweige untereinander ist es eben z.B. für die Stahlindustrie immer notwendiger, zu wissen, wie sich der Maschinenbau, die Autoindustrie, der Schiffbau und andere Bereiche entwickeln, wie viel und welche Stahlerzeugnisse gebraucht werden, in welchem Maße und auf welchen Gebieten Stahl durch Kunststoffe ersetzt wird usw. Ein effektiver Produktionsablauf fordert eine gesamtgesellschaftliche Planung. Dem steht jedoch das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln und das darauf begründete kapitalistische Profitstreben entgegen.

Der Sozialismus ist notwendig, weil der Kapitalismus den arbeitenden Menschen die aktive Teilnahme an den wichtigen Entscheidungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft verweigert. Die Praxis des Sozialismus in der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Ländern zeigt dagegen, daß dort, wo die Arbeiterklasse die Macht ausübt, nicht nur die aktive demokratische Mitwirkung aller Werktätigen möglich wird, sondern daß das Mitplanen, Mitentscheiden und Mitregieren jedes einzelnen Werktätigen eine Grundbedingung für die erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus ist.

Wenn die DKP von der Notwendigkeit des Sozialismus spricht, so sagt sie in ihren Thesen aber auch unmißverständlich, welche Grundvoraussetzungen der Sozialismus erfordert. Eine solche deutliche Aussage ist notwendig, um sich sowohl von verschwommenen Sozialismusvorstellungen, wie vor allem von direkten Verfälschungen abzugrenzen. So erstreben sicherlich viele Jungsozialisten unter der Losung "demokratischer Sozialismus" grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, wenn ihre Vorstellungen auch nur selten dem entsprechen, was die Klassiker des Marxismus-Leninismus als Grundvoraussetzung des Sozialismus konzipiert haben. Im Munde rechter sozialdemokratischer Führer dient das Schlagwort vom "demokratischen Sozialismus" dagegen eindeutig dem Ziel, den realen Sozialismus als undemokratisch zu verleumden, und die eigene Praxis der Verteidigung der großkapitalistischen Ausbeuterordnung zu verschleiern.

Die DKP nennt in ihrer Grundsatzerklärung und in den Thesen des Düsseldorfer Parteitages drei Grundvoraussetzungen für den Sozialismus:

1. Die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Volksschichten.
2. Das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln.
3. Die gesamtgesellschaftliche Planung zum Wohle des Volkes.

Diese von Marx, Engels und Lenin konzipierten Grundvoraussetzungen für den Sozialismus sind unverzichtbar. Nur wo sie verwirklicht werden, wird der Sozialismus verwirklicht. Nur wer für ihre Verwirklichung kämpft, ist ein wirklicher Sozialist und Revolutionär.

Wenn die DKP im Thesenentwurf ihr sozialistisches Ziel und die Notwendigkeit des Sozialismus nachdrücklich unterstreicht, so geht sie andererseits davon aus, daß es unter den konkreten Bedingungen der Bundesrepublik notwendig ist, den Kampf um Übergangsforderungen zu führen, die den Weg zum Sozialismus ebnen.

Die Notwendigkeit von Übergangsforderungen und die Möglichkeit von Etappen im Kampf um den Sozialismus wird dabei keineswegs zum ersten Mal und nicht allein von der DKP ausgesprochen. In seiner Arbeit "Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen muß", die in der Periode des Übergangs von der bürgerlich demokratischen Februarrevolution zur sozialistischen Oktoberrevolution 1917 geschrieben wurde, spricht Lenin von der Möglichkeit, daß auf dem Weg zum Sozialismus zunächst ein Staat der revolutionären Demokratie erkämpft wird. Lenin betont, daß damit die Herrschaft des Großkapitals völlig untergraben werden könne, daß sich die Arbeiterklasse in dieser Kampfetappe bereits den entscheidenden, maßgeblichen Einfluß in Staat und Gesellschaft erkämpfen könne. Das Klassenwesen dieser revolutionären Demokratie charakterisierend, schrieb Lenin, "ist *noch kein* Sozialismus, aber *schon kein* Kapitalismus *mehr*. Das ist ein gewaltiger *Schritt* zum Sozialismus." (Lenin: "Werke", Band 25, S. 371)

Als nach der Oktoberrevolution die Kommunistische Internationale unter Leitung Lenins die Strategie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung ausarbeitete, ließ sie sich davon leiten, daß der Kampf der Arbeiterklasse um die Errichtung ihrer politischen Macht, entsprechend den jeweiligen Verhältnissen verschiedene Etappen durchlaufen kann. So betonte 1922 der IV. Kongreß der Komintern, der die Taktik der Einheitsfront ausarbeitete: "Zwischen der gegenwärtigen Periode der Herrschaft der offenen bürgerlichen Reaktion und dem vollen Sieg des revolutionären Proletariats über die Bourgeoisie liegen verschiedene Etappen und sind verschiedene vorübergehende Episoden möglich." (Vgl. "Die Kommunistische Internationale", Verlag Marxistische Blätter, 1970, S. 195) Der Kongreß stellte die Losung von der "Arbeiterregierung" als möglicher Form des Übergangs zur Herrschaft der Arbeiterklasse auf. Eine solche Regierung sollte eine Reihe von politischen, ökonomischen und finanzpolitischen Maßnahmen durchführen, die die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Produktionsmittel und den kapitalistischen Profit begrenzten und den Weg für den weiteren Kampf um den Sozialismus ebneten. Der VII. Kongreß der Komintern entwickelte diese Ideen weiter und stellte die Aufgabe des Kampfes um die Volksfrontregierung, in der er eine mögliche Übergangsform zur Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse sah.

Dabei ist das Problem möglicher Etappen auf dem Weg zum Sozialismus nicht nur eine Frage der Theorie und der Programmatik. Die Entwicklung der sozialistischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt, daß sich dort der Weg zur Herrschaft der Arbeiterklasse, zum Sozialismus, gerade über solche Etappen, die unter der Bezeichnung Volksdemokratie oder in der DDR unter dem Begriff antifaschistisch-demokratische Ordnung bekannt geworden sind, vollzogen hat.

In der gegenwärtigen Situation des weltweiten Klassenkampfes, die gekennzeichnet ist durch den Kampf der beiden Weltsysteme, die Befreiung der ehemaligen Kolonien, die Schwächung oder den Sturz der imperialistischen Herrschaft in einer Reihe von Ländern und durch die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Hochburgen des Kapitals, gehen die kommunistischen Parteien davon aus, daß sich eine neue Möglichkeit der Entwicklung zum Sozialismus herausgebildet hat; die Errichtung einer antimonopolistischen Demokratie durch die mit den anderen demokratischen Kräften verbündete Arbeiterklasse, einer Demokratie, die den Widerstand der inneren und äußeren Reaktion zu brechen vermag und den Weg zum Sozialismus öffnet.

So hat die Internationale Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 festgestellt, daß günstige Voraussetzungen für den Zusammenschluß aller demokratischen Strömungen zu einem solchen politischen Bündnis entstehen, "das fähig ist, die Rolle der Monopole im Wirtschaftsleben des Landes entscheidend einzuschränken, der Macht des Großkapitals ein Ende zu bereiten und solche grundlegenden politischen und ökonomischen Umgestaltungen durchzuführen, die die günstigsten Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus schaffen." (Vgl. "Internationale Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien", Moskau 1969, Dietz-Verlag 1969, S. 31)

Der Kampf um eine antimonopolistische Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus spiegelt sich unter dieser oder jener Bezeichnung in den programmatischen Dokumenten fast aller kommunistischen Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern wider. Die DKP stellt in den Thesen des Düsseldorfer Parteitags fest: "Wie sich die Entwicklung zum Sozialismus konkret vollziehen wird, darüber entscheidet der Klassenkampf. ... Aufgrund der heutigen Bedingungen des Klassenkampfes geht die DKP davon aus, daß der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte um die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft, um eine antimonopolistische Demokratie, am besten geeignet ist, den Weg zum Sozialismus zu öffnen. ..." (These 9)

Es stellt sich die Frage, welches sind die wichtigsten Faktoren, die uns zu dem Schluß kommen lassen, daß auf dem Weg zum Sozialismus in der Bundesrepublik der Kampf um eine antimonopolistische Demokratie notwendig ist?

Wir möchten vor allem auf zwei Faktoren hinweisen:

1. Marx, Engels und Lenin haben stets darauf hingewiesen, daß für den erfolgreichen Kampf um den Sozialismus sowohl objektive wie subjektive Voraussetzungen notwendig sind.

Was die objektiven Voraussetzungen betrifft, so stellt die DKP in den Thesen fest, daß die Bundesrepublik mit dem hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, mit dem Grad der Konzentration der Produktion in Großbetrieben, mit der engen Verflechtung der Betriebe und Produktionszweige untereinander und der Notwendigkeit immer weitergehender direkter Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozeß in dieser Beziehung nicht nur reif, sondern überreif für den Sozialismus ist.

Gleichzeitig betonen wir aber: "Die Entwicklung zum Sozialismus vollzieht sich jedoch nicht automatisch. Er kann weder importiert werden, noch kommt er durch einen Putsch oder eine Verschwörung zustande. Der Sozialismus kann nur das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen selbst sein." (These 9) Es stellt sich also mit Notwendigkeit die Frage nach dem subjektiven Faktor, nach der gesellschaftlichen Kraft, die den Kapitalismus zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen vermag, nach dem Grad ihrer Entwicklung, ihrem Bewußtsein und ihrer Kampfbereitschaft.

Marx und Engels stellten bereits im "Manifest der Kommunistischen Partei" fest, daß der Totengräber des Kapitalismus und der Baumeister der neuen sozialistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse ist. Davon geht die DKP auch in den Thesen aus: "Die Arbeiterklasse ist aufgrund ihrer Klassenlage die entscheidende Kraft im Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt... Sie ist nicht nur die zahlenmäßig stärkste Klasse, sondern die einzige, die mit der Entwicklung der Produktion auch zahlenmäßig wächst. Der Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten an der sogenannten erwerbstätigen Bevölkerung in der Bundesrepublik ist von etwa 70 % im Jahre 1950 auf gegenwärtig mehr als 80 % angewachsen. Die Arbeiterklasse ist die wichtigste gesellschaftliche Produktivkraft, das entscheidende Ausbeutungsobjekt des Monopolkapitals... Mit ihrer Konzentration in großen Industrien, mit ihrer Organisiertheit, mit ihrer revolutionären Partei, die mit der wissenschaftlichen Theorie von Marx, Engels und Lenin ausgerüstet ist, sind der Arbeiterklasse die wichtigsten objektiven Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf um grundlegende Verbesserungen ihrer Lage und die endgültige Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung gegeben." (These 27)

Wie sieht es aber heute um das Bewußtsein der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik aus, in welchem Ausmaß ist sie sich ihrer Klassenlage und ihrer geschichtlichen Aufgabe bewußt? Zwischen dem Autor der Kritik an den Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP und uns gibt es sicherlich keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß jene Bedingung für den erfolgreichen Kampf um den Sozialismus in der Bundesrepublik nicht erfüllt ist, von der Engels in seiner letzten Arbeit, der "Einleitung zu Marx Klassenkämpfen in Frankreich" sagt: "Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten sollen." (Marx/Engels: "Werke", Band 22, Seite 523)

Wir müssen nüchtern feststellen: Das Bewußtsein großer Massen der Arbeiter und Angestellten unseres Landes ist gegenwärtig noch dadurch gekennzeichnet, daß sie der Politik der SPD-Führung folgen, sich nicht auf sozialistischen oder auch nur bewußt antimonopolistischen Positionen befinden. Sie glauben – ob uns das gefällt oder nicht – daß der Kapitalismus im Großen und Ganzen funktioniert, daß er Vollbeschäftigung und ausreichenden Lebensstandard bietet, daß in der Bundesrepublik im wesentlichen Demokratie herrsche und grundlegende Veränderungen nicht notwendig seien. Die Hoffnung, unter solchen Bedingungen ohne den Kampf um vermittelnde Übergangsforderungen zum Sozialismus zu kommen, ist reinster Wunderglauben. Die Partei der Arbeiterklasse darf in ihrer Strategie jedoch nicht auf Wunder bauen, sondern muß eine nüchterne Politik betreiben.

Natürlich wollen auch die sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiter eine gerechtere Ordnung. Seit der Krise von 1967 und den immer hektischeren Ausbrüchen der kapitalistischen Währungskrise ist auch bei vielen von ihnen ein Gefühl der Unsicherheit vorhanden. In den Herbststreiks 1969, 1970 und 1971 haben sich wichtige neue Ansätze für ein elementares Klassenbewußtsein bei einem Teil der Arbeiter entwickelt. All das muß die Partei der Arbeiterklasse in ihrer Politik berücksichtigen. Sie muß dabei jedoch immer nüchtern von der Tatsache ausgehen, daß selbst bei den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse in größerem Umfang kein politisches Klassenbewußtsein oder gar sozialistisches Bewußtsein vorhanden ist.

Unter diesen Bedingungen gibt es, wenn man mit den Beinen auf dem Boden bleiben und nicht in Wunschträume verfallen will, nur eine Möglichkeit, revolutionäre, sozialistische Politik zu betreiben. Man muß eine solche Strategie entwickeln, die die Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen an den Kampf um den Sozialismus heranführt. Entscheidend ist dabei, die Arbeiterklasse auf der Grundlage ihrer eigenen, praktischen Kampferfahrungen an die Notwendigkeit des Kampfes um den Sozialismus heranzuführen. Diese eigenen Kampferfahrungen führen jedoch zunächst an die Notwendigkeit des Kampfes um die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht des Monopolkapitals und noch nicht unmittelbar an die Notwendigkeit der endgültigen Überwindung des Kapitalismus überhaupt heran. Wir möchten das an einem Beispiel erläutern:

Elementare Kampferfahrungen sammeln die Arbeiter z.B. im Lohnkampf. In ihren Köpfen vorhandenes sozialpartnerschaftliches Denken wird mit dem profitegoistischen Verhalten der Unternehmer konfrontiert, die den Arbeitern notwendige Lohnerhöhungen trotz hoher Profite verweigern, die nach der Polizei rufen, um Streikbrecher zu schützen oder, wie jetzt in Baden-Württemberg, den lieben "Sozialpartner" aussperren. Sie sammeln Erfahrungen über die Rolle der verschiedenen Parteien und der "freien Presse", die pausenlos die Unternehmerargumente gegen die Arbeiter vertritt und über den "demokratischen" Staat, der angeblich über den Klassen steht, in Wirklichkeit jedoch mit seinem Zwangsapparat und mit dem Versuch, die Gewerkschaften an staatliche Lohnleitlinien zu binden, im Interesse des Kapitals in die Auseinandersetzungen eingreift.

Eine der elementarsten Erfahrungen, die jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau im Zusammenhang mit Lohnkämpfen sammelt, besteht auch darin, daß ein beträchtlicher Teil der erkämpften Lohnerhöhungen immer wieder durch Preissteigerungen und Steuererhöhungen zunichte gemacht wird. Hier können und müssen Sozialisten anknüpfen, um die Erkenntnis bei den Arbeitern zu wecken, daß der Lohnkampf, so wichtig er ist, allein nicht ausreicht, daß es notwendig ist, gleichzeitig den Kampf z.B. um die Verwirklichung der alten gewerkschaftlichen Forderung nach "gläsernen Taschen", d.h. nach Einsicht in die tatsächliche Profitsituation der Betriebe zu führen, um so neue Impulse für den Kampf um Lohnerhöhungen und gegen Preistreiberei zu erhalten.

Wenn man der Preistreiberei Schranken setzen will, dann muß man den Kampf um die Verwirklichung einer antimonopolistischen Mitbestimmung führen, die nicht sozialpartnerschaftliches Aushängeschild ist, sondern Mitbestimmung über alle wirtschaftlichen Fragen, über Investitionen, Gewinnverteilung, Preispolitik u.a. einschließt, die tatsächlich Eingriffe der Arbeiter in die Profitsphäre des Kapitals ermöglicht.

Aus den Erfahrungen der Preistreiberei kann auch die antimonopolistische Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien und großen Konzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiter und ihre Organisationen begründet werden, denn es wird eben deutlich, daß die großen Konzerne die Zentren des Preisdiktats sind. Ih-

re Macht muß zurückgedrängt und überwunden werden, wenn man ihrem Preisdiktat Einhalt gebieten will. Die Erfahrungen mit der Rolle des monopolkapitalistischen Staates als Vorreiter von Preissteigerungen, als Beschützer der großkapitalistischen Preistreiberei oder als denjenigen, der durch seine arbeiterfeindliche Steuerpolitik einen beträchtlichen Teil der Lohnerhöhungen im Interesse des Großkapitals eintreibt, schafft Ansatzpunkte, um die Erkenntnis zu vermitteln, daß es notwendig ist, auch auf der politischen Ebene tiefgehende Veränderungen zugunsten der Arbeiter durchzusetzen.

Ähnliche Ansätze für die Vermittlung antimonopolistischer Erkenntnisse ergeben sich in Rote-Punkt-Bewegungen, Mieteraktionen, Bewegungen gegen die Umweltverschmutzung durch die Konzerne, Aktionen für fortschrittliche Veränderungen im Bildungswesen usw.

Stets richtet sich dieser Kampf in erster Linie gegen die produktions- und marktbeherrschenden Unternehmen, gegen die Monopole und ihre Macht. Sie sind der Hauptfeind. Darum ist die aus unseren heutigen Kampfbedingungen hervorgehende konkrete Kampfetappe der Kampf gegen die Monopole, um die Zurückdrängung und um die Überwindung ihrer Macht, um die antimonopolistische Demokratie. Sie ist das wichtigste Vermittlungsglied zwischen der gegenwärtigen Lage und dem Kampf um das sozialistische Ziel.

Aus diesen Darlegungen zeigt sich auch, wie falsch es ist, wenn Bischoff meint, aus dem Diskussionsbeitrag des Genossen Gerns auf der 9. Tagung des Parteivorstands der DKP die Schlußfolgerung ziehen zu müssen, daß es besonders schwierig sei, die Notwendigkeit des antimonopolistischen Kampfes zu vermitteln. *Für die Arbeiter* ist es leichter zu begreifen, daß es notwendig ist, den Kampf gegen die Flick und Schleyer zu führen, als um die Überwindung des Kapitalismus überhaupt. Wenn es Probleme gibt bei der Vermittlung der Notwendigkeit des antimonopolistischen Kampfes, so handelt es sich dabei *um ungeduldige Studenten und nicht um die Massen der Arbeiter und Angestellten.*

2. Die Notwendigkeit des Kampfes um die antimonopolistische Demokratie ergibt sich zum zweiten unter dem Gesichtspunkt der Bündnispolitik. Wir stellen in den Thesen fest, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates ist. Dieses Machtkartell kann nur durch eine starke Gegenkraft überwunden werden. Die Gegenkraft wird dabei umso stärker sein, je mehr es gelingt, alle Gegner des Monopolkapitals, alle Gruppen und Schichten, die – und wenn dies auch nur in Teilfragen der Fall ist – in Widersprüche zum staatsmonopolistischen System geraten, in ein von der Arbeiterklasse geführtes, breites antimonopolistisches Bündnis zusammenzuführen.

Ein solches antimonopolistisches Bündnis ist aber heute nicht nur notwendig, sondern auch objektiv möglich. Diese Möglichkeit ergibt sich sowohl unter ökonomischen, wie auch unter politischen Gesichtspunkten. Ökonomisch sind die Ansatzpunkte für ein breites, antimonopolistisches Bündnis darum vorhanden, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus nicht nur die Arbeiterklasse ausbeutet, sondern auch die Bauern, die Handwerker, die große Masse der Intelligenz ausplündert und mit dem Mechanismus der Umverteilung des Nationaleinkommens über den Staatshaushalt im Interesse der Superprofite der Konzerne seine Hand selbst auf einen Teil des Profits der kleinen und mittleren Kapitalisten legt. Politisch geraten breite Schichten in Widersprüche zum Monopolkapital und seinem Staat, weil deren friedensgefährdende Politik eben auch wiederum nicht nur die Arbeiterklasse allein bedroht. Auch der weitere Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten betrifft nicht nur die Arbeiter und Angestellten. So werden mit der immer direkteren Verschmelzung von Monopolen und Staat, von Finanzoligarchie und Staatsbürokratie eben auch selbst die kleinen und mittleren Kapitalisten faktisch völlig von der Machtausübung ausgeschlossen. Der heutige monopolkapitalistische Staat ist zum Machtinstrument der kleinen Gruppe der Finanzoligarchie gegen alle übrigen Teile der Bevölkerung geworden.

Wenn wir die Notwendigkeit und die objektiven Möglichkeiten für ein breites antimonopolistisches Bündnis betonen, so übersehen wir allerdings keinesfalls die Schwierigkeiten und die Widersprüchlichkeiten eines solchen Bündnisses. Diese ergeben sich vor allem aus dem schwankenden Charakter kleinbürgerlicher Schichten und daraus, daß die kleinen und mittleren Kapitalisten natürlich nicht nur Widersprüche zum Monopolkapital haben, sondern gleichzeitig durch antagonistische Widersprüche von der Arbeiterklasse getrennt sind. Das wird besonders deutlich im Lohnkampf, wo auch der kleinste Kapitalist an der Seite der Monopole gegen die Arbeiter kämpft. Dennoch muß die Politik der Arbeiterklasse darauf gerichtet sein, die schwankenden kleinbürgerlichen Schichten auf ihre Seite zu ziehen, kleine und mittlere Kapitalisten in solchen Fragen, in denen sich die Möglichkeit dazu ergibt, in Bündnisse, und seien es sachlich und zeitlich noch so sehr begrenzte Bündnisse, gegen das Monopolkapital und seinen Staat einzubeziehen.

Die DKP geht in ihren Thesen davon aus, daß zwischen dem Kampf um antimonopolistische Demokratie und dem Kampf um unser sozialistisches Ziel ein enger und untrennbarer Zusammenhang besteht. Dieser Zusammenhang ergibt sich vor allem aus dem Klassencharakter der antimonopolistischen Demokratie, aus den politischen und ökonomischen Machtverhältnissen in dieser Etappe des Kampfes um den Sozialismus. "Eine antimonopolistische Demokratie hat die grundlegende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, die Erkämpfung einer von der Arbeiterklasse geführten und gemeinsam mit allen antimonopolistischen Kräften getragenen Staatsmacht zur Voraussetzung. Durch die Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien, der marktbeherrschenden Unternehmen, der Bankkonzerne und großen Versicherungsgesellschaften, der Pressemonopole und Kulturkonzerne in gesellschaftliches Eigentum – bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse, die anderen antimonopolistischen Kräfte und ihre Organisationen – wird die ökonomische Macht des Monopolkapitals gebrochen." (These 9)

Mit der Brechung der politischen und ökonomischen Macht der Monopole wird aber das Haupthindernis auf dem Weg zum Sozialismus beseitigt und dem heutigen Kapitalismus, der ja Monopolkapitalismus ist, das Rückgrat gebrochen. Wir teilen darum die Meinung derjenigen kommunistischen Gesellschaftswissenschaftler, die davon ausgehen, daß angesichts der überragenden Rolle der Monopole im heutigen Kapitalismus mit ihrer Überwindung durch ihre Überführung in demokratisch kontrolliertes Eigentum des Staates der antimonopolistischen Demokratie, praktisch der Kapitalismus aufhört, als geschlossene Gesellschaftsformation zu existieren. In diesem Sinne läßt sich auf die antimonopolistische Demokratie das von uns eingangs gebrauchte Leninzitat aus seiner Arbeit "Die drohende Katastrophe ..." anwenden. Die antimonopolistische Demokratie, das ist schon kein Imperialismus mehr, aber auch noch kein Sozialismus. Es ist jedoch ein gewaltiger Schritt zum Sozialismus, mit dem entscheidend der Sieg für das weitere Voranschreiten zur endgültigen Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung geebnet wird.

So wie es falsch wäre, die antimonopolistische Demokratie als eine Entwicklungsstufe des Kapitalismus zu betrachten, – denn ein Kapitalismus mit einer von der Arbeiterklasse geführten und gemeinsam mit allen anderen antimonopolistischen Kräften getragenen Staatsmacht, in dem das Eigentum der Monopole in das Eigentum dieses Staates der antimonopolitischen Demokratie überführt wird, ist ja wohl schwer vorstellbar – so wäre es aber auch nicht richtig, die antimonopolistische Demokratie mit dem Sozialismus gleichzusetzen.

Zwischen der antimonopolistischen Demokratie und dem Sozialismus bestehen noch wichtige Unterschiede und zwar sowohl politische als auch ökonomische. Der entscheidende Unterschied liegt in der Art des Bündnisses, in der Breite des Bündnisses, das die Macht ausübt. Lenin hat die politische Macht der Arbeiterklasse, die Herrschaft im So-

zialismus bekanntlich definiert als eine "besondere Form des Klassenbündnisses zwischen dem Proletariat, der Avantgarde der Werktätigen, und den zahlreichen nichtproletarischen Schichten der Werktätigen (Kleinbürgertum, Kleinbesitzer, Bauernschaft, Intelligenz usw.) oder deren Mehrheit, eines Bündnisses gegen das Kapital, eines Bündnisses, um das Kapital restlos zu stürzen, den Widerstand der Bourgeoisie und Restaurationsversuche von ihrer Seite endgültig niederzuschlagen, eines Bündnisses, um den Sozialismus ein für allemal zu errichten und zu festigen." (Lenin: "Werke", Band 29, S. 370)

Bei der antimonopolistischen Demokratie handelt es sich dagegen um eine Staatsmacht, die von einem von der Arbeiterklasse geführten Bündnis getragen wird, das breiter ist, dem neben anderen werktätigen Schichten auch nichtwerktätige, vom Monopolkapital bedrängte Schichten oder Teile dieser Schichten angehören, die bereit sind, gegen das Monopolkapital zu kämpfen. Diese antimonopolistische Macht ist ein Bündnis nicht gegen das gesamte Kapital, sondern gegen das Monopolkapital. Es hat die Aufgabe, den Widerstand des Monopolkapitals zu brechen, ihm durch die Enteignung der Monopole und ihre Überführung in Eigentum des Staates der antimonopolistischen Demokratie auch die ökonomische Macht zu nehmen.

Wenn ein solches breites antimonopolistisches Bündnis zustande kommt, werden auch neben dem gesellschaftlichen Eigentum des Staates der antimonopolistischen Demokratie für eine gewisse Übergangszeit noch kleines und mittleres kapitalistisches Eigentum und das Produktionsmitteleigentum der kleinen Warenproduzenten in Stadt und Land weiter bestehen. Durch die Teilnahme nichtwerktätiger Schichten oder Teile dieser Schichten am Bündnis der antimonopolistischen Demokratie ist dieses Bündnis nicht frei von Widersprüchen und Auseinandersetzungen. Es hat also noch nicht jene innere Stabilität, die für das Klassenbündnis der Arbeiterklasse mit den übrigen Werktätigen im Sozialismus charakteristisch ist. Das Bündnis der antimonopolistischen Demokratie muß darum in dem Maße, wie nichtwerktätige antimonopolistische Schichten oder Teile von ihnen Widerstand gegen weitergehende Maßnahmen des Staates der antimonopolistischen Demokratie leisten, in dem Maße, wie sich das Bewußtsein und die Kampfkraft der Arbeiterklasse entwickeln, wie sie die übrigen Werktätigen noch enger um sich zusammenschließt, weitergeführt werden zur politischen Macht der Arbeiterklasse. Mit der Führung der Arbeiterklasse im Bündnis der antimonopolistischen Demokratie werden dabei schon in dieser Etappe des Kampfes wesentlich die Weichen für das weitere Voranschreiten zum Sozialismus gestellt.

In der Auseinandersetzung mit unserer Politik des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie als Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus greifen ultralinke Kritiker (damit ist Genosse Bischoff nicht gemeint!) nicht selten zu Entstellungen der Politik der DKP. Wir möchten auf zwei solcher Entstellungen aufmerksam machen.

Da wird zunächst recht oft der Versuch unternommen, die Dinge so darzustellen, als ob die DKP eine historische Unvermeidlichkeit und Gesetzmäßigkeit der antimonopolistischen Demokratie verkündet. (Offensichtlich geht auch der Autor der Thesenkritik von dieser falschen Voraussetzung aus) In Wirklichkeit sprechen wir in den Thesen ausdrücklich davon, daß die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes darüber entscheiden werden, wie sich die Entwicklung zum Sozialismus in der Bundesrepublik vollzieht. Aufgrund der heutigen Bedingungen des Klassenkampfes gehen wir davon aus, daß der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte um eine antimonopolistische Demokratie am besten geeignet ist, den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Die Bedingungen des Klassenkampfes sind jedoch nicht ein für allemal gegeben. Sie verändern sich. Es geht also bei der antimonopolistischen Demokratie um eine *Möglichkeit* auf dem Weg zum Sozialismus, ausgehend von den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes, jedoch nicht um eine historisch unvermeidliche Gesetzmäßigkeit. Unabdingbar notwendig ist dagegen, daß

wir heute den Kampf mit der Spitze gegen das Monopolkapital und für die Überwindung seiner Herrschaft führen, also für die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft, deren Klasseninhalt die antimonopolistische Demokratie ist.

Die Notwendigkeit dieses Kampfes als heute konkreter Kampf um den Sozialismus ergibt sich aus der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, aus dem Bewußtsein und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, aus der Notwendigkeit und den Möglichkeiten antimonopolistischer Bündnispolitik. Die DKP unterscheidet also zwischen der Notwendigkeit des *antimonopolistischen Kampfes* und der Möglichkeit der Erkämpfung einer *antimonopolistischen Demokratie* auf dem Weg zum Sozialismus.

Gegen unsere Politik des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus versuchen ultralinke Kritiker zum anderen häufig die Auseinandersetzung ins Feld zu führen, die Georgi Dimitroff in seinem Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Komintern mit rechtsopportunistischen Auffassungen führte. Diese Kritiker zitieren folgende Passage aus dem Bericht Dimitroffs:

"Die Rechtsopportunisten aber versuchten, ein besonderes 'demokratisches Zwischenstadium' zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive 'Zwischenstadium' nannten sie auch 'Übergangsform' und beriefen sich sogar auf Lenin! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken: Sprach doch Lenin von einer Form des Übergangs und des Herankommens an die 'Proletarische Revolution', d.h. an den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, und nicht von irgendeiner Übergangsform zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der proletarischen Diktatur." (Vgl. "VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale", Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a.M., 1971, S. 124) Was ist dazu zu sagen?

Zunächst muß man darauf aufmerksam machen, daß die ultralinken Kritiker unserer Politik – wie sie das ja gern tun – diese Passage aus ihrem Zusammenhang reißen. Dimitroff schickt den zitierten Worten nämlich folgendes voraus:

"Vor 15 Jahren hat uns Lenin aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, 'Formen des Übergangs oder des Herankommens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen'." "Möglicherweise wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen." Und weiter: "Die linken Doktrinäre haben sich stets über diesen Hinweis Lenins hinweggesetzt, als beschränkte Propagandisten haben sie immer nur vom 'Ziel' gesprochen, ohne sich je um die 'Übergangsform' zu kümmern." (ebenda)

Man kann also Dimitroff nur gegen die DKP ins Feld führen, wenn man ihn aus dem Zusammenhang reißt und entstellt, denn unser Kampf um antimonopolistische Demokratie entspricht eben genau der Leninschen Forderung "Formen des Übergangs oder des Herankommens" an den Kampf um den Sozialismus ausfindig zu machen. Die Kritik Dimitroffs an den linken Doktrinären, die immer nur vom Ziel sprechen (also Bernsteins bekannte Formel nur mechanisch umkehren, völlig undialektisch verfahren), sich also nicht um die Übergangsformen kümmern, trifft dagegen bei unseren ultralinken Kritikern genau ins Schwarze.

Wenn Dimitroff die Rechtsopportunisten kritisiert, weil sie ein besonderes demokratisches Zwischen-Stadium konstruieren, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen Spaziergangs zum Sozialismus zu erwecken, so unterscheidet sich die Politik der DKP von dieser Position der Rechtsopportunisten prinzipiell.

Erstens säen wir keine Illusionen über einen friedlichen Spaziergang zum Sozialismus. Es wäre doch völlig wirklichkeitsfremd, wenn man nicht davon ausgehen würde, daß die Monopole, solange sie über die politische und wirtschaftliche Macht, über Justiz, Polizei und Militär verfügen, diese nicht auch rücksichtslos zur Erhaltung ihrer Macht einsetzen würden. Darum muß die entscheidende Auseinandersetzung auf dem Wege zum Sozialismus bereits in der Phase des Kampfes um die antimonopolistische Demokratie geführt werden. Es wird dies also eine Periode erbitterten Klassenkampfes sein. Ob die Reaktion dabei zu blutiger Gewalt greifen kann, das hängt vor allem von der Stärke der Arbeiterklasse, von der Einheit und Geschlossenheit der antimonopolistischen Bewegung ab. Schon für diese Kampfetappe gilt, was wir in der Grundsatzerklärung sagen und in den Thesen wiederholen: "Die DKP erstrebt den für das arbeitende Volk der Bundesrepublik günstigsten Weg zum Sozialismus, einen Weg ohne Bürgerkrieg. Es waren immer die herrschenden reaktionären Klassen, die zur Rettung ihrer Macht und ihrer Vorrechte blutige Gewalt gegen das Volk anwandten. Nur im harten Klassen- und Volkskampf gegen den unvermeidlichen Widerstand der großkapitalistischen Interessengruppen kann die sozialistische und antimonopolistische Volksbewegung die Kraft erlangen, um die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern." (Vgl. "Grundsatzerklärung der DKP", S. 46 f.)

Natürlich wird auch nach der Errichtung des Staates der antimonopolistischen Demokratie und nach der Überführung des monopolkapitalistischen Eigentums in das Eigentum dieses Staates auf dem weiteren Weg zum Sozialismus der Klassenkampf nicht aufhören.

Zweitens konstruieren wir kein besonderes, vom Kampf um den Sozialismus und vom einheitlichen revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus getrenntes demokratisches Zwischen-Stadium.

Die antimonopolistische Demokratie, um die wir kämpfen, ist keine eigene Gesellschaftsformation. Schon Lenin hat sehr deutlich gemacht, daß es zwischen der staatsmonopolistischen Entwicklungsstufe des Kapitalismus und dem Sozialismus keine eigene Gesellschaftsformation geben kann. Wir sehen die antimonopolistische Demokratie darum als eine mögliche Durchgangsphase vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Sozialismus, in der der Weg zum Sozialismus geebnet wird. Die antimonopolistische und sozialistische Umwälzung sind Stadien eines einheitlichen revolutionären Prozesses des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Es ist also völlig unhaltbar, zwischen Dimitroff und der Politik des VII. Weltkongresses der Komintern einerseits und der Politik der DKP andererseits einen Gegensatz aufbauen zu wollen. Die Strategie und Taktik der DKP ist vielmehr die schöpferische Anwendung der Theorie von Marx, Engels und Lenin, der Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung, wie sie unter anderen in der Politik des VII. Weltkongresses der Komintern und der Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 zum Ausdruck kommt, auf die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes in unserem Lande.

Wir möchten abschließend noch einmal hervorheben, daß sich die kritischen Bemerkungen zu den Thesen der DKP, die von dem Autor des Aufsatzes gemacht werden, mit dem wir uns hier auseinandergesetzt haben, durch ihre Sachlichkeit und ihre Sachkenntnis von ultralinken und anderen Kritikern abheben. Unsere Antwort auf diese kritischen Bemerkungen soll dem Ziel dienen, den sachlichen Meinungsstreit um die den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes am besten entsprechende Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung voranzutreiben.

Willi Gerns Robert Steigerwald

Antigewerkschaftlicher Kampf in den Gewerkschaften *

Eschenhagen will mit seinem Buch am Beispiel der Vorgänge auf der Klöckner-Hütte Bremen (KHB) "versuchen, die Gewerkschaftsfrage in einen grundsätzlichen Bezugsrahmen zu stellen und die Probleme anzugeben, die für eine politische Einschätzung der möglichen Rolle innergewerkschaftlicher Opposition innerhalb einer antirevisionistischen Strategie" /11 f./ entscheidend sind. Die "ganzlinken" Kritiker in der BRD und Westberlin gehen bei ihrer Kritik an den existierenden Arbeiterparteien stets so vor, daß sie erst behaupten, was sie beweisen wollen und sich dann in ihrer Beweisführung auf ihre eigenen Unterstellungen stützen. Daß DKP/SEW "revisionistisch" sind, steht also für sie von vornherein fest, denn diese Feststellung wird wie oben angedeutet "bewiesen". Die Notwendigkeit des "antirevisionistischen Kampfes" ergibt sich so von selbst.

So auch Eschenhagen in seinem Buch "Antigewerkschaftlicher Kampf oder Kampf in den Gewerkschaften". Er stellt zu Beginn erst einmal fest, daß die DKP "revisionistisch", die Gewerkschaften "reformistisch" und "bürokratisch" usw. sind. Von diesen Prämissen ausgehend glaubt er sich nicht mehr um den Nachweis für seine Behauptungen kümmern zu müssen. Dem entspricht dann auch, daß er nicht ein einziges Mal DKP-Materialien als Quelle genau angibt, wenn er über die DKP-Politik bei Klöckner schreibt.

Die Funktion der Gewerkschaften als kollektive Verkaufsorganisation der Ware Arbeitskraft

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, der damit verbundenen Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln und der Subsumtion der Arbeitskraft unter das Kapital bildeten sich als Abwehrorganisationen gegen die Maßlosigkeit des Kapitalverwertungstriebes die Gewerkschaften. Ihre Funktion war es vor allem, *kollektiv* die Bedingungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft zu sichern und zu verbessern; dies aus der Erfahrung der entstehenden Arbeiterklasse, daß der Arbeiter dem Kapitalisten einzeln schutzlos ausgeliefert ist, vereinigt ihm aber Widerstand entgegengesetzt werden kann. Das kollektive Aushandeln des Lohnes, des Preises für die Ware Arbeitskraft, ist also aus der notwendigen Abwehr der Maßlosigkeit des Kapitals entstanden. Die Arbeiterklasse schaffte sich mit den Gewerkschaften die allgemeinsten Bedingungen für ihre Organisation als Klasse: Mit dem kollektiv ausgehandelten Lohn wird das Scheinprinzip des Warentausches zwischen gleichberechtigten Warenbesitzern insofern durchbrochen, als die Arbeiter nicht mehr als vereinzelte Besitzer der Ware Arbeitskraft dem Kapital gegenübertreten, sondern als organisierte, die die Notwendigkeit der Organisierung in den täglichen Kämpfen um ihre Reproduktionsbedingungen erfahren haben. Da die Arbeiter dem Drang des Kapitals nach Lohndrückerei – den Preis der Ware Arbeitskraft unter den Wert zu senken – nur organisiert abwehren können, sind die Gewerkschaften Organisationen zur Sicherung

* Besprechung von W. Eschenhagen: ANTIGEWERKSCHAFTLICHER KAMPF ODER KAMPF IN DEN GEWERKSCHAFTEN, München 1971.

der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse. Insofern stellen sie das Profitsystem zwar nicht in Frage, aber da die Sicherung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse nur auf der Grundlage einer breiten *einheitlichen* Organisation möglich ist, haben sie einen über das kapitalistische System hinausweisenden Aspekt. Da sie aber gleichzeitig die Reproduktionsbedingungen der ausgebeuteten Klasse sichern, sichern sie auch die Existenz dieser Klasse als Ausbeutungsobjekt. Als *kollektive* Abwehrorganisationen haben die Gewerkschaften also eine über das System hinausweisende, als Sicherer der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse eine systemstabilisierende Seite.

Daß die Gewerkschaften *kollektive Abwehrorganisationen* sind und sich daraus grundlegende Konsequenzen für die Einschätzung des gewerkschaftlichen Kampfes ergeben, bleibt bei Eschenhagen völlig unberücksichtigt. /Vgl. 12-15/ Weil er diesen Zusammenhang nicht sieht, kann er auch keine sich aus der Funktion der Gewerkschaften ergebende Bestimmung ihres politischen Agierens ableiten. Bei ihm sind die Gewerkschaften als "kollektive Verkaufsorganisationen der Ware Arbeitskraft mit dem Ziel der Realisierung des Werts dieser Ware (...) Vertreter der ökonomischen Interessen der Lohnabhängigen." /13/ Die Bestimmung ihrer politischen Funktion muß dann "vom idealtypischen Anspruch her für die Gewerkschaften" /13/ erfolgen. Nicht aus der Notwendigkeit des kollektiven Abwehrkampfes der Arbeiterklasse mit Hilfe der Gewerkschaften entstehen die materiellen objektiven und subjektiven Voraussetzungen für den politischen Kampf, sondern "neben (? ? !!) dem täglichen Kampf zur Realisierung des Werts der Ware Arbeitskraft" haben sie "die Voraussetzungen für den politischen Kampf zur Abschaffung des Lohnsystems und damit der kapitalistischen Warengesellschaft selbst zu schaffen und diesen Kampf mit voranzutreiben." /13/ Was sich hier wiederfindet, ist die Grundlage für die alte wirklich revisionistische Trennung von Ökonomie und Politik: So wie von Eschenhagen dargestellt, besteht kein dialektischer Zusammenhang zwischen politischem und ökonomischem Kampf, sondern nur ein "idealtypischer". Weiter: "Die Frage, inwieweit die Gewerkschaften 'Organisationen der Klasse' sind, kann jedoch nicht unter Hinweis auf die Klassenlage der Organisierten beantwortet werden, sondern ist abhängig davon, inwieweit sie als Gewerkschaften sich ideologisch auf den Klassenstandpunkt des Proletariats stellen und davon ihre Politik ableiten." /15/ Wie sollen sie sich aber auf den Klassenstandpunkt stellen, wenn die objektiven Gesetzmäßigkeiten des Austausches zwischen Kapital und Arbeit von der Masse der Arbeiter noch nicht als Ausbeutungszusammenhang erkannt werden? Die jetzigen Gewerkschaftsführer stellen sich wohl aus purer Boshaftigkeit (Klassenverräter!) nicht "auf den Klassenstandpunkt des Proletariats"? Diese falsche Bestimmung des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik versperrt Eschenhagen letztlich auch die Sicht für den Zusammenhang von Mitgliedern und Gewerkschaft.

Das Verhältnis der Mitglieder zur Organisation

Wir haben gesehen, daß die Gewerkschaften Organisationen zur kollektiven Absicherung und Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse sind, und daß ihre Funktion im System der kapitalistischen Ausbeutung in sich widersprüchlich ist. Von dieser widersprüchlichen Funktion ist auch das Verhältnis Mitglieder – "Apparat" bestimmt. Da proletarisches Klassenbewußtsein nicht von irgendwem "erzeugt" werden kann, – es auch nicht nur "verschüttet" ist, so daß man es gewissermaßen nur "freizuschaufeln" bräuchte – /vgl. 127/ muß versucht werden, die Bedingungen darzustellen, die konstituierend für die Entwicklung von Klassenbewußtsein sind. Zugleich muß untersucht werden, in welcher Weise das Verhältnis zur Gewerkschaft von dieser Entwicklung beeinflußt wird.

Die Widersprüche der kapitalistischen Warenproduktion werden erst erkennbar, wenn der auf dem Warentausch beruhende Schein der Gerechtigkeit durchbrochen wird und die Widersprüche als dem System immanente deutlich werden. Dabei sind das Aufbrechen der Widersprüche und die Veränderung des Bewußtseins nicht unmittelbar gekoppelt, vielmehr ist dies ein langwieriger, in sich auch wiederum widersprüchlicher Prozeß. So war z.B. die Erfahrung der Krise '66/'67 wichtige Bedingung für die beginnende Destruktion der Wirtschaftswunderideologie und diese wiederum Voraussetzung für die Streiks '69. Bei der Bestimmung der Beziehung zwischen Klassenkampf und Klassenbewußtsein muß 1. ausgegangen werden von den konkreten Bedingungen, unter denen sich das Kapital verwertet, 2. davon, welche Klassenkampferfahrungen in der Arbeiterklasse vorherrschend sind, d.h. ob sie von der Erfahrung schwerer Niederlagen oder wesentlicher Erfolge geprägt sind. Je nach der vorherrschenden Erfahrung wird das Agieren der Arbeiterklasse stärker geprägt sein von dem Bewußtsein ohnmächtigen Ausgeliefertseins an die herrschenden Verhältnisse oder von dem Bewußtsein der eigenen Stärke; 3. muß davon ausgegangen werden, wie die Verwertungsbedingungen des Kapitals sich jeweils im Bewußtsein der Arbeiterklasse widerspiegeln, d.h. wie das Verhältnis von objektivem gesellschaftlichem Prozeß zur subjektiven Wahrnehmung bestimmt ist. Wie der Kapitalismus erfahren wird, hängt also von den Verwertungsbedingungen des Kapitals, den damit verbundenen Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse und von den historischen und konkreten Klassenkampferfahrungen (Niederlage im Faschismus, Restauration des Kapitalismus in der BRD, Teilnahme an Streiks usw.) ab. Die Klassenkampferfahrungen beeinflussen wesentlich Kampfbereitschaft und Erfahrung der eigenen Klassenlage. Die Frage nach der Notwendigkeit der Beseitigung des Kapitalismus stellt sich nach wesentlichen Niederlagen der Arbeiterklasse dann nicht, wenn das Kapital keine nennenswerten Verwertungsschwierigkeiten hat und so auch die ständige "Verbesserung" der materiellen Lebensbedingungen als unbegrenzt möglich erscheinen (Wirtschaftswunderideologie). Sie stellt sich für einen größeren Teil der Arbeiterklasse erst wieder, wenn der Reproduktionsprozeß des Kapitals und damit auch der Arbeiterklasse ins Stocken gerät. Brechen die Widersprüche der kapitalistischen Produktion nicht offen auf, sind sie für die große Masse der Arbeiter als solche nicht erfahrbar. Die gewerkschaftlichen Verbesserungsbemühungen werden sich dann aufgrund ihrer ökonomischen Funktion innerhalb der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten bewegen. In der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften werden daher integrationistische, sozialpartnerschaftliche und reformistische Vorstellungen vorherrschen. Werden die kapitalistischen Widersprüche aber tendenziell als grundsätzliche Widersprüche des Systems erfahrbar, so wird sich innerhalb der Arbeiterklasse immer mehr das Bewußtsein entwickeln, daß die Widersprüche des Systems, vor allem aber die Existenzunsicherheit der Lohnarbeiter, nur durch eine grundlegende Umwälzung der Verhältnisse aufgehoben werden können. Innerhalb der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften werden reformistische und integrationistische Strömungen zurückgedrängt. Es kann vorausgesetzt werden, daß dieser Prozeß kein gradliniger ist und daß sich der "Gewerkschaftsapparat" nicht automatisch der veränderten Situation an der "Basis" anpaßt.

Der Erfahrungsprozeß wird zunächst weitgehend auf dem Hintergrund der noch vorherrschenden Begrifflichkeit vollzogen, aber die Auseinandersetzungen um die Reproduktionsbedingungen bekommen einen kämpferischen Charakter. Tarifauseinandersetzungen finden nicht mehr nur vorwiegend am Verhandlungstisch statt. Dabei wird die Erfahrung des Systems modifiziert, weil gegen die unmittelbare Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen bzw. für deren Verbesserung gekämpft werden muß. Da die Gewerkschaften primär die Funktion haben, die Bedingungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft kollektiv abzusichern, werden sie also in Zeiten, wo diese Bedingungen relativ günstig scheinen, mehr zu "Tarifvertragsmaschinen", in Zeiten, wo diese Bedingungen relativ schlecht sind,

mehr zu Kampforganisationen. Die jeweilige Politik der Gewerkschaften bestimmt sich nicht daran, wie ihre Funktion von "Nichtrevisionisten" definiert wird, sondern an den konkreten Bedingungen der Klassenauseinandersetzung. Eine Politik, die auf prinzipielle Veränderung abzielt, kann sich erst in den Kämpfen herausbilden. Dabei spielt aber die Partei der Arbeiterklasse eine wesentliche Rolle, wie noch zu zeigen sein wird.

Bedingt durch die bis dahin scheinbar unbegrenzt mögliche stetige Verbesserung der Situation der Lohnabhängigen, hatte sich bis zur Krise '66/'67 ein Bewußtsein der Mitglieder von ihrer Organisation herausgebildet, daß vorwiegend geprägt war von einem Verhalten, wie es üblicherweise von Versicherungsnehmern ihrem Versicherungsgeber entgegengebracht wird. Diese Tendenz änderte sich mit der durch die Krise wieder erkennbarer gewordenen sozialen Unsicherheit der Arbeiter und Angestellten. In der Krise mußten sich die Arbeiter gegen die Bestrebungen des Kapitals, die Löhne zu kürzen, wehren. Der Mythos vom "Wirtschaftswunderland" BRD wurde ansatzweise zerstört. Die Erfahrung der Krise und der teilweise erfolgreichen Abwehrkämpfe machten tendenziell die Überwindung des Bewußtseins möglich, das durch schwere Niederlagen der Arbeiterklasse in Westdeutschland (Faschismus, Restauration) und durch die scheinbare Möglichkeit, im Kapitalismus ständig die soziale Lage der Arbeiter verbessern zu können, von Resignation ("Rückzug ins Private") und Ohnmacht geprägt war. Die Erfahrungen der Krise und der Abwehrkämpfe waren nicht zuletzt eine wesentliche Voraussetzung für die Lohnkämpfe '69 und für das Verhalten gegenüber den Gewerkschaften.

Aufgrund der Erfahrung der Kollegen, daß ihre Organisation nur so stark ist, wie sie selbst zu kämpfen bereit sind, werden sie nicht mehr nur darauf warten, daß ihre Gewerkschaft "was tut". Sie werden selbst in zunehmendem Maße Einfluß auf ihre Organisation zu nehmen suchen; indem sie dies tun, werden ihre Organisationen wieder mehr zu Kampfverbänden.

Die sogenannte Entfremdung zwischen Basis und "Apparat"

Die von Eschenhagen immer wieder angeführte "Entfremdung zwischen Führung und Basis" /17/ ist nichts anderes als ein Ausdruck für die wechselseitige Bedingtheit des Verhältnisses Mitglieder – Organisation, Organisation – Mitglieder. Da Eschenhagen "Bürokratisierung" der Gewerkschaften und "Entfremdung" zwischen Basis und Führung nicht aus den konkreten Bedingungen der Kapitalverwertung und den von daher bestimmten Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse, verbunden mit deren Klassenkampferfahrung herleitet, er also dieses Verhältnis zwischen Basis und Führung nicht als dialektisches begreift, muß er zu dem Schluß kommen, daß "die gewerkschaftliche Organisation zumindest in einzelnen Bereichen und zunächst auf betrieblicher Ebene ihre ursprüngliche Bedeutung als Organ der kollektiven Vertretung der Arbeiter zur Durchsetzung sowohl ihrer ökonomischen wie auch ihrer gesellschaftlich-antikapitalistischen Interessen verliert, da die Belegschaft autonom zur Vertretung ihrer Anliegen (...) geschritten ist und sie ohne (im Streik) bzw. gegen (bei der Betriebsratswahl) die Gewerkschaft durchgesetzt hat." /140/ Genau das Gegenteil ist der Fall! Aufgrund der sich verschärfenden Widersprüche im westdeutschen Kapitalismus, d.h. der sich verschärfenden Auseinandersetzungen um die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse, gewinnen die Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse wieder erheblich an Bedeutung für die Durchsetzung von Lohnforderungen bzw. Abwehr der in Krisenzeiten besonders krassen Maßlosigkeit des Kapitals. Allerdings paßt sich eine Organisation wie die Gewerkschaft in ihrem Agieren nicht automatisch diesen veränderten Bedingungen an. Das, was gegenwärtig in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung geschieht, weist aber hin auf die veränderten Kampfbedingungen der Arbeiterklasse, die sich auch auf die Gewerkschafts"apparate" auswirken. Auf der IGM-Jugendkonferenz wurde dieser Prozeß von einem Kollegen so dargestellt: "Es geht hier nicht darum, ob die Gewerkschaften nur immer der politischen Bewegung hinterherlaufen oder ihr voraus sind. Es gibt bestimmte Situationen, vor denen unsere eigene Phantasie versagt. Wer von uns hätte denn vor den Septemberstreiks sagen können, daß diese Streiks einen solchen Umfang und ein solches politisches Gewicht annahmen. Keiner von uns, ich zumindest und auch nicht die politischen Freunde von mir, wären dazu in der Lage gewesen. Es ist doch verständlich, daß die Gewerkschaften, wenn sich die politische Landschaft verändert hat, dann hinterher darauf reagieren. Hier ist doch etwas ganz Wesentliches passiert, etwas Wesentliches in dem Sinne, daß sich die Arbeiter nicht an den Rechtspositivismus in dieser Gesellschaft gehalten haben. Das ist eine Frage, (...) die wir jetzt in unser gewerkschaftliches Kalkül mit einbeziehen müssen." (Tagesprotokoll, 15.4.71, S. 80 f.). Für Eschenhagen steht von vornherein fest, daß diese Einbeziehung der erhöhten Kampfbereitschaft der Mitglieder nur zur Abwiegelung von Aktivitäten der gewerkschaftlichen Basis in den Betrieben dient. Er sieht nicht den in sich widersprüchlichen und mit Konflikten verbundenen Prozeß der Anpassung der Organisation an die sich verschärfenden Kampfbedingungen. Für ihn steht fest, daß "in dem Maße, in dem die Belegschaften selbständig handeln und sich neben dem Gewerkschaftsapparat zur Aktionseinheit organisieren, (die) Gewerkschaften an Bedeutung (verlieren)" /140/. Diese Bestimmung ist für ihn von großer Wichtigkeit, denn ohne sie könnte er keine Begründung für die Notwendigkeit einer Gewerkschaftsopposition liefern. Die Behauptung der wachsenden Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaften ist einerseits nur zu verstehen auf dem Hintergrund seiner Bestimmung der Funktion der Gewerkschaften, andererseits durch sein Unverständnis, mit dem er letztlich den aus dem Kampf um die materiellen Lebens-

bedingungen der Arbeiterklasse resultierenden Widersprüchlichkeiten und Notwendigkeiten gegenübertritt. Indem Eschenhagen ausgeht, daß seine "Entfremdung" aus dem "der Gewerkschaft immanenten Widerspruch zwischen ihrer Aufgabe, konsequente Vertreterin der o b j e k t i v e n (? ? ? hervorgehoben vom Autor) Interessen der Arbeiterklasse zu sein, und ihrer gleichzeitigen Funktion als bürgerlicher Institution" (? ? ?) /145/ resultiert, versperrt er sich die Möglichkeit, die wirklichen Ursachen für das Verhältnis Mitglieder – Organisation, Organisation – Mitglieder zu analysieren. Die Bestimmung der "objektiven Interessen der Arbeiterklasse" bekommen die Gewerkschaften wohl vom Weltgeist? Eschenhagens Bestimmung ist deshalb auch keine materialistisch-dialektische, sondern eine sehr stark von subjektiven Wünschen geprägte. Die Gewerkschaften können von ihrer Funktion her nicht die objektiven Tendenzen im Sinne der Abschaffung des Lohnsystems und der Errichtung der Diktatur des Proletariats verfolgen. Sie haben die Aufgabe, die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu sichern bzw. zu verbessern. Diese Aufgabe können sie nur als *einheitliche* Massenorganisation wahrnehmen. Jeder voluntaristische Versuch der Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik auf *unmittelbar* revolutionäre Ziele (Diktatur des Proletariats) muß zur Spaltung der Arbeiterklasse führen, bzw. sie vertiefen. Die Durchsetzung der ökonomischen wie der politischen Interessen der Arbeiterklasse würde erschwert oder gar unmöglich gemacht (vgl. Spaltung der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik). Je nachdem, *wie* der Kampf um die materiellen Lebensbedingungen geführt wird, wird die Frage nach dem Charakter des Systems aktuell. Der Bestimmung, daß die Gewerkschaften die objektiven politischen Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten haben, liegt auch die Verwechslung von Partei und Gewerkschaft zugrunde.

Partei der Arbeiterklasse und Gewerkschaften

Die Bestimmung der objektiven Interessen der Arbeiterklasse ist Aufgabe der Partei des Proletariats. In ihr organisiert sich der jeweils fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse. Sie bestimmt mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus die Aufgaben der Kommunisten in den konkreten Kämpfen der Arbeiterklasse um ihre materiellen Interessen. Die Kommunisten müssen also mit den täglichen Kämpfen um die materiellen Lebensbedingungen die objektive Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus als Bedingungen der Beseitigung der aus dem System der kapitalistischen Ausbeutung resultierenden Unsicherheit der Existenz verbinden – auf der jeweiligen Entwicklungsstufe der Klassenauseinandersetzungen und des Bewußtseins der Arbeiterklasse. Die ökonomischen Kämpfe werden in dem Maße politisch, wie sich in der Arbeiterklasse die Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus und der Kampf dafür als Erfahrung des Kampfes um die materielle Reproduktion durchsetzt.

Die Existenz der Gewerkschaften ist die allgemeine Bedingung, auf der sich proletarisches Klassenbewußtsein entwickelt (Einschränkung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander, solidarische Abwehr der Maßlosigkeit des Kapitals), die Partei muß auf dieser Basis die politische Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus mit den Erfahrungen der Arbeiter verbinden. Eschenhagen verwechselt also, indem er den Gewerkschaften Funktionen zuweist, die sie "von sich aus" nicht haben können, Funktionen der Partei mit Funktionen der Gewerkschaften. "Die Organisationen der Arbeiter für den ökonomischen Kampf müssen Gewerkschaftsorganisationen sein. Jeder sozialdemokratische Arbeiter hat diese Organisationen nach Möglichkeit zu unterstützen und aktiv in ihnen zu arbeiten."

"Das eigentliche Ziel der Gewerkverbände wäre gar nicht zu erreichen, wenn sie nicht alle zusammenfaßten, denen diese, sei es auch nur diese eine, elementare Stufe der Erkenntnis zugänglich ist, wenn diese Gewerkverbände nicht sehr b r e i t e Organisationen wären.

Und je breiter diese Organisationen sind, umso größer wird unser Einfluß auf sie sein, ein Einfluß, der nicht nur durch die 'spontane' Entwicklung des ökonomischen Kampfes ausgeübt wird, sondern auch durch die direkte, bewußte Einwirkung der sozialistischen Mitglieder des Verbandes auf ihre Kollegen." (Lenin: AW, Bd. 1, S. 242) Die objektiven Interessen der Arbeiterklasse, der Sturz der Bourgeoisie als herrschende Klasse, können die Gewerkschaften nur vertreten, wenn die Notwendigkeit zur Errichtung der Diktatur des Proletariats von der großen Mehrheit der Arbeiterklasse auf die Tagesordnung gesetzt wird, d. h., wenn sich die Kommunisten durch die in jeder Phase der Kämpfe der Arbeiterklasse im wesentlichen richtigen Veränderung dieser Kämpfe mit dem politischen Ziel nicht von der Masse der Arbeiterklasse isoliert hat, sie also die politische Aktionseinheit der Arbeiterklasse verwirklicht hat. Die Partei darf dabei in ihrem Agieren der Masse der Arbeiterklasse immer nur einen Schritt vorausgehen, andernfalls würde ihr Agieren nicht verstanden. Sie würde sich isolieren und ihren Einfluß in der Arbeiterklasse verlieren bzw. einen großen Teil der Arbeiterklasse nicht erreichen und diesen dem Einfluß der bürgerlichen und sozialdemokratischen Ideologien überlassen.

Aus dem bisher Gesagten folgt, daß die Aufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften nicht die Fraktionsarbeit mit dem Ziel oppositioneller Gewerkschaftsfraktionierung sein kann, die letztlich zur Spaltung und damit zur Schwächung der Gewerkschaften führen würde. Sie müssen als die bewußten Vertreter ihrer Klasse immer die Forderungen und Aktionen, die die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins weitertreiben, formulieren und unterstützen und so das politische Klassenbewußtsein in die ökonomischen Kämpfe hineintragen. "Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter *nur von außen* gebracht werden, d.h. aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen a l l e r Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen s ä m t l i c h e n Klassen." (Lenin: AW, Bd. 1, S. 211)

Wie von den Kommunisten das politische Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse hineingetragen wird, hängt von den jeweiligen historischen und konkreten Bedingungen der Entwicklung des Kapitalismus ab. Vor allem aber müssen die Kommunisten darauf bedacht sein, alles zu vermeiden, was zur Spaltung der Gewerkschaften führt, denn die Gewerkschaftseinheit ist die Grundlage für die Aktionseinheit und die Herstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse.

Am Beispiel der Entwicklung bei Klöckner und einiger Aspekte der Darstellung bei Eschenhagen soll hier der Versuch der exemplarischen Darstellung richtiger Gewerkschaftsarbeit gemacht werden. Dazu ist aber eine kurze Skizzierung der Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften notwendig.

Exkurs zur Entstehung der Gewerkschaften in Westdeutschland

Nach der Zerschlagung des Faschismus gelangten, mit maßgeblicher Hilfe der Westalliierten, die reformistischen Gewerkschaftsführer, die den Faschismus überlebt, aus seiner Erfahrung aber keine Konsequenzen zogen (Böckler, Freitag, Rosenberg usw.) wieder in die entscheidenden Positionen in den Gewerkschaften und der SPD. Als es 1949 zur Gründung des DGB kam, war dieser Prozeß abgeschlossen. Ihrer von wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen und Antikommunismus bestimmten Auffassungen vom Aufbau der "neuen Gesellschaft" waren wesentliche Bedingung für die Niederlagen der Arbeiterklasse bis 1952 (Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes) und die Restauration des Kapitalismus in der BRD.

Obwohl der allmähliche wirtschaftliche Aufschwung nach der Währungsreform im wesentlichen auf Kosten der Arbeiterklasse vor sich ging, konnten in der Arbeiterklasse, aufgrund der sich ständig verbessernden Versorgung mit Konsumgütern in Verbindung mit der aus der 12jährigen Erfahrung des Faschismus resultierenden Resignation – die sich nicht zuletzt im Antikommunismus zeigte – Ideologien von "Wirtschaftswunder" und "Sozialpartnerschaft" u.ä. großen Einfluß gewinnen. Ein wesentliches Symptom dafür war der starke Rückgang des Einflusses der KPD. Sie konnte 1956 verboten werden, ohne daß es zu wesentlichen Abwehrreaktionen gekommen war. Die Kampfbereitschaft war außerdem noch durch die relativ große Reservearmee und durch den bis 1961 ständigen Zustrom von hochqualifizierten Arbeitskräften aus der DDR eingeschränkt.

Die erste zyklische Krise in der BRD nach dem Krieg, die mit einem absoluten Rückgang der Produktion und mit steigender Arbeitslosigkeit, vor allem aber mit dem Abbau des sog. "Sozialklimbim"(den tariflich nicht abgesicherten Bestandteilen des Lohnes) verbunden war (vgl. "Weißbücher der IGM zur Unternehmermoral von 1967), hatte zwei wesentliche Folgen: Die Möglichkeit der Überwindung der zyklischen Krisenanfälligkeit des Kapitalismus wurde in Frage gestellt und als Folge der veränderten Verwertungsbedingungen des Kapitals und im Zusammenhang mit der weiteren Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus kam es zur Bildung der "Großen Koalition". Mit ihr wurde die SPD zum ersten Mal seit der Gründung der BRD an der Regierung beteiligt.

Die starke Verfilzung von Gewerkschaft und SPD hatte eine stärkere Orientierung der Gewerkschaften auf die Regierung – vor allem auf die Wirtschaftspolitik – zur Folge. Es kam zur "konzertierten Aktion", d.h. zu einer engen Bindung der Gewerkschaftsspitze an die Schillersche Wirtschaftspolitik (Lohnleitlinien). Gleichzeitig aber war die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse unter dem Eindruck der Krise und ihrer kapitalistischen Überwindung (Profitexplosion) enorm gestiegen. Diese Entwicklung führte schließlich zu den Septemberstreiks '69. Sie waren eine Folge des Widerspruchs, der sich aus der Bindung der Gewerkschaftsspitze an die SPD und dem sich verändernden Bewußtsein der Arbeiterklasse ergab. '69 trat dieser Widerspruch erstmals manifest in Erscheinung. Seitdem spielt die Auseinandersetzung um die Bindung der Gewerkschaften an die SPD-Politik innerhalb der Organisation eine immer größere Rolle (vgl. dazu die Diskussionen auf den Gewerkschaftstagen 1971).

Da Eschenhagen die historischen Bedingungen für die Herausbildung und Durchsetzung der z.Z. noch vorherrschenden gewerkschaftspolitischen Richtung nicht mit der Entwicklung des Kapitalismus in der BRD und der damit engverbundenen Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse verbindet, kann er auch keine Angaben über die Herausbildung des Gegensatzes zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und der "Bürokratie" machen. Bei ihm liest sich das so: Die durch "den Gedanken der Sozialpartnerschaft geleiteten Gewerkschaftsinstitutionen" /16/ verlieren an Funktion, weil sie nicht "die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse, wie sie sich auf Betriebsebene und gesamtökonomisch ergeben, wirksam vertreten"./17/ Angesichts dieses Funktionsverlustes spielt die Bürokratisierung der Gewerkschaftsapparate eine wiederum gesellschaftspolitisch und interessenmäßig zu bestimmende Rolle bei der Entfremdung zwischen Führung und Basis. Weil er die Politik der Gewerkschaften nicht als Produkt der konkreten gesellschaftlichen Entwicklung begreift, steht er dieser Politik letztlich auch hilflos gegenüber und kann ihr nur seine Vorstellung von dem, was er für die "richtige Politik" hält, entgegenstellen. Denn wie anders ist die Bestimmung zu verstehen, daß "vom idealtypischen Anspruch her für die Gewerkschaften die politische Notwendigkeit erfolgt, neben dem täglichen Kampf ... die Voraussetzungen für den politischen Kampf zur Abschaffung des Lohnsystems... selbst zu schaffen und diesen Kampf mit voranzutreiben." /13/ Typisches Merkmal der Kritik der

Praxis der Gewerkschaft durch die "Ganzlinken" ist, daß *sie* den Arbeitern sagen wollen, was ihre objektiven Interessen sind ohne aber die notwendigen Vermittlungsschritte zu sehen. Vor allem aber sprechen sie ihnen damit unbewußt die Fähigkeiten ab, selbst aus ihrer konkret erfahrbaren Situation politische Schlußfolgerungen zu ziehen. Sie wollen die Arbeiterklasse auf eine höhere Bewußtseinsstufe heben, sie "aus dem Stadium der vorpolitischen Resignation und Abstinenz (? ?) *(hervorheben)* (Hervorhebung v.A.) und auf das objektive Interesse der Arbeiterklasse orientieren." /144/ Deshalb sehen sie nicht die Notwendigkeit, daß die Arbeiter nur durch die eigene Erfahrung der Widersprüche des Kapitalismus in den konkreten Auseinandersetzungen um ihre Reproduktionsbedingungen tendenziell proletarisches Klassenbewußtsein entwickeln. Die Kommunisten haben in diesen Auseinandersetzungen *anleitende,* nicht nur aufklärende Funktion, d.h. sie kämpfen konsequent für die Interessen ihrer Klasse, die ihre eigenen sind. Diesen Zusammenhang sehen die "Ganzlinken" nicht, sondern sie sehen nur die "objektiven Interessen der Arbeiterklasse" und nicht deren materiellen (wenn, dann höchstens als Vehikel für die "objektiven")Interessen . Deshalb verstehen diese Kritiker auch nicht, daß über die Kritik an z.B. der Mitbestimmungspraxis einzelner Funktionäre die sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen und Illusionen auch der Kollegen entsprechend dem Entwicklungsstand des Bewußtseins destruiert werden soll. So wird die Mitbestimmung von ihnen nur gesehen als ein Instrument des Kapitals und der "Gewerkschaftsbürokratie" zur Integration der Arbeiterklasse in den Kapitalismus. Sie berücksichtigen nicht, daß die Arbeiterklasse für die Mitbestimmung gekämpft hat und daß diese Mitbestimmung ein Kompromiß als Ausfluß der Kräfteverhältnisse war und ist. Die "Gewerkschaftsbürokratie" wolle damit nur die Arbeiterklasse vom Kämpfen abhalten, sagen sie. Dies unterstellt, daß die Gewerkschaftsbürokraten die Interessen der Arbeiterklasse verraten haben. Dieser "Verrat" muß dann auch konsequenter Weise entlarvt werden.

Aus dieser Einschätzung der Gewerkschaften ergibt sich ebenfalls die Notwendigkeit eines "Zwei-Frontenkrieges" gegen Kapital und "Gewerkschaftsbürokratie". Letztlich führt dies aber zu einer Schwächung der Gewerkschaften durch Austritte und, da die Auseinandersetzungen mit der "Gewerkschaftsbürokratie" über die Köpfe eines großen Teils der Kollegen hinweg geht, zu einer relativen Isolierung der fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften, was ebenfalls zu ihrer Schwächung beiträgt. Die Entwicklung auf der KHB trug während der Auseinandersetzungen um den Betriebsrat (BR) sehr gefährliche Züge der Spaltung der Kollegen.

Der Konflikt auf der Klöckner-Hütte Bremen (KHB)

Die zentrale Kritik der fortschrittlichen Gewerkschaftler auf der KHB machte sich an der Mitbestimmungspraxis von Betriebsrat, Arbeitsdirektor (AD) und Ortsverwaltung (OV) der IGM in Bremen fest. Der Vertrauensleutekörper, die gewerkschaftliche Basis im Betrieb, war zum verlängerten Arm des BR und der OV degeneriert. Es hatten 10 Jahre keine allgemeinen Wahlen zum Vertrauensleutekörper (VK) stattgefunden, obwohl sie nach den Richtlinien der IGM für die Vertrauensleutekörper-Arbeit (Arbeitsheft der IGM Nr. 41) zur "demokratischen Legitimation der Vertrauensleute (VL) alle 3 Jahre stattfinden müssen (ebenda S. 77). Bei der Auseinandersetzung ging es im Kern um die Bestimmung der Politik der Gewerkschaft als Klassenorganisation oder als "Sozialpartner". Ob und warum die Vertrauensleutekörper-Wahlen nicht spätestens nach den von den fortschrittlichen Gewerkschaftern verlorenen BR-Wahlen 1966 verstärkt gefordert wurden, ist aus dem Material nicht ersichtlich. Es dürfte aber sicher damit zusammenhängen, daß die DKP erst im Herbst '68 gegründet wurde, die Kommunisten also bis dahin ständig verstärkt von Ver-

folgung bedroht waren. Dies und natürlich die allgemeinen Bedingungen der Entwicklung des Kapitalismus in der BRD erschwerten die Arbeit im Betrieb. Mit der Krise kam zwar wieder etwas Bewegung in die Arbeiterklasse, die aber erst mit dem Kampf gegen die Notstandsgesetze einen ersten politischen Ausdruck fand.

Exkurs zum Verständnis der Rolle des Betriebsrates und des Verhältnisses von Betriebsrat und Vertrauensleutekörper

Der Betriebsrat ist eine Institution des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG). Er wird in ihm auf die "vertrauensvolle Zusammenarbeit" "zum Wohle des Betriebes und seiner Arbeitnehmer unter Berücksichtigung des Gemeinwohls" festgelegt (§ 49). Parteipolitische Betätigung ist ihm untersagt (§ 51). Er darf keine "Maßnahmen des Arbeitskampfes einleiten" (§ 49) und er hat gegenüber den Kollegen über wichtige Informationen zu schweigen. (§ 55) Mitbestimmungs-, Informations- und Mitberatungsrecht hat er nur im Rahmen dieser Allgemeinen Bestimmungen. Daran hat sich auch im neuen Betriebsverfassungsgesetz nichts geändert.

Da durch das Ignorieren des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit dieser Gegensatz nicht verschwindet, gerät der Betriebsrat in eine Pufferrolle zwischen Arbeiter und Unternehmer. Je nach Kampfbereitschaft und -erfahrung, d.h. so wie die Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital im Betrieb von den Kollegen bewußt erfahren werden, stellt sich der Handlungsspielraum des Betriebsrates dar. Ist die Kampferfahrung und das "Konfliktbewußtsein" gering entwickelt, wird der Betriebsrat im wesentlichen innerhalb der vom BVerfG zugewiesenen Grenzen agieren. Die Grundlage seines Handelns ist dann bestimmt durch die Vorschriften des BVerfGes. Er wird zur sozialpartnerschaftlichen "Vertretung" der Interessen der Kollegen tendieren. Sind Kampferfahrung und -bereitschaft weiterentwickelt, wird der Betriebsrat "gezwungen", Mittel und Wege zu finden, um die Bestimmungen des BVerfGes zu unterlaufen und so die Interessen der Kollegen wirksam vertreten zu können. Die Basis seines Handelns ist dann über das BVerfG erweitert durch die Kampfbereitschaft der Kollegen. Sie verstehen den Betriebsrat unter diesen Bedingungen einerseits als ein Kampfinstrument in den täglichen Auseinandersetzungen, andererseits wissen die Kollegen Betriebsräte dann diese Kampfbereitschaft der Belegschaft bei den täglichen Auseinandersetzungen richtig einzusetzen. Das setzt aber einen starken (politisch und organisatorisch) VK voraus. Der VK ist die gewerkschaftliche Basis im Betrieb, ohne ihn kann der Betriebsrat langfristig keine effektive Durchsetzung der Kollegen erreichen.

Das Zusammenwirken von Vertrauensleutekörper und Betriebsrat ist eine wesentliche Bedingung für die Entfaltung der Kampfkraft der Kollegen. Dabei muß allerdings klar sein, daß der Betriebsrat kein gewerkschaftliches Gremium im Betrieb ist, (auch wenn nur Gewerkschaftsmitglieder in ihm vertreten sind) er also in seinem Handlungsspielraum (unter den gegenwärtigen Bedingungen) beschränkt ist. Andererseits ergibt sich daraus aber auch, daß der Betriebsrat vom gewerkschaftlichen Gremium im Betrieb, dem Vertrauensleutekörper kontrolliert werden muß und nicht umgekehrt. Hier setzt die eigentliche Problematik der Auseinandersetzung um eine nicht "sozialpartnerschaftliche" Gewerkschaftspolitik auf der KHB ein: um den Betriebsrat wurde gekämpft, als der Vertrauensleutekörper noch von einer "sozialpartnerschaftlichen" Mehrheit kontrolliert wurde. Der Kampf um den Betriebsrat ohne und gegen den Vertrauensleutekörper hatte so zur Folge, daß es bei der Betriebsratswahl 3 IGM-Listen auf der Hütte gab. Der Sieg der fortschrittlichen Liste hätte bei einer gewerkschaftsorganisatorischen Isolierung des Betriebsrats durch Vertrauensleutekörper und OV langfristig eine starke Schwächung des Betriebsrats und damit

der Belegschaft gegenüber der Direktion zur Folge gehabt. Deshalb war es unbedingt notwendig, diese Gefahr der Isolierung durch Neuwahlen der Vertrauensleute, und damit der Anpassung des Vertrauensleutekörper an die tatsächlichen gewerkschaftspolitischen Verhältnisse in der Belegschaft, abzuwehren. (Vgl. dazu "Mitbestimmung als Kampfaufgabe", Köln 1971)

Der Kampf um den Betriebsrat

Durch die Betriebsratswahl 1966 (unmittelbar vor der Krise) war es der rechten SPD-Betriebsrats-Mehrheit gelungen, ihre Position auszubauen. Sie wählte Max Müller – ehemaliges KPD-Mitglied – nicht mehr zum Betriebsrats-Vorsitzenden, obwohl er die meisten Stimmen bekommen hatte. Damit wurde von der rechten SPD und der mit ihr über den Bremer Senat eng verflochtenen IGM-OV die Zurückdrängung der progressiven Gewerkschafter auf der Hütte eingeleitet. Bonno Schütter von der Gruppe "Arbeiterpolitik" war allerdings als Angestelltenvertreter 2. Vorsitzender des Betriebsrats geworden.

Der Konflikt um den Arbeitsdirektor Düsmann (er orientierte sich bei seinen Entscheidungen ständig an den Interessen des Betriebes) konnte schon damals nur durch den massiven Eingriff des IGM-Vorstandes "beigelegt" werden. Von den Kollegen war seine Ablösung gefordert worden. Der Vorstand hatte das abgelehnt mit der Begründung, daß er nur darüber zu entscheiden habe, wer Arbeitsdirektor wird und er sich in diese Entscheidung nicht von außen hereinreden lasse.

In der Tarifauseinandersetzung 1968 kam es zur zweiten größeren Auseinandersetzung mit dem IGM-Vorstand, weil dieser die Lohnforderung der Kollegen von 10 % auf 8 % reduziert hatte. In diesem Konflikt wurde vor allem die starke Bindung der Gewerkschaften an die Schillerschen Lohnleitlinien deutlich. Ergebnis der Tarifverhandlungen war: 6 1/2 % und 18 Monate Laufzeit.

Seit dem Sommer '68 war der Betriebsrat durch die "sozialpartnerschaftlichen Machenschaften" der Betriebsrats-Mehrheit und der Zusammenarbeit mit dem Arbeitsdirektor lahmgelegt. Bonno Schütter wurde im Zusammenhang mit der Notstandskampagne entlassen, weil er zum "Verlassen des Arbeitsplatzes" aufgefordert hatte. H. Prott, der Betriebsrats-Vorsitzende war Hauptzeuge der Direktion im Arbeitsgerichtsverfahren gegen Schütter.

Die Auseinandersetzungen auf der Hütte spitzten sich so weit zu, daß es bei der Aufstellung der Liste für die Betriebsrats-Wahl (die Aufstellung der Liste wird vom Vertrauensleutekörper vorgenommen) aufgrund der unnachgiebigen Haltung der OV zu keiner Einigung kam. Weder wurde von der rechten Vertrauensleutekörper-Mehrheit eine alphabetische Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste akzeptiert, noch garantierten sie, das Stimmenergebnis bei der Konstituierung des Betriebsrats zu berücksichtigen. Die rechte Mehrheit hätte so die progressiven Kollegen aus dem freigestellten Betriebsrat fernhalten können, wie sie es bis zur Wahl praktiziert hatte. Als abzusehen war, daß die Mehrheit des Vertrauensleutekörpers zu keinem Kompromiß bereit war, zog die fortschrittliche Minderheit des Vertrauensleutekörpers aus der Sitzung des Vertrauensleutekörpers aus. Es kam zur Bildung von insgesamt drei Listen, auf denen nur IGM-Mitglieder kandidierten, denn von dem "SPD-Block" im Vertrauensleutekörper hatten sich noch Kollegen abgespalten, die dessen Politik nicht mitmachen wollten. (Liste 1: 10 Kollegen der linken SPD, Liste 2: 32 Kollegen, die der DKP, der Arbeiterpolitik, der SPD und keiner Partei oder Gruppe angehörten, Liste 3: die von der rechten Vertrauensleutekörper–Mehrheit aufgestellt worden war.)

Trotz aller Diffamierungen der Listen 1 und 2 durch die OV als "Spalterlisten" und "kommunistisch" bekam, entgegen aller Erwartung der OV, die offizielle Liste der IGM nur 1519 (36 %) der Stimmen und 11 Sitze, die Liste 2 2086 (50,9 %) der Stimmen und 16 Sitze, die Liste 1 bekam 491 (12 %) der Stimmen und 2 Sitze. Die offizielle IGM-Liste war weit abgeschlagen. Die für die fortschrittliche Gewerkschaftspolitik gefährliche Situation war damit zunächst durch diesen Sieg entschärft. Wegen dieser Position der Stärke konnte das von der OV gegen die 42 Kollegen eingeleitete Ausschlußverfahren nicht mit deren Ausschluß aus der IGM enden, ohne den Einfluß der IGM auf der Hütte zu verlieren. Bonno Schütter wurde allerdings als einziger ausgeschlossen, da dieser durch sein Verhalten während der Betriebsrats-Wahl und vor allem außerhalb dieser Auseinandersetzungen gezeigt habe, da er an einer weiteren Zusammenarbeit in der IGM nicht mehr interessiert sei – so der IGM-Vorstand. Der Zwei-Frontenkrieg Bonno Schütters und der Arbeiterpolitik gegen "IGM-Bürokratie" und Kapital hatte ihm die Kündigung und den Ausschluß aus der IGM eingebracht. Die fristlose Kündigung wurde vor dem Bundesarbeitsgericht als rechtens erkannt. Vorsorglich war aber von der Direktion kurz vor dem Ende der Verhandlungen eine erneute Kündigung ausgesprochen worden. Die IGM hatte ihm zuletzt den Rechtsschutz entzogen, weil das Ausschlußverfahren gegen ihn lief und er weiter gegen die "IGM-Bürokratie" "vom Leder zog". Obwohl B. Schütter bis zum entgültigen "rechtskräftigen" Rausschmiß durch das BAG als Angestelltenvertreter demonstrativ 1. Vorsitzender des Betriebsrats war, kam es zu keinen bedeutenden Solidaritätsaktionen der Kollegen.

Das Verhalten von DKP und Arbeiterpolitik während des Konflikts und danach

Nach dem Sieg der Linken bei den Betriebsrats-Wahlen kam sehr bald wieder deren unterschiedliche Einschätzung der Gewerkschaften und der Taktik gegenüber den rechten Strömungen in der Gewerkschaft zum Tragen. Die APO und vor allem Schütter begaben sich ständig in Frontstellung gegen die "Gewerkschaftsbürokratie" und deren "Machenschaften". Das entsprach auch ihrem Selbstverständnis als "Gewerkschaftsopposition". Die DKP versuchte in ihrer Kritik differenzierter auf das Agieren der Ortsverwaltung und des Vorstands zu reagieren. Wenn Eschenhagen der DKP vorwirft, die Arbeiter "theoretisch zu manipulieren, in dem sie das ganze gewerkschaftliche Problem auf das Versagen einzelner Funktionäre beschränkte" /105/, wird sein Unverständnis und das der APO gegenüber den beschriebenen Zusammenhängen der Funktion von Gewerkschaften im Kapitalismus, sowie der Herausbildung von reformistischer Gewerkschaftspolitik und deren Zurückdrängung deutlich. Die Auseinandersetzung mit der "Gewerkschaftsbürokratie" macht es ihnen letztlich unmöglich, auf den Reformismus in den Köpfen der Kollegen einzugehen.

Die DKP-Kollegen begreifen sich nicht als Opposition in den Gewerkschaften, sondern als konsequente Gewerkschafter: "Jeder Kommunist hat die Pflicht, ein aktiver Gewerkschafter zu sein und seine Arbeitskollegen für die Gewerkschaft zu gewinnen. Die kommunistischen Arbeiter und Angestellten sind Teil der Gewerkschaft. Sie kämpfen aktiv für die Durchsetzung der den Klasseninteressen dienenden Beschlüsse dieser Arbeiterorganisationen, für die Entwicklung der Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiterklasse". (DKP-These 30) In einem Brief an O. Brenner, in dem Heinz Röpke kurz vor der Betriebsrats-Wahl zu verschiedenen Flugblättern der Ortsverwaltung und des Vorstands Stellung nimmt, heißt es entsprechend: "Du gehst nicht davon aus, daß wir von vornherein "Gewerkschaftsfeinde" sind. Du weißt selbst, und wirst von allen Vorstandsmitgliedern, die in der Hütte bei uns waren, wissen, daß wir stets bemüht waren, die Gewerkschaft im Betrieb zu stärken, sie gegen Angriffe zu schätzen... Ich bin mit Dir völlig einer Meinung, daß die Stärke der IG Metall in ihrer Einheit liegt. Diese Einheit war ich nicht bereit zu stören

oder zu zerstören. Ich bedaure, daß sich die Situation so zugespitzt hat. Wir sollten darum daran denken, wie die Einheit der Belegschaft und der IG Metall wieder gefestigt werden kann. Wir sollten überlegen, wie der kommende Betriebsrat, gleich wie die nun einmal angelaufenen Wahlen ausgehen werden, zu einem einheitlichen Ganzen, zur fruchtbaren Zusammenarbeit kommen kann." (Brief von Röpke an Brenner kurz vor den Betriebsrats-Wahlen)

Die DKP greift die progressiven Forderungen und Beschlüsse der Gewerkschaft auf und kritisiert – daran und an den unmittelbaren Interessen der Kollegen ansetzend – das Verhalten und Agieren von Funktionären: "Eine Niederlage erlitt eine Gruppe Betriebsratkollegen, die in den letzten drei Jahren häufig Politik *gegen* die IG Metall gemacht haben. Kollege Prott und seine ehemalige Betriebsratsmehrheit vertraten nicht immer die Interessen der Belegschaft und der IG Metall. Das hatten große Teile der Belegschaft seit langem erkannt und kritisiert. Eine Niederlage erlitten auch Kollegen der Ortsverwaltung der IG Metall in Bremen, die die Kritiken an Prott überhören wollten." (Heinz Röpke in einem Leserbrief vom 14.5.'69 an den "Weser-Kurier") Dabei zeigen sie an den Interessen der Kollegen auf, wer sich wirklich gewerkschaftsschädigend verhalten hat. Dieses Vorgehen macht eine inhaltliche Kritik, die nicht über die Köpfe der Kollegen hinweggeht, erst wirklich möglich. Es berücksichtigt, daß die reformistischen Gewerkschaftsfunktionäre nicht durch den Weltgeist zu ihren Funktionen und zum Reformismus gelangt sind, sondern daß sie vor allem auch durch die Erwartungen der Mitglieder dazu gekommen sind, denn auch das Bewußtsein der Funktionäre ist nicht wesentlich verschieden von dem der Mitglieder. Eine Agitation, die diese Zusammenhänge nicht – oder nicht genug – berücksichtigt, geht über das Bewußtsein der Kollegen hinweg. Außer verstärkter Gewerkschaftsfeindlichkeit und langfristig eigener Isolierung wird damit nichts erreicht als eine Schwächung der fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften. Diese falsche Frontstellung ist aber nicht zufällig, sie ist Ausfluß der oben dargestellten falschen Bestimmung der Funktion von Gewerkschaften.

Dies wird durch die Entwicklung bei Klöckner bestätigt. Die APO spielt heute in der Hütte keine große Rolle mehr. Sie hat sich mit ihrem "antibürokratischen Kampf" in die linkssektiererische Ecke manövriert. Die Reaktion auf massive Angriffe des "Mitmischer" (Betriebszeitung von APO-Sympathisanten) gegen den Betriebsrat macht dies sehr deutlich. Den DKP-Mitgliedern wurde darin vorgeworfen, daß sie "bei der Vertretung außenpolitischer Bedürfnisse der Sowjetunion und der SED in Widerspruch zu den Interessen der Kollegen" gerät ("Mitmischer" 1/71) Daraufhin wurden von den Angegriffenen alle 32 Kollegen der Liste 2 zusammengerufen, um die Vorwürfe zu diskutieren. Bis auf E. Kassel (von der APO) distanzierten sich alle Kollegen von den Vorwürfen. Kassel wurde im Laufe der Auseinandersetzungen um diese Vorwürfe als Schriftführer des Betriebsrats abgesetzt, weil sich herausgestellt hatte, daß die Vorwürfe von ihm mitverfaßt worden waren. Die Erklärung, daß "der Mitmischer ... mit diesen Enthüllungen aufgehört (hat) nur eine Informationszeitung zu sein" (Mitmischer 1-71) hatte eine Spaltung des Kreises um den "Mitmischer" und seine Isolierung zur Folge. Ein Teil des Kreises stellte sich gegen die sektiererische Politik des "Mitmischer".* In diesem Jahr sind insgesamt nur 5 Nummern des "Mit-

* Von der Gruppe "Arbeiterpolitik" hat sich mitte 1971 die Gruppe Nürnberg und "Unser Weg" abgespalten. Sie hat sich mit der Gruppe "Unser Weg" vereinigt, beide geben sie eine neue Zeitschrift "Arbeiterstimme" heraus. Ihre Abspaltung von der "Arbeiterpolitik" und die Gründung einer eigenen Zeitschrift begründen sie mit dem "ultralinken Kurs und dem die sozialistische Demokratie negierenden inneren Status der 'Arbeiterpolitik'..." (Arbeiterstimme Nr. 3, S. 2) und dem "immer mehr im dialektisch verbrämten Wunsch- und Formeldenken" (S. 1) der Zeitschrift 'Arbeiterpolitik'.

mischer" verteilt worden. Die DKP-Betriebsgruppe brachte etwa 20 Nummern ihrer "Bramme" und, rechtzeitig zur Tarifrunde, eine Broschüre über die Profitentwicklung bei Klöckner "Der produzierte Reichtum, Unter der Lupe: Bilanz 1969/70 der Klöckner-Werke AG" zur Verteilung. Auch der Betriebsrat gibt regelmäßig Informationsblätter für die Belegschaft heraus.

Die Arbeit im 1970 neugewählten Vertrauensleutekörper, der zu 2/3 aus fortschrittlichen Vertrauensleuten besteht (drei – vierwöchentliche Vertrauenskörper-Sitzung während der Arbeitszeit, wöchentliche Arbeiterkreise der Vertrauensleute zu betrieblichen, gewerkschaftspolitischen und allgemein politischen Problemen) wird heute im wesentlichen durch die Aktionseinheit von fortschrittlichen Sozialdemokraten, Kommunisten und politisch Unabhängigen getragen. Die APO spielt dabei kaum noch eine Rolle. Sie hat sich mit ihrem Umsichschlagen nach allen Seiten (gegen den "kapitalhörigen Gewerkschaftsapparat" /11/, gegen die, an den "außenpolitischen Bedürfnissen der Sowjetunion und SED" orientierent, "revisionistische" DKP und gegen die Kollegen der SPD-Betriebsgruppe – denn wenn die "mit uns eine höhere Forderung zur Lohnrunde '71 aufgestellt haben, so bedeutet das für diese Genossen lediglich Maulheldentum hinter dem nichts steckt. Sie wollen damit im trüben fischen, um sich für die Betriebsratswahl aufzubauen" ("Mitmischer 4/71).

Von der aus 15 Vertrauensleuten bestehenden Vertrauensleutekörper-Leitung sind inzwischen 5 Mitglieder der DKP. Im Betriebsrat gibt es ebenfalls 5 DKP-Mitglieder. Außerdem gibt es noch 18 Vertrauensleute, die in der DKP sind. An dem Vorwurf, daß sich die DKP "wenn sie einmal im Betrieb die wichtigen Vertretungspositionen erobert hat, nicht um die Probleme der Bewegung" /108/ kümmert, kann demnach wohl kaum etwas dran sein außer dem "üblichen" "Antirevisionismus".*

Daß der Einfluß der APO zurückging, kann man freilich auch einem Komplott von IG Metall-, SPD-, DKP-Bürokratie unterstellen, denn auch die DKP hat einen "reformistisch-bürokratischen Charakter" (? ?) /18/. Da wundert es denn auch nicht, daß es in der DKP auch einen "Widerspruch zwischen Basis und Bürokratie" geben soll. "Der Bezirksparteitag der DKP hatte sich von der antigewerkschaftlichen Liste 2, auf der das ZK-Mitglied (?) Heinz Röpke, und die übrigen DKP-Mitglieder kandidiert hatten, distanziert". /66/ Natürlich ist diese Behauptung ebenfalls ohne Angabe der Quelle gemacht. Die Überprüfung ergab denn auch genau das Gegenteil: Unmißverständlich nahm der verantwortliche Genosse Willi Seipel vom Bezirksvorstand auf der Bezirkskonferenz zur Frage, welche Liste die gewerkschaftsfeindliche ist, Stellung: "Wir sind für eine gewerkschaftliche Einheitsliste. Es war das Bemühen der Kommunisten, auf einen Nenner zu kommen. Es lag nicht in der Kraft unserer Genossen, eine zweite gewerkschaftliche Liste zu verhindern. Sie war nach den Auseinandersetzungen um die IGM-Politik und deren Zuspitzung nicht vermeidbar. Würden unsere Genossen bei der Listen-Wahl auf der offiziellen IGM-Liste stehen, dann ständen sie bei den Betriebsrats-Kollegen wahrscheinlich ganz unten an, die jahrelang gegen die Politik der IGM verstoßen haben, die Mitbestimmung als engste Zusammenarbeit mit dem Direktorium verstanden, im Widerspruch zur Belegschaft standen und bemüht waren, alle fortschrittlichen Gewerkschafter aus den Funktionen zu drängen. Um der Einheit willen wären alle bewährten, angesehenen kommunistischen Kollegen herausgetrickst worden, weil der Listenplatz entscheidet. Trotz großen Vertrauens wären Kommunisten nicht wieder in den Betriebsrat gekommen. Ich erkläre hiermit unmißverständlich: Die Liste, auf der bei Klöckner Kommunisten kandidieren, ist eine Gewerkschaftsliste, eine Liste von 32 angesehenen aktiven Gewerkschaftsfunktionären". (Protokoll der DKP-Bezirkskonferenz vom April 69) (Eschenhagen sollte sich einmal überlegen, welche Funktion solche Unterstellungen haben.)

Die Auseinandersetzungen bei Klöckner haben sich vor allem an der Frage der Mitbestimmung entwickelt, insbesondere daran, wie und ob eine nicht-sozialpartnerschaftliche Praktizierung durchzusetzen ist, wie die bestehenden gesetzlichen Mitbestimmungsinstitutionen für die Durchsetzung der Interessen der Kollegen brauchbar gemacht werden können. (Mit der Zusammenfassung der drei Klöckner-Hütten Hagen-Haspe, Osnabrück und Bremen unter einer zentralen Unternehmensleitung wurde der bisherige Bremer Arbeitsdirektor Düsmann auf den gleichen Posten in der Gesamtkonzernleitung "berufen". Den bisherigen Bremer Posten übernahm auf Vorschlag des Betriebsrates sein bisheriger Assistent Frische. Durch dessen Bereitschaft, mit dem Bremer Betriebsrat zusammenzuarbeiten, ist die Stellung des Arbeitsdirektors in der Betriebsorganisation für die Interessenvertretung der Kollegen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten fungibel geworden.) In dieser Auseinandersetzung hat sich eine starke kampferfahrene und kampfbereite Belegschaft auf der Hütte entwickelt. Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Kollegen wurde dabei weit vorangetrieben. Aber nicht durch ihre Konfrontation mit ihren "objektiven Interessen" (der Beseitigung des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus) haben die Kollegen gelernt, sondern in der Auseinandersetzung um ihre materiellen Interessen. Das Verhalten von Betriebsrat, Arbeitsdirektor und Ortsverwaltung hat auch ihre eigenen illusionären sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen als nicht geeigent zur Durchsetzung ihrer Interessen destruiert. Sie haben zum Teil erkannt, daß sie nur so viel Rechte haben, wie sie sich aufgrund ihrer Stärke nehmen können. Die reale Bewegung der kapitalistischen Widersprüche – und nicht der Wille irgendwelcher Kader – hat das Bewußtsein dieses Teils der Kollegen ein wesentliches Stück in Richtung auf die Entwicklung von sozialistischem Bewußtsein vorangetrieben. Die Bewußtesten haben sich in der DKP organisiert.

Jupp Schmitz

* Zur Struktur der APO: Die Kandidaten der APO bei den Betriebsrats-Wahlen kamen alle aus dem Angestellten-Bereich. Diese Struktur mag zu der Pseudoradikalität, mit der die APO gegenüber der IG Metall und SPD auftritt, beigetragen haben; allgemein ist ja aus der Industriesoziologie bekannt, daß Angestellte viel eher zu kleinbürgerlichem Bewußtsein neigen.

Schriftenreihe Kritische Gewerkschaftspolitik Band 1
Herausgegeben von Dipl.-Pol. Wolfgang Zaehle

Reinhard Crusius / Manfred Wilke
Elemente einer Theorie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Vorwort: Ernest Mandel

Bestellungen an Verlag die Arbeitswelt – Vertrieb – 1 Berlin 45 Unter den Eichen 84 e
Kartoniert 126 Seiten 10,– DM

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung

Herausgeber: Carl Grünberg. Das "Grünberg-Archiv" umfaßt den Zeitraum 1911-30. Es enthält Texte von: Adler, Beer, Bernstein, Blum, Grünberg, Horkheimer, Korsch, Lukacz, Mehring, Nettlau, Pollock, Weill, Wittfogel u.a. Jeder Band enthält urkundliche Mitteilungen, Rezensionen, Bibliographie. Insgesamt 15 Bände. 7.460 Seiten. Preis: 350,- DM

Zur Geschichte der KPdSU (B)

Jakob Moneta: Kommentar zur "Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang". Auf- und Niedergang des Stalinismus.

Ernest Mandel: Dreißig Fragen und Antworten zur neuen "Geschichte der KPdSU (B)"

Die Verwendung des "Kurzen Lehrgangs" als Schulungslektüre rechtfertigt schon die Herausgabe der Texte von Moneta und Mandel. Wird doch hier versucht mit der Entlarvung von Fälschungen und Legenden gleichzeitig "eine wirkliche Geschichte der Hauptgedanken der Theorie des Bolschewismus in großen Zügen zu liefern" (Moneta). Mit einer Rezension der Zeitschrift "was tun". 180 S. Preis: 6,50 DM

N. Bucharin Vom Sturze des Zarismus bis zum Sturze der Bourgeoisie

Zwei Aufsätze: Der Klassenkampf in Rußland - Von der Diktatur des Imperialismus bis zur Diktatur des Proletariats.

Erstausgabe: 1919.

Preis: 3,50 DM

Versand nur gegen Nachnahme oder Vorausrechnung. Große Auswahl an sozialistischer und marxistischer Literatur: BUCHLISTE ANFORDERN!

★spartakus Verlag Vertrieb und Versand
2 Hamburg 13, Postfach 117, Tel. 0411/41 74 84

Diese Texte sind in allen politischen Buchläden erhältlich. In Hamburg: Politischer Buchladen MANIFEST, 2 HH 13, Schlüterstr.79, Tel.0411/44 40 03

Das neueste Stadium von Pierre Jalées Imperialismus

Die Leninsche Imperialismus-Theorie bildet innerhalb des Marxismus-Leninismus die entscheidende wissenschaftliche Basis für die Analyse von Ökonomie und Politik des gegenwärtigen und zukünftigen Imperialismus. Mit ihr ist gleichzeitig die wesentliche Voraussetzung gegeben, ausgehend von den Reproduktions- und Herrschaftsbedingungen des modernen kapitalistischen Monopols, die heutigen Existenzbedingungen und die historische Perspektive der Klassen und sozialen Schichten, die Erfordernisse des Kampfes der Arbeiterklasse und aller antiimperialistischen Kräfte gegen den Imperialismus darzustellen, nachzuweisen und aufzuzeigen. Die Entwicklung des Klassenkampfes innerhalb der kapitalistischen Länder sowie auf internationaler Ebene offenbart täglich die Aktualität der Leninschen Imperialismus-Theorie: "Daher ist es notwendig, alle Angriffe auf die Leninsche Theorie – in welchen Formen sie auch immer geführt werden – konsequent zurückzuweisen." (1)

Pierre Jalées Schrift "Das neueste Stadium des Imperialismus" (2) muß im Sinne dieses zitierten Hinweises betrachtet werden. Im Vorwort wird u.a. gesagt, daß Jalee Lenins Arbeit "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" rekapitulieren und zeigen will, "was daran überholt ist und was sich als allgemeines Bewegungsgesetz im neuesten Stadium des Imperialismus erst heute vollständig herausentwickelt hat". /1/ Kurzum: Jalée beabsichtigt, das Hauptwerk der Leninschen Imperialismus-Theorie zu "erneuern", zu "modernisieren". Damit es keine Mißverständnisse gibt: es geht nicht darum, aus dem gegenwärtigen Imperialismus schlechthin "Beweise" für die Richtigkeit der Leninschen Lehre zu suchen und zu finden, sondern die Erkenntnisse und Aussagen Lenins schöpferisch auf die Untersuchung der neuen Phänomene und Prozesse des Imperialismus anzuwenden sowie Konsequenzen für den Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Imperialismus und Sozialismus zu ziehen. Aber gerade diesem Erfordernis entspricht Jalée in und mit seinem Buch nur ungenügend!

Die vor zwei, drei Jahren insbesondere von ultralinken Kräften gefeierten, von den Marxisten-Leninisten aber ob ihrer theoretischen Unhaltbarkeit und gesellschaftlichen Perspektivlosigkeit kritisierten und zurückgewiesenen Auffassungen eines Herbert Marcuse, Daniel Cohn-Bendit oder Frantz Fanon wurden innerhalb der antiimperialistischen Bewegung inzwischen fast zur historischen Makulatur. Jalée unternimmt nun – ausgehend von bestimmten theoretischen Betrachtungen zum heutigen Imperialismus – einen erneuten Versuch, den progressiven gesellschaftlichen Kräften eine politisch-ideologische Orientierung für ihren Kampf gegen das imperialistische Herrschaftssystem zu geben. Dabei sind geistige Anleihen bei den vorher genannten Ideologen ganz offensichtlich. Allerdings – und hierin muß man Unterschiede z.B. zwischen Marcuse und Jalée sehen – wird die politisch-ideologische Orientierung der antiimperialistischen Kräfte weniger aus einer sozialpsychologisch-soziologischen, sondern mehr aus einer ökonomischen Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus entwickelt.

---

1 K. Hager: DIE ENTWICKELTE SOZIALISTISCHE GESELLSCHAFT. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 60. (Vgl. auch SOPO 14/15, S. 177 ff., Red.)

2 Pierre Jalée: DAS NEUESTE STADIUM DES IMPERIALISMUS, München 1971.

Wodurch ist nun für Jalée das "neueste Stadium des Imperialismus" gekennzeichnet? Vor allem durch

- die Intensivierung der ökonomischen und politischen Ausbeutung und Unterdrückung der Länder und Völker der "Dritten Welt" seitens des Imperialismus,
- die Existenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus,
- das Wirken der "neuen technischen Revolution",
- das enorme Integrationspotential des Imperialismus (vor allem der USA),
- eine beträchtliche Konzentration und Zentralisation des Kapitals; und
- das Erlöschen der revolutionären Potenz der Arbeiterklasse im modernen Kapitalismus!! (Den beiden letzten Aspekten werden wir in der Betrachtung der Jaleeschen Schrift größere Aufmerksamkeit widmen!)

Man muß konstatieren, daß Jalée insbesondere in den Kapiteln "Der Imperialismus und die Rohstoffe" /22 ff./, "Imperialismus und internationaler Handel" /49 ff./ und "Der Kapitalexport" /64 ff./ mit aufschlußreichem Tatsachenmaterial, mit konkreten Details vor allem die gewaltige ökonomische Ausbeutung der Länder der "Dritten Welt" durch die Monopole und imperialistischen Mächte nachweist. Hier gelingt es ihm, einen der charakteristischen Züge des Imperialismus exemplarisch aufzuzeigen. Doch mit seinen Ausführungen beweist Jalée selbst überzeugend die *Aktualität* der Leninschen Imperialismus-Theorie, denn Lenin hatte ja in seinem Hauptwerk über den Imperialismus jenen Grundzug und seine Ursache – die Existenz und Herrschaft des Monopols – enthüllt. Bei Jalées Darlegungen über den staatsmonopolistischen Kapitalismus ist charakteristisch, daß er – im deutlichen Widerspruch zu Lenin (3) – das Wesen dieser Entwicklungsstufe des Kapitalismus *nicht* als Verschmelzung von Monopol und Staat, als Verbindung von ökonomischer Macht der Monopole mit den spezifischen Potenzen des imperialistischen Staates im Interesse monopolistischer Profite und der Sicherung der Positionen des Monopolkapitals faßt. Seiner Meinung nach – und er stützt sich hier extra auf die zu enge Auffassung von Stalin – handelt es sich beim staatsmonopolistischen Kapitalismus darum, daß der Staat den Monopolen untergeordnet wird. /121/ Doch diese Einschätzung berücksichtigt nicht, daß die Unterordnung des Staates unter die Monopole *überhaupt* ein Charakteristikum des Imperialismus und nicht nur des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist. Es wird ungenügend reflektiert, daß das Hauptinstrument der Monopole, der Staat, *unmittelbar* in den kapitalistischen Reproduktions- und Ausbeutungsprozeß, in das Wirtschaftsleben eingeschaltet wird, daß ihm umfassende Funktionen zur Beeinflussung der gesellschaftlichen Verhältnisse übertragen werden, daß er zur *Bedingung* des Kapitalverwertungsprozesses wurde und wird und daß das Wesentliche der ökonomischen Tätigkeit des imperialistischen Staates in seiner Monopolisierungsfunktion besteht. (4) Völlig unbefriedigend wird von Jalée das Problem untersucht, worin die spezifischen Merkmale der ökonomischen Tätigkeit des Staates im Unterschied zu den privaten Monopolen besteht (5), auf welche Art und Weise unter staatsmonopolistischen Verhältnissen das Grundprinzip des Kapitalismus, Konkurrenz und Anarchie, die Durchsetzung der ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise beeinflußt und wie das Staatsmonopol, die staatsmonopolistische Konkurrenz in Ökonomie und Gesellschaft wirkt. Wenn aber eine solche Analyse fehlt, ist es nur sehr schwer möglich, die Bewegungsweise und vor allem die Verschärfung der dem System immanenten Widersprüche konkret zu untersuchen und damit die Möglichkeiten und Erfordernisse der Strategie und Taktik aller antiimperialistischen Kräfte sowie die Perspektive des antiimperialistischen Kampfes zu entwickeln.

3. Vgl. W.I. Lenin: WERKE, Bd. 24, Berlin 1959, S. 401.
4 Vgl. Autorenkollektiv: DER IMPERIALISMUS DER BRD, Berlin 1971, S. 91 f.
5 Ebenda, S. 101 ff.

Kritisch muß vermerkt werden, daß in Jalées Analyse über das "neueste Stadium des Imperialismus", und das ist ja staatsmonopolistischer Kapitalismus, in keiner Weise die Auswirkungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Klassen- und Sozialstruktur, insbesondere auf die Struktur der Arbeiterklasse sowie auf den Charakter und die Formen kapitalistischer Ausbeutung in der Gegenwart untersucht werden.

Im 10. Kapitel beschäftigt sich Jalée mit den "Widersprüchen und Integrationstendenzen des Imperialismus" /153 ff./. Dabei ist für ihn bestimmend, daß die "imperialistische Integration ... das *wesentlichste* Faktum" /178 (Hervorhebung – G.K.)/ des gegenwärtigen Imperialismus ist, daß im Widerspruch zwischen Konkurrenz und Integration, das "zweite Element (d.h., die Integration – G.K.) immer mehr an Bedeutung (gewinnt) und ... die Hauptseite des Widerspruchs" /173/ konstituiert. Im gleichen Atemzug trägt Jalée einen massiven Angriff gegen die Leninsche Imperialismusanalyse vor, konkret betreffend die Aufdeckung der Ursachen der imperialistischen Grundantagonismen sowie ihrer Verschärfung. Er schreibt: "Wenn man Lenin im Jahre 1970 einfach wiederholt, tut man sein Bestes, um ihn zu verraten. Wenn wir in den innerimperialistischen Widersprüchen, die es zweifellos noch gibt, *weiterhin* das grundlegende Moment sehen, weigern wir uns, die gegenwärtigen Tatsachen anzuerkennen ..." /173 (Hervorhebung – G.K.)/. M.a.W.: Der Imperialismus ist stabil, kraft seines Integrationspotentials in der Lage alle Widersprüche zu regulieren, die Konflikte und Auswirkungen der Konkurrenz zu beherrschen. Lenins Aussagen sind somit ungültig, die revolutionären Kräfte können getrost ihre Hände in den Schoß legen, es hat sowieso alles keinen Zweck! Das ist schon ein politisches Programm ...!!

Hier nur soviel: Real ist die politische, ökonomische und soziale Integration unter staatsmonopolistischen Verhältnissen. (6) Real ist auch, daß sie tatsächlich beachtliche Möglichkeiten und Wirkungen besitzt. Doch absolut unreal ist die maßlose *Übertreibung* der integrationistischen Potenzen, das "Vertrauen" in die Kraft des Imperialismus. Genau zutreffend für die Position Jalées ist die Leninsche Kritik an Kautskys "Ultraimperialismus". Lenin schreibt: "Urteilt man *abstrakt*-theoretisch, so kann man zu dem Schluß kommen, zu dem Kautsky ... denn auch gelangt ist: daß es nämlich nicht mehr sehr lange dauern werde, bis sich diese Kapitalmagnaten im Weltmaßstab zu einem einzigen Welttrust zusammenschlössen, der dann die Konkurrenz und den Kampf der staatlich getrennten Finanzkapitale durch die internationale Vereinigung des Finanzkapitals ersetzen würde ... Läßt sich indes bestreiten, daß abstrakt eine neue Phase *nach* dem Imperialismus, nämlich ein Ultraimperialismus, 'denkbar' ist? Nein. Abstrakt kann man sich eine solche Phase denken. Nur bedeutet das in der Praxis, daß man zu einem Opportunisten wird, der die akuten Aufgaben der Gegenwart leugnet ..." (7). Abstrakt, schärfer: politisch desorientierend ist die Negierung der im Prozeß der Integration erfolgenden Verschärfung der imperialistischen Widersprüche zwischen den Monopolgruppen und Staaten (EWG-USA, Japan-EWG, Frankreich-BRD, USA-Japan), ist das "Übersehen" der Wirkungen des Vietnam-Krieges und der Dollarkrise auf den USA-Imperialismus sowie der Konflikte, die sich aus der Verringerung der sozialen Herrschaftsbasis des Monopolkapitals im staatsmonopolistischen Kapitalismus ergeben. Insofern gilt es auch ganz prinzipiell, Jalées Polemik gegenüber Lenin zurückzuweisen, der im kapitalistischen Monopol zurecht die entscheidende Ursache für die Labilität und Widersprüchlichkeit des Imperialismus sah.

Äußerst aufschlußreich für die Beurteilung der Jaléeschen Analyse des gegenwärtigen Imperialismus ist das Kapitel "Konzentration und Zentralisation des Kapitals". /95 ff./

6 Zu den Ursachen und Zielen der imperialistischen Integration, vgl. Autorenkollektiv: DER IMPERIALISMUS DER BRD, S. 398 ff.
7 W.I. Lenin: WERKE, Bd. 22, Berlin 1960, S. 103 u. 106.

In seinen Ausführungen knüpft er anfangs auch richtig bei Lenin an: "Der Übergang von der Konkurrenz zum Monopol, die Entstehung von Monopolen aufgrund der Konzentration der Produktion ist ... ein allgemeines Gesetz und charakteristisch für die Entwicklung des Kapitalismus im gegenwärtigen Stadium". /95/ Im weiteren wird dann mittels einiger Zahlen und Fakten der Konzentrationsprozeß des Kapitals belegt. (Dabei wird von Jalée im übrigen in unzulässiger Weise das kapitalistische Profitmotiv als *entscheidende* Ursache für diesen Prozeß negiert, denn er schreibt: "*Die moderne Technologie* verstärkt die grundlegende Tendenz der kapitalistischen Industrie zur Konzentration ..." /105/. Eine klare Bestimmung des Monopols, eine Bestimmung seiner Beziehung zum Imperialismus überhaupt vermißt man jedoch. Konsequenz aus dieser Tatsache ist, daß Jalée in seiner Arbeit zwar mit einer Vielzahl interessanter und wichtiger zusammengetragener Fakten aus dem imperialistischen Wirtschaftsleben aufwartet, aber keinen unmittelbaren inneren Zusammenhang zum modernen kapitalistischen Monopol, zu dessen Art und Weise der Bewegung herstellt. Das Monopol als "der Kern der ganzen Sache" (Lenin) wird in seiner praktischen wie theoretischen Bedeutung für den Imperialismus von Jalée nicht voll erkannt. Daher verwundert es nicht, daß der Monopolisierungsprozeß im gegenwärtigen Imperialismus, die Entwicklung des privaten Monopols zum Staatsmonopol als *ein* Problem neben vielen behandelt wird. Jalée, der anfangs formulierte, daß "eine wissenschaftlich orientierte Studie des gegenwärtigen Imperialismus ... sich ... eine theoretische und historische Grundlage in jenen Werken suchen (wird), die vor mehr als einem halben Jahrhundert den Imperialismus als neues Stadium in der Entwicklung des Kapitalismus definierten" /9/, also vor allem bei Lenins "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", "übersieht" hier ganz offensichtlich, daß Lenin dem Monopolisierungsprozeß, der Herausbildung und Entfaltung des Monopols *zentrale* Bedeutung beimaß und davon ausgehend die weiteren gesellschaftlichen Merkmale und Qualitäten des Imperialismus untersuchte und jene als Äußerungsformen des kapitalistischen Monopols charakterisierte. Jalées Darlegungen ist zu entnehmen, daß er das Monopol überhaupt als eine *Organisationsform* eines kapitalistischen Unternehmens, als *markt*beherrschendes Unternehmen betrachtet. /102/ D.h. aber, daß Jalée zutiefst der *bürgerlichen* Monopolauffassung und Interpretation verfallen ist, (8) wo das Monopol eben als eine bestimmte *Marktform* gefaßt wird. Jalée arbeitet also nicht heraus, daß das Monopol *mehr* als nur eine Organisationsform eines kapitalistischen Unternehmens ist. Er ist also nicht der Auffassung, daß das imperialistische Monopol eine Entwicklungsstufe der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist, daß es die Funktion hat, den Preis- und Profitmechanismus des Kapitalismus der freien Konkurrenz mit ökonomischer *und* außerökonomischer Gewalt zu durchbrechen. Das Monopol hat die Aufgabe, eine entsprechend dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte notwendig gewordene,eben eine monopolistische Form der Produktion und Verteilung des Profits zu verwirklichen. Von Jalée wird geleugnet, daß das imperialistische Monopol zum beherrschenden Phänomen des Kapitalismus wurde, daß es ein *gesellschaftliches* Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis ist, das der gesamten Gesellschaft in Gestalt des Monopolprofits einen Tribut auferlegt. Lenin hat eine präzise Bestimmung des Platzes des Monopols in der imperialistischen Gesellschaftsordnung gegeben. Eine Bestimmung, die heute mehr denn je gültig ist. "Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt – das ist das Typische für die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, das ist es, was aus der Bildung

8 Anders kann man im übrigen seine Erklärung auch nicht werten, die er am Anfang des Buches gibt: "Den Terminus M o n o p o l verwenden wir ohne nähere Bestimmung in seiner zwar ungenauen, aber gängigen Bedeutung in der er Monopol wie Oligopol umfaßt." Ebenda, S. 7. (Vgl. zur Kritik bürgerlicher Monopolauffassungen den Aufsatz von Günter Krause: "Zur Kritik einer Variante bürgerlicher Monopoltheorie", in: SOPO 14/15, S. 57 ff., Red.)

allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist." (9) Und an einer anderen Stelle stellt Jalée fest: "Ist das Monopol einmal zustandegekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit *alle* Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen 'Details'." (10) Unmißverständlich wird hier also auf den inneren Zusammenhang zwischen der Existenz des modernen Monopols und den gesellschaftlichen Grundqualitäten des Imperialismus hingewiesen. Diesen Zusammenhang, von Lenin in "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" dargelegt, hält Jalée offensichtlich für "überholt". Anders ist es nämlich nicht zu erklären, daß sich nirgendwo in seiner Schrift eine diesbezügliche Darstellung und Charakteristik des Monopols sowie seines Verhältnisses zur imperialistischen Gesellschaftsordnung findet. Allein schon bei der Erklärung dessen, was Jalée unter "imperialistischen Ländern" versteht, zeigt sich sein Unvermögen, das Monopol als Grundlage des Imperialismus zu erfassen. Er schreibt: "*Imperialistische Länder* nennen wir die kapitalistischen Industrieländer, die von der internationalen Arbeitsteilung imperialistischen Typs profitieren ..." /7/ Hier wird völlig vom Monopol als dem *entscheidenden* Merkmal des höchsten Stadiums des Kapitalismus abstrahiert. Als kürzeste Definition des Imperialismus hatte Lenin bekanntlich formuliert, daß der Imperialismus "... das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist". (11) Von Jalée wird das eigentlich zu Erklärende ("*imperialistische* Länder") wiederum durch den gleichen Begriff ("Arbeitsteilung *imperialistischen* Typs") gekennzeichnet und vor allem eine *allgemeine* Gesetzmäßigkeit der Entwicklung gesellschaftlicher Produktivkräfte (die internationale Arbeitsteilung) als Kriterium der Bestimmung des Imperialismus verwandt. Ohne Umschweife kann gesagt werden, daß Jalée hier mit seiner Analyse des "neuesten Stadium des Imperialismus" weit an der Realität des gegenwärtigen Kapitalismus vorbeigeht. Und vor allem: er geht weit hinter Lenin zurück!!

Die entscheidende Frage im revolutionären antiimperialistischen Kampf sowie bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft ist "die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats" (Lenin). Im Schlußkapitel seines Buches äußert sich Jalée dazu. Hier verkündet er gewissermaßen sein revolutionäres und ideologisches Credo! Am Beginn steht wieder das blinde "Vertrauen" gegenüber dem Integrationspotential des Imperialismus: "Sein bestimmendes (!! – G.K.) Moment, die Tendenz zur Integration, stärkt nämlich das imperialistische Lager im Verhältnis zu den ihm entgegenwirkenden Kräften". /181/ Im weiteren wird zwar richtig die objektive Verschärfung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus anerkannt, und man kann Jalée auch noch zustimmen, wenn er schreibt, daß "... dieser sich verschärfende Widerspruch ... nur in dem Maße revolutionäre Kraft (besitzt), als er subjektiv von den Betroffenen erfahren wird ..." /182/ Doch dann holt Jalée zu einem Tiefschlag gegen den Marxismus-Leninismus aus: "Die Geschichte der Arbeiterbewegung macht deutlich, daß er subjektiv nur in seinen konkreten Auswirkungen erfahrbar ist und nur dann in Massenkämpfe umgesetzt werden kann, *wenn er sich in Rezessionen oder Krisen in einer Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse niederschlägt*". /182 (Hervorhebung – G.K.)/ Abgesehen von den diffusen Geschichtskenntnissen, abgesehen von dem moralisch unhaltbaren Standpunkt, daß sich im Interesse der Revolutionierung des Bewußtseins der Arbeiter ihre Ausbeutung verschärfen muß, wird hier von Jalée im Wesen ein Paradepferd bürgerlicher Marxismus-Leninismus-Verfälschung präsentiert – die sogenannte "Verelendungstheorie". Der Weltanschauung der Arbeiterklasse wird mittels dieser Theorie u.a. unterstellt, daß die Arbeiterklasse zum Bewußtsein der Klassenlage und zum direkten Klassenkampf nur über eine enorme ökonomische und physische Verschlech-

9 W.I. Lenin: WERKE, Bd. 22, S. 211.
10 Ebenda, S. 241.
11 Ebenda, S. 274.

terung ihrer Lage kommt. Dem "ernsthaften Marxisten" – so bezeichnet Jalée sich selbst – fehlt ganz offensichtlich ein gründliches Marx-Studium. Er müßte sonst wissen, daß – wie Marx in "Lohnarbeit und Kapital" herausarbeitete – die Bedürfnisse der Menschen relativer, sozialer, d.h. historischer Natur sind. Das bedeutet aber, daß die Arbeiterklasse ihre Bedürfnisse ständig in Beziehung zur Gesellschaft, zu den gesellschaftlichen Möglichkeiten setzt. Und im übrigen: Selbst eine relativ günstige ökonomische und physische Lage der Arbeiterklasse ist längst kein Kriterium für ihre *gesellschaftliche Stellung,* ändert nichts an der Tatsache, daß unter kapitalistischen Verhältnissen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen stets reproduziert wird. Als Marxist-Leninist gilt es davon auszugehen, daß die *Einheit* von theoretisch-bewußtseinsbildender Arbeit seitens der marxistisch-leninistischen Partei und von praktischem Kampf um die Durchsetzung aller Interessen der Arbeiterklasse die entscheidende Bedingung für die Entwicklung des Klassenbewußtseins und -kampfes bildet.

Jalées Auffassung vom unmittelbaren Zusammenhang von Elend und revolutionärem Bewußtsein bzw. Klassenkampf ist auch *theoretisch* unhaltbar. Geht man seinen Darlegungen auf den Grund, so besagen sie doch, daß die revolutionäre Potenz der Arbeiterklasse schlechthin aus ihrer leidenden Lage, aus ihrem Mangel im Bereich der ökonomischen Distribution stammt. Um nicht mißverstanden zu werden – wir übersehen keineswegs das Massenelend, von dem z.B. viele Millionen Arbeitslose in den USA, Angehörige der Arbeiterklasse, betroffen sind. Wir negieren auch nicht den hierin liegenden bedeutenden revolutionären Sprengstoff. Doch es ist theoretisch nicht zu vertreten, die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse gewissermaßen aus den *distributiven* Verhältnissen bzw. Beziehungen zu begründen, anstatt aus ihrer Rolle als entscheidender Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums, aus ihrer überragenden Stellung innerhalb des *Produktions*prozesses. Die von Jalée vertretene Position ist auch deshalb zurückzuweisen, weil sie fälschlicherweise beinhaltet, daß das Bewußtsein um Fakten und konkrete Formen des Elends gewissermaßen *spontan-automatisch* ein theoretisch-kausales Verständnis hervorbringt.

Im weiteren offenbart Jalée wie er konkret zur "weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats" steht. Für ihn läßt sich "... ohne größere Anstrengung die Feststellung treffen, daß in keiner der imperialistischen Metropolen die Arbeiter gegenwärtig in einer wirklich revolutionären Art und Weise organisiert sind. Die beiden einzigen relevanten kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich sind längst im Revisionismus und im 'friedlichen Weg' versumpft ...". Die Arbeiter sind "... meist in das System integriert ..." /186/ Kurzum: die Arbeiterklasse habe durch weitgehende Bedürfnisbefriedigung seitens des imperialistischen Staates jedwede revolutionäre Kraft verloren, die marxistisch-leninistischen Parteien seien "verbürgerlicht" und "revisionistisch".

Dazu *erstens:* Die Auffassung vom kapitalistischen Wohlfahrtsstaat, der weitgehend Bedürfnisbefriedigung und damit die "Integration" der revolutionären Kräfte in das imperialistische System bewirke, impliziert, daß Jalée die Grundkonflikte dieser Gesellschaft nicht aus dem materiellen Produktionsprozeß, sondern aus der Konsumtions- und Distributionssphäre entwickelt. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die *Entwicklung des Umfangs der Konsumtion* nicht die *gesellschaftliche* Position der Arbeiterklasse im modernen Imperialismus verändert. Die entscheidenden Grundlagen des Kapitalismus bleiben bestehen: kapitalistisches Eigentum an Produktionsmitteln, die Existenz der Arbeitskraft als Ware und daher die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Marx hat bereits im "Kapital" entwickelt, daß "... alle Methoden zur Produktion des Mehrwerts zugleich Methoden der Akkumulation (sind), und jede Ausdehnung der Akkumulation wird umgekehrt Mittel zur Entwicklung jener Methoden. Es folgt daher, daß in dem Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, *welches immer seine Zahlung,* hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß." (12) Im übrigen erweist sich die These vom bedürfnisbefriedigenden Staat auch im Detail als falsch! Erinnert sei hier nur daran, daß z.B. in den entwickeltsten imperialistischen Staaten etwa 20 % der Bevölkerung unmittelbar im Elend leben, daß "ein gutes Drittel der amerikanischen Haushalte von einem Einkommen (lebt), das nicht einmal ein Minimum an Gesundheit und ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein garantiert" (13), und daß die aus *sozialen* Ursachen entstandene Negerbewegung in den USA in zugespitzter Form ganz deutlich die *desintegrierenden* Züge der imperialistischen Ordnung zum Ausdruck bringt.

Zweitens: Lenin wies daraufhin, daß die Klasse und demzufolge das Klassenbewußtsein sich auf dem Boden des Klassenkampfes bildet und entwickelt. (14) D.h. die Entwicklung und Festigung des Bewußtseins von der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse ist ein *Prozeß!* Es existiert keine Mechanik des revolutionären Klassenbewußtseins! Eine Erkenntnis, die Pierre Jalée ganz offensichtlich negiert!

Unter den heutigen, äußerst komplizierten gesellschaftlichen Bedingungen des Klassenkampfes im Imperialismus (z.B. politisch-ideologische, ökonomisch-soziale Manipulation seitens des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, die sich verändernde soziale Zusammensetzung der Arbeiterklasse, das damit verbundene Einströmen unterschiedlichster ideologischer Auffassungen und Theorien) gilt in noch viel stärkerem Maße als je zuvor, daß das Proletariat *nicht spontan* zum Klassenbewußtsein und zur Erkenntnis seiner historischen Mission gelangt. Für Jalée ist die Arbeiterklasse ins System "integriert". !Fertig! Daß aber gerade aus dem zeitweiligen 'Verschütten' des Klassenbewußtseins bei einem Teil der Arbeiter die objektive Notwendigkeit der systematischen, bewußten ideologischen Arbeit, des geistigen Klassenkampfes erwächst und daß darin eine der entscheidenden Aufgaben der marxistisch-leninistischen Partei als der Vorhut der Arbeiterklasse besteht, diese Erkenntnis des Marxismus-Leninismus wird von Jalée bewußt begiert. Dieser ideologische Standpunkt wird auch klar sichtbar, wenn er in seinem Buch die Rolle der Arbeiterklasse stets *ohne* Bezug zur marxistisch-leninistischen Partei behandelt bzw. Arbeiterklasse und Partei gegenüberstellt. Doch wer im Klassenkampf die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse verleugnet, dient – gewollt oder nicht – objektiv der Konterrevolution, dem Klassenfeind! Und im übrigen: wenn Jalée die Entwicklung des Klassenkampfes der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern in den letzten Jahren konkret-real analysieren würde, so würde er feststellen müssen, daß hier entscheidende quantitative, aber auch vor allem qualitative Fortschritte zu verzeichnen sind, die die These von der angeblichen "Integration" widerlegen.

Und *drittens:* Jalées Ausführungen (auch an anderen Stellen seines Buches) über den "Revisionismus" bzw. "Reformismus" von kommunistischen und Arbeiterparteien in Westeuropa lassen im Wesen erkennen, daß er ganz offensichtlich die Dialektik von Reform und Revolution nicht faßt, daß er sich stärker an Kampf*formen* als an Kampf*zielen* orientiert. Er argumentiert auf dem Boden eines Revolutionsbegriffes, der

a. Vorstellungen beinhaltet, daß die proletarische Revolution eine Art Husarenstreich einiger "Auserwählter" ist, und der
b. die Reform grundsätzlich ablehnt, sie als "antirevolutionär" kennzeichnet.

Lenin kam aufgrund der Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen im Imperialismus zu der noch heute gültigen Erkenntnis, daß die Revolution "... keineswegs eine einzige

12 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1962, S. 674 (Hervorhebung – G.K.).
13 G. Kolko: BESITZ UND MACHT, Sozialstruktur und Einkommensverteilung in den USA, Frankfurt/M., S. 13.
14 Vgl. W.I. Lenin: WERKE, Bd. 30, Berlin 1961, S. 505 ff.

Schlacht (ist), sondern im Gegenteil eine Epoche, bestehend aus einer ganzen Reihe von Schlachten um *alle* Fragen der ökonomischen und politischen Umgestaltungen, die nur durch die Expropriation der Bourgeoisie vollendet werden können. Eben im Namen dieses Endzieles müssen wir *einer jeden* unserer demokratischen Forderungen eine konsequent revolutionäre Formulierung geben." (15) Wenn die Arbeiterklasse und ihre Kampfpartei in den entwickeltsten imperialistischen Ländern (wie z.B. Frankreich) die Taktik der grundlegenden Reformen zwecks Veränderung des Systems entwickelt und Jalée das als ein "Versumpfen" im "friedlichen Wege", als "reformistisch" bzw. "revisionistisch" einschätzt, so zeigt sich hier, daß er die *wirklichen* Fragen des Kampfes um die Macht völlig falsch beurteilt. Natürlich kann es nicht um solche Reformen gehen, die die Herrschaft des Monopolkapitals verbessern helfen. Die Arbeiterklasse und ihre Partei ringen um die Durchsetzung solcher Reformen, die zu fundamentalen Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse führen, die die Macht des Monopols zurückdrängen und die große Mehrheit des Volkes mobilisieren und so den Weg für die revolutionäre Veränderung des imperialistischen Systems frei machen. (16) Jalée abstrahiert davon, daß im Interesse einer siegreichen revolutionären Bewegung die Mehrheit des Proletariats, die Mehrheit des werktätigen Volkes für die Revolution gewonnen werden muß. Zur Erreichung dieses Zieles ist eine entsprechende Politik notwendig, die die Massen an den Sturz des Imperialismus heranführt. Lenin wies nachdrücklichst daraufhin, daß, wenn es zum "letzten und entscheidenden Kampf geht ... man sich nicht nur fragen (muß), ob wir die Avantgarde der revolutionären Klasse überzeugt haben, sondern außerdem auch, ob die historisch wirksamen Kräfte aller Klassen, unbedingt ausnahmslos aller Klassen der gegebenen Gesellschaft so gruppiert sind, daß die Entscheidungsschlacht bereits vollauf hergereift ist..." (17)

Es zeigt sich also, daß Jalée nicht nur die revolutionäre Kraft und die gesellschaftlichen Möglichkeiten der Arbeiterklasse bestreitet, sondern daß er auch die Dialektik des Klassenkampfes, das Verhältnis von Reform und Revolution unter den heutigen Bedingungen des Imperialismus nicht richtig analysiert. Als eine absolute Schwäche in den diesbezüglichen Jaléeschen Darlegungen muß in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden, daß die Existenz des Sozialismus, seine Einwirkung auf den Imperialismus, auf die Entwicklung des Klassenkampfes und die Formierung des Klassenbewußtseins, überhaupt auf die Bedingungen des Klassenkampfs im Imperialismus im Prinzip unberücksichtigt bleibt. Damit wird aber ein entscheidender Grundzug unserer Zeit negiert – daß der Sozialismus von heute zum Motor des gesellschaftlichen Fortschritts auf der Welt geworden ist. Gerade durch die erfolgreiche politische und ökonomische Entwicklung des Sozialismus entwickeln sich die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern günstiger, besteht die reelle Möglichkeit, in den imperialistischen Metropolen einen Wall gegen das wachsende Elend zu errichten, die Macht des Monopolkapitals einzuengen und der imperialistischen Reaktion zu verwehren, mittels militärischer Gewalt der Arbeiterklasse den Weg zum Siege zu versperren. So wird der antiimperialistische Kampf in der Zukunft "... immer mehr nicht nur von der Kritik an absolut untragbaren Wesenszügen des Systems und entsprechenden Mißständen, sondern zugleich zunehmend vom Vergleich der dem Imperialismus möglichen relativen Lösungen dieser oder jener Probleme mit ihrer in der Tendenz optimalen Lösung durch den Sozialismus ausgehen. Nicht allein die Kritik der schlechten Realität, sondern die Differenz zwischen dieser Realität und der im Sozialismus bei optimaler Nutzung seiner Vorzüge praktizierbaren Lösung wird Ansatzpunkt

15 W.I. Lenin: WERKE, Bd. 21, Berlin 1960, S. 415 ff.
16 Vgl. im übrigen P. Hess: "Aktuelle Bezüge der Leninschen Lehre von Klassenkampf und Revolution", in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Heft 11/1969, S. 1601 ff.
17 W.I. Lenin: WERKE, Bd. 31, Berlin 1959, S. 81.

revolutionärer Forderungen und Aktionen und konstituiert aus Widersprüchen, die für sich allein genommen noch nicht systemsprengend wären, in ihrer Verbindung ein hochexplosives Ensemble von Konfliktstoffen." (18)

Wer – wenn nicht die "integrierte" Arbeiterklasse – soll aber nun das imperialistische System sprengen? Jalée schreibt, es sei "völlig klar, daß auf jener Hälfte der Erde, die man zu Unrecht "Dritte Welt" nennt, eine objektiv revolutionäre Situation gegeben ist und auch in Zukunft herrschen wird. Der Grad der Entfremdung jener Völker entbehrt jeglichen Vergleichs mit den Lebensbedingungen andernorts. Man leidet dort noch physisch und lebt unter schrecklichen Verhältnissen. Auch sind die Gründe der Ausbeutung konkret faßbar... Die Entwicklung von neuen Kampfzentren in der gesamten Dritten Welt läßt sich nicht leugnen." /189/

Die mechanisch-materialistische Auffassung vom Pauperismus als Basis der Revolution kehrt hier also wieder! Sie dient Jalée dazu, das Schwergewicht der revolutionären Bewegung in die "Dritte Welt" zu verlagern. Die dort lebenden Völker sind noch nicht voll in das imperialistische System "integriert" – daher werden sie das System beseitigen. Deutlich wird das Wesen der Jaléeschen Dialektik sichtbar: bestimmend sind nicht die inneren, sondern die äußeren Widersprüche eines Systems!

Es entspricht realen Tatsachen, wenn Jalée hier sowie an anderen Stellen seines Buches /22 ff., 49 ff., 131 ff./ die politische und ökonomische Ausbeutung und Unterdrückung, die elende Lage der Völker der "Dritten Welt" betont bzw. sie konkret mit aufschlußreichen Fakten belegt. Und es ist ebenfalls richtig, daß durch die erfolgreiche Befreiungsbewegung in jenen Ländern das Einfluß- und Herrschaftsgebiet des Imperialismus immer kleiner wird, daß diese revolutionäre Bewegung eine der entscheidenden revolutionären Kräfte unserer Epoche ist. Doch damit läßt sich nicht die Auffassung von Jalée rechtfertigen, daß die Völker der "Dritten Welt" *an die Stelle* der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Metropolen treten. Das eigentliche Problem besteht doch darin, "...wie die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Hauptländern alle Konflikte des Imperialismus in den Kampf gegen das System umsetzen kann – und zwar in den imperialistischen Metropolen selbst. Die Kräfte in der "Dritten Welt" werden nicht den Imperialismus innerhalb der hochentwickelten kapitalistischen Länder stürzen. Das bleibt die Aufgabe der antiimperialistischen Kräfte in diesen Ländern selbst." (19)

Jalée beweist hier außerdem insofern eine oberflächliche Betrachtungsweise, als er schlechthin von *der* "Dritten Welt" und der dort vorhandenen revolutionären Situation spricht. *Die,* d.h. eine einheitlich-geschlossene "Dritte Welt" ist eine Fiktion. Wir haben es mit mehreren großen Gruppen von Ländern zu tun, die jeweils äußerst verschiedene soziale und revolutionäre Probleme sowie Potenzen aufweisen, die unterschiedlichste ökonomische Strukturen und Grundlagen besitzen. Äußerst heterogen ist auch die Klassenstruktur, sind die Beziehungen zwischen Bourgeoisie, Proletariat und Bauernschaft. Nicht einheitlich sind die Entwicklungswege der einzelnen Länder sowie ihre Beziehungen zu den imperialistischen Staaten bzw. zum sozialistischen Weltsystem. Insofern ist ein *pauschales* Bekenntnis zu der revolutionären Bewegung der Völker der "Dritten Welt" nicht an der Realität orientiert. Zum anderen muß gesagt werden, daß die revolutionäre Bewegung in jenen Ländern im Prinzip von Bauernmassen getragen wird. Sie stellt ihrem sozialökonomischen Gehalt nach eine *kleinbürgerlich*-antiimperialistische Bewegung dar. Sie kann also objektiv gesehen längst nicht das revolutionäre Potential besitzen, das der Arbeiterklasse

18 D. Klein: "Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus", in: FORUM – Sonderheft, Dezember 1968, S. 21.
19 Ebenda, S. 8.

und ihrer marxistisch-leninistischen Partei immanent ist. (20) Tatsache ist, daß sich in den Ländern der "Dritten Welt" im großen Rahmen gesehen erst die Arbeiterklasse herausbilden muß. Der Weg zum Sozialismus kann erst geebnet werden durch die Vereinigung von Bauern- und Arbeiterbewegung. Also ist letztlich auch hier entscheidend: die Orientierung auf die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Kraft.

Es ist im übrigen absolut falsch, abstrakt und ahistorisch, die revolutionäre Bewegung in den Ländern der "Dritten Welt" zu preisen *und* sie dabei der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Staaten gegenüberzustellen. Auf diese Art und Weise wird die Solidarität und Aktionseinheit von Hauptströmungen der revolutionären Weltbewegung ernsthaft gefährdet. Die Jaléesche Auffassung von der "integrierten" Arbeiterklasse und dem elenden Dasein der Völker der "Dritten Welt" bildet neben der genannten schädlichen Gegenüberstellung zusätzlich die Kultivierung eines künstlichen Gegensatzes von den "satten Weißen" und den "hungernden Farbigen". Diese Position ist unmißverständlich zu verurteilen, weil sie dazu angetan ist, den weltweiten Klassengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Monopolkapital zu negieren.

Nachdem Jalée im weiteren so en passent die VR China als *den* Freund und Unterstützer der Völker der "Dritten Welt" feiert /189/, attackiert und verleumdet er die anderen sozialistischen Staaten hinsichtlich ihrer Unterstützung für die nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen: "Wenn die erwähnten sozialistischen Staaten sich wirklich nicht nur verbal revolutionär verhalten, dann wird diese objektive Interessengemeinschaft mit den radikalen Emanzipationsbewegungen notwendigerweise zu einer subjektiven Solidarität. Dabei stoßen wir auf ein heikles Problem. Angesichts eines imperialistischen Weltsystems, das seine Anstrengungen und seine Widerstandskraft im globalen Maßstab organisiert, stellt sich die Frage, wie es Staaten und Organisationen, die sich auf den Marxismus berufen, *nicht für notwendig* halten können, ein weltweites antiimperialistisches Bündnis einzugehen, das sich zentral auf die bestimmenden Kämpfe, die in der Dritten Welt geführt oder begonnen werden, bezieht?" /191 (Hervorhebung – G.K.)/

Und zur Unterstützung seiner Position zitiert er einen Gleichgesinnten: Es gehe "... nicht darum, 'den Ablauf der Kämpfe im internationalen Rahmen der militärischen und ökonomischen Konsolidierung der sozialistischen Staaten unterzuordnen, sondern vielmehr darum, die Befreiungsbewegungen und revolutionären Kräfte voranzutreiben und ihnen die Politik der sozialistischen Staaten unterzuordnen' ". /191 ff./ M.a.W.: Es erfolgt eine Gegenüberstellung von sozialistischem Weltsystem und nationaler Befreiungsbewegung, es wird bewußt ein Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Stärkung der sozialistischen Staaten und der Unterstützung des Befreiungskampfs der Völker der "Dritten Welt" konstruiert. Es ist einfach falsch zu behaupten, daß die sozialistischen Staaten kein Bündnis mit den antiimperialistischen Kräften der "Dritten Welt" eingehen bzw. daß sie sie nicht unterstützen. Auf der Moskauer Beratung der kommunistischen Arbeiterparteien im Juni 1969 wurde klar betont: "Von erstrangiger Bedeutung für die Perspektive des antiimperialistischen Kampfes ist die Festigung des Bündnisses zwischen dem sozialistischen Weltsystem, der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung." (21) Und "der Beitrag des sozialistischen Weltsystems zur gemeinsamen Sache der antiimperialistischen Kräfte wird vor allem durch seine wachsende wirtschaftliche Macht bestimmt." (22) Nach diesen Maximen handelt das sozialistische Lager! Es gewährt den revolutionären Bewegungen in der "Dritten Welt" umfangreiche ökonomische, politische und ideologische Hilfe. So kommen selbst des Marxismus-Leninismus absolut unverdächtige Personen zu der Auffassung, daß das sozialistische Lager und vor allem die Sowjetunion den Ländern und Völkern der "Dritten Welt" bedeutende und wirksame Hilfe gewährt. So schrieb z.B. der amerikanische Publizist Walter Lippmann: "Die unterentwickelten Länder hängen von uns nicht mehr ab, denn sie haben eine Alternative für den Bezug von Ausrüstungen und technischer Hilfe. Die Tatsache, daß die Sowjetunion als Konkurrent auf den Plan getreten ist, gehört zu den größten historischen Ereignissen unserer Zeit. Sie führt eine radikale Änderung der Lage der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten herbei und mehrt die Kraft der eingeborenen Nationen ins Ungeheure" (23). Durch die angestrebte weitere ökonomische Stärkung des sozialistischen Weltsystems und die damit verbundene wachsende Anziehungskraft des Sozialismus in Theorie und Praxis ist gerade einer der Hauptfaktoren für die weitere Formierung der revolutionären Arbeiterbewegung in den imperialistischen Staaten und für den weiteren Aufschwung der revolutionären Begegnung in der "Dritten Welt" gegeben. Gerade durch die wirtschaftliche Stärkung des Sozialismus, durch seinen wachsenden politischen Einfluß erfolgt die weitere Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zuungunsten des Imperialismus, werden günstige Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung gegeben. In dem Maße wie die Macht des sozialistischen Weltsystems wächst, bindet es "... dem Imperialismus die Hände, beschränkt es seine Möglichkeiten, den Export der Konterrevolution zu verwirklichen, erweist es getreu seiner internationalistischen Pflicht den Völkern, die für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, eine immer größer werdende Hilfe und festigt den Frieden und die internationale Sicherheit." (24)

Jalée schließt sein Buch mit den Worten: "Wir wollen hier niemandem ein Aktionsprogramm vorschreiben, sondern lediglich bestimmte Orientierungshilfen formulieren, die sich aus der Analyse des Imperialismus heute ergeben." /193/

Die kurze Betrachtung zeigt, daß *seine* Analyse des heutigen Imperialismus den antiimperialistischen Kräften bei der Ausarbeitung und Realisierung ihrer revolutionären Strategie nicht helfen kann. Als entscheidende Schwächen der Jaléeschen Imperialismus-Untersuchung gilt es zu nennen, daß –

– die zentrale Stellung des imperialistischen Monopols als das die gesamte kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft durchdringende Phänomen, als Herrschaftsverhältnis nicht erfaßt wird und dem zufolge auch die neue Qualität des Verhältnisses von Ökonomie und Politik im monopolistischen Stadium des Kapitalismus nicht gesehen wird;

– der Einfluß des zugunsten des Sozialismus veränderten internationalen Kräfteverhältnisses auf die Bewegung des Imperialismus unberücksichtigt bleibt, daher auch die Problematik der Anpassung des Imperialismus an die neue Lage in der Welt, an den Druck der inneren Widersprüche und an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution unter kapitalistischen Bedingungen nicht in die Analyse mit einbezogen wurde. Ein Kernproblem wissenschaftlicher Imperialismusforschung der Gegenwart ist jedoch die Untersuchung von Wesen und Erscheinung dieser Anpassung des Imperialismus, ihrer objektiven Ursachen und Grenzen, der daraus entstehenden Konflikte und der neuen Möglichkeiten des antiimperialistischen Kampfes; (25)

20 Vgl. ebenda, S. 15 ff.
21 INTERNATIONALE BERATUNG der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969, Dokumente, Berlin 1969, S. 35.
22 Ebenda, S. 25.
23 Zit. in: Jun Gussew: SCHÜTZENHILFE FÜR DEN IMPERIALISMUS, Moskau 1971, S. 22/23.
24 INTERNATIONALE BERATUNG ..., S. 29.
25 Vgl. auch Otto Reinhold: "Der Imperialismus der BRD", in: EINHEIT, Heft 6/1971, S. 758 u. 763 ff.

– ausgehend von der Analyse des "neuesten Stadium des Imperialismus" keine Untersuchung und Darstellung der objektiven Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und der anderen antiimperialistischen Kräfte erfolgt. D.h., es wird nicht der Zusammenhang zwischen staatsmonopolistischen Kapitalismus als "vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus" (Lenin) und der Mittel, Wege und Formen des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse um eine antimonopolistische Demokratie (als Öffnung des Weges zum Sozialismus) hergestellt, überhaupt fehlt eine sachliche Analyse und Darstellung der relevanten gesellschaftlichen Kräfte im Kampf gegen das imperialistische Monopol.

Kurzum: Die Leninsche Imperialismus-Theorie bedarf der schöpferischen Anwendung, aber nicht einer "Modernisierung" à la Pierre Jalée.

Günter Krause

Der Friedens-Nobelpreis
Stiftung und Verleihung – Die Reden der vier deutschen Preisträger Gustav Stresemann, Ludwig Quidde, Carl von Ossietzky und Willy Brandt
dokumentarischer Anhang
128 Seiten, Snolin DM 10,–

Gregoriy I. Tunkin
Völkerrechtstheorie
512 Seiten, Balacronband DM 60,–

Joan Robinson
Der neue Merkantilismus
ca. 240 Seiten, Balacronband DM 28,–

Herwig Roggemann, Hrsg.
Die Gesetzgebung der sozialistischen Staaten
3. Lieferung, 800 Seiten DM –,25 pro Seite

Herwig Roggemann
Die Sowjetverfassung
62 Seiten, Snolin DM 6,–

B. Grusin
Die freie Zeit als Problem
187 Seiten, 24 Abbildungen und Tabellen
Balacronband DM 28,–

Hermann Hilterscheid
Industrie und Gemeinde
Die Beziehungen zwischen der Stadt Wolfsburg und dem Volkswagenwerk und ihre Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung
348 Seiten, 12 Übersichtstabellen, Balacronband DM 50,–

Gustav Stresemann Schriften
Ausgewählt aus dem gesamten Nachlaß im Auswärtigen Amt
ca. 400 Seiten, Leinen DM 30,–

Walther Rathenau Schriften
416 Seiten, Leinen DM 25,–

BERLIN VERLAG 1 Berlin 33, Ehrenbergstr. 29

"...Dem mit der Marx'schen Theorie vertrauten Leser wird auffallen..."

Rechtzeitig zum Weihnachtsfest wurde der "nichtrevisionistischen" Linken ein langersehntes Geschenk bereitet. Die erste Nummer der "Probleme des Klassenkampfes" (PROKLA) erschien endlich, – und – was das Ganze auch für die Revis so erfreulich gestaltete – auch sie wurden nicht vergessen: Die Herausgeber begannen nämlich mit dem Eingeständnis, daß der Revisionismus-Vorwurf (bislang noch) nicht begründet ist.

Nun braucht man sich hier nicht länger bei der Frage aufzuhalten, ob denn ein unbelegter Vorwurf überhaupt ein Vorwurf sein kann, bzw. wenn ja, welcher theoretische Stellenwert denn einem solchen unbelegten "Vorwurf" zukommt. Man sollte vielmehr untersuchen, wie groß die Chance ist, daß der bislang noch gar nicht real existierende Revisionismus-Vorwurf "belegt" wird und ihm damit doch noch zu wirklichem Leben verholfen werden kann. Eine derartige Untersuchung anzustellen, bieten sich die in der ersten Nummer der PROKLA veröffentlichten Arbeiten an, deren programmatisches "Bemühen" es ja sein soll, "den Revisionismus-Vorwurf entweder zu belegen oder zu destruieren" (S. 4).

Zu fragen ist zunächst, von welchem theoretischen Vorverständnis aus das selbstgestellte Programm in Angriff genommen wird. Hier bietet sich an, das Verständnis, das von marxistischer Analyse formuliert wird, für das Theorieverständnis im allgemeinen zu nehmen. Aus der Darstellung des Theorieverständnisses, – wobei nicht weiter betont zu werden braucht, daß unter richtiger Auffassung von Wissenschaftlichkeit die von Marx gegebenen Bestimmungen aufzunehmen sind – müßte sich ableiten lassen, was dem Verständnis der Autoren zufolge nicht wissenschaftlich ist und – unter der Berufung auf Marx formuliert – "revisionistisch" sein müßte. (1)

Die erste allgemeinere Darstellung dessen, was marxistische Kritik der Gesellschaft, und damit, was Wissenschaft sei, ergibt sich auf S. 3. "Ohne den gewaltigen Überbau der verschiedenen Wissenschaften könnte die kapitalistische Klassengesellschaft nicht existieren; und ohne die theoretische Durchdringung der Bewußtseinsformen kann die Basis gar nicht in ihrem Klassencharakter begriffen werden. Erst auf der Grundlage einer solchen marxistischen Kritik läßt sich der heutige Kapitalismus wissenschaftlich analysieren, läßt sich eine Taktik des Klassenkampfes begründen." (Hervorhebung d. Verf.)

"Dem mit der Marx'schen Theorie vertrauten Leser wird auffallen", (S. 44) daß nach Meinung der Autoren offensichtlich das Bewußtsein konstitutiv für die Klassenverhältnisse und nicht das Verhältnis der Klassen zueinander konstitutiv für die Formen des Bewußtseins ist. (2)

---

1 Hierbei wird das Problem des Revisionismus bewußt genauso verkürzt wie es augenblicklich Praxis in der 'nichtrevisionistischen' Linken ist, denn die "Revision" einer Theorie bzw. Wissenschaft erfolgt noch nicht aufgrund einer falschen oder unzureichenden Interpretation. Bevor nämlich die Revision einer Wissenschaft erfolgt, muß sie als für die Erklärung bestimmter Phänomene unzureichend dargestellt werden. Dann müssen die Ursachen angegeben werden, warum diese Wissenschaft unzureichend ist, damit sie dann entsprechend "revidiert" werden kann.

2 Daß es sich bei dem Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein möglicherweise um ein sehr komplexes Wechselverhältnis handelt, braucht hier nicht weiter zu beunruhigen, denn die Genossen haben sich, was die Verteilung der Gewichtung betrifft, ganz eindeutig festgelegt.

Es drängt sich hier die Frage auf, zu welchen Ergebnissen ein solches Theorieverständnis in der Überführung in die konkrete Form der Analyse kommt. Nehmen wir das erste (beste?) Beispiel: "Die *genetische* Darstellung der Entwicklung des Kapitals und seiner Formen, wie sie in der Darstellung des allgemeinen Kapitalbegriffs bei Marx im "Kapital" *logisch* nachvollzogen wurde, ist einer Analyse der Entwicklung des Weltmarkts in den letzten Jahrzehnten zugrundezulegen und *historisch* nachvollziehbar." (S. 8; gesperrte Hervorh. nicht von mir) (2a). Der "mit der Marx'schen Theorie vertraute Leser" fragt sich zunächst: Welches sind nach Marx die Formen des Kapitals? Es sind – im Vertrauen – das produktive Kapital, das Warenkapital und das Geldkapital (unter das auch die "begriffslose Form" des zinstragenden Kapitals zu subsumieren ist). Wenn die Entwicklung des Kapitals und seiner Formen "einer Analyse der Entwicklung des Weltmarkts in den letzten Jahrzehnten zugrundezulegen und *historisch* nachvollziehbar" sein soll, so heißt das offenbar, daß in den letzten Jahrzehnten sich a u f d e m W e l t m a r k t Phasen unterscheiden lassen, in denen sich entweder das produktive, das Waren- oder das Geldkapital e n t w i c k e l t e. Dem "mit der Marx'schen Theorie vertrauten Leser" stellt sich die Frage, mit welcher Theorie er außerdem noch vertraut sein muß, um das begreifen zu können. Beim nächsten Satz ergeben sich ähnliche Schwierigkeiten. "Denn erst als Weltkapital entspricht das Kapital voll seinem *Begriff,* welcher als historische *Tendenz* des Kapitals zu begreifen ist." (ebd.) Zwar hat der "mit der Marx'schen Theorie vertraute Leser" schon ähnliche Formulierungen bei Marx gefunden, z.B. daß erst als Weltgeld auf dem Weltmarkt die Daseinweise des Geldes seinem Begriff adäquat wird bzw. daß die Tendenz den Weltmarkt im Begriff des Kapitals gegeben ist; daß das Kapital jedoch erst als Weltkapital voll seinem Begriff entspricht, scheint eine der kühnsten Schlußfolgerungen, die möglich sind, "will man die Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals ernst nehmen" (S. 8)

Denn dem "mit der Marx'schen Theorie vertrauten Leser" fällt in diesem Zusammenhang wieder etwas auf: er erinnert sich, bei Marx verschiedentlich "Aufbaupläne" vorgefunden zu haben, die die Darstellung des Systems der Kritik der politischen Ökonomie betreffen und die theoretische Ebene, die einerseits die Darstellung der inneren Natur des Kapitals betrifft und andererseits die Ebene der Analyse der konkreten Phänomene bezeichnet. Er erinnert sich nicht, daß in irgendeinem dieser Aufbaupläne die Behandlung des Weltmarktes, – der konkretesten Sphäre der Bewegung des Kapitals, das immer nur als die vielen Kapitale existieren kann, – in der Darstellung des Begriffs des Kapitals im Allgemeinen vorgesehen war. (Es ist hier nicht der Ort, auf das Problem der Änderung der Planentwürfe einzugehen und im Zusammenhang einer kritischen Würdigung des Ansatzes der Autoren auch gar nicht notwendig – dafür hat sich Marx zu eindeutig über den theoretischen Status der Analyse des Weltmarktes im Bezug auf die Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals geäußert: "Diese konkreteren Formen der kapitalistischen Produktion (gemeint sind das Kreditwesen und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, B.H.) können aber nur umfassend dargestellt werden, *nachdem* die allgemeine Natur des Kapitals begriffen ist. Zudem liegt ihre Darstellung *außer* dem Plan unseres Werkes und gehört seiner etwaigen *Fortsetzung* an." (MEW 25, S. 120, Hervorhebung B.H.))

Scheint sich nun in der zitierten Formulierung ein recht eigentümliches Verständnis der Struktur des Systems der Kritik der politischen Ökonomie mitzuteilen, so wird natürlich auch "der einzig mögliche Ansatz" problematisch, "will man die Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals von Marx ernst nehmen" (S. 8). Daß nämlich "bei der Analyse des kapitalistischen Weltmarktes und der Währungskrise also (!) beim Wert der Ware

2a Neusüß, Blanke, Altvater: Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise, a.a.O. S. 5 ff.

auf dem Weltmarkt anzufangen, von da aus zu den Formen der Preise, des Weltgeldes als Weltgeld ... fortzuschreiten" ist (S. 8) und dieses Fortschreiten beim Punkt 3.2. der Gliederung beim "Dollar als Weltpapiergeld" anlangt, provoziert bei dem "mit der Marx'schen Theorie vertrauten Leser" die Frage, wo denn Marx selber in der Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals diejenigen Punkte behandelt, die in die Auseinandersetzung mit der Weltwährungskrise aufzunehmen, unerläßlich erscheint: die Funktion des Papiergeldes (Banknoten) und den Wechselkurs. Er findet, daß bei Marx der Wechselkurs erst behandelt wird, nachdem er die "begriffslose Form" des zinstragenden Kapitals entwickelt hat und in diesem Zusammenhang die Rolle des Kredits (öffentlicher Kredit, Staatsschuld) diskutiert. (3)

"Will man die Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals ernst nehmen", drängt sich weiterhin die Frage auf, warum die Verfasser in der Auseinandersetzung mit der Krise des Weltwährungssystems *nicht* den Kredit und das zinstragende Kapital systematisch mit einbeziehen. Immerhin bleibt anzumerken, daß die Einbeziehung des Kredits so sehr Erfordernis des Stoffes ist, daß sie sich (unbewußt) mit ihm befassen müssen, auch wo eine systematische Behandlung im Ansatz gar nicht vorgesehen ist ("vom Kredit sehen wir ab"! (S. 62)). Das teilt sich – sehr vermittelt natürlich – in Formulierungen mit wie "Der Wert des Dollar wird trotz oder gerade wegen der Fixierung der Wechselkurse 'angezweifelt', das Vertrauen in das Weltgeld nimmt ab und die Suche nach einer anderen allgemeinen Form des gesellschaftlichen Reichtums setzt ein." (S. 70/71) (4)

Zu welcher Konsequenz nun der "einzig mögliche Ansatz" führt, läßt sich an der folgenden Passage demonstrieren: "Das Gold war Weltgeld geworden aus den gleichen Gründen, weshalb es zur einzig anerkannten Geldware werden konnte, weil es von Natur zur gesellschaftlichen Funktion eines allgemeinen Äquivalents taugte. 'Adäquate Erscheinungsform von Wert oder Materiatur abstrakter und *daher* gleicher menschlicher Arbeit kann nur eine Materie sein, deren sämtliche Exemplare dieselbe gleichförmige Qualität besitzen. Andererseits, da der Unterschied der Wertgröße rein *quantitativ* ist, muß die Geldware rein quantitativer Unterschiede fähig, also nach Willkür teilbar und aus ihren Teilen wieder zusammensetzbar sein. Gold und Silber besitzen diese Eigenschaft von Natur.' (MEW 23, S. 104) *Auch das Papier besitzt diese Eigenschaften* und hat darüber hinaus den Vor-

3 Der Genauigkeit halber sei angemerkt, daß Punkt 3.2 auf Seite 9 mit "Dollar als Weltpapiergeld", auf Seite 67 hingegen mit "Dollar als Papierweltgeld" bezeichnet wird. (Hervorh. B.H.) Da auch in der Folge des Textes diese beiden Begriffe wechselnd verwandt werden, wird davon ausgegangen, daß die Unterschiedenheit in den Bezeichnungen in den Überschriften nicht ebenso Resultat der Beschäftigung mit dem Gegenstand ist, wie den Genossen "die Annahme, es müsse einen Weltmarktzyklus geben, erst am Ende (unserer Arbeit) an dem Aufsatz gekommen ist." (S. 21, FN 16, Hervorhebung B.H.) "Dem mit der Marx'schen Theorie vertrauten Leser wird auffallen", daß sich am Beispiel dieser Fußnote besonders gut die Einsicht der Genossen in die Struktur des Systems der Kritik der politischen Ökonomie ablesen läßt).

4 Wie "umfassend" der Kredit "dargestellt" werden muß, um das Problem der Weltwährungskrise lösen zu können, vermag der Verfasser noch nicht zu übersehen. Erst wenn die in diesem Zusammenhang noch notwendige Arbeit geleistet ist, kann eine detaillierte Kritik des hier nur in einigen Punkten behandelten Aufsatzes erfolgen. Interessant ist übrigens, daß Altvater in seiner Schrift DIE WELTWÄHRUNGSKRISE – EVA, 1969 – in der er sich nur ausnahmsweise und ganz am Rande auf Marx direkt bezieht, er vielmehr an Autoren wie Sweezy, Varga, Habermas und Offe anknüpft, sich viel intensiver mit dem Kredit beschäftigt – wenngleich auch hier nicht systematisch (vgl. a.a.O., S. 52 ff.) als jetzt, wo er die Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals von Marx ernst nimmt.

teil, daß während die Abnutzung der Goldstücke in der Zirkulation wirklichen W e r t v e r l u s t bedeutet, ein abgenutztes Papiergeldstück jederzeit praktisch ohne Wertverlust ersetzbar ist. Aber Geld stellt selbst Wert dar, während Papiergeld bloß Wert r e p r ä s e n t i e r t .. *Die von Marx noch (!) angenommene* wirkliche Repräsentation von Gold (daher auch die Regelung der Papiergeldquantität durch die entsprechend notwendige Goldmenge, die es vertritt (MEW 23, S. 138)) ist immer mehr zurückgetreten..." (S. 68, kursive Hervorhebungen B.H.)

Daß hier offenbar die Funktion, Weltgeld zu sein, aus der Tatsache resultiert, einzig anerkannte Geldware zu sein, und nicht vielmehr erst als Weltgeld die Geldware allgemeines – einzig anerkanntes – Warenäquivalent wird, sei hier bloß am Rande vermerkt. Es folgt im Text ein Marx-Zitat. Dieses Zitat drückt im Kern aus, daß die Geldware als Produkt menschlicher Arbeit "gleichförmige Qualität" besitzen muß, sowie "*rein* quantitativer Unterschiede" fähig sein muß, "also nach Willkür *teilbar* und aus ihren Teilen wieder *zusammensetzbar* sein. Gold und Silber besitzen diese Eigenschaften von Natur." (Herv. d. Verf.) Und jetzt wieder die Verfasser:*"Auch* (!) *das* (!!) Papier besitzt *diese* (!!!) *Eigenschaften* ..." (S. 68, Kursive Hervorhebungen B.H.)

Zunächst ist nicht zu bestreiten daß Papier teilbar ist, und Papier ist sicher auch zusammensetzbar – denn im Falle eines Falles .... Aber hervorzuheben ist doch die Eigenschaft d e s P a p i e r s , dessen "sämtliche Exemplare dieselbe gleichförmige Qualität besitzen". Es ist vielmehr gerade die Tatsache, daß Papier in ganz aparter Qualität produziert werden kann, die den Notenfälschern das Leben so sauer macht. Könnte man hier jedoch noch bloße Schlampigkeit in der Formulierung zubilligen so erfüllt die Behauptung daß Marx *"noch angenommen"* hatte, daß Papiernoten bloß Gold repräsentierten, die Funktion, die andere Behauptung zu erleichtern, diese Repräsentation sei "immer mehr zurückgetreten." Nachdem man auf diese Weise wieder an der Oberfläche angelangt ist, kann man jetzt eigene (?) Ansichten entwickeln, ohne der Mühsal unterworfen zu sein, ständig Marx'sche Bestimmungen in ihrer Konsequenz berücksichtigen zu müssen.

Wie ist nun weiter zu verfahren? Als erstes muß man jetzt erklären, was das Papiergeld denn nun als allgemeines Warenäquivalent vertritt. Da der Dollar zum Papierweltgeld geworden ist, muß gefragt werden: Was repräsentiert der Dollar? Nichts einfacher als das: "Im Dollar aber wird eine spezifische n a t i o n a l e Arbeit ... zum Repräsentanten der universellen Arbeit." (S. 69) Bleibt jetzt nur noch hinzuzufügen, daß der "Wert des Weltgeldes ... somit von einer Unmenge von Faktoren" (ebd.) abhängt. Bei so unübersichtlichen Verhältnissen wird einem dann niemand mehr verübeln, daß man erst einmal bei dem bleibt, was man hat, und das ist der Dollar als Papierweltgeld. "Dem mit der Marx'schen Theorie vertrauten Leser" wird jedoch wieder einmal etwas auffallen: von einer "adäquate (n) Erscheinungsform von Wert oder Materiatur abstrakter und d a h e r gleicher menschlicher Arbeit" – sprich der Geldware – kann nun keine Rede mehr sein. Denn daß das Produkt irgendeiner nationalen Arbeit "gleichförmige Qualität" besitzen, bzw. *"rein* quantitativer Unterschiede fähig" sein kann, wird niemand zu behaupten wagen, der ernsten Verstandes ist – nicht einmal von Ländern, die von der Geisel der Monokultur geplagt sind. Auf dem Wege der "dialektischen Ausgleichung von Begriffen" wäre so das Geld wegdefiniert.

In der Konsequenz dieser Ableitung jetzt den Marx'schen Geldbegriff für obsolet zu erklären, wagen die Verfasser natürlich nicht. (Diese Konsequenz bleibt konsequenter argumentierenden bürgerlichen Geldtheoretikern vorbehalten.) Zum einen wäre eine so erfolgende Revision des Marx'schen Ansatzes – der ja die Doppelung der Ware in Ware und Geld als notwendig entwickelt – zu offensichtlich, zum anderen, weil dann Schlußfolgerungen wie z.B., daß "bei einem drohenden Zusammenbruch der internationalen Zirkulation ...

der Umschlag aus dem System des weltpapiergeldes in das 'Monetarsystem' schier unausweichlich" ist, auf der Basis des eigenen Ansatzes kaum gezogen werden dürften, (und ihm ja auch offensichtlich widersprechen.)

Sind so Inkonsequenzen aufgezeigt worden, nicht nur was das Anknüpfen an Marx'sche Bestimmungen sondern auch was den eigenen Ansatz betrifft, so verwundert es nicht, daß der "einzig mögliche Ansatz" schließlich zu Ergebnissen führt, die auch der bürgerlichen Volkswirtschaft nicht fremd sind. So ist z.B. auch bürgerlichen Kritikern des Abkommens von Bretton Woods klar, daß ein Dollar aus Papier eben nicht so gut wie Gold ist, und daß die USA dies ihren 'Partnern' nur aufgrund besonderer historischer Umstände einreden konnten. Denn daß seit Bretton Woods die USA so tun können, als wenn sie Gold auch mit der Notenpresse 'produzieren' können, ist so offensichtlich, daß es nicht einer Anknüpfung an Marx bedarf, diesen Tatbestand "an der Oberfläche" zu konstatieren. Eine marxistische Analyse sollte vielmehr zeigen, daß das Geheimnis des "Goldmachens" auch in Bretton Woods *nicht* entdeckt wurde.) Das aber zeigen die Autoren nicht. Offenbar, weil ihnen nicht klar ist, daß der Wert unter kapitalistischen Bedingungen eine *"adäquate* Erscheinungsform" haben muß. (5)

Und auch die "konkreten" Gründe der Währungskrise, dargestellt anhand von Kurzanalysen der wichtigsten Weltmarktländer geht über eine der Oberfläche verpflichteten Form der Analyse nicht hinaus und könnte so auch in der "Wirtschaftswoche" erscheinen. (Dieser Teil der Arbeit scheint mir aber der mit Abstand informativste.)

Zeigen diese Betrachtungen des Aufsatzes über die Weltwährungskrise, daß ich die Autoren in ihrem programmatischen Bemühen "den Revisionismusvorwurf entweder zu belegen oder zu destruieren" erst einmal selber dem Verdacht des Revisionismus aussetzen und bleiben sie z.T. in rein bürgerlicher Betrachtungsweise befangen, so setzen sich die Verfasser der beiden folgenden Artikel deshalb diesen Gefahren weniger aus, weil sie keine eigenen Ansätze entwickeln. Dafür fällt es ihnen natürlich umso leichter, 'Kritik' am 'Revisionismus' zu üben.

Während also die Verfasser des ersten Aufsatzes mit dem eigenen im Vorwort – wie schon gezeigt problematisch – formulierten Anspruch in Konflikt geraten, erklären die Verfasser der folgenden Aufsätze mit ihren Beiträgen wenn nicht explizit so doch de facto, daß einige Teile des vorne verabschiedeten Programms offensichtlich ohnehin nicht ernst gemeint waren. Sie haben nämlich ihrer eigenen Meinung nach bereits 'Kritik' am Revisionismus geleistet, sie muß bloß noch "im einzelnen begründet (!) werden." (S. 128) Und in der Vorbemerkung zum abschließenden Literaturbericht von W. Petrowsky wird dem erwartungsvollen Leser schon der Mund auf Kommendes wässrig gemacht: In kommenden Beiträgen wird bereits "zur Genesis des Revisionismus Stellung genommen" werden (S. 129). Man weiß es also schon, ziert sich aber noch ein bißchen.

---

5 Das soll nicht heißen, daß die Notwendigkeit einer adäquaten Erscheinungsform des Werts nicht selber einerseits eine unter kapitalistischen Bedingungen existierende Schranke der Entwicklung sein kann, andererseits durch die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit selber Tendenzen zur Überwindung dieser Schranke freigesetzt werden können und vice versa. Die komplexe Problematik der Funktion des Geldes im sich entwickelnden Kapitalverhältnis löst man jedoch nicht, indem man das Geld einfach wegdefiniert. Es fällt nebenbei noch auf, wie wenig Beachtung die Autoren der Marx'schen Auseinandersetzung mit bürgerlichen Geldtheoretikern schenken; sie nehmen von Marx scheint's nur die Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals ernst.

Der Mangel an inhaltlicher Substanz des Artikels der "Anmerkungen zu den Thesen des Parteivorstandes der DKP" sowie an theoretischer Substanz der Arbeit von Petrowsky läßt es dann auch überflüssig erscheinen, sich so relativ ausführlich mit ihm auseinanderzusetzen, wie mit der Arbeit über die Weltwährungskrise. Immerhin sei bemerkt, daß sich der Anti- oder Nicht-Revisionismus oder welche Bezeichnung sich in Zukunft auch immer für linken "Radikalismus" ergeben wird, seiner Basis treu bleibt. Einerseits wird konsequent die Tatsache oder auch nur die Möglichkeit geleugnet, daß es innerhalb der existierenden kommunistischen Parteien zu Diskussionen kommen kann bzw. daß es dort unterschiedliche, ja, sogar kontroverse Positionen gibt, was die theoretische Einschätzung der Entwicklung des Kapitalverhältnisses betrifft. Andererseits nimmt man es mit den Widersprüchen in der eigenen Position nicht so genau. So kommt Petrowsky beispielsweise richtig zu der Feststellung, daß man von einer geschlossenen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht sprechen kann (z.B. S. 129). Wenn jedoch 'Kritik' geübt wird, so immer schon Kritik an der fertigen Theorie. Und in der Kritik an der fertigen Theorie findet man dann all die alten Bekannten wieder. Die aber müssen "selbstverständlich" erst noch "im einzelnen begründet werden".

Burkhard Hoffmann

Zum 100. Geburtstag von Karl Liebknecht

Karl Liebknecht

Reden und Aufsätze in zwei Bänden

Band 1: Ca. 350 Seiten, kartoniert, DM 7,50
Band 2: Ca. 250 Seiten, kartoniert, DM 7,50
Die Bände gewähren einen umfassenden Einblick in das revolutionäre Lebenswerk des unermüdlichen Streiters gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg.

Band 1 umfaßt den Zeitraum von 1905 bis 1913. Er enthält u. a. seine bekannte Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der Jugendinternationale", die Rede im Reichstag „Der Teufelstrust der internationalen Rüstungsindustrie", der damals aufsehenerregende Artikel „Rekrutenabschied", aber auch Arbeiten wie „Zum Problem des Imperialismus", „Wahlrechtskampf und Massenstreik", „Arbeiterbewegung und Jugendorganisation".

Band 2 veröffentlicht Reden und Aufsätze aus den Jahren 1914 bis 1919. Er enthält u. a. den brillanten Artikel „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!", Aufsätze wie „Hintergründe der Verhaftung Rosa Luxemburgs", „Zur Begründung eines Minderheitsvotums gegen die Kriegskredite", „Die Lebensfrage des Sozialismus", „Die Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung", „Was will der Spartakusbund", Reden auf dem „Gründungsparteitag" der KPD und den berühmten Artikel „Trotz alledem".

Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

Verlag Marxistische Blätter GmbH
6 Frankfurt/M.-50
Heddernheimer Landstr. 78 a, Tel. 57 10 51

das europäische buch

ABT. VERLAG

MARXIST.-LENINIST. WÖRTERBUCH DER PHILOSOPHIE

Georg Klaus und Manfred Buhr
Philosophisches Wörterbuch
Leinen in 2 Bänden zus. 1221 Seiten
DM 22,—

das europäische buch

1 Berlin 12, Knesebeckstraße 3
Zentralbuchhandlung
für Literatur aus der DDR

jetzt auch an der FU!
Bln.33 Thielallee 34

Neuerscheinungen!

Autorenkollektiv

Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart

Hrg.: Akademie der Wissenschaften der UdSSR
511 Seiten, Leinen, Schutzumschlag, DM 14,80

Dieses Buch enthält eine marxistisch-leninistische Einschätzung der theoretischen Grundlagen der sozialdemokratischen Ideologie. Es ist durch seine wissenschaftlich fundierte und abgerundete Auseinandersetzung mit dem Sozialreformismus ein wichtiger Beitrag der marxistischen Literatur.

Autorenkollektiv

Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1946 bis 1970

Hrg.: Akademie der Wissenschaften der UdSSR
653 Seiten, Leinen, Schutzumschlag, Zeittafel, DM 19,80

Diese historische Arbeit gewährt einen umfassenden Einblick in die Außenpolitik der UdSSR von 1945 bis 1970 — speziell im europäischen und asiatischen Raum. Sie untersucht so durchgängig die deutsche Frage aus sowjetischer Sicht. Die Autoren sind namhafte Historiker und Persönlichkeiten wie der sowjetische Botschafter in Bonn V. M. Falin und der bekannte Historiker V. M. Chvostov. Der Redaktion dieses Buches gehörten der sowjetische Außenminister A. A. Gromyko und der Sekretär des ZK der KPdSU B. N. Ponomarew an.

Autorenkollektiv

Lenin als Philosoph

Ca. 600 Seiten, Leinen, Schutzumschlag, DM 13,50

Gesamtdarstellung des Leninschen philosophischen Beitrages zum wissenschaftlichen Sozialismus, die vor allem Lenins Beitrag zur Entwicklung des dialektischen und historischen Materialismus enthält, seinen Kampf gegen alle Versuche, die marxistische Philosophie durch bürgerliche Modeströmungen zu ergänzen, aufzeigt und ein Grundprinzip seines Arbeitsstils herausarbeitet: die Entwicklung philosophischer Probleme in unmittelbarem Zusammenhang mit den Aufgaben der revolutionären Arbeiterbewegung.

Autorenkollektiv

Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie

Hrg.: Akademie der Wissenschaften der UdSSR
653 Seiten, Leinen, Schutzumschlag, DM 10,—

Darstellung der Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie (dialektischer und historischer Materialismus), erläutert im Zusammenhang wichtiger politischer und gesellschaftlicher Probleme unserer Epoche, verknüpft mit einer kritischen Analyse der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt den Verlag!

Verlag Marxistische Blätter GmbH
6 Frankfurt/Main 50, Heddernheimer Landstraße 78a